

DAS ARGUMENT 108

P 22352 F

Sozialismus-Diskussion (V)

Editorial

- 1) Zum vorliegenden Heft 165
2) Zur Verlagspolitik und finanziellen Situation 166

Georg Fülberth

Nationale Besonderheiten, Sozialismus-Diskussion, Demokratische Bewegung 168

Manuel Sacristán

Kritik des Eurokommunismus 178

* * *

W. F. Haug

Für eine materialistisch-dialektische Begründung des dialektischen Materialismus 186

Stalinismus-Forschung

Gert Meyer

Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (III) 202

Diskussion: Arbeitergeschichtsschreibung

Wolfgang Abendroth

Zur Auseinandersetzung um Spontaneität und Organisationsentwicklung 222

Aktuelle Analysen

Karl-Ernst Lohmann

Gesellschaftliche Produktivkräfte und realer Sozialismus 230

Rolf Hosfeld, Michael Jäger, Thomas Scheffler

Bahro als Ideologe der technischen Intelligenz 241

Replik: Jörg Glombowski: Krise der Krisentheorie 251

Kongreßberichte: 1. Europäischer Umweltkongreß 258

Deutsche Gesellschaft für Volksgesundheitspflege 261

Aufruf: Wissenschaftliche Konferenz der Josef-Dietzgen-Gesellschaft 263

Besprechungen

Technikphilosophie, Literatur 20. Jhdt., Massenmedien,

Medizin, Faschismus und Exil, 3. Welt 264

Zeitschriftenschau

Aufsatz-Autoren dieses Heftes 326

X

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21

Telefon 07 21 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat:

August Soppe

Redaktionsanschrift:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 0 30 / 8 31 49 15

Besprechungen

Philosophie

Vega, Rafael de la: Ideologie als Utopie (J. C. Rehmann) 264

Ullrich, Otto: Technik und Herrschaft. Vom Hand-werk zur verdinglichten

Blockstruktur industrieller Produktion (I. Schütte) 266

(Fortsetzung auf Seite VII)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1978 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,- DM; im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,- DM, + Versandkosten. – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitiertweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105 114, Postscheckkonto Karlsruhe 136 360-759. – Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, Rheinstraße 122, 7500 Karlsruhe 21, Telefon 07 21 / 55 59 55.
1.-10. Tausend April 1978.

Beilagenhinweis:

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte und den Sonderband-Prospekt des Argument-Verlages sowie eine Beilage des Campus-Verlages, Frankfurt/Main

Editorial

1. Zum vorliegenden Heft

Mit dem Beitrag von Fülberth schließen wir eine Etappe in der Sozialismus-Diskussion ab. Die bisherigen Beiträge sollten in Form von Positions-Klärungen unterschiedliche Standpunkte innerhalb der sozialistischen und demokratischen Bewegung Westdeutschlands und Westberlins artikulieren und die Fragen, um die innerhalb der zersplitterten Linken gestritten wird, aber auch die schon bestehenden Gemeinsamkeiten deutlich machen. Gerade weil ein politisches Bündnis der Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur in unserem Land erst mühsam hergestellt werden muß, war und ist es wichtig, die Kontrahenten innerhalb der Linken wenn schon nicht „an einen Tisch“, so wenigstens unter die Buchdeckel einer Zeitschrift zu bringen. Die zukünftigen Beiträge zu diesem fortzuführenden Diskussionsprozeß sollen zu einzelnen relevanten Problemen nicht primär Position beziehen, sondern sie in der sonst im Argument üblichen wissenschaftlichen Form bearbeiten. Ein solches Problem, das trotz seines unübersehbaren Einflusses auf die Entwicklung der hiesigen sozialistischen Bewegung von der Linken noch kaum analysiert wurde, ist die von Fülberth angesprochene *nationale Frage*. Neben anderen gehören zu ihr mindestens zwei Probleme: zum einen die seit 1933 und auch nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus (nicht durch eine nationale Widerstandsbewegung, sondern durch ausländische Mächte) fortgeführte Unterdrückung und gesellschaftliche Ausgrenzung aller konsequent sozialistischen Kräfte, vor allem der Kommunisten; zum anderen die unmittelbare Konfrontation der BRD als der Hegemonialmacht in Westeuropa mit dem Sozialismus in Gestalt der DDR. Um die Auseinandersetzung mit dem realen Sozialismus – mit seinen positiven wie mit seinen negativen Seiten – kann man sich in der BRD daher nur um den Preis nationaler politischer Irrelevanz drücken.

Ist es, als Moment ihrer Ausgrenzungsstrategie, die Absicht der Herrschenden, die Erinnerung an eine sozialistische Tradition aus dem Geschichtsbewußtsein der Bevölkerung zu tilgen, so können dem die Sozialisten dieses Landes nicht dadurch begegnen, daß sie die negativen Seiten ihrer Geschichte – schlagwortartig: den „Stalinismus“ – tabuisieren. Daher schwächen wir nicht die Linken und schon gar nicht reiten wir auf der gegenwärtigen Welle forcierter antikommunistischer und speziell antisowjetischer Propaganda, wenn wir den Stalinismus untersuchen und zwei weitere Beiträge sich mit Bahros „Alternative“ auseinandersetzen lassen.

Mit dem Diskussionsbeitrag von Manuel Sacristán, der mit dem „Eurokommunismus“ scharf ins Gericht geht und die Existenz einer eurokommunistischen *Strategie* bestreitet, dokumentieren wir ein Stück Diskussion innerhalb der Kommunistischen Partei Spaniens, das – ganz im Gegensatz zu den „eurokommunistischen“ Positionen – bisher hierzulande keine Publizität gefunden hat. So wenig das *Argument* bisher den Eurokommunismus „propagiert“ – wie aus ei-

ner (in der UZ vom 18. 3. 78 nachgedruckten) Erklärung des Innenministeriums im Bundestag vom 23. 2. 78 herausgehört werden könnte – „propagiert“ es nun mit diesem Beitrag die Kritik desselben. Vielmehr halten wir Sacristáns radikale, im Negativen mehr als im Positiven überzeugenden Überlegungen, von denen sich alle organisatorisch verfaßten Strömungen der sozialistischen Bewegung vor den Kopf gestoßen fühlen könnten, für ungemein anregend, antiillusionär, im besten Sinne provozierend – nämlich eine historische und revolutionstheoretische Einordnung des „Eurokommunismus“ sowie der andern kommunistischen und sozialistischen Richtungen provozierend, die dieselben historischen und politischen Widersprüche anders verarbeiten (bzw. auch z. T. gerade *nicht bewußt und strategisch* verarbeiten).

Wolfgang Abendroths Diskussionsbeitrag zur Arbeitergeschichtsschreibung erhebt – wiewohl ihren positiven Hauptpunkt weiterentwickelnd – schwere Vorwürfe gegen einige von Hannes Heer, Dirk Hemje-Oltmanns und Volker Ullrich in *Argument* 106 geführten Angriffe. Die Redaktion bezieht diese Vorwürfe selbstkritisch auch auf sich, weil sie auf eine Überarbeitung hätte drängen müssen. – Im nächsten Heft soll diese für uns sehr wichtige Diskussion fortgeführt werden mit einem Beitrag zur Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung von Detlev Peukert.

Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß die philosophischen Diskussionen von allgemeiner Relevanz sind; wir hatten große Mühe, diese Auffassung zu vermitteln. Der Beitrag von W. F. Haug scheint uns besonders geeignet, vorzuführen, worum es bei dem Streit um die „Grundfrage der Philosophie“ im Marxismus geht, welche politische Bedeutung dieser Streit hat, wie er das Verhältnis von marxistischer Philosophie und Einzelwissenschaften betrifft.

2. Zur Verlagspolitik und finanziellen Situation

Die ökonomischen Schwierigkeiten zwangen uns Mitte 1977, die Hefte 23 bis 69 auszuverkaufen. Dank der bis dahin betriebenen kostspieligen Lagerhaltungs- und Nachdruckpolitik war in Gestalt der komplett angebotenen *Argument*-Reihe „ein Lernprozeß festgehalten, der nicht nur für die Gruppe der unmittelbar an der Zeitschrift Mitarbeitenden von Belang ist. Indem hier eine Entwicklung in aller Öffentlichkeit verfolgt werden kann, besteht die Möglichkeit, daß sie, soweit rational einsehbar, immer wieder nachvollzogen wird. Der Leser stößt nicht auf Positionen, die unvermittelt in starrer Fertigkeit ihm gegenüber stehen bleiben, sondern es bietet sich an, daß er nachverfolgt, wie und warum es zu diesen Positionen kam.“ (Editorial *Argument* 66/1971, S. 458)

Können wir dies Konzept in der bisherigen Form nicht mehr weiterführen, so sind wir doch in der Lage, einen gewissen Ersatz anzubieten. Zu Beginn des Sommersemesters 1978 haben wir eine neue Reihe herausgebracht, die *Argument-Studienhefte (SH)*; in ihnen wollen wir grundlegende Beiträge aus vergriffenen *Argument*-Heften (aber nicht nur aus ihnen), an denen sich bereits ganze „Generationen“ von Schülern und Studenten geschult haben, abdrucken und in dieser Form für Arbeitskreise, Seminare und Schulungsgruppen verfügbar halten. Das Programm der ersten zwanzig Studienhefte findet sich auf einer der letzten Seiten dieses Heftes. Wir bitten die Leser, bei der Verbreitung der Stu-

dienhefte durch Ankündigung und Gebrauch dieser Texte in Lehrveranstaltungen, Oberstufenkursen usw. zu helfen.

Finanziell steht uns unmittelbar die schwerste Zeit seit Bestehen der Zeitschrift bevor. Die sich vergrößern den Verluste machten es erforderlich, Produktion und Vertrieb drastisch zu verbilligen. Wir versuchen es zu erreichen durch eine Zusammenfassung dieser Funktionen in Berlin.

Wir müssen uns von langjährigen Vertriebsmitarbeiterinnen trennen, denen wir für treue Arbeit zu danken haben. Der Karlsruher Vertrieb besteht nur noch bis ca. Mitte Juni. Am 1. Mai nimmt der neue Argument-Vertrieb seine Tätigkeit auf:

ARGUMENT-VERTRIEB

**Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65**

Postscheckkonto: 57 45-108 Berlin/West.

Bank: Berliner Disconto Bank, Konto Nr. 721 77 22.

Der Umzug, der die Chance zu finanzieller Gesundheit bieten soll, wird zunächst große Summen verschlingen. In dieser Situation danken wir besonders einem Berliner Leser, der, in Anspielung auf das Editorial zu *Argument* 106 („Das *Argument* kann nur als Projekt seiner Leser existieren“), 200 DM überwies mit dem lakonischen Stichwort „Projektbeitrag“. Wir hoffen, dieses Beispiel regt zur Nachahmung an. Es geht um die Existenz dieses „Projekts“.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 20 Argument-Register 1970-1976 und Gesamtverzeichnis der Autoren 1959 - 1976

Eine linke wissenschaftliche Zeitschrift ist eine Waffe in theoretischen und praktischen Kämpfen. Blickt sie auf eine so lange Geschichte zurück wie das *Argument*, so kostet es Zeit und Mühe, sich durch all diese Hefte und Sonderbände hindurchzuarbeiten, um das für die jeweiligen Bedürfnisse Notwendige zu finden und die hier gespeicherten Argumente benutzen zu können. Die Nutzbarkeit erleichtert ein Register.

Im vorliegenden Band werden die *Argument*-Hefte Nr. 56-100 und die Sonderbände AS 2-12 nach Stichworten, Themen, sowie nach behandelten Autoren und Mitarbeitern aufgeschlüsselt. Die Bücherflut, durch die Rezensionenform bewältigbar gemacht, wird durch Zuordnung zu jeweiligen Schwerpunkten erst richtig überschaubar. Der Rezensionsteil wird so zum lesbaren Informationssystem über die Theorieproduktion der letzten Jahre.

Zusammen mit dem weiterhin lieferbaren *Argument* 55 (Register 1959-1969) bildet der vorliegende Sonderband ein vollständiges Register der *Argument*-Produktion bis 1976

Ein Gesamtverzeichnis der *Argument*-Autoren von 1959 bis 1976 erleichtert das Auffinden ihrer Beiträge über die beiden Registerbände (*Argument* 55 und AS 20).

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM
Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

Georg Fülberth

Nationale Besonderheiten, Sozialismuskussion, Demokratische Bewegung

I

In der westdeutschen Sozialismuskussion der letzten Jahre ist viel von der Notwendigkeit der Beachtung nationaler Besonderheiten die Rede, zu wenig aber von der nationalen Spezifik der Bundesrepublik selbst.

Hierin mag sich eine deutliche Unsicherheit im Verhältnis der kritischen Intelligenz in Westdeutschland zum Begriff der Nation, insbesondere aber zum eigenen Land, der Bundesrepublik, ausdrücken. Tatsächlich gibt es bis heute kein die Geschichte der Bundesrepublik darstellendes Buch von einem westdeutschen Marxisten. Diese Unsicherheit beschränkt sich allerdings nicht auf die Linken: Die Mehrzahl der umfangreicheren Versuche, das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik in seiner Gesamtheit zu analysieren, stammt, gleichgültig ob aus marxistischer oder nichtmarxistischer Sicht, von Wissenschaftlern und Publizisten, welche ihre primären politischen Erfahrungen in Frankreich, Italien, der Schweiz oder der DDR sammelten: Allemann, Collotti, Grosser, Jaeggi, die Verfasser von „Der Imperialismus der BRD“. Auch Ralf Dahrendorf versuchte seine Schrift „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ zusätzlich dadurch zu legitimieren, daß er ihr eine Auslands-Perspektive vorstellte¹.

Die Verlegenheit im Verhältnis zur Bundesrepublik als Ort von Nation hat eine doppelte Ursache:

Gründlicher als anderswo in Europa ist es dem Imperialismus seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts gelungen, den Begriff der Nation für sich zu usurpieren. Der nationale Identitätspunkt, auf den sich auch Sozialisten und radikale Demokraten beziehen können – in Frankreich die Revolution von 1789 ff. und der antifaschistische Widerstand als eine tendenziell das ganze Volk ergreifende Bewegung, in Italien: die *resistenza* –, fehlt bei uns. Klassische Philosophie, Literatur und Musik des 18. und 19. Jahrhunderts erscheinen einer falschen, aber weitverbreiteten Interpretation nicht als politisch und nicht als national, ihre Rezeption ist nach wie vor klassenspezifisch beschränkt.

Zweitens: Die Bundesrepublik zeigt sich dem kritischen Blick des progressiven Historikers und Sozialwissenschaftlers als Produkt einer vom Imperialismus erzwungenen Spaltung, ja Zerstörung einer Nation. Adenauer und Schumacher haben sich entschieden fixer mit einem Weststaat abgefunden als z.B. Gustav Heinemann und Max Reimann. Der Imperialismus hat andererseits jahrzehntelang – vielleicht bis heute – ein herrschendes Bewußtsein durchgesetzt, dem nicht die Bundesrepublik, sondern „das ganze Deutschland“ als Ort von Nation galt.

Es wäre ein Wunder, bliebe die gegenwärtige Sozialismuskonversation von diesen Widrigkeiten verschont. Wie schwer fiele es, die Formel des Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei von 1976: „Für einen Sozialismus in den Farben Frankreichs“ in ein westdeutsches Pendant zu übertragen. „Deutschland“ ist heute eine imperialistische Vokabel, welche die Liquidierung der DDR, auch von Teilen der UdSSR und Polens bedeuten müßte.

Das alles heißt nicht, daß Demokraten und Sozialisten auf nationale Identität verzichten können. Es bedeutet allerdings, daß sie diese hart erkämpfen müssen². Diese Aufgabe wird zusätzlich dadurch erschwert, daß die Bundesrepublik sich insgesamt noch relativ am Anfang der Herausbildung von nationaler Identität befindet. Die herrschende Klasse ist allenfalls an der Erzeugung von Chauvinismus interessiert. Der Kampf um eine fortschrittliche nationale Identität ist Sache der Sozialisten und konsequenten Demokraten.

Das Bemühen um nationale Identität ist zugleich auch ein Ringen um eine adäquate Sicht der internationalen Stellung der Bundesrepublik. Es reicht nicht aus, den westdeutschen Kommunisten zu starke Bindungen an die Sowjetunion und an die DDR vorzuhalten, selbst aber nur auf das Beispiel westeuropäischer kommunistischer Parteien zu verweisen. Zweifellos ist es unabdingbar, bei einer Sozialismuskonversation die Bundesrepublik in erster Linie als ein hochentwickeltes kapitalistisches Land zu fassen – für alle Beteiligten letztlich eine Binsenweisheit. Das Moment der *nationalen* Spezifik der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen entwickelten kapitalistischen Industriestaaten ist damit noch gar nicht sichtbar geworden. Die USA und die Bundesrepublik sind mit Italien, Frankreich, Großbritannien ähnlich schwer vergleichbar. Ohne Beachtung der nationalen Besonderheit, in welche historische und ökonomische, auch Weltmarktmomente eingehen, ist der Begriff „hochentwickelte kapitalistische Gesellschaft“ in unserem Diskussionszusammenhang nicht viel mehr als eine Worthülse.

Die Kommunisten in der Bundesrepublik können von ihren Genossen in Italien, Frankreich, Spanien und Portugal viel lernen. Zugleich aber haben sie ihre eigene nationale Aufgabe: die Veränderung des Kräfteverhältnisses im mächtigsten imperialistischen Land Europas, dessen herrschende Klasse viel unternimmt, um die Souveränität anderer westeuropäischer Staaten in Frage zu stellen – wie Portugal zeigt, auch unter sozialdemokratischem Vorzeichen.

Ist nationales Selbstverständnis eingebettet in eine Interpretation internationaler Zusammenhänge, dann darf diese nicht einäugig sein. In Bologna gibt es eine Via Stalingrad, in Paris einen Place Stalingrad. Wenn französische oder italienische Kommunisten die UdSSR kritisieren, so geschieht dies – insbesondere in seinem Massenaspekt – in aller Regel auf der Grundlage eines tiefen Einverständnisses mit der Sowjetunion. Über die Arbeiterbewegung hinaus wird in Frankreich und Italien etwa die Schlacht von Stalingrad als Wendepunkt in der eigenen nationalen Geschichte, als ein Datum der Befreiung, das dem Widerstandskampf entscheidende Impulse gab, verstanden. Die gleiche Bedeutung hat der Sieg der Roten Armee auch für die Bundesrepublik – doch diese Einsicht ist ohne Massenverankerung, sie bleibt zumeist abstrakt und kann sich kaum gegen die sinnliche Erfahrung und Erinnerung von Tod, Gefangenschaft, Verwundung und militärischer Niederlage durchsetzen.

Seit über sechzig Jahren wirkt die Sowjetunion in den verschiedenartigsten Weisen höchst intensiv auf unsere Geschichte – die des Deutschen Reiches, dann der Bundesrepublik – ein. Dies wurde bislang von den Faschisten und Reaktionären weitaus besser begriffen als von vielen Linken. Die politische Rechte hat die Zerstörung des realen Sozialismus mehrmals versucht, und immerhin ist ihr weithin gelungen, sein Zerrbild im Massenbewußtsein zu verankern. Der positive Gegenbeitrag der nichtkommunistischen Linken steht bis heute aus. Sie schwimmt entweder im Antikommunismus mit oder behilft sich mit salvatorischen Klauseln. Diese Verdrängung ist zugleich ein Beitrag zur Selbsterstörung des nationalen Identitätsbewußtseins von Sozialisten.

Um unsere Substanz als Linke steht es dann vielleicht nicht unbedingt besser. Wir zählen mit melancholischer Akribie alle Blessuren auf, welche die Existenz der sozialistischen Länder angeblich oder tatsächlich unserem Einfluß hierzulande schlägt. Sollte nicht auch die Gegenfrage gestellt werden, welche positiven Wirkungen die Sowjetunion denn auf unsere politische Situation ausübt? Gelten die Antworten, die Castro, Corvalan und Le Duan kürzlich in Interviews und Reden gegeben haben, lediglich für Kuba, Chile und Vietnam? Ich habe immer die nicht nur intellektuelle, sondern auch moralische Kraft bewundert, die Marx, Engels und Bebel aufwenden mußten, um – mitten im Kapitalismus lebend, teilweise noch den Feudalismus vor Augen – den Sozialismus als möglich und notwendig aufzuzeigen. Seit über sechzig Jahren ist der Sozialismus nun ein Zentralthema der Geschichte. Halten wir es für ein nationales Unglück oder für eine positive Tatsache, daß in einem Teil des ehemaligen Deutschen Reiches der Sozialismus errichtet wurde? Vergessen wir nicht, daß wir diese Frage in einem Land zu behandeln haben, in dem der Gegner die falsche Antwort schon lange propagiert, in dem kurzfristiges Taktieren nicht einmal momentan Erleichterung bringen wird, sondern in dem – da es eine der Hauptbastionen des Kapitalismus ist – im Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus eine der wichtigsten strategischen Entscheidungen fallen wird. Das macht es nötig, langfristig zu operieren. Eine solche historische Perspektive bedeutet nicht, daß ihr Ziel aus unseren Augen gerückt und durch die Notwendigkeiten, Tageserfolge zu erzielen, verstellt wird. Im Gegenteil: Gerade weil wir an einem zentralen Ort einer auf lange Sicht angelegten Auseinandersetzung leben und arbeiten, müssen die strategischen Grundvoraussetzungen künftigen Umbruchs früh fixiert und im Bewußtsein gehalten werden. Dazu gehört die Existenz und internationale Stellung der sozialistischen Länder. Über die angebliche oder tatsächliche Problematik der Allgemeinen Freiheiten dort ließe sich viel fruchtbarer diskutieren, wenn wir davon ausgehen könnten (was ich nicht vermag), daß der Imperialismus jemals sich mit dem Bestehen des realen Sozialismus abgefunden und auf Versuche zu dessen Beseitigung ein für allemal verzichtet hätte. In den Niederlanden erleben wir zur Zeit eine breite Bewegung gegen die Neutronenbombe. Sowohl die beiden größten Parteien (die Christlichdemokratische und die Sozialdemokratische) als auch der holländische Rat der Kirchen haben sich gegen deren Stationierung ausgesprochen. Es wäre gut, wenn wir uns als Sozialisten in der Bundesrepublik und Westberlin hier nicht beschämen ließen. Der Kampf gegen eine Einbeziehung der Bundesrepublik in die Lagerung von Neutronenbomben wäre nicht nur

ein Akt der Solidarität (mit der westeuropäischen Bewegung und den sozialistischen Ländern), sondern würde in Wahrnehmung nationaler Interessen geführt.

II

Die zentrale Diskussionslinie in der westdeutschen Linken verläuft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Das geringe zahlenmäßige Gewicht der Deutschen Kommunistischen Partei und das kaum verborgene theoretische Desinteresse im parteibeherrschenden integrationistischen Flügel der SPD korrigieren diese Tatsache nicht, weisen aber auf große Schwierigkeiten hin. Ein solches doppeltes Mißverhältnis mag sozialwissenschaftliche Intellektuelle veranlassen, sich zwischen die Linien zu begeben. Das ist legitim, kann zur Klärung und rationalen Verständigung beitragen, führt aber dann in die Perspektivlosigkeit, wenn die zuweilen berufsbedingt erscheinende Selbstüberschätzung literarischer und gesellschaftswissenschaftlicher Intellektueller auf den vielleicht tausendsten Dritten Weg lockt³.

Der Entwurf für ein Parteiprogramm der DKP bemüht sich um eine Definition nationaler Besonderheiten und allgemeiner Gesetzmäßigkeiten bei der Errichtung des Sozialismus. Als grundlegende Merkmale des Sozialismus werden genannt: das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, Schaffung einer staatlichen Ordnung, die einen Rückfall in den Kapitalismus verhindert und die Weiterentwicklung der Gesellschaft mit organisiert („Politische Macht der Arbeiterklasse“)⁴.

Die Zielvorstellungen der SPD sind weniger deutlich. In dem Begriff „Demokratischer Sozialismus“ sind mindestens drei teilweise verschiedene Konzeptionen miteinander verbunden.

Einmal ist diese Formel ein Abgrenzungszeichen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Theorie. Der gesellschaftliche Inhalt der Vokabel „Sozialismus“ bleibt unklar⁵, insbesondere auch ihre Beziehung zur Eigentumsfrage, als „demokratisch“ gilt vornehmlich die Respektierung parlamentarischer Willensbildung als zumindest ein Moment des politischen Prozesses unter anderen. Allerdings hat die Parole „Demokratischer Sozialismus“ in der Geschichte auch die Aushöhlung parlamentarischer Praxis mitgedeckt. Das gilt etwa für die Politik Friedrich Eberts als Reichspräsident und die Tolerierungstaktik der SPD gegenüber Brüning oder auch die Unterstützung der Notstandsgesetzgebung durch die westdeutsche Sozialdemokratie.

Diese integrationistische und antikommunistische Variante des „Demokratischen Sozialismus“ ist zwar die derzeit in der SPD herrschende, sie hat aber für eine ernsthafte Sozialismusdiskussion keinerlei Bedeutung. Sie ist eine Losung der Sozialismusverhinderung. Das zeigte sich z.B. am Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie in der Novemberrevolution. Unter der Parole „Demokratischer Sozialismus“ hat Kurt Schumacher bereits im Oktober 1945 de facto die gesamtdeutsche Sozialdemokratie gespalten, Aktionseinheit verhindert und (wenngleich vielleicht ungewollt) der prokapitalistischen und antinationalen Konzeption Ade-

nauers zum Sieg verholfen. Portugal ist das neueste Lehrstück – nicht zufällig operiert Soares dort mit Ideologiemomenten, die seit 1918 am ausführlichsten in der SPD erprobt wurden.

Für eine zweite Konzeption des „Demokratischen Sozialismus“ ist gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln zwar konstituierend, zugleich aber an die strikte Beachtung spezifischer politischer Verfahrensweisen gebunden, insbesondere an die Realisierung der Allgemeinen Freiheiten in jeder Phase des sozialistischen Transformationsprozesses. Diese Richtung ist innerhalb der SPD ohne jede praktische Bedeutung, sie führt dort kaum noch eine Randexistenz, aber sie ist theoretisch relevant⁶. Hier ist ein wichtiger Diskussionspunkt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Es geht dabei um die Frage, ob die Dynamik des revolutionären Prozesses in jeder Phase und unter allen Umständen an bestimmte politische Formen gebunden werden kann. In der Auswertung ihrer eigenen Erfahrungen haben gerade die chilenischen Sozialisten und Kommunisten darauf verwiesen, daß es bei der Verteidigung des Sozialismus lebensnotwendig sein kann, über die Macht zu verfügen, um den politischen Manövrierraum offener und verdeckter Konterrevolution auch mit staatlichen Mitteln einzuschränken.

Die bis heute geschichtswirksamste *progressive* Variante des „Demokratischen Sozialismus“ möchte ich als „Sozialdemokratische Sozialstaatspolitik im Interesse der Lohnabhängigen“ bezeichnen. Ihre wichtigsten Komponenten sind: 1.) Die Errichtung eines umfassenden Systems staatlich vermittelter Aktivitäten im Interesse der Arbeiterklasse; 2.) parlamentarische Steuerung dieses Systems; 3.) darüber hinausgehende umfassende Mitbestimmung der Lohnabhängigen (häufigster Richtwert: Halbparität) in allen gesellschaftlichen Bereichen (Privatindustrie und öffentlicher Sektor). In ihrer gewerkschaftlichen Variante wird eine solche Politik nicht nur durch das sozialdemokratische Spektrum vertreten. Allerdings ist sie nicht ausschließlich progressiv. Ihre integrationistische Version versteht eine solche Sozialstaatspolitik als Moment der Bindung der Arbeiterklasse an den Kapitalismus. Nach der Auffassung ihrer Verfechter soll auch das Privateigentum an den Produktionsmitteln beibehalten werden – gewöhnlich mit der Begründung, daß dessen Bedeutung durch den Übergang der Verfügungsgewalt auf die „Manager“ gemindert und durch sozialstaatliche Maßnahmen ohnehin gegenstandslos wird.

Sozialdemokratische Sozialstaatspolitik hat jedoch auch eine sozialistische Komponente. Sie wurde zu Beginn dieses Jahrzehnts vor allem von den Jungsozialisten als „Strategie systemüberwindender Reformen“ propagiert. Für unsere Beurteilung kann auch hier nicht ausschlaggebend sein, daß diese reformsozialistische Richtung gegenwärtig in der SPD massiv zurückgedrängt wird, daß sie quer zur offiziellen Politik des Reformabbaus liegt. Tatsächlich hat die Mobilisierung staatlicher und kommunaler Aktivitäten innerhalb einer Strategie systemüberwindender Reformen eine große Tradition – hier liegt eine weitere wichtige Stelle fruchtbarer Diskussion zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Politik der österreichischen Sozialdemokratie bis 1934 und das schwedische „Modell“ geben gutes Anschauungsmaterial.

Der Papen-Staatsstreich 1932, die Machtübertragung an Hitler 1933, die Niederlage der österreichischen Arbeiterbewegung 1934, schließlich auch der gegenwärtige Reformstopp in der Bundesrepublik sowie die Tatsache, daß in Schweden unter den sozialdemokratischen Regierungen der Kapitalismus nicht überwunden, sondern stabilisiert wurde und der dortige reformkapitalistische Versuch zu sehends an Attraktivität verliert (was auch dann noch gälte, wenn 1979 in Schweden wieder ein Regierungswechsel zugunsten der Sozialdemokratie erfolgte): diese Beispiele können zugleich Dissenspunkte sichtbar machen. Kommunisten werden nach den staatlichen und machtpolitischen Bedingungen fragen, unter denen eine Strategie systemüberwindender Reformen dauerhaft vorangetrieben und vor Rückschlägen und Zerstörung gesichert werden kann. Ihrer Auffassung nach ist dies nur durch einen Sprung in der Entwicklung der Eigentumsordnung und der staatlichen Machtausübung möglich. Kurzformel: Diese Strategie des „Demokratischen Sozialismus“ wird nur dann eine Chance haben, wenn möglichst frühzeitig Elemente des realen Sozialismus in sie einbezogen werden.

Zugleich müssen wir davon ausgehen, daß die konkrete Gestalt eines Sozialismus in der Bundesrepublik Produkt realer Bewegungen der Arbeiterklasse selbst und der Entwicklung ihres Bewußtseins sein muß und daß diese Kämpfe ihrerseits über die Verwirklichung der hier dargestellten Sozialismusvorstellungen entscheiden werden.

Die Voraussetzungen für die einzelnen Varianten des „Demokratischen Sozialismus“ müssen für die Länder, in denen sie sich am intensivsten herausgebildet haben (Bundesrepublik, Österreich, Schweden, Großbritannien, Israel), je gesondert untersucht werden. In der Bundesrepublik sind hierbei die Spezifik der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und die internationale Stellung Westdeutschlands von zentraler Bedeutung.

Zweifellos sind hierzulande die Möglichkeiten des Großkapitals zu materiellen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse zumindest in der Vergangenheit besonders groß gewesen. Verbesserung des Lebensstandards für die Lohnabhängigen muß dennoch erkämpft werden, sie wird nicht freiwillig eingeräumt. In der Bundesrepublik ist die Systemkonkurrenz zwischen Imperialismus und Sozialismus zugleich ein Moment der inneren Klassenkämpfe. Zugeständnisse, die in anderen Ländern mit sehr harten und langwierigen Streiks, im Zusammenwirken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion errungen werden müssen, waren hier bislang auf einem niedrigeren Niveau der internen Auseinandersetzung erreichbar. Dies prägt in einem hohen Ausmaß das Generationenerlebnis breiter Schichten der westdeutschen Arbeiterklasse. Die Tatsache, daß soziale Errungenschaften mit ein Ergebnis der Systemkonkurrenz sind, wird nicht nur durch forcierten Antikommunismus verdeckt, mehr noch: dieser geht in die Erfolgserfahrung der letzten dreißig Jahre ein. Staat und die Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften waren die zentralen Orte der Auseinandersetzung, an denen dem Großkapital Erfolge abgezwungen werden konnten. Hierauf beziehen sich tatsächlich die Strategien des „Demokratischen Sozialismus“, wobei eine linkere Variante sich mehr an der Gewerkschaftsbewegung, eine rechtere eher an der Staatstätigkeit orientiert (mit starken Überschneidungen). Die Voraussetzungen für die Durchsetzung solcher Konzeptionen haben sich seit

Ende 1973 entscheidend und langfristig verschlechtert. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, wie sie bis ca. 1973 erreicht worden sind, werden in Zukunft nicht nur keineswegs kampflos verbessert, sondern auch nur in neuen Formen der Klassenauseinandersetzung überhaupt gehalten werden können. Eine Verteidigung des bislang Geschaffenen macht ein Anknüpfen an fortgeschrittenen Positionen der sozialdemokratischen Bewegung durchaus nötig, ist aber nur durch die Überwindung staatsfixierter, klassenfriedlicher und anti-kommunistischer Haltungen möglich. Der Programmentwurf der DKP bezeichnet diese kämpferische Sicherung des Lebensstandards und der demokratischen Rechte der Lohnabhängigen als eine Hauptaufgabe der jetzigen Etappe. Dieses Ziel beinhaltet die These, daß es in der Bundesrepublik gerade auf sozialem Gebiet verteidigungswerte Positionen gibt – in dieser sehr deutlichen Akzentuierung eine programmatische Besonderheit im Vergleich zur Situation und Lageanalyse anderer kommunistischer Parteien in kapitalistischen Ländern?

III

Es wird in der Bundesrepublik keinen Sozialismus geben, der nicht von den Kommunisten miterkämpft wurde und in den nicht die besten Kräfte der sozialdemokratischen Bewegung eingehen. Eine solche neue Qualität kann nicht herbeigewünscht und herbeidebattiert werden, sondern sie ist Ergebnis eines von der Arbeiterklasse selbst durchgesetzten historischen Prozesses. Zu diesem gehören aber notwendig Diskussion und Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Ort gemeinsamer Aktion ist die demokratische Bewegung; das sind sämtliche Organisationen und Personen, die sich für die Durchsetzung umfassender Selbst- und Mitbestimmung aller Gesellschaftsmitglieder einsetzen. Solche Ziele schließen die gesellschaftliche, ökonomische und politische Emanzipation der Lohnabhängigen ein, deshalb gehören Gewerkschaften, sozialistische und kommunistische Parteien immer zu den Voraussetzungen der demokratischen Bewegung, ohne daß diese auf die Arbeiterbewegung beschränkt werden könnte.

In den meisten Ländern Westeuropas ist die demokratische Bewegung nicht nur an einem gewerkschaftlichen, sondern auch an einem parteipolitischen Kern *weitgehend* identifizierbar. Zu diesem gehören in Italien und Frankreich Sozialisten und Kommunisten, in Großbritannien sind es die Gewerkschaften mit erheblichen Teilen der auf sie gestützten Labour Party und die Kommunisten. In Skandinavien machen nach wie vor Teile der Sozialdemokratie den mächtigsten parteipolitischen Faktor der dort ebenfalls von den kommunistischen Parteien mitgetragenen demokratischen Bewegung aus.

Die Stärke der demokratischen Bewegung ist abhängig vom Einfluß der konsequent sozialistischen Arbeiterbewegung in der Gesamtgesellschaft und von deren Einheit. Dazu gehört der Abbau von Antikommunismus. In Italien regieren seit langem in einigen Regionen Kommunisten und Sozialisten gemeinsam, in Frankreich hat das Linksbündnis trotz seiner jetzigen Schwierigkeiten neue Daten gesetzt, in Großbritannien wird der Kommunistischen Partei zwar nach wie vor der korporative Zugang zur Labour Party verwehrt, zugleich steht sie – vermittelt über die Gewerkschaften – in einer gewissen Verbindung zu dieser. In

Dänemark, Schweden und Norwegen konnten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sozialdemokratische Minderheits- bzw. Pattregierungen (ohne daß ein formelles Abkommen bestand) sich zeitweilig und in Einzelfragen auf kommunistische Hilfe in den Parlamenten stützen (und sei es, daß, wie in Norwegen bis 1977, die Kommunisten lediglich Teil eines im Parlament vertretenen Wahlbündnisses außerhalb der Sozialdemokratie waren).

Wenn Einheit und Stärke einer konsequenten Arbeiterbewegung von Kommunisten und Sozialisten Voraussetzung der Stärke der demokratischen Bewegung sind, dann muß ich daraus schon – im Umkehrschluß – folgern, daß diese in der Bundesrepublik schwach ist. Die SPD stellt zwar hierzulande nach wie vor auf der Ebene von Parteipolitik das mächtigste Demokratisierungspotential dar, aber in diese Partei sind Kapitalpositionen mit eingebaut, d.h.: sie ist in sich nicht einheitlich, sondern ein Kampffeld von Fortschritt und Reaktion. Die Kommunistische Partei gehört auch in der Bundesrepublik – wie in allen kapitalistischen Ländern – zur demokratischen Bewegung, doch ist sie zu schwach, um hier die gleiche Bedeutung und den gleichen Einfluß zu haben wie in anderen Ländern. Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten steht weithin die bei uns national spezifische Form des Antikommunismus.

Diese Konstellation hat zum Ergebnis, daß die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik in geringerem Maße parteipolitisch identifiziert werden kann als in anderen westeuropäischen Ländern. Gleiches gilt auch für die USA. In beiden Ländern hat sich ein für diese Situation charakteristischer Typ von demokratischer Bewegung herausgebildet: sie wird in den USA und in der Bundesrepublik deutlicher als in vielen anderen Staaten nicht nur konstituiert durch Parteien, sondern in einem besonders hohen Maße auch durch single purpose movements, Ein-Punkt-Bewegungen. Diese setzen sich begrenzte, aber für den Fortbestand und den Ausbau der Demokratie, für Frieden und sozialen Fortschritt bedeutsame Zwecke. Dazu gehören auch Lohn- und Tarifrämpfe, in denen sich gegenwärtig – zusammen mit der gewerkschaftlichen Organisation – bei uns eine Teilform von Einheit der Arbeiterbewegung realisiert. Im engeren politischen Bereich waren solche single purpose movements: die Proteste gegen die Wiederbewaffnung, gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, gegen die Notstandsgesetze, gegen den Vietnamkrieg, für Hochschulreform und die *auch* außerparlamentarische Unterstützung der Verträge von Moskau und Warschau. Ihre gegenwärtig wichtigsten Ausprägungen sind im gewerkschaftlichen Bereich die Kämpfe gegen die Abwälzung von konjunkturellen und strukturellen Krisenlasten auf die Lohnabhängigen sowie die Aktionen gegen den Abbau demokratischer Rechte, insbesondere das Berufsverbot, und für Abrüstung⁸. Alle diese Bewegungen konnten nur erfolgreich sein, wenn ein relevanter Teil des sozialliberalen, insbesondere des sozialdemokratischen Reformpotentials an ihnen teilnahm. Generell bedeutet dies, daß demokratische Bewegung nicht abgehoben von den realen Strukturen organisierter Interessenvertretung in der Bundesrepublik existiert, daß sie aber zugleich – da aus Ein-Punkt-Bewegungen bestehend – jeweils nur von den Überschneidungen in Teilzielen der sie mittragenden Gruppen, Parteien oder Verbände ausgehen kann. Dies bestimmt auch den Grad ihrer Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung.

Es ist nun tatsächlich ein Ausdruck der Veränderung des internationalen und nationalen Kräfteverhältnisses, wenn wir feststellen können, daß das Erfolgskriterium der politischen Ein-Punkt-Bewegungen in der Bundesrepublik sich in den letzten zehn Jahren verschoben hat. Die Aktionen der Zeit 1949 bis 1968 waren insofern erfolgreich, als sie immer neues demokratisches Potential rekrutierten und stabilisierten, dieses auch im Lauf der Jahre ausweiteten. Es gelang ihnen nicht, Wiederbewaffnung, potentielle Atomausrüstung der Bundeswehr und Notstandsgesetzgebung abzuwehren. Die Bewegungen gegen den Vietnamkrieg, für die Ostverträge und für demokratische Reformen im Bildungswegen hatten den gleichen Rekrutierungs- und Stabilisierungseffekt, doch trat ein zweites Moment hinzu: Sie haben nicht nur – erstens – das Demokratisierungspotential in der Bundesrepublik aktiviert und gefestigt, sondern sie haben zugleich auch unmittelbaren Erfolg gehabt. Damit unterscheiden sie sich von der demokratischen Bewegung der Jahre 1949 bis 1968. Die Ostverträge wurden ratifiziert, in den Universitäten ist tatsächlich (die gegenwärtigen Rückschläge und -märsche sollten darüber nicht hinwegtäuschen) ein gewisser Demokratisierungsschub durchgesetzt worden, die Vietnam-Bewegung in der Bundesrepublik war Teil eines internationalen Protests, welcher es dem US-Imperialismus politisch unmöglich gemacht hat, seine militärischen Mittel voll einzusetzen.

Demokratische Bewegung ist nicht einfach eine nützliche Beschäftigung von Sozialisten, die sie je nach Gutdünken betreiben oder unterlassen könnten. Sie kämpft um die Grundlagen demokratischer politischer Kultur, auf denen ein Vorwärtsschreiten zum Sozialismus überhaupt erst möglich sein wird. Und: Sie ist, obwohl nicht auf die sozialistische Bewegung beschränkt, eine Voraussetzung von deren künftiger Einheit. Wer sein Mitkämpfen in der demokratischen Bewegung davon abhängig macht, ob seine Partner vorher einen politischen Identitätswechsel vollziehen, hat damit keineswegs eine beliebige und nur tagespolitische Entscheidung getroffen.

Anmerkungen

1 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. 4. Aufl. München 1975, S. 9 f.

2 Wenn die DKP in ihrem Programmentwurf national spezifische Züge eines Sozialismus in der Bundesrepublik zu benennen versucht, dann ist dies, wie ich meine, ein wichtiger Neuanatz, zugleich die Fortsetzung eines Unternehmens, das erstmals auf dem Bonner Parteitag 1976 deutlicher sichtbar wurde. Vgl. Entwurf: Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen von der 7. Tagung des Parteivorstands der DKP am 19./20. November 1977 in Düsseldorf. 2. Aufl., Düsseldorf 1978, S. 40–47. Ebenso bereits: Willi Gerns, *Allgemeine Gesetzmäßigkeiten und nationale Besonderheiten des Sozialismus*, in: *Marxistische Blätter* Nr. 1/1977, S. 90–95. Wer sich kritisch mit der Politik dieser Partei und ihren programmatischen Bemühungen auseinandersetzen will, hülfte weiter, wenn er auch der Frage, inwieweit die Herausarbeitung nationaler Spezifik gelungen ist oder nicht, Beachtung schenkte.

3 Solche Zwischenpositionen, die sich im „Sozialistischen Büro“, aber auch als Selbstverständnis anderer organisierter und nichtorganisierter intellektueller Sozialisten artikulieren, sollen dabei nicht ignoriert, wohl aber an ihrem Ort im tatsächlich bestehenden politischen Kräftefeld, zu dem sie an ihrem Teil gewiß mit beitragen, sichtbar gemacht werden.

4 Vgl. Entwurf: Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. a.a.O., S. 40.

5 Dies gilt – meiner Meinung nach – auch für die von Johano Strasser in: Das Argument Nr. 105 dargelegte Position, die sich, wenn ich nicht irre, dem Integrationismus recht rückhaltlos öffnet. Ganz gewiß haben Marx und Engels Naturbeherrschung nicht ausschließlich unter dem Aspekt des Wachstums betrachtet. Friedrich Engels schildert bereits in der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ klassenspezifischen ökologischen Rückschlag. Es gibt keine „kapitalistische“ und „sozialistische“ Radioaktivität, wohl aber die für die Bundesrepublik nachweisbare Möglichkeit, ohne Einbuße an Lebensqualität weitgehend auf Kernkraftwerke zu verzichten und sich auf ein Moratorium im KKW-Bau einzulassen. Dagegen stehen nicht Energieprognosen und Arbeitsplatzsicherung, sondern ausschließlich Gewinnerwartungen der Chemie- und Elektrokonzerne. Das Problem der Kernkraftwerke und ihrer Gefahren ist keine rein technologische Angelegenheit. Es geht darum, wem ich dieses riskante Instrument bis zum absehbaren Moment seiner Substituierbarkeit bzw. der Lösung wichtiger Sicherheitsfragen (z. B. der Endlagerung radioaktiver Abfälle) anvertraue – auf keinen Fall dem Großkapital. Die nach wie vor bedrohlichste Katastrophe – Krieg – ist keine Sache der Natur, sondern der Gesellschaft, genauer: eine Klassenfrage im internationalen Maßstab. – Erst dann, wenn all dies nicht mehr gilt, darf Interessenvertretung durch Verwaltung ersetzt werden. Also wann?

6 Ohnehin ist es kein ausreichendes Argument, wenn Sozialisten in der Bundesrepublik sich gegenseitig ihre Schwäche als Rechtfertigung der jeweils eigenen Position vorhalten. Sind 43 000 DKP-Mitglieder weniger oder mehr als die vielleicht gleiche, doppelte oder dreifache Zahl konsequenter Sozialisten in der Millionenpartei SPD? Eine unsinnige Frage, wenn sie in solcher Weise rein quantitativ gestellt wird.

7 Entwurf: Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 5; 18 f.; bereits vorher sehr dezidiert: Herbert Mies, Bericht des Parteivorstandes an den Bonner Parteitag, in: Protokoll des Bonner Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf 1976, S. 44.

8 Die Hervorhebung dieser Momente sollte nicht geeignet sein, andere Tendenzen – etwa die Frauenbewegung oder Bürgerinitiativen für Umweltschutz – gering zu bewerten. Der Kampf gegen die Abwälzung von Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung, die Auseinandersetzung mit den Berufsverboten und das Eintreten für Abrüstung halte ich in der gegenwärtigen Situation allerdings für in erster Linie vordringlich. Frauenbewegung und Bürgerinitiativen für Umweltschutz haben mit ihnen letztlich nicht nur den Gegner gemeinsam. Die Aktionen der Studentenbewegung sind mit diesen Kämpfen in vielen Punkten eng verbunden.

Manuel Sacristán

Zur Kritik des „Eurokommunismus“ *

Das unvermittelte Aufwerfen der Frage, „ob der Eurokommunismus eine Strategie des Sozialismus ist und ob es andere gibt“, löste eine Diskussion von der Art „Alles oder Nichts“ aus, der man zumindest eine analytische Erwägung voranstellen sollte, eine Untersuchung von „Dimensionen“, wie es Ernest Mandel in seinen jüngsten Aufsätzen über das Problem versucht hat.

Realität und Realismus des „Eurokommunismus“

Der „Eurokommunismus“ beansprucht gegenwärtig einen großen Teil der kommunistischen Diskussion. Man hat sogar von ihm behauptet, er sei das wichtigste politische Ereignis seit dem 2. Weltkrieg, seit der Chinesischen Revolution oder seit dem Ende des Kalten Krieges. Die bürgerliche Presse – Erfinderin des Ausdrucks „Eurokommunismus“, den die betroffenen kommunistischen Parteien zurückwiesen, bis der findige Stil und das volkstümliche Talent Santiago Carrillos ihn absegnete, hat mit ihren Mitteln für dieses Thema geworben, aber sie ist nicht die Haupttriebkraft seiner Dringlichkeit. Der „Eurokommunismus“ ist das große Tagesthema in den Überlegungen der kommunistischen Bewegung, weil er ihre größte gesellschaftliche Realität außerhalb des sowjetischen und chinesischen Bereiches verkörpert. (Die Sowjets begehen eine Unvorsichtigkeit, wenn sie der durch die italienische, französische oder spanische KP animierten Bewegung den „realen“ Charakter ihres „Sozialismus“ entgegensetzen, denn man wird ihnen erwidern, daß die 30 % – nicht weniger als 50 % des Proletariats – einer Wählerschaft wie der Italiens mehr gesellschaftliche Realität verkörpern als die tschechische Politische Polizei und die gepanzerten Besatzungstruppen). Außer dem russischen Hegemonialblock und dem Fernen Osten bilden die drei wichtigsten „eurokommunistischen“ Parteien, wenn nicht gar schon die japanische, die größte politisch-soziale Realität, die aus jener Bewegung entstand, die in der Reaktion auf das Aufgeben des proletarischen Internationalismus durch die Sozialdemokratie, auf die nationalistische Abstimmung für die Kriegskredite 1914 ihren Ursprung fand.

* Zusammenfassung eines Diskussionsbeitrags beim „Kurs über aktuelle Probleme des Marxismus“ in der von „Rosa Sensat“ organisierten Sommerschule am 15. 7. 1977. Übersetzt von W. F. Haug und Max Welsh. – Wir veröffentlichen dieses Dokument der innermarxistischen Diskussion in Spanien mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift MATERIALES (Barcelona), die nach einem ausgezeichneten Start Anfang 1977 ihren zweiten Jahrgang begonnen hat (vgl. unsere Zeitschriftenschau; MATERIALES kann über den Argument-Verlag zum gleichen Preis wie Argument bezogen werden).

Die breite soziale Realität, die der „Eurokommunismus“ ausmacht, erlaubt ihm Errungenschaften in der Analyse und politische Gedankengänge, die von anderen kommunistischen Gruppierungen nicht erreicht werden. Drei dieser Errungenschaften können für alle anderen dastehen:

Die erste ist eine sehr gute Wahrnehmung der gesellschaftlichen Tatsachen und, vor allem, der Nichterfüllung der revolutionären Perspektive, welche die Gründung der Kommunistischen Internationale 1919 motivierte. Diese Wahrnehmung kann, wenn sie nicht von einer Bekräftigung des revolutionären Willens begleitet wird, der Ausgangspunkt für eine Rückentwicklung zur Sozialdemokratie sein. Aber sogar in diesem Falle können die „Eurokommunisten“ Wahrhaftigkeit und Kohärenz bewahren. Im allgemeinen machen sich die „Eurokommunisten“ nicht des Opportunismus schuldig, sondern sprechen die Ergebnisse ihrer Analyse offen aus. Die gute Wahrnehmung der Realität und die wahrhaftige Aussprache dessen, was man sieht, (unabhängig davon, ob aus dem Betrachteten eine sozialdemokratische Perspektive gefolgert wird), bestärken ihrerseits die Verwurzelungen der „eurokommunistischen“ Parteien in der gesellschaftlichen Realität, vor allem im Proletariat. Denn die Arbeiter sind viel intelligenter und kritischer und wesentlich besser informiert als viele radikale Formationen in ihrem paternalistischen Prophetentum zu glauben scheinen. Die Arbeiter vergleichen die Wirklichkeit, in der sie leben und die sie sehen, mit den heftig idealisierten Deutungen, die einige Gruppen von ihr geben, und mit der wahrscheinlichen Darstellung, wie Sozialdemokraten der „eurokommunistischen“ Parteien oder der sozialdemokratischen Parteien sie anbieten; sie achten auf das, was unterm Strich bleibt.

Die zweite Errungenschaft ist die Ausübung einer effektiven Selbstkritik an ihrer eigenen Tradition. Dies erlaubt dem „Eurokommunismus“ einen echten Reflexionsprozeß in Bewegung zu setzen, der nicht nur Sektengläubige interessiert, sondern auch sehr viele Arbeiter.

Die dritte Errungenschaft ist die vorurteilslose Analyse des Neuen in der Sozialstruktur. Diese durch die Befreiung vom (ehrlichen oder pharisäischen) Dogmatismus der Politiker des Ostens ermöglichte frische Analyse erlaubt wiederum eine neue Suche nach Bündnissen, die auf der Gliederung der Klassen und ihre Schichten gründet, so wie sie heute gegeben sind, und nicht, wie es in armseligen Lehrbüchern steht.

Der „Eurokommunismus“ als Rückzug

Aber über dieser analytischen Ebene (auf welcher der „Eurokommunismus“, in augenscheinlichem Widerspruch zu seiner Geringschätzung der Theorie, sich positiv von der übrigen kommunistischen Bewegung abhebt) gibt es keine Ebene umfassender sozialistischer Theorie. Die „eurokommunistische“ Analyse ist kein Bestandteil einer revolutionären Dialektik bzw. ist keine Strategie zum Sozialismus. Gerade wenn er als eine sozialistische Strategie auftritt, verliert er seine analytische Qualität, wird zu einer täuschenden Ideologie. Der „Eurokommunismus“ als sozialistische Strategie ist die abgeschmackte Utopie von einer herrschenden Klasse, die bereit wäre, huldvoll abzudanken, und von einer aufstei-

genden Klasse, die fähig wäre, die Produktionsverhältnisse (angefangen bei den Eigentumsverhältnissen) umzugestalten ohne Zwang auszuüben. Sich diese Utopie einzubilden (wenn es überhaupt jemand tut), setzt voraus, daß man jede Vorstellung verloren hat, was eine bewußt gewollte Veränderung der Produktionsweise sein kann und was eine Klasse ist, der die Enteignung durch die gegenwärtig von ihr beherrschte und ausgebeutete Klasse droht.

Der „Eurokommunismus“ ist, sofern man ihn ernst nehmen kann, keine Strategie zum Sozialismus. Im Gegenteil: er ist der letzte geordnete Rückzug, den die reale kommunistische Bewegung seit der Niederlage der Jahre 1917 bis 1921 erreicht hat. Es ist wahr, daß ein Rückzug als Vorbereitung einer Offensive organisiert werden kann, oder damit es eines Tages möglich wird, eine Offensive vorzubereiten. Aber die erste Voraussetzung dafür ist, zu wissen, daß es sich um einen Rückzug handelt. Das Schlimmste am „Eurokommunismus“ ist seine euphorische Darstellung als „Weg zum Sozialismus“, denn diese Darstellung beinhaltet den Willen, die Rückzugssituation nicht zur Kenntnis zu nehmen, und, mit diesem Nicht-zur-Kennntnis-nehmen, die Preisgabe jedes ernsthaften, nicht reformistisch-bürgerlichen Sozialismus-Begriffs.

Die Bewegung ist dabei, alles zu sein

Im allgemeinen ist die Position der Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, in denen sie einige Bedeutung haben, bernsteinianisch, um es mit einem traditionellen Begriff auszudrücken: Diese Parteien beschränken sich auf die Förderung und Bewegung der Arbeiterklasse in ihrem täglichen Leben, wobei sie in diese Bewegung den angestrengten Versuch einschließen, nach den Fäden der politischen Macht zu greifen, so wie sie im bürgerlichen Staat gegeben ist; und sie werfen nicht einmal die Frage nach den Zielen der Bewegung auf. Dieser „Bewegungskult“ (Movimientismo) ist charakteristisch für die „eurokommunistischen“ Parteien. Mit einer anderen Akzentuierung und größerer oder kleinerer Verzögerung ist er auch für die kleineren KPen charakteristisch. Zur Veranschaulichung sei in diesem Zusammenhang an die Splitterparteien der extremen Linken (und an ihr unbeständiges Gefolge verblendeter Intellektueller) erinnert, die vor ca. 8 Jahren die Verteidigung der katalonischen Sprache durch die PSUC¹ anprangerten (der „Sprache der Bourgeoisie“, wie sie mit starkem katalonischen Akzent auf Spanisch sagten), bevor sie zu prominenten Verteidigern des Katalontums wurden; und vor vier Jahren bekämpften sie noch mit schweren Vorwürfen die Parole der Amnestie, die damals (unter den Kommunisten) einzig und allein von der PCE/PSUC verfochten wurde. Hier in Barcelona gibt es ein anderes schlagendes Beispiel, die Asambleu de Catalunya². Als sie konstituiert wurde, mit der ganz und gar entscheidenden Initiative und Anstrengung der PSUC, haben die kommunistischen Minderheitsparteien diesen Vorgang als eine verwerfliche Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie gewertet. Kurz darauf waren sie auf den fahrenden Zug aufgesprungen, und daß dieser auf ein totes Gleis geriet, hat sie bei dem Versuch überrascht, ein paar Schlafwagen anzuhängen, um auf Dauer mitzufahren.

Die Beschränkung der Kommunistischen Parteien auf die Bewegung innerhalb des gegebenen sozialen Rahmens hat den soliden Grund, daß die Ereignisse we-

der die Erwartungen der Jahre 1917 bis 1919 noch die zwei wichtigsten Erklärungen, die ad hoc erfunden wurden, um die zerrissene Theorie zu flicken, bestätigt haben. Diese zwei Erklärungen sind: die der Etappen der Weltrevolution, ausgehend von der Konsolidierung des Sozialismus in einem einzigen Land (die Erwartung, welche die stalinistische Tradition animierte); und die Vorstellung, das entscheidende Hindernis der Revolution sei ein subjektiver Mangel in Gestalt des Fehlens einer revolutionären Führung (diese Erklärung wird noch heute in verschiedenen trotzkistischen Kreisen aufrechterhalten). Die rein auf den Bewegungskult ausgerichtete, bernsteinianische Politik aller einigermaßen bedeutenden Kommunistischen Parteien ist stets auf die Niederlage jener Erwartung zurückzuführen, sei es, daß sie es offen mit der reformistischen Kohärenz der „eurokommunistischen“ Parteien anerkennen, sei es, daß sie es verhehlen, wie andere, opportunistischere Gebilde, sei es schließlich, daß sie es ignorieren, wie andere, kleinere, ideologisch vernebeltere Kommunistische Parteien, denen jedoch der bürgerliche Reformismus der ersten und die opportunistische Unaufrichtigkeit der zweiten fremd ist.

Notwendigkeiten und Grundzüge einer kommunistischen Regenerierung

Der in einer anderen Lage der europäischen Gesellschaft (nicht ohne Ähnlichkeiten mit der heutigen) durch Bernstein gestaltete Revisionismus zeigt viele Gemeinsamkeiten mit der Praxis der zeitgenössischen kommunistischen Parteien Europas. Zunächst einige ziemlich ähnliche Klassenwurzeln; der allmähliche Übergang der innerparteilichen Hegemonie auf dominierende Gruppen kleinbürgerlicher Freiberufler (nicht reine Intellektuelle oder Theoretiker, wie in den extremistischen Parteien), bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeiterkräfte in der politischen Leitung (obwohl sie die Mehrheit in der Organisation bilden, im Gegensatz zu dem, was in den meisten kommunistischen Minderheitsparteien der Fall ist), ist so offensichtlich bei den „eurokommunistischen“ Parteien, wie er es bei der Sozialdemokratie der Jahrhundertwende war. Weiter haben sie eine gute, besonnene Wahrnehmung der Realität gemeinsam; ferner, in engem Zusammenhang mit dem Klassenursprung, die positivistische Auffassung der Realität als im wesentlichen unveränderbar; und schließlich einen zügellosen Politizismus, in dem das positivistische Urteil über die unveränderbare Realität zusammenfließt mit der eitlen Großsprecherei des Kleinbürgers, besonders des Intellektuellen ohne Leidenschaft für die Ideen.

Neben dem lapidaren „Das Ziel ist nichts, die Bewegung alles“ Eduard Bernsteins kann man heute nicht minder anmaßende Sätze aus jenen kleinbürgerlichen Kreisen zitieren, die in den KPen um die Hegemonie ringen.

Die allgemeine Orientierung eines marxistischen Kommunismus muß heute in der Bekräftigung des revolutionären Willens bestehen (ohne die sie keine kommunistische Orientierung wäre) und in dem Streben, die Lage mit wissenschaftlicher Redlichkeit zu erfassen (ohne das sie keine marxistische Orientierung wäre). Das erste, was notwendig ist, um diese Orientierung zu begründen (Wiederholungen sind bei so Wichtigem nicht überflüssig), ist ein selbstkritisches Bewußtsein des Scheiterns oder des Irrtums der Erwartungen der Jahre

1917 bis 1919, einschließlich des Wortlauts der Marxschen Perspektive. Man muß – frei von Eitelkeiten und Dogmatismen, wie es für wissenschaftliches Denken unumgänglich ist – wissen und wahrhaben, daß die materiellen Bedingungen, die im marxistischen Schema seit dem 19. Jahrhundert als Voraussetzungen der proletarischen Revolution betrachtet werden, schon seit langer Zeit erfüllt sind und daß in dieser Hinsicht nichts zu erwarten ist, keinerlei „Etappe“, die es aus objektiven oder materiellen Gründen noch zurückzulegen gälte. Die von der marxistischen Tradition angenommenen „materiellen Bedingungen“ sind in einer Fülle eingetreten, die sich Marx nicht einmal vorstellen konnte; die Aktiengesellschaft oder „das Aktienkapital“, das laut Marx in Kommunismus übergeht, ist mittlerweile sogar überholt, und trotzdem hat keine soziale Revolution stattgefunden. Damit bleibt nicht einmal der Schatten einer Stütze für einen mechanistischen Marxismus übrig, der Marx gewiß nur in den Augenblicken vorgeworfen werden kann, in denen ihn eine Entdeckung blendet oder auch er einmal einnickt, obgleich dieser mechanistische Marxismus gewiß ein sehr wichtiges Element in der Tradition der Bewegung und im Ideologismus verschiedener Gruppierungen darstellt. Die Überwindung des Mechanismus, der so fehl am Platze ist, wenn es keine Mechanik mehr gibt, auf deren Wirkung man warten kann, ist eine notwendige Bedingung für die wissenschaftliche Rekonstruktion der revolutionären Perspektive, für die wahrhaftige Unterscheidung zwischen Erkenntnis und Willen, zwischen dem tatsächlich Vorhandenen und dem, was sich die Bewegung wünscht.

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung der Produktivkräfte und der gegebenen Struktur der Produktionsverhältnisse ist die Vorstellung, die Bewegung solle notwendigerweise von einer Strömung getragen voranschreiten, die auf bestimmten Ebenen unterbrochen ist, wie ein Fluß von Schleusen, ist ein unwissenschaftlicher Mythos, der ersetzt werden muß durch die Betrachtungsweise einer Bewegung, die sich auf einem Gelände befindet, von dem sie einiges weiß und vieles nicht weiß, einer Bewegung, die sich vor Hindernissen rational einsetzt, das ihr Bekannte maximal ausnutzend, ohne es jemals auf naturalistische Weise mit dem Gewünschten zu verwechseln, und die genauso weiß, daß sie *nur wegen ihres Strebens nach einem revolutionären Ziel, dem Kommunismus, einen Sinn hat*. Vom Sinn aus gesehen, von der Daseinsberechtigung, ist die Bewegung nichts, das Ziel alles. Antonio Gramsci (den sie heute so unbefangenen manipulieren) drückte etwas Ähnliches aus, als er sagte, wichtig sei nicht, in die Einzelheiten gehende, spekulative Konstruktionen in der Welt der Einbildungen aufzustellen, wie es die utopischen Revolutionäre taten, und ebensowenig komme es darauf an, sich ins Ringen um unumgängliche und bedeutende, jedoch ungenügende Ziele einzuschließen in der Art der Reformisten, sondern es gehe um die Arbeit für die Verwirklichung eines „ethisch-juristischen Prinzips“, des Prinzips der emanzipierten Gesellschaft. Das positivistische Festhalten an der gegenwärtigen Gesellschaft, bestenfalls noch mit der Theorie der Etappen und graduellen Abstufungen in einem phantasievollen Weg der Reformen hergerichtet, ist genauso unwissenschaftlich, wie es die Vorschriften der Utopisten über die Methoden sind, in der emanzipierten Gesellschaft Spiegeleier zu braten.

An diesem Punkt angelangt, könnte einer fragen, ob diese Überlegungen sich nicht darauf beschränken, viel Lärm um nichts zu machen. Sobald man anerkennt, daß die „eurokommunistische“ Analyse der Gesellschaften, um die es geht, im wesentlichen zutrifft, und insbesondere, daß das politisch-militärische Kräfteverhältnis – auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise – eher einen neuen Ruf der Bourgeoisie nach dem Faschismus nahelegt (um den „Sozialpakt“ endgültig und gewaltsam durchzusetzen), als eine revolutionäre Alternative, zerbrechen wir uns nicht den Kopf (könnte man sagen) über den Reformismus, der wenigstens eine wirklich eingreifende Rolle im politischen Leben spielt, und auch nicht über die ideologische Blindheit kommunistischer Splitterparteien, die zumindest, sei es auch nur in der Art von Schlafwandlern, die kleine Flamme des Ideals neben der wirklichen Bewegung aufrechterhalten. Man könnte diesen Vorschlag sogar mit dem berühmten Zitat Marxens schmücken, diesmal auf uns selbst angewandt: „Sie wissen es nicht, aber sie tun es“.

Aber diese Einstellung ist deswegen unannehmbar, weil die reformistische Politik die Tendenz hat, bei den Parteiarbeitern den Verlust revolutionären Willens zu produzieren, und weil die ideologischen Trugbilder die Tendenz haben, schließlich Skeptizismus oder Verzweiflung bei ihnen zu erzeugen. Das Ergebnis aus dem unverbundenen Nebeneinander von Reformismus und Ideologismus wird nicht eine Integration kommunistischen Willens im realen Bewußtsein und der realen Bewegung der Arbeiter, sondern die nachhaltige Divergenz beider Motive sein, die endgültige Sozialdemokratisierung einiger (zumindest wahlstimmenmäßig) wahrscheinlich anwachsender „eurokommunistischer“ Parteien, die dogmatische Abkapselung wahrscheinlich relativ abnehmender Minderheitsgruppierungen und vor allem die enttäuschte Neutralisierung eines Teils der Bevölkerung, der dazu neigen wird, faschistischen Demagogen zum Opfer zu fallen, die vielleicht neuerlich als Anarchisten getarnt sein werden, so wie sich die Falange in den dreißiger Jahren mit dem Rot-Schwarz der Konföderalisten verhüllte. Die Tendenz zur Flucht in ideologische Fiktionen ist sehr stark, da Ideologie Sicherheit ist angesichts des durch die Situation der Bewegung erzeugten Unbehagens. Die „Eurokommunisten“ beschwichtigen die verständliche Unruhe, indem sie die Krise nicht zur Kenntnis nehmen und freudestrahlend einen sanften Übergang in die neue Gesellschaft versprechen; die Minderheitskommunisten erreichen das Gleiche, indem sie sich seit 1919 mit erbaulicher Beharrlichkeit einbilden, die Revolution werde jeden Augenblick ausbrechen. Aber der vorhandene innere Kummer zeigt sich bloß nicht. Die Tatsache, daß es gestern zu einigen beklommenen und verkrampften Reaktionen kam, konnte nicht, wie jemand meinte, darauf zurückgeführt werden, daß einige wenige von uns die Dinge kritisch in Frage stellten; das hieße gelegentlichen Worten mehr Wirkung zuschreiben, als sie haben können. Die Unruhe kam zum Ausdruck, weil sie latent vorhanden war. Überdies hat ein Kommunist nicht die Aufgabe zu beruhigen, indem er ein gläubiges und blindes Volk, wie der Großinquisitor bei Dostojewski, niederhält um den Preis, selbst einem wiederauferstandenen Christus das Genick zu brechen.

Elemente einer zeitgemäßen kommunistischen Politik

Andererseits verurteilt die Zurückweisung des „Eurokommunismus“ als Ideologie eines vermeintlichen Weges zum Sozialismus nicht zur Passivität. Die Kritik des „Eurokommunismus“ impliziert eine Politik. Sie ist natürlich kein „Weg“, keine „Strategie“, aber sie gibt sich auch nicht als solche aus, aus dem einfachen Grunde, daß sie nicht an Strategien im geläufigen Sinn glaubt; sie glaubt nicht, daß die konstruierten traditionellen Vorhersagen über das Was und Wie der Zukunft wissenschaftlichen Wert besitzen. Diese Strategien sind zum größten Teil ad-hoc-Konstruktionen, Rechtfertigung der jeweiligen Praxis. Eine rationale kommunistische Politik braucht keine solche Konstruktionen, und dies heute weniger denn je, inmitten der theoretischen Krise und der praktischen Verlegenheit der Bewegung. Was sie zu tun hat, ist: das revolutionäre Prinzip ihrer Praxis in der konkreten Situation sehr klar und sichtbar zum Ausdruck zu bringen, ihr „Ideal“, um es mit dem am meisten „kitschigen“, ethischen und vormarxistischen der in Frage kommenden Ausdrücke zu sagen. Wissenschaftlich ist es, zu begreifen, daß ein Ideal ein Ziel ist, nicht das aus einer pseudowissenschaftlichen Kette strategischer Vorhersagen fälschlich abgeleitete vermeintliche Ergebnis. Wissenschaftlich ist die Vergewisserung der *Möglichkeit* eines Ideals, nicht die irrationale Anstrengung, seine künftige Existenz zu beweisen. Und revolutionär ist es stets, auch wenn es sich bloß um die Verteidigung von Elementarem handelt, des einfachen Stücks Brot (wie während der gegenwärtigen Wirtschaftskrise), immer im *Bewußtsein des Ziels* und seiner radikalen Andersheit verglichen mit dieser Gesellschaft zu handeln, anstatt sich in der Illusion eines allmählichen Überganges zu wiegen, die zur Billigung dieser Gesellschaft führt.

Diese politische Einstellung hat zwei Kriterien: sich nicht zu betrügen und sich nicht aufzugeben. Sich weder zu betrügen mit der reformistischen Milchmädchenrechnung, noch mit dem „linken“ Glauben an die geschichtliche Lotterrie. Sich nicht aufzugeben: keine Abstriche, keine aus angeblichen schrittweisen (gradualistischen) Wegen zum Sozialismus abgeleiteten Programme, sondern sich an Positionen halten am Leitfaden des täglichen Klassenkampfes und nach jeweiligem Kräfteverhältnis, aber vor dem Hintergrund eines Programmes, das maximalistisch zu nennen nichts besagt, weil es einzig ist: der Kommunismus.

Zur Notwendigkeit, sich nicht zu betrügen, wurde schon im Rahmen des Wenigen, was man in solch einem Redebeitrag sagen kann, einiges angemerkt. Bezüglich der Notwendigkeit, keine Abstriche in Kauf zu nehmen, müssen kurz noch zwei der verschiedenen Konsequenzen zur Sprache kommen: Die erste besteht darin, daß die angedeutete Praxis jeden Pakt mit der Bourgeoisie im strengen Sinn ausschließt. Dies braucht keinerlei Trickereien mit sich zu bringen; man kann die Verwaltungsfähigkeit eines jeden Kapitalisten, der sie besitzt, hochschätzen, sowie alle seine sonstigen persönlichen Vorzüge, ohne deswegen die Absicht, ihn zu enteignen, fallen zu lassen. Die zweite Konsequenz ist, daß das Festhalten an Kampfpositionen, die sich am kommunistischen „ethisch-juristischen Prinzip“ orientieren, die Entwicklung erneuernder Aktivitäten im All-

tagsleben einschließen muß, von der unverzichtbaren Erneuerung der Kultur-Natur-Beziehung bis zum Experimentieren mit Beziehungen und Gemeinschaften des Zusammenlebens. Dies verweist auf andere Organisationsfelder des revolutionären historischen Blocks, die für Reformisten und Dogmatiker „reinen Herzens“ unzugänglich sind.

Im allgemeinen hat die hier angedeutete kommunistische Politik vor allem Felder, die zu erkunden notwendig ist. Hier eine kurze Aufzählung der wichtigsten: die Verschärfung der Destruktivität der Produktivkräfte im Kapitalismus, auf die Marx im *Kommunistischen Manifest*, den *Grundrissen*, dem *Kapital*, usw. nachdrücklich hingewiesen hat, die aber in der Tradition der Bewegung nur wenig berücksichtigt worden sind; die Krise der Kultur, der Zivilisation in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern mit einer Verwundbarkeit, die zuletzt während des zweiten Stromausfalls in New York drastisch zum Ausdruck kam, und mit der naturwüchsigen Tendenz der Macht zu einer despotischen Rückentwicklung, um diese Verletzbarkeit des gesellschaftlichen Lebens aufzufangen; die andauernden Probleme des Imperialismus und der Dritten Welt; und, um irgendwo aufzuhören, der spektakuläre Niedergang des Parlamentarismus in den kapitalistischen Ländern, ein weiteres (und hoffentlich irreführendes) Anzeichen einer neuen Rückentwicklung dieser Gesellschaften zu Formen der Tyrannei.

Anmerkungen

1 PSUC = Partit Socialista Unificat (Sozialistische Einheitspartei Kataloniens), 1936 aus der Vereinigung der KP, der Sozialistischen Arbeiterpartei und anderer sozialistischer Parteien Kataloniens entstanden. Heute entspricht sie der Kommunistischen Partei im restlichen Spanien. Anm. d. Übers.

2 „Versammlung Kataloniens“, 1971 gegründete, heute nicht mehr existierende Versammlung katalonischer Parteien. Anm. d. Übers.

Wolfgang Fritz Haug

Für eine materialistisch-dialektische Begründung des dialektischen Materialismus¹

1. Vorbemerkung

Ursprünglich hatte man mir die Aufgabe gestellt, „vom Nutzen materialistischer Erkenntnistheorie“ zu sprechen. Bei der Vorbereitung bemerkte ich, daß die Frage voraussetzte, es gebe *die* materialistische Erkenntnistheorie fix und fertig, und einzig ihr *Nutzen* sei noch herauszufinden und zu benennen. Aber gibt es nicht eine weit in die Vergangenheit zurückreichende Diskussion darüber, *wie* materialistische Erkenntnistheorie zu betreiben sei? Und ist es nicht sogar heftig umstritten, ob materialistische Dialektik und „Erkenntnistheorie“ überhaupt miteinander vereinbar sind und ob es nicht vielmehr einer Theorie des *Wissens*, einer Epistemologie bedürfe (z. B. Althusser 1977, S. 71 ff.)? So schien es mir sinnvoller, das Thema von Standpunkt der zu lösenden – statt der gelösten – Probleme aus zu formulieren, nicht über etwas Gegebenes, sondern über eine Aufgabe zu sprechen: Wozu brauchen wir materialistische Erkenntnistheorie? Wie muß diese Theorie also beschaffen sein, damit sie uns nützt? Aber so unbefangen kann man nicht fragen, weil die Positionen auf diesem Gebiet bereits bezogen sind, auch wenn es *die* Position nicht gibt oder allenfalls im abgeschirmten Innern dessen, der sich auf den Status eines „Anhängers“ zurückzieht. Aus solchen Erwägungen schien es mir sinnvoll, in die Auseinandersetzung mit dem Nutzenanspruch bestimmter Positionen einzutreten. Besonders wichtig schien mir die Auseinandersetzung mit einer repräsentativen² Position der DDR-Philosophie, die bedeutungsvoll für die Entwicklung der sozialen Bewegung in unserem Land geworden ist. Ich entschied mich für einen Aufsatz von Wolfgang Eichhorn (I), der vor seiner Veröffentlichung vom „Wissenschaftlichen Rat für die philosophische Forschung in der DDR“ diskutiert und wohl auch gebilligt worden ist und sich „Zur Bestimmung des Gegenstandes der Philosophie“ äußert. Wenn ich diesen Aufsatz als einen Beitrag zur materialistischen Erkenntnistheorie behandle, dann insofern, als er sich zur Begründung der materialistischen Weltanschauung des Marxismus als wissenschaftlicher Theorie äußert. Um einen Zugang zum gemeinsamen Problemhintergrund zu finden, ist es nützlich, an die Intention der von Marx und Engels begründeten Theorie zu erinnern und ihr Grundproblem unter Bedingungen inner- und intergesellschaftlicher Antagonismen zu skizzieren.

2. Die transitorische Notwendigkeit der gegensätzlichen Darstellung materialistischer Dialektik

Engels zielte eine Erkenntnis der Dinge an, wie sie sich „ohne fremde Zutat“ darbieten. Der Marxismus sollte nichts Besonderes sein, kein apartes System,

sondern „einfache Weltanschauung“, endlich von den Schranken der Klassenherrschaft befreite, auf den Wissenschaften und der Erfahrung gegründete Sicht des Wirkungszusammenhangs der Welt und der Stellung der gesellschaftlichen Menschheit in ihr.

Aber solange die Schranken der Klassenherrschaft fortbestehen, kann diese Weltanschauung nicht zu der angezielten „Einfachheit“ kommen. Sie stellt sich als ständige Anstrengung dar gegen die auf der Grundlage der Klassenherrschaft aufgebauten, sich in ihren Strukturen einnistenden Ideologien. Es gibt kaum einen Schatten von der Vielfalt der Probleme und Formen, aber einen wenigstens strukturellen Eindruck, wenn ich sage: *der Materialismus ist nur als Anti-Idealismus, die Dialektik nur als Anti-Metaphysik erreichbar*.

Diese Einsicht ist weniger beruhigend und selbstverständlich, als es manchem Anhänger des Marxismus auf den ersten Blick erscheinen mag. Sie bedeutet nicht weniger als die epochale vorläufige Unerreichbarkeit der *einfachen Weltanschauung*, auf die hin Friedrich Engels orientierte. Nun mögen viele Marxisten unterschiedlicher Richtung von dieser Orientierung noch nie gehört haben; sie werden fragen, was das soll. Betrachten wir also einige Konsequenzen jener heute unüberschreitbaren Notwendigkeit für materialistische Dialektik, sich als Antiidealismus und Antimetaphysik darstellen zu müssen.

Die unmittelbare Konsequenz liegt auf der Hand: diese Position kann nur in ständiger Auseinandersetzung mit ihrer Gegenposition existieren, und in dem Maße, in dem diese Auseinandersetzung ihre Geschichte hat, ist die materialistische Position nicht sehr viel außer dieser Geschichte, ist so unabschließbar wie diese. Keine Lösung ist je endgültig; Materialismus und Dialektik stellen sich immer wieder neu als Aufgabe. Ferner stellt sich diese Aufgabe jeweils konkret, abhängig von der nationalen – und vermittelt auch internationalen – Geschichte der Auseinandersetzungen und den daraus resultierenden Kräfteverhältnissen. Diese erste Konsequenz wird denen nicht gefallen, die meinen und hoffen, aus der Auseinandersetzung aussteigen zu können. Tatsächlich werden auch diejenigen, die aus ihr auszusteigen versuchen, die Auseinandersetzung nicht los. Ein Schweigen, eine Lücke an umkämpfter Stelle bedeutet eine dem Gegner kampfflos überlassene Position, heißt bewußtlos selber stückweise zum Gegner übergehen.

Die zweite Konsequenz trägt eine unheimliche Dialektik in den Materialismus hinein: indem er sich, auf je verschiedene Weise, als bestimmte Verneinung bestimmter idealistischer Positionen darstellt, bleibt er von dem, was er verneint, durchweg bedingt. Die Gegensätze stehen sich nicht nur äußerlich gegenüber, sondern es hat jeder von ihnen in bestimmter Form seinen Gegensatz in sich. Der Gegner determiniert den Gegner, in Abhängigkeit von Kampfweise und Kräfteverhältnissen. (Man könnte den Dogmatiker als einen beschreiben, der diese unheimliche Dialektik zur Hälfte verstanden hat und nicht locker läßt, während er sich zur anderen Hälfte verdrängt und in seinem Nicht-Locker-Lassen von der Dialektik unterlaufen wird und sich selber im Wege steht.)

Aus diesem Sachverhalt empfängt die Frage nach den Ansprüchen an die Selbstreflexion materialistischer und dialektischer Theorie als solcher ihre Dringlichkeit und ihren Streitwert unter Marxisten. Kämpfen heißt, sich mit dem

Gegner einlassen, sich – je nach Kräfteverhältnissen – entweder auf sein Gebiet vorwagen oder sich seiner mitten in der eignen Position erwehren müssen. An jede Antwort auf die Frage nach der materialistischen Erkenntnistheorie bleibt daher die Frage zu richten: Wie sehr und auf welche Weise ist sie durch ihren Gegensatz bestimmt? Reflektiert sie diesen ihren inneren Gegensatz? Befähigt sie dazu, ihn auszuhalten? Vermittelt sie ihren augenblicklichen Zustand mit dem Fernziel der „einfachen Weltanschauung“? Oder richtet sie sich in der Gegensätzlichkeit „auf Ewigkeit“ ein?

3. Eichhorns Kritik an „Praxis“ und „Subjekt-Objekt“ als Ausgangspunkten marxistischer Begriffsbildung

Eichhorn wendet sich gegen eine Abweichung, die für das Lehrbuch „Marxistische Philosophie“ von 1967 bestimmend sei. Dieses Lehrbuch war unter der Leitung von Alfred Kosing erarbeitet worden; zu den Verfassern gehörte auch Wolfgang Eichhorn. Die Abweichung wird darin gesehen, daß das „Lehrbuch“ „das Problem des Menschen ‚als das Zentralproblem aller Philosophie‘ (Lehrbuch, S. 17), als ‚den hauptsächlichen Gegenstand der marxistischen Philosophie‘ bezeichnet“ (Eichhorn, S. 17). Dieser Gedanke sei „unhaltbar, weil auf diese Weise alle philosophischen Probleme . . . von der ‚Praxis‘ her aufgezümt werden“ (ebd.). Als solche Probleme, denen es unangemessen sein soll, sie in Abhängigkeit von der Praxis zu behandeln, werden aufgeführt: die „allgemeinen Bewegungsgesetze“ und die „Grundfrage der Philosophie“. „Von der ‚Praxis‘ her“ wird von Eichhorn verstanden als „theoretisch vom menschlichen Subjekt, von der Subjektivität. . . her“. „Dieser Gedanke“, urteilt Eichhorn über die Gegenstandsbestimmung der marxistischen Philosophie von 1967, „entgeht nicht der Gefahr des Anthropozentrismus, und das heißt: des Idealismus.“ Alle Beziehungen dieser Position zum „Befreiungskampf der Arbeiterklasse“ seien dazu verurteilt, „gutgemeinte Versicherungen zu bleiben“. Der Vorwurf lautet, ins Kurze zusammengezogen: Aufgrund ihrer Kampfweise habe sich die alte Position partiell in die gegnerische zu verwandeln gedroht.

Offenbar werden „Philosophische Anthropologie“ und „Praxis-Philosophie“ als dem Gegner nicht Streitig zu machende Positionen angesehen. – Was die „Praxis-Philosophie“ betrifft, so war etwa die jugoslawische Marxismus-Rezeption lange Zeit in der Tat von einer Richtung geprägt, die unter jenem Namen wirkte und charakterisiert werden konnte durch „die Hervorhebung des subjektiven Elements im gesellschaftlichen Prozeß und die Vernachlässigung der materiellen Bedingungen, auf deren Basis sich menschliche Praxis erst entfalten kann und die ihre Möglichkeiten und Grenzen bestimmen.“ (Conert 1974, S. 91) Daß hier das Reden von Praxis zur Ausrede eines unpraktischen Subjektivismus werden kann, leuchtet ein. – Ebenso triftig erscheint Eichhorns Wendung dagegen, „die Subjekt-Objekt-Beziehung als theoretisches Problem“ zum „Ausgangspunkt des theoretischen Begründungsgefüges der marxistisch-leninistischen Philosophie zu machen“ (Eichhorn, S. 18). Diese „Abweichung“, in der Nachfolge Hegels und Lukács', um nur die beiden einflußreichsten Positionen zu bezeichnen, scheint freilich keine Sache der Vergangenheit. Das 1976 vom Institut für Ge-

sellschaftswissenschaften beim ZK der SED herausgegebene Lehrbuch „Grundlagen des historischen Materialismus“, in dessen Redaktion unter der Leitung von Erich Hahn auch Wolfgang Eichhorn mitwirkte, bleibt zum Teil tief in der Subjekt-Objekt-Beziehung bürgerlicher Herkunft befangen. So beginnt etwa das zweite, von Alfred Kosing verfaßte Kapitel über „Einheit und Wechselwirkung von Natur und Gesellschaft“ mit der Definition der *Natur* als eines „Bereichs. . . , der nur als Objekt existiert“, wogegen die *Gesellschaft* aufzufassen sei als ein „Bereich. . . , der . . . auch als Subjekt existiert, welches sich die übrige materielle Welt zum Objekt der Tätigkeit macht“ (Grundlagen, 1976, S. 88). Die Objektform wird hier als Naturform schlechthin aufgefaßt; Natur wird reduziert auf die vom menschlichen Subjekt als Objekt Gehabte, und die menschliche Natur wird zur Unnatur. Die Bestimmungen sind so scholastisch, daß sie zum scholastischen Streit herausfordern. Z. B. existiert jeder vom Menschen produzierte Gebrauchswert als solcher nur in der Objektform, unterscheidet sich also nach obiger Bestimmung insofern nicht vom Bereich der Natur. Der Holztisch wiederum wird vom Holzwurm zum Objekt seiner Aktivität gemacht, der Holzwurm erscheint mithin in dieser Betrachtungsweise als Mitglied der menschlichen Gesellschaft. In dialektisch-materialistische Richtung gelangt das betreffende Kapitel erst, wo Marx und Engels zitiert werden: nun wird in der Form des Zitats gesehen, daß in der Arbeit der Mensch dem Naturstoff als Naturmacht gegenübertritt, daß er in der Arbeit verfährt wie die Natur selbst (vgl. Kapital I, S. 192), daß die Natur sich „rächt“, wenn sie ausgebeutet wird durch ein Subjekt, das „außer der Natur steht“ (MEW 20, S. 453). Die Naturseite des Menschen ist neuerdings von der Kritischen Psychologie anhand umfangreichen empirischen Materials paradigmatisch herausgearbeitet worden (Holzkamp 1973, Schurig 1975, Holzkamp-Osterkamp 1975 und 1976). – So sehr es einleuchtet, daß es falsch ist, die Natur als Subjektprodukt, statt das „Subjekt“ als Naturprodukt zu fassen und statt die praktische Entwicklung des „ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse“ als Entwicklung des menschlichen Wesens in seiner Wirklichkeit zu begreifen, so wenig leuchtet deshalb schon die Verdrängung der Praxis aus der zentralen Stelle ein, in die sie Marx in der ersten Feuerbach-These gerückt hatte: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus“, heißt es dort bekanntlich, „ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung* gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit. . .“ Und die zweite These verknüpft die wissenschaftliche Fassung des Erkenntnisproblems fundamental mit der Praxis: „Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit des Denkens – das von der Praxis isoliert ist – ist eine rein *scholastische Frage*.“ Die achte These insistiert darauf, daß wirkliches Begreifen nur als Moment gesellschaftlicher Praxis (wir können hinzufügen: wie immer sie gliedert und die Stellung einer Theorie zu ihr genau bestimmt sei) möglich ist: „Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich *praktisch*. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus veranlassen, finden ihre rationale Lösung in der menschlichen Praxis und in dem Begreifen dieser Praxis.“ Die Feuerbach-Thesen schließen mit der Andeutung der Parteilichkeit, ohne die dieser Bezug und damit die Wahrheit in der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht erreicht werden kann: Nicht das Individuum als Instanz und die Anschauung als

Denkstruktur sind wahrheitsfähig (These 9), sondern es bedarf des Bezugs zur Praxis vom „Standpunkt der menschlichen Gesellschaft oder der gesellschaftlichen Menschheit“ (These 10). Damit sind wissenschaftslogische Probleme von höchster Dringlichkeit angesprochen, wenngleich noch nicht gelöst. Die Analyse der Bedeutung von Standpunkt und Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie zeigt jedoch, daß im wissenschaftlichen Hauptwerk von Marx die Andeutungen der Feuerbach-Thesen verwirklicht sind (vgl. Haug 1972).

Eichhorn nimmt die Orientierung der Feuerbach-Thesen in der Form auf, daß er die Frage des Praxisbezugs der Theorie, die Frage nach ihrem Standpunkt und ihrer Perspektive verengt auf die „Frage, worin der Ausgangspunkt der Philosophie im Sinne der gesellschaftlichen Triebkräfte und Zwecke der philosophischen Arbeit besteht.“ Und was die gesellschaftliche Zwecksetzung der theoretischen Arbeit betreffe, so gehe seine Position „selbstverständlich allemal von den Problemen des menschlichen Lebens, von der ‚Praxis‘, von den praktischen Erfordernissen des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Partei aus“ (Eichhorn, S. 18). Aber hieraus folge keineswegs, daß „die Praxis als Kategorie. . . den Ausgangspunkt des theoretischen Begründungsgefüges“ ausmache, vielmehr sei es die „Grundfrage der Philosophie“, der diese Stelle des Ausgangspunktes einzuräumen sei (darauf komme ich später zurück).

Es ist durchaus nicht selbstverständlich, das Problem in diesen Begriffen zu stellen. Wer sagt denn, daß die marxistische Theorie aufzufassen sei als ein *von einer Kategorie*, von welcher auch immer, seinen Ausgang nehmendes Begründungsgefüge? Was wäre ein „kategorialer Ausgangspunkt“ anderes als eines jener Axiome, aus denen die traditionelle Philosophie das Weltganze herauszuspinnen versuchte? Marx und Engels haben einen langen Kampf gegen diese Denkstruktur geführt (vgl. Haug 1975 und 1976). In ihrem Sprachgebrauch wird diese Denkstruktur durchgängig mit dem Begriff „Philosophie“ bezeichnet. Wer nach Marx und Engels von „marxistischer Philosophie“ spricht, der muß stets, wenn er nicht die Entwicklung hinter Marx zurückwerfen will, sehr scharf den Unterschied zu „aller bisherigen Philosophie“ (Engels) dartun – und zwar nicht nur in der Form der Versicherung. Wie können wir sonst sicher sein, daß nicht auch eine Position wie die von Eichhorn trotz aller „gutgemeinten Versicherungen“ beim Gegenteil des Angestrebten landet?

Für die fällige Diskussion solcher brennenden Probleme marxistischer Diskussion ist es nützlich, sich zuvor darüber zu verständigen, welchen Status der Bezug auf „die Praxis“ in den Feuerbach-Thesen hat. Sicher hat dieser Begriff dort nicht den Status eines theoretischen Axioms. Vielmehr entscheidet nach Marx der Bezug auf die Praxis die Frage, wie wir wirkliches Begreifen von scholastischem Theoretisieren unterscheiden können. Es geht also in der Tat um die wirkliche Praxis, nicht um die bloß gedachte, nicht um die Praxis-Kategorie. Die Dimension, von der Marx hier handelt, ist die der wissenschaftlichen Begriffsgewinnung. Der Wirklichkeitsbezug, so die Marxsche Einsicht, stellt sich letztlich nur vermittels der Tätigkeit her, und Anschauung ist berechtigt nur als eingebundenes und untergeordnetes Moment. Wenn sie sich historisch zunächst selbstständig als theoretische Realitätsbeziehung einer Klasse von Müßiggängern, die das Denken unter Abstraktion von der Praxis-vom-Standpunkt-der-gesell-

schaftlichen-Menschheit zu ihrer Spezialtätigkeit gemacht hat, dann stellt sich, wie immer der gewählte kategoriale Ausgangspunkt heiße, ob Geist oder Materie, jene kontemplative Grundstruktur des Denkens her, jene ideologische Bewutseinsform namens „Philosophie“, deren Grundproblem, weil von Gedachtem ausgehend, logisch die Frage nach dem Verhältnis des Denkens zum Sein ist. In der „Deutschen Ideologie“ haben Marx und Engels diese Überlegung, in der die Beziehung bzw. die unmittelbare Nichtbeziehung eines Denkens zur gesellschaftlichen Praxis die Ableitung der ideologischen Bewutseinsform dieses Denkens leistet, zum ersten Mal durchgeführt. Der späte Engels hat diese Gedanken immer wieder aufgenommen; aber auch Marx tut es beiläufig im „Kapital“. Man kann zusammenfassend festhalten: Für das Selbstverständnis der marxistischen Theorie als wissenschaftliche Theorie, also für die allgemeine materialistische Erkenntnistheorie (denn dieses Selbstverständnis ist eine ihrer Aufgaben), ist dieser Bezug auf die Praxis mit seinen Problemen von Standpunkt und Perspektive grundlegend. Im übrigen begründet sich diese Theorie in prinzipiellem Bruch mit allen bisherigen Vorstellungen axiomatischen Theorieaufbaus. Mit andern Worten: Wenn Eichhorn es ablehnt, „daß die Praxis als Kategorie oder die Subjekt-Objekt-Beziehung als theoretisches Problem den Ausgangspunkt des theoretischen Begründungsgefüges der marxistisch-leninistischen Philosophie ausmachen“, so kann man ihm nur solange zustimmen, als man nicht die Fragestellung, deren falsche Beantwortung er verwirft, als selber falsch erkennt, nämlich als eine, deren kategorialer Rahmen nur falsche Antworten erlaubt.

4. Die „Grundfrage der Philosophie“ als „Ausgangspunkt aller philosophischen Gedankenentwicklung“ bei Eichhorn

Betrachten wir im Rahmen dieser Fragestellung Eichhorns Antwort. Wir entsinnen uns ihres Anspruchs: In der „erbitterten Auseinandersetzung“ (S. 17) soll sie bestehen können, der „Gefahr des Anthropozentrismus, und das heißt: des Idealismus“ soll sie zu entgehen erlauben. Gefragt also ist nach dem „kategorialen Ausgangspunkt des theoretischen Begründungsgefüges“. „Was diese Frage angeht“, schreibt Eichhorn, „so kann es m. E. nur eine Antwort geben: *Ausgangspunkt im theoretischen Begründungszusammenhang unserer Philosophie ist die materialistische Entscheidung der Grundfrage der Philosophie, die prinzipielle Setzung des allgemeinen materialistischen Ausgangspunktes.*“ (S. 18)

Betrachten wir ferner, bevor wir uns der Problematik dieser Antwort zuwenden, den Leistungsanspruch, dem die so konstituierte Philosophie genügen soll. Innerhalb „des Gesamtsystems des Marxismus-Leninismus. . . (ist) sie die allgemeine theoretische und methodologische Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung“ (S. 6). Leistung der Philosophie sei insbesondere das Einbringen des Materialismus und der Dialektik. Dadurch konstituiere diese Philosophie die *Einheit* des Marxismus. „Der vollendete Materialismus ist der übergreifende philosophische Standpunkt, der die Einheit der marxistisch-leninistischen Philosophie und der marxistisch-leninistischen Weltanschauung überhaupt. . . konstituiert. . .“ (S. 7). So begründe diese Philosophie den Marxismus

„als einheitliches, in sich geschlossenes System philosophischer, ökonomischer, historischer und politischer Lehren“, in welcher Form er „der Arbeiterklasse das theoretisch-fundierte Bewußtsein ihrer geschichtlichen Lage, ihrer Interessen, ihrer Ziele, der Bedingungen, Wege und Formen ihres Klassenkampfes“ gebe (S. 6).

Wir haben es hier mit einer Vorstellung verschiedener Instanzen mit spezifischen Kompetenzen zu tun, die in bestimmter Weise zusammenwirken. Die entscheidenden Kompetenzen liegen offensichtlich bei der philosophischen Instanz, die ausführenden bei der Arbeiterklasse. Es scheint, als ob die Philosophen auch den Ökonomen und den Politikern die Hand zu führen hätten. Materialismus, als konsequenter die Dialektik enthaltend – gilt er hier als ein philosophischer Standpunkt, dessen Erkenntnisse auf die verschiedenen Materien (Politik, Ökonomie, Klassenbewußtsein) nurmehr anzuwenden sind? Es hängt alles ab von dieser Philosophie. Ihrer Stellung im „Gesamtsystem“ schmeicheln wir nicht, wenn wir feststellen: Es ist die alte Stellung der *prima philosophia*, der z. B. bei Descartes für Begründung und Aufbau des gesamten Wissenschaftsgebäudes fundamentalen *Ersten Wissenschaft*. Bei Descartes ist es ihr Werk, die kategoriale Grundstruktur zu errichten in der dualistischen Gestalt einer Zweisubstanzenlehre: der denkenden Substanz steht die ausgedehnte gegenüber; die denkende entnimmt sich selbst die Kriterien vermeintlich zweifelsfreier Erkenntnis, und nun taucht das Problem auf, wie dieses Denken zum Sein findet. Innerhalb dieser Strukturen scheint es bei Descartes keinen andern Garanten für einen Nicht-Agnostizismus zu geben als Gott. – Wie helfen sich die Materialisten in solchem Gemäuer? Solange sie seine Konstruktion nicht „logisch-historisch“ begreifen, scheint kein anderer Weg offenzustehen als der einer umgekehrten Entscheidung. Aber so geraten sie in einen Grundwiderspruch, aus dem kein Entkommen ist. Indem ich *entscheide*, die entscheidende Instanz prinzipiell außer meinem Denken *zu setzen*, bleibt sie von meiner Entscheidung abhängig, bleibe *ich*, cogito, denkende Substanz, die entscheidende Instanz, das Erste, woraus das andere das Abgeleitete. Warum sollte es auch der Materie besser ergehen als dem gleichfalls Bewußtseins-abhängigen Gott von Descartes?

Eichhorns angestrebte Prinzipienfestigkeit gerät von sich aus ins Wanken. Seine „prinzipielle Setzung des allgemeinen materialistischen Ausgangspunktes“ springt immer einen Schritt hinter das gewünschte Ziel zurück. Das Prinzipielle bleibt nicht das Gesetzte, sondern der Akt des Setzens und die setzende Instanz. Sie hat hier offenkundig zu bestimmen. Sie ist entscheidende Instanz. Was immer sie will, *sie* will es, und sie beansprucht, das Sagen zu haben.

Doch hat die Kompetenz dieser Entscheidungsinstanz ihre Grenzen in Gestalt jener „Grundfrage der Philosophie“, die Engels als Fundamentalstruktur aller bisherigen Philosophie aufgewiesen hat, als die Struktur, die eine spezifische *ideologische Form* charakterisiert. Und Marx hat immer wieder deutlich zu machen versucht, daß innerhalb dieser Struktur auch die Entscheidung für deren materialistische Ausfüllung der Ideologie der Klassengesellschaft verhaftet bleibt. Damit hebt die erste Feuerbach-These an: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus. . . ist, daß der Gegenstand . . . nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird. . .“ Und im *Kapital* präzisiert Marx: Zentral

ist das Begreifen des „aktiven Verhaltens des Menschen zur Natur, des unmittelbaren Produktionsprozesses seines Lebens, damit auch seiner gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen entquellenden geistigen Vorstellungen.“ „... aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln... (,) ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode. Die Mängel des abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus, der den geschichtlichen Prozeß ausschließt, ersieht man schon aus den abstrakten und ideologischen Vorstellungen seiner Wortführer, sobald sie sich über ihre Spezialität hinauswagen.“ (MEW 23, S. 393, Fn.) Vom „Geburtsdokument“ der neuen revolutionären Weltanschauung bis zu den reifen Ausarbeitungen liegt der Akzent auf der Aufhebung der anschauenden Grundstruktur und der durch sie konstituierten ideologischen Bewußtseinsform. Es ist philologisch unhaltbar – vielleicht muß man das harte Wort Fälschung gebrauchen –, von einer terminologischen Identität zwischen Marx/Engels und heutigem Marxismus auszugehen. Dies betrifft besonders den Begriff „Philosophie“. Es gibt historische, institutionelle und theoretisch-funktionelle Gründe, für die allgemeine Theorie des Marxismus den Begriff der Philosophie beizubehalten und einige Vorhersagen von Marx und Engels in Bezug auf das Schicksal der Philosophie als Institution für problematisch zu halten. Aber in keiner Weise legitim ist es, das von Marx und Engels über die „Grundfrage aller bisherigen Philosophie“ Gesagte auf ihre eigene Theorie zu beziehen, bloß weil ihre Nachfolger heute gute Gründe haben, sich u. a. auch Philosophen zu nennen. Kurz: *Die Grundfrage aller bisherigen, sprich: vormalistischen Philosophie ist nicht die Grundfrage der marxistischen Philosophie.* Der Marxismus besteht seit dem Bruch mit dieser Grundstruktur, die durch ihre „Grundfrage“ unausweichlich heimgesucht wird. Dieser Bruch legt die Distanz eines qualitativen Sprungs zwischen den dialektischen und allen bisherigen Materialismus. „Thesen über Feuerbach“ heißt: Thesen zur prinzipiellen Überwindung alles bisherigen und zur Begründung des historisch-dialektischen Materialismus.

Eichhorn bleibt auf dem Boden des Dualismus, damit des Idealismus und dessen Struktur, um dort seine Entscheidung gegen den Idealismus anzustrengen. Doch der Idealismus genießt hier alle Heimvorteile. Die dezisionistische Form der Konstituierung des Materialismus läßt seinen Gegensatz immer eine Instanz voraus (oder, wenn man den Instanzenweg umgekehrt verfolgen will, zurück) sein. Man sieht, diese Position wird durch ein wechselseitiges Dementi von Determinismus und Dezisionismus heimgesucht. Könnte man sich für eine Lehre entscheiden, die bestritte, daß man sich entscheiden kann? Der Grundfehler liegt in der Fragestellung. Die alte bürgerliche Fragestellung läßt sich nicht wissenschaftlich beantworten. Wohl lassen sich Entstehung, Klassencharakter und Funktionsweise dieser Fragestruktur wissenschaftlich begreifen. Aber damit ist die „Grundfrage“ auch schon aufgehoben in einer qualitativ neuartigen Fragestellung. Dieter Krause schreibt zurecht: „Es wäre ein Mißverständnis, den engen Zusammenhang zwischen der kommunistischen Bewegung und der wissenschaftlich-materialistischen Grundposition als subjektiv-dogmatische Grundentscheidung zu interpretieren; daß der Austausch einer Systemphilosophie gegen die andere keinen Schritt mehr weiterführt, haben Marx und Engels stets deut-

lich gemacht.“ (Krause 1971, S. 537 f.) Somit überzeugt Eichhorns dezisionistischer Lösungsversuch des Problems der Überzeugung und der Prinzipienfestigkeit nicht. Er begründet eine Abwehrstrategie, die erst recht den Feind ins Land ruft. Diese Auffassung von Parteilichkeit hängt letztlich an der Gegenpartei fest.

Eichhorn kennt sehr wohl die Skizzen zu einer historisch-materialistischen Ableitung (die zugleich Kritik ist) der Grundfrage der Philosophie bei Marx und Engels. Er sieht aber nicht, daß das Ergebnis dieser theoretischen Rekonstruktion einen im Vergleich zur „Grundfrage“ neuartigen Ausgangspunkt bietet. „Natürlich“, schreibt er, „ist die Grundfrage die theoretische Konsequenz einer sehr langen geschichtlichen Entwicklung der Philosophie, der Wissenschaften und der gesellschaftlichen Praxis der Menschheit. Aber innerhalb des theoretischen Systems der marxistisch-leninistischen Philosophie ist sie ganz im Sinne der Marxschen Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten der abstrakte theoretische Ausgangspunkt aller weiteren philosophischen Gedankenentwicklung.“ (S. 18) Hier gilt ihm, ganz unsere Kritik bestätigend, die „Grundfrage“ als solche – und nicht mehr ihre materialistische Entscheidung – als theoretischer Ausgangspunkt. Eichhorn verkennt, daß es etwas völlig anderes ist, ob man die „Grundfrage aller bisherigen Philosophie“ oder ihre historisch-materialistische Rekonstruktion zum Ausgangspunkt nimmt – was die gesamte theoretische Struktur revolutioniert und total mit dem Begründungsgefüge aller bisherigen Philosophie bricht. Ferner schlägt sein Rechtfertigungsversuch mithilfe des Verweises auf die Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten fehl. Nicht nur hat Marx diese Redeweise fertig von Hegel übernommen und bezeichnet sie also keineswegs das Spezifische seiner Methode; sondern sie bezieht sich auf die Logik der Rekonstruktion eines zu erkennenden Objekts im Denken. Das „Abstrakte“, mit dem Marx im *Kapital* anfängt, ist in der Realität keinesfalls „abstrakt“, sondern „einfachstes Konkretum“³, strukturell elementar und zudem genetisch anfänglich für die zu untersuchende Gesellschaftsform. Der Sinn von Marx' Methodenüberlegungen ist, daß man einen Gegenstand nicht unmittelbar erkennen kann, sondern daß man ihn rekonstruieren muß, wozu es eines „Anfangs“ in der Sache bedarf, d. h. einer für den Aufbau und seine Entstehung gleichermaßen grundlegenden Realität, von der aus die Rekonstruktion des Gegenstands, der Logik seiner Funktionsweise und Entwicklung folgend, ihren Ausgang nehmen kann. Die „Grundfrage“ und ihre „Entscheidung“ sind kein solches reales Element. Sie als das Abstrakte zu bestimmen, von dem aus der Aufstieg zum Konkreten möglich sei, ist ein Rückfall in den Hegelianismus, d. h. in die idealistische (überdies beklemmende) Illusion, aus gedanklichen Abstraktionen das Konkrete herausentwickeln zu können, als ob es, wie Séve spottete, wie Dornröschen im Abstrakten schlummerte (Seve 1974, S. 44).

Eichhorn scheint in der Tat nicht weit von dieser Dornröschen-Vorstellung entfernt. Seine Beispiele für die Bewährung der „Grundfrage als des abstrakten theoretischen Ausgangspunktes aller weiteren philosophischen Gedankenentwicklung“ weisen in diese Richtung. So schreibt er, „der Gedanke des ‚naturhistorischen Prozesses‘ (sei) eine Konsequenz und zugleich ein Moment ihrer“ –

d. h. der „Grundfrage“ – „materialistischen Beantwortung“. Die Welt steht Kopf. Es sind nicht mehr die biologischen Einsichten in den naturhistorischen Prozeß, die philosophisch verallgemeinert werden, sondern am Anfang steht das philosophische Abstraktum, das aus sich die einzelwissenschaftliche Konkretion entläßt. Gedanke zeugt Gedanke; der Gedanke der materialistischen Beantwortung der Grundfrage des traditionell philosophischen Denkens zeugt den „Gedanken des ‚naturhistorischen Prozesses‘“. Im Gegensatz zu derartigen Vorstellungen hat Marx immer wieder unterstrichen, daß seine allgemeinen Thesen nur als *Resultate* begriffen werden können und dürfen, als „Ergebnis gewissenhafter und langjähriger Forschung“ (MEW 13, S. 11), nicht aber als prinzipiell gesetzte *Ausgangspunkte*. Marx' Resultate sind für uns Nachkommende Ausgangspunkte nur in dem Sinn, daß sie uns einen Leitfaden abgeben, über dessen Wert oder Unwert aber außerhalb seiner Bewährung im konkreten Material nicht zu befinden ist. Ihn mit Begriff und Verstand aufzunehmen ist gar nicht möglich, wenn man nicht auch, wie immer abgekürzt, den Ableitungsprozeß vergegenwärtigt, aus dem er resultierte. Nur das *als Resultat* – und das heißt: in seinem Resultieren – aufgefaßte Resultat ist zulässig als anfänglicher Leitfaden neuer Forschung. In der Bestimmung der Grundfrage vormarx'schen philosophischen Denkens zum „Ausgangspunkt aller weiteren theoretischen Gedankenentwicklung“ sind die Spuren der wissenschaftlichen Grundlagen der Abstraktionen marxistischer Philosophie mitsamt ihrem Status resultierender Verallgemeinerung ausgelöscht. Ihr Wissenschaftscharakter ist mystifiziert. Damit schwindet das revolutionäre Moment des spezifisch marxistischen Wissenschaftscharakters.

An den Folgeproblemen, die sie schafft, erkennt man den mittelbaren Wert oder Unwert einer Problemlösung. Die Eichhorn'sche Lösung des Problems der Überzeugung und des prinzipienfesten Anti-Idealismus zieht einen Rattenschwanz von Folgeproblemen hinter sich her. Sie führt dazu, daß die materialistischen Antworten in einer Begrifflichkeit artikuliert werden müssen, die durch den idealistischen Dualismus von Geist und Materie geprägt ist: in unangemessenen Begriffsgegensätzen, die zur Schranke wissenschaftlicher Erkenntnis werden. Repräsentativ für diese Art von Verstrickung ist z. B. die Aussage, „daß die materielle Natur vor dem menschlichen Bewußtsein bestanden“ habe. Die begriffliche Struktur, die hier zugrundeliegt, ist unschwer als die des Gegensatzes von Materie und Geist erkennbar. Um zu zeigen, wie wissenschaftsfremd diese Begriffsstruktur ist, muß man nur versuchen, wissenschaftliche Aussagen über die Beziehung der materiellen Natur des Menschen zum menschlichen Bewußtsein in ihr zu artikulieren. Zum Beispiel wäre es unsinnig zu behaupten: „Die materielle Natur des Menschen hat vor dem menschlichen Bewußtsein bestanden“. „Bewußtsein“ ist nichts anderes als eine Lebensform der „materiellen Natur“ des Menschen. Sollte Eichhorn's Aussage bedeuten, „daß die materielle Natur vor dem Menschen bestanden hat“? Aber so würde sie sich noch immer vor der Schwelle zur wissenschaftlichen Fassung des Intendierten bewegen. – Vielleicht sollten wir Philosophen, nachdem die positiven Einzelwissenschaften schon z. T. die richtigen Antworten produziert haben, von ihnen lernen und wenigstens nachträglich, da ja die Eule der Minerva immer erst bei Abenddämmerung losfliegt, die richtigen Fragen stellen. Es ist die Frage nach dem naturge-

schichtlichen Prozeß, dessen Resultate die Voraussetzungen für die Entwicklung zum Menschen bereitstellen; die Frage nach den entscheidenden qualitativen Sprüngen im Tier-Mensch-Übergangsfeld (vgl. dazu Holzkamp, Schurig und Holzkamp-Osterkamp). Das konsequent durchgeführte dialektische Entwicklungsdenken auf der Grundlage des empirischen wissenschaftlichen Materials sprengt die alten metaphysischen Oppositionen.

Wenn anfangs behauptet wurde, daß Materialismus und Dialektik sich transitorisch-epochal nur als Anti-Idealismus und Anti-Metaphysik darstellen können und der Dialektik dieser Gegensätze nicht entgegen, so erweist sich die hier untersuchte Position als eine, die im Widerspruch zu ihrer eigenen Meinung von der Dialektik überwältigt ist. Auch die hier entwickelte Kritik an dieser Position entgeht nicht dieser Dialektik, auch sie kann nicht „einfach Materialismus und Dialektik“ darstellen. Aber sie nimmt diese Dialektik in ihre eigne Bestimmung auf und führt den Kampf auf deren eigenem Boden, nicht mehr dem der Metaphysik.

5. Geschlossen, aber nie abgeschlossen – Wissenschaftliche Erkenntnis als Prozeß im Widerspruch

Wissenschaftliche Erkenntnis, auch auf der Abstraktions- und Verallgemeinerungsebene wissenschaftlicher Weltanschauung, ist unweigerlich dialektisch, d. h. unabschließbar prozeßhaft und widersprüchlich, das heißt ebenso unabdingbar: in gegensätzlicher Form ablaufend. Diese Aussage beansprucht, ein Gesetz wissenschaftlicher Erkenntnis zu formulieren. Diskussion (oder Streit) und Praxisbezug gehören zur Wissenschaft wie der Stoffwechsel zum organischen Leben. Wer sie abtötet, tötet die Wissenschaft ab. Der Anspruch auf Einheitlichkeit und Verbindlichkeit muß in Einklang mit diesem Gesetz gebracht werden, anders würde er – wie in der Vergangenheit – zu zerstörerischen Fehlern führen. Es ist aber nicht so, daß die Ansprüche auf Einheitlichkeit und Geschlossenheit mit der dialektischen Wirklichkeit unvereinbar wären. Sie müssen nur von ihr her und auf sie hin aufgefaßt werden.

Unsere Erkenntnis ist doppelt in Bewegung gehalten: als Anstrengung auf eine Wirklichkeit hin, die ihrerseits in ständiger Bewegung und Entwicklung ist. Hier kann es nur sehr allgemeine – und daher inhaltsarme – Aussagen geben (wie zum Beispiel die vorstehende), die dauernde Gültigkeit beanspruchen können, wobei ihre qualitative Bedeutung radikalem Wandel unterworfen sein wird. Natürlich gibt es, auf „mittlerem Allgemeinheitsgrad“ – z. B. in Form allgemeiner Aussagen über Kapital-Gesetze – relativ stabile, epochal gültige Erkenntnisse.

Der dialektische Materialismus beginnt im Ernst erst dort, wo Form und Inhalt in Übereinstimmung sind. Eine undialektisch und unmaterialistisch sich begründende und darstellende Theorie von Dialektik und Materialismus ist ein Widersinn. Leider hat er uns nicht mit seiner Existenz verschont*. Eine wichtige Funktion materialistischer Erkenntnistheorie ist die Selbstanwendung des dialektischen Materialismus, die rücksichtslose Kritik unmaterialistischer und undialektischer – und das heißt in marxistischem Sinn: unwissenschaftlicher – Begriffsbildungen.

Kritik ist Einspruch, angemeldeter Widerspruch, der auf Widersprüche hindeutet. Wo immer eine Instanz die Sanktionsgewalt hatte, gegen sie gerichtete Kritik auszuschalten, da hat sie früher oder später diese Gewalt auch angewandt oder die Kritiker haben sich vorbeugend gebeugt und jene Gewalt in Selbstzensur auf sich selbst zur Wirkung gebracht. Strukturen, die das ermöglichen, negieren insofern den wissenschaftlichen Sozialismus.

Man gibt weder den Einheits- noch den Verbindlichkeitsanspruch preis, wenn man die Bedeutung der Diskussion für den wissenschaftlichen Prozeß betont. Dieser Prozeß ist notwendig immer einer der öffentlich-kontroversen Erkenntnisentwicklung. Die bekannten Mechanismen, die in diesem Prozeß wirken, wirken keine Wunder, aber wir kennen keine besseren. Der akzeptierte, ja in aller Form organisierte Widerspruch im Erkenntnisprozeß, ein Prozeß zwischen den wissenschaftlichen Erkenntnisproduzenten sowie zwischen ihnen und den gesellschaftlichen Instanzen, auf deren Praxis hin bestimmte Erkenntnisobjekte bearbeitet werden, dieser gesellschaftlich institutionalisierte Widerspruch in seinem Zusammenspiel unterschiedlicher gesellschaftlicher Instanzen ist die Austragungsform der Ungewißheit, die immer zunächst besteht, und aus der heraus ein Weg zur Gewißheit in einer bestimmten Hinsicht gefunden werden soll. Als verdränger nimmt der Widerspruch unvermeidlich destruktive Formen an, die seine Verdrängung zu rechtfertigen scheinen, ihr jedoch in Wahrheit den Spiegel ihrer Unfähigkeit vorhalten. Der gesellschaftlich akzeptierte, in bestimmten rationalen Kommunikationsformen sich artikulierende Widerspruch ist die Form, in der sich die Verbindlichkeit herstellt. Verbindlichkeit im nichtadministrativen, sondern inneren, Zustimmung und Zusammenhang ausdrückenden Sinn, kann im wissenschaftlichen Diskussionsprozeß letztlich nur durch erwiesene Produktivität sich herstellen. Verbindlichkeit einer Aussage bestimmt sich durch Einsicht in ihre Notwendigkeit für eine bestimmte Produktion. Auch dies gehört zur materialistischen Theorie wissenschaftlicher Erkenntnis, daß sie die Formen und Gesetzmäßigkeiten, die bestimmen, wie sich eine wissenschaftliche Erkenntnis verbindlich „durchsetzt“, analysiert.

Lenin sieht zurecht bei Hegel „viel Mystizismus und leere Pedanterie“ am Werk. „Genial aber“, notiert er in seinem Konspekt zu Hegels Logik, „ist der Grundgedanke: des universellen, allseitigen, lebendigen Zusammenhangs von allem mit allem und der Widerspiegelung dieses Zusammenhangs. . . in den Begriffen des Menschen, die ebenfalls abgeschliffen, zugerichtet, elastisch, beweglich, relativ, gegenseitig, verbunden, eins in den Gegensätzen sein müssen, um die Welt umfassen zu können.“ (LW 38, S. 136 f.) Dieser „dialektische“ Anspruch ist erst recht an die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus zu stellen, in ihren Begriff aufzunehmen. Anders wirkt sie sektiererisch, weil unüberzeugend, nicht kommunizierbar; und sie wirkt anders lähmend auch auf die, deren Positionen sie ausdrückt.

Wissenschaftliche Erkenntnis in ihrer Parteilichkeit gehorcht nicht derselben Logik wie etwa der Eintritt in eine Partei. Sich *für* letzteres zu entscheiden ist etwas ganz anderes als *über* den Wahrheitswert einer These zu entscheiden. So historisch unentbehrlich marxistische Parteien sind, so ruinös wäre die Verwechslung der Ebenen, etwa der Parteilichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis mit Par-

teidisziplin. Die materialistische Erkenntnistheorie muß derartige Gesetzmäßigkeiten des Prozesses wissenschaftlicher Erkenntnis und ihrer Parteilichkeit bewußt halten. Dies macht einen Teil ihrer unmittelbar praktischen Bedeutung aus: Von einer politischen Partei, die sich auf den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stellt, verlangt sie die Anerkennung dieser Gesetzmäßigkeiten und die Entwicklung institutioneller Vorkehrungen für eine ungehemmte Entfaltung der wissenschaftlichen Erkenntnis. Dezisionismus bedeutet dagegen Abdanken materialistischer Erkenntnistheorie und Dialektik. Dezisionismus führt zum Konfessionalismus. Konfessionalismus führt zur Aufspaltung von *fides* (Überzeugung) und *confessio* (Äußerung). Dieser Gegensatz zwischen Innerem und Äußerung führt zu opportunistischen und auf Karriere bedachten Lippenbekenntnissen hier, zu trotzigem Abspaltungen sich verstockender Teilwahrheiten dort.

Wenn die wissenschaftliche Erkenntnis ein unabschließbarer und zudem ständig in Form von Auseinandersetzungen gegensätzlich vermittelter Prozeß ist, muß dann nicht der Anspruch der Geschlossenheit der wissenschaftlichen Weltanschauung aufgegeben werden? In der Tat verstehen viele „Geschlossenheit“ als „Abgeschlossenheit“⁵. Wer immer es so versteht, dessen Verständnis steht der Entwicklung im Weg. Abgeschlossenheit kann es niemals geben. Gibt es so etwas wie „unabgeschlossene Geschlossenheit“ oder ist das ein Widerspruch, der sich aufhebt? Was hat es mit dieser „Geschlossenheit“ wissenschaftlicher Weltanschauung auf sich? Sie bedeutet, als Erkenntnisziel, bei Marx und Engels – von den Pariser Manuskripten bis zum Anti-Dühring – nichts anderes als den revolutionären Versuch, den Gesamtzusammenhang der Welt und der Gesellschaft und der Stellung der Individuen und Klassen in ihr *ohne Jenseits*, ohne Mystizismen irgendwelcher Art, ohne Rechtfertigung für soziale Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung *zu denken*, auf keiner andern Grundlage als auf der von Arbeit, Wissenschaft und historischer Erfahrung. „Erst die Ergreifung und Verallgemeinerung der praktisch-erfahrungsmäßig gewonnenen Erkenntnisse der Naturwissenschaften vom Standpunkt jener umfassenden Kritik des gesellschaftlichen Zusammenhangs, in dem diese Erkenntnisse gewonnen wurden und angewandt werden, vom Standpunkt einer Kritik, die in der Perspektive der vergesellschafteten Menschheit die Entfremdung theoretisch aufhebt, um sie praktisch aufhebbar zu machen, – erst dieser umfassende Zusammenschluß des vorhandenen Wissens über Gesellschaft, Natur (und auch über Erkenntnisgewinnung) bildet den Dialektischen Materialismus.“ (Haug 1975) Dieser Zusammenschluß, aufzufassen als ein verallgemeinerndes Schließen – auch von Lücken –, aufzufassen als notwendige, immer wieder von neuem zu stellende Aufgabe, ist der einzig rationale Sinn der „Geschlossenheit“ des dialektischen Materialismus. Es ist klar, daß „Schließen“ in keiner andern Form als der wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse gehen kann. Dem steht entgegen die Funktionalisierung bestimmter Lehren durch Institutionen, die nach dem Muster des Überbaus von Klassengesellschaften verfahren. Sofern dabei noch die Ideologie einer Gesellschaft wirkt, die nicht ihren Lebensprozeß meistert, sondern von ihm beimestert wird; solange der Mensch nur selbst denkt, nicht auch selbst lenkt (Engels), solange wird auch die „Geschlossenheit“ von der beharrenden, systemre-

produktiven Funktion des Überbaus ergriffen, dem eigengesetzlichen Prozeß wissenschaftlicher Erkenntnis vom Standpunkt der gesellschaftlichen Menschheit entzogen und in „Abgeschlossenheit“ umfunktioniert werden. Da diese Abgeschlossenheit eine unmögliche, der wirklichen Dialektik sich widersetzende ist, wird sie ihren Widerspruch manifestieren in Gestalt unvermittelter Ablösung eines „Abgeschlossenen“ durch das nächste. Eine geschichtslose Abfolge solcher administrierten Positionen kann die Folge sein.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Die revolutionären Institutionen müssen den dialektischen Prozeß, statt ihn zu fürchten, selber organisieren. Wer Verantwortung trägt, trägt sie auch für den Widerspruch gegen sich selbst. Er ist wohl beraten, wenn er sich weiß als das, was er ist: als einer aus einem widersprüchlichen Kollektiv, dessen Tun Mittun ist, weil er inmitten der andern handelt, denkt, kommuniziert, wie die andern in ihm mithandeln, mitdenken, mitsprechen. Hegel, als Dialektiker mit dem Vergehen einverstanden, zitiert einmal den biblischen Spruch, der sinngemäß lautet: „Die dich hinaustragen werden, stehen schon vor der Tür.“ Diesen Satz sollte kein Marxist fürchten, auch kein institutionell an verantwortliche Stelle gesetzter Theoretiker. Er sollte die Tür öffnen. Sehr wahrscheinlich wird dann nicht er selber, der die Tür öffnet, zu Grabe getragen, sondern nur der eine oder andere Irrtum.

Anmerkungen

1 Ausgearbeitete Fassung eines Beitrags zum Symposium der Universität Bremen über „Probleme der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie und der Dialektik und Logik der Politischen Ökonomie“, 27.–29. Juni 1976. Vgl. den Tagungsbericht in *Argument* 98/1976, S. 668–670. Die Materialien der Tagung erscheinen im Metzler Verlag, Stuttgart 1978.

2 „Repräsentativ“ heißt nicht „alleinherrschend“; es wäre ein Leichtes, durch Zitate die Vielfalt und auch lebendige Widersprüchlichkeit der in der DDR-Philosophie vertretenen Positionen zu belegen. Im übrigen ist oft die von Fachwissenschaftlern (vor allem auch von den Literatur-, Kunst- oder Kulturwissenschaftlern der DDR) operativ praktizierte „Philosophie“ interessanter als die der Fachphilosophen, bei denen sich der mangelnde Bezug zu einem konkret-einzelwissenschaftlichen Feld rächt. Diese Bemerkung soll nicht die „spontane Philosophie der Wissenschaftler“ (Althusser) verklären, sondern auf die Notwendigkeit eines engen Bezugs der Philosophie zu konkreter Forschung verweisen, die ihrerseits ohne philosophische Reflexion in den Grundlagen im Nebel der Spontaneität (und das heißt immer der blinden Reproduktion von Ideologie) tappt.

3 „Wovon ich ausgehe, ist die einfachste gesellschaftliche Form, worin sich das Arbeitsprodukt in der jetzigen Gesellschaft darstellt, und dies ist die ‚Ware‘ . . . das einfachste ökonomische Konkretum. . .“ (MEW 19, S. 369 ff). – Auch die Formulierung, die Marx im „Vorwort“ von 1859 verwendet: (MEW 13, S. 7): „von dem einzelnen zum allgemeinen aufzusteigen“ ist der Eichhorn'schen Auffassung überlegen, weil der Mystifizierung des Entwicklungsprozesses begrifflicher Erkenntnis entgegenwirkend. – Wenn das objektiv „Erste“, die „Keimzelle“ als solche erkannt zu haben für das Denken *Resultat* ist, so ist es falsch, es als das erkenntnistheoretisch „Erste“ hinzustellen. Umgekehrt führt der erkenntnistheoretische Status, den Marx und Engels der Beziehung auf die Praxis eingeräumt haben, nicht zu dem, was ich „Praxis-Idealismus“ genannt habe (Haug 1973, S. 567).

4 Hier ist noch Vieles zu leisten (vgl. dazu demnächst E. Leisers Versuch der Durchführung am besonders schwierigen und wichtigen Beispiel von Logik und Mathematik). – In den „Vorlesungen zur Einführung ins ‚Kapital‘“ versuche ich, ausgehend von praktisch begründetem Wissen und Umgangssprache des Alltags ein Verständnis für eine materialistisch-dialektische Auffassung zumindest anzubahnen. Die Unsicherheit entläßt sich auf

einem Gebiet besonders aggressiv, wo es der traditionellen philosophischen Ideologie auf den Leib zu rücken gilt. Daher hat dieser Versuch scharfe (mehr in den Worten als im Sinn) Polemiken auf sich gezogen – nach dem Projekt Klassenanalyse neuerdings der DDR-Philosoph P. Ruben. Beide – einander sonst so entgegengesetzten – Positionen sehen das „Logische“ bedroht. Die einen, weil sie unhistorisch die Kritik der politischen Ökonomie als ein „logisches System“ auffassen, was immer das heißen soll (vgl. dazu Holzkamp 1974). Der andere, weil er – an der hegelianischen Tradition orientiert – die *Entscheidung* für eine dialektische Logik in den Vordergrund rückt. Was darunter zu verstehen sein könnte, deutet sich in seinem Aufsatz an. Die historisch-strukturanalytische Beobachtung von Marx, daß der Warentausch zwischen den Gemeinwesen beginnt, um danach in ihr Inneres zurückzuschlagen, sie zu zersetzen (MEW 23, S. 93), übersetzt er folgendermaßen in die Sprache seiner „dialektischen Logik“: Die Vielheit der Gemeinwesen „setzt“ den Warenaustausch. Der Warenaustausch „konstituiert“ das „Privatwesen“. Der Übergang zum „Privataustausch“ „bedeutet... ebensosehr die ideale Setzung des universellen Gemeinwesens... Der im Privataustausch gesetzte Weltmarkt ist die Vorstellung des universellen Gemeinwesens, seine ideale Antizipation unter der Voraussetzung seiner realen Nichtexistenz...“ (Ruben, S. 63). Hier wird vermeintliche Erkenntnis „logisch“ erspekuliert unter der Voraussetzung ihrer realen Nichtexistenz. „Philosophie“ erscheint hier wieder als eine ungeheuer „komplizierte“, jedenfalls unverständliche Sache, die einen unnützen Eindruck macht – es sei denn von einem Standpunkt, dem das Ablenken von wirklichen Problemen nützt. – Ökonomie der Zeit schreibt auch Polemiken ihr Gesetz vor; wenn die anderen (vordringlichen) Aufgaben die Zeit lassen, werde ich diese Auseinandersetzung in einer Untersuchung verschiedener Lesarten der Kritik der politischen Ökonomie und ihrer Methode und Wissenschaftslogik wieder aufnehmen. Ohnehin werden meines Erachtens die wirklichen Streitpunkte und ihre politische wie wissenschaftliche Relevanz im hier vorgelegten Aufsatz deutlicher als bei dem von Rubens veranstalteten stellvertretenden Schattenboxen

5 Vielleicht ist es das Bedürfnis, die Spuren der Unabgeschlossenheit aus dem Marxismus zu tilgen, das Wolfgang Eichhorn dazu führt, davon zu sprechen, „seit mehr als hundert Jahren“ würden „Angriffe auf die marxistisch-leninistische Philosophie... vorgetragen“ (7). In dieser sprachlichen Fehlleistung wird Marx zum Leninisten gemacht – was ihn sicher nicht gestört haben würde –, um vom Leninismus den Makel der Weiterentwicklung und damit den des Sich-Entwickelnd-Unabgeschlossenens vom Marxismus zu nehmen.

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Berlin/West 1977.
- Conert, Hansgeorg: Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus? Produktionsverhältnisse und Ideologie (2. Teil), in: *Das Argument*, 16. Jg. 1974, Nr. 84, S. 76–103.
- Eichhorn (I), Wolfgang: Zur Bestimmung des Gegenstands der Philosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 21. Jg. 1973, H. 1, S. 5–19. Grundlagen des historischen Materialismus. Hg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin/DDR 1976 (zit. als *Grundlagen*).
- Haug, Wolfgang Fritz: Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie, in: *Das Argument* 14. Jg. 1972, Nr. 74, S. 561–585. Wiederveröffentlicht in: ders., *Bestimmte Negation*, Frankfurt/M. 1973, S. 143–186.
- Ders.: Was soll materialistische Erkenntnistheorie? in: *Das Argument*, 15. Jg. 1973, Nr. 81, S. 559–573.
- Ders.: Wider den bloß verbalen Materialismus, in: *Das Argument*, 17. Jg., 1975, Nr. 92, S. 650–701.
- Ders.: Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit, in: *Das Argument*, 18. Jg. 1976, Nr. 98, S. 648–667.
- Ders.: Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“, Köln, 2. veränderte Auflage 1976.
- Holzkamp, Klaus: Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verknennung durch J. Bischoff in: *Das Argument* 16. Jg. 1974, 84, 1–75.

Holzcamp, Klaus: Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt/M. 1973.

Holzcamp-Osterkamp, Ute: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung, 2 Bände. Frankfurt/M. 1975 und 1976.

Krause, Dieter: Noch einmal: Was ist Ideologie? Ideologiekritik als Absage an die Aufklärung, in: *Das Argument*, 13. Jg. 1971, Nr. 66, S. 523–550.

Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke. Berlin/DDR 1961–1964 (zit. als LW)

Marx/Engels Werke, Berlin/DDR 1958–1968 (zit. als MEW).

Marxistische Philosophie. Lehrbuch. Berlin/DDR 1967 (zit. als *Lehrbuch*).

Ruben, Peter: Über Methodologie und Weltanschauung der Kapitallogik, in: SOPO 42/1977.

Schurig, Volker: Naturgeschichte des Psychischen, 2 Bände. Frankfurt/M. 1975.

Sève, Lucien: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt/M. 1973.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

103

Marxismus und Einzelwissenschaft

K. Holzcamp, Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben?

Ideologie-Diskussion

D. Krause, Der Ideologiebegriff im Marxismus

R. Nemitz, Technik als Ideologie

Literaturbericht: Wissenschaftliches Arbeiten

Diskussionsbeitrag zu Blochs „Experimentum Mundi“ (D. Horster)

Kongreßbericht: Internationaler Kongreß Kritische Psychologie

31. Historikertag

Besprechungen

Zeitschriftenschau

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

Gert Meyer

Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft in der UdSSR (III) *

5. Industrialisierungswidersprüche und Stalinherrschaft

Die Disproportionen zwischen den teilweise sehr modernen industriellen Ausrüstungen, die Mitte der 30er Jahre in Betrieb genommen wurden (zu diesem Zeitpunkt waren die Arbeiter in verschiedenen Zweigen zwei- bis dreimal so gut mit Produktionsmitteln ausgestattet wie zu Beginn des ersten Fünfjahrplans¹⁴³), und der trotz aller Anstrengungen im Bildungsbereich immer noch mangelnden beruflichen Qualifikation der Arbeiter, Techniker und Leiter verursachten zahlreiche Friktionen im Industrialisierungsprozeß.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität blieb oftmals hinter der Vergrößerung der Produktionsgrundfonds zurück¹⁴⁴. In den Betrieben kam es häufig zu Planrückständen, die dann durch Überanspannung der Kräfte ausgeglichen werden sollten¹⁴⁵. Die Konzentration der Arbeitskräfte, Finanz- und Sachmittel auf Schwerpunktbereiche und -betriebe verursachte, da die Volkswirtschaft über keine nennenswerten Reserven verfügte, oft schon nach kurzer Zeit an anderen Stellen empfindliche Engpässe, die wieder nur in „Stoßarbeit“ behoben werden konnten. Die agrarische Basis, die Nahrungsmittel für die Städte, industrielle Rohstoffe und Exportprodukte bereitstellen sollte, blieb unsicher und schwankend¹⁴⁶; besondere Probleme brachte die Wiederherstellung des nach 1928/29 stark reduzierten Viehbestandes sowie die Arbeitsorganisation in den neuen Kollektivwirtschaften mit sich. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs war auch nach der Aufhebung der Rationierung für Brot (1. Januar 1935), Fleisch, Fisch, Zucker (1. Oktober 1935) und Industriewaren (1. Januar 1936) keineswegs zufriedenstellend. Angesichts der unregelmäßigen oder unzureichenden Versorgung der Arbeiter und der weiterhin schlechten Wohnverhältnisse konnten die Arbeitsleistungen nicht kontinuierlich steigen¹⁴⁷. Die ungenügende Erfahrung der Betriebsleitungen führte oft zu mangelhafter Koordination von Teilarbeiten, zu Unterauslastung der Kapazitäten, Stillstandszeiten, Ausschußproduktion, Kosten- und Terminüberschreitungen. Da reale planwirtschaftliche Erfahrungen kaum älter als zehn Jahre waren und die ausgearbeiteten Pläne (teils aufgrund der veränderten außenpolitischen Konstellation der 30er Jahre, teils infolge politisch-administrativer Eingriffe in den wirtschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozeß) wiederholt in ökonomisch nicht begründeter Weise revidiert wurden, waren Disproportionalitäten und Reibungsverluste an der Tagesordnung. Hohen Planübererfüllungen standen deutliche Planrückstän-

* Die Teile I und II sind erschienen in Das Argument 106 und 107.

de gegenüber; nicht selten blieben die qualitativen Kennziffern unerfüllt. Die Auflagen des zweiten Fünfjahrplans bezüglich der Konsumgüterproduktion wurden nicht erreicht, obwohl sich die Leicht- und Nahrungsmittelindustrien rascher entwickelten als im vorangegangenen Planjahrfünft. Auch die Brennstoff- und Eisenhüttenindustrien blieben teilweise zurück. Der Metallmangel führte Ende der 30er Jahre zur Kürzung der Produktion von Kraftfahrzeugen und Traktoren. Vielfach kamen die Stromversorgung und das Transportwesen den gewachsenen Anforderungen nicht nach¹⁴⁸.

Die tiefgreifenden Widersprüche des Industrialisierungsprozesses haben in die Repressionswellen hineingewirkt, die 1936 bis 1938 ihren Höhepunkt erreichten. Die Protokolle der in diesen Jahren inszenierten Prozesse¹⁴⁹ enthalten eine Vielzahl von Hinweisen auf Stillstandszeiten und Maschinenschäden in den Industriebetrieben; Brände, Explosionen und Unfälle in Bergwerken und Fabriken; Zugentgleisungen, Verkehrsunfälle und Havarien; überlange Bauzeiten, Zersplitterung und ineffektive Verwendung knapper Finanzmittel; hohe Gestehungskosten und unzureichende Qualität der hergestellten Produktionsmittel und Konsumgüter; unzureichende Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und verspätete Lohnauszahlungen. Den Prozeßberichten ist zu entnehmen, daß solche Probleme in den neuerrichteten Industriebetrieben der östlichen Gebiete besonders häufig auftraten.

Die Ursache dieser Friktionen wurde jedoch nicht in objektiven Faktoren (in dem beschleunigten Aufbautempo, in der Knappheit an verfügbaren Ressourcen, in Qualifikationsdefiziten der Arbeitskraft u. a.) gesehen und nicht rational diskutiert; sie wurden als Folge einer bewußten und zielgerichteten Aktivität von Schädlingen, Diversanten, Agents provocateurs und Spionen ausländischer faschistischer Mächte interpretiert, die das Wirtschaftspotential und die Verteidigungskraft der UdSSR zu untergraben, die Partei zu spalten, ihrer Führer zu berauben und „in jeder Weise die Bevölkerung zu verbittern“¹⁵⁰ trachteten.

Ein großer Teil der ehemaligen Mitarbeiter Lenins, die bis in die 30er Jahre eine führende Rolle in der russischen Arbeiterbewegung gespielt hatten, wurden aufgrund absurder und wahnwitziger Anklagen verurteilt und erschossen. Durch die Prozesse und Repressionen der 30er Jahre sind die mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung verbundenen historischen Leiden erheblich vergrößert worden. Diese waren nicht objektiv „notwendig“ und unvermeidbar, gleichwohl durch die Spezifik der historischen Umstände bedingt und sind nicht zu exkulpieren, sondern in historisch-wissenschaftlicher Analyse aus den Besonderheiten des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses zu erklären.

Die in massenhaftem Umfang ausgeübten Repressalien, die irrationale Züge trugen und nicht mehr mit den Begriffen der „Erziehungsdiktatur“ oder „Diktatur des Proletariats“ zu fassen sind¹⁵¹, trafen – in einer Zeit, in der es darum ging, die Parole: „Die Kader entscheiden alles“ zu verwirklichen¹⁵² – dem Anschein nach vor allem leitende Mitarbeiter in Betrieben und Institutionen, wodurch Fluktuation und Verantwortungsscheu hervorgerufen und die wirtschaftliche Entwicklung vielfältig behindert wurde.

„Die auf Weisung I. V. Stalins durchgeführten Repressionen machten das Land fiebern, störten die Entwicklung der Produktion, riefen Furcht und Unsicherheit

hervor, hemmten die Initiative. Die Leiter der Betriebe lösten einander ab. Die neuen Leiter in der Volkswirtschaft verfügten oft nicht über die notwendigen Erfahrungen und Kenntnisse. Die von Stalin künstlich geschürte Spionagefurcht verstärkte das Mißtrauen und öffnete Ruhmsüchtigen und Speichelleckern, prinzipienlosen und karrieristischen Personen, Egoisten und Verleumdern ein weites Feld. Unter diesen Umständen war eine gewisse Standhaftigkeit erforderlich, um die Verantwortung für diese oder jene Neuerung in der Produktion auf sich zu nehmen, besonders wenn sich ihr Nutzen nicht sogleich, sondern erst nach einiger Zeit zeigte. Manche Betriebsleiter gingen daher Neuerungen aus dem Weg und zogen ein ‚ruhiges und stilles‘ Leben vor, um nicht zu riskieren, der Schädlingstätigkeit beschuldigt zu werden¹⁵³.

Die sich neu formierende sowjetische Arbeiterklasse war offensichtlich nicht in der Lage, eine wirksame Kontrolle über die staatlichen Repressionsapparate auszuüben, die sich teilweise auch der Aufsicht der Partei entzogen. Die Kräfte der Arbeiterklasse wurden durch die Produktions- und Qualifikationsanstrengungen, die Aneignung der industriellen Arbeitsdisziplin und die Beherrschung der neuen Produktionsverfahren, durch die Sicherung der eigenen materiellen Reproduktion, schließlich durch Verteidigungs- und Wehrübungen weitgehend absorbiert. Zeitbudgetstudien deuten darauf hin, daß Arbeiter Mitte der 30er Jahre weniger Zeit für gesellschaftlich-politische Aktivitäten aufwandten als in den 20er Jahren¹⁵⁴.

Zuweilen wurden die Aburteilungen ehemals führender Parteimitglieder von jüngeren Arbeitern, die zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution noch nicht politisch tätig gewesen waren und denen daher die Bedeutung der Verurteilten für die russische Revolution und für die Entwicklung des marxistischen Denkens weitgehend unbekannt war, gerechtfertigt und begrüßt: endlich schienen die Schuldigen für die in den Betrieben immer wieder auftauchenden Schwierigkeiten und Unfälle gefunden worden zu sein¹⁵⁵. Die von Stalin entwickelte Rechtfertigungsideologie, daß sich mit dem Aufbau des Sozialismus auch die Klassenkämpfe im Innern des Landes verschärfen müßten, erschien vielen plausibel. Womöglich fand auch der Personenkult um Stalin¹⁵⁶ (der ihn selber – besonders gegen Ende seines Lebens – zu gewaltigen Dimensionen ausweitete) in den Reihen der neuen Arbeiterklasse, die nur erst über ein sehr niedriges kulturelles Niveau verfügte, einen besonders günstigen Resonanzboden: inmitten der tiefgreifenden sozialen Umbrüche, in deren Folge die traditionellen bäuerlich-vorindustriellen Bewußtseinsformen verunsichert und aufgebrochen wurden, verhiß eine Identifikation mit der überhöhten Person Stalins neue ideologische und politische Orientierungen und Sicherheiten. Stalin, der selber aus den verarmten Randschichten der zaristischen Gesellschaft stammte und sich nun als Symbol von Partei, Staat und Revolution darstellte, schien in seinen Äußerungen viele komplexe Probleme der sich in einem Umwälzungsprozeß befindlichen Gesellschaft auf einen einfachen und überschaubaren Nenner zu bringen. Sozialpsychologische Erklärungsversuche bleiben jedoch unzureichend, solange keine detaillierten Analysen der politischen und gesellschaftlichen Organisationen und ihrer Kontrolle durch die Arbeiterklasse vorgenommen werden; solche Untersuchungen stehen noch aus, so daß hier nur einige Vermutungen formuliert werden können.

Die Möglichkeiten der Arbeiterklasse, staatliche Einrichtungen zu kontrollieren, hatten sich während des ersten Fünfjahrplans in Teilbereichen erweitert, als zahlreiche Arbeiterbrigaden und Betriebsbelegschaften im Rahmen der Patenschaftsbewegung (*šestvo*) die Kontrolle über staatliche Institutionen ausübten, deren Apparat überprüften und mit eigenen Kräften erneuerten. 1932 sollen etwa 1500 Betriebe und 40 000 Arbeiter in dieser Patenschaftsbewegung tätig gewesen sein¹⁵⁷. Parallel zu diesen Initiativen entwickelte sich die von Arbeitern der Leningrader Putilov-Werke ins Leben gerufene „*socsovmestitel'stvo*“-Bewegung, in deren Rahmen Produktionsarbeiter nach Absolvierung ihrer täglichen Berufstätigkeit in den Staats- und Wirtschaftsverwaltungen in leitenden Positionen unentgeltlich tätig wurden, wobei sie über alle Vollmachten und Pflichten von Amtspersonen verfügten. 1932 wurden 9352 und Anfang 1935 11 839 solcher „sozialistischer Doppelarbeiter“ gezählt, die in 1246 Institutionen tätig waren¹⁵⁸. Diese Bewegung wurde von der Gewerkschaft unterstützt, die die Arbeiter in Schulungen und Kursen auf ihre staatliche Leitungstätigkeit vorbereitete. Die „*socsovmestiteli*“ – oftmals Arbeiter mit langjährigen Produktionserfahrungen, die sich auch in der Wettbewerbsbewegung ausgezeichnet hatten – legten vor den Arbeitskollektiven und Gewerkschaftsversammlungen der Industriebetriebe öffentlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Sowohl die Patenschafts- wie die Doppelarbeitsbewegung haben seit Mitte der 30er Jahre erheblich an Bedeutung verloren. Die Gründe hierfür wären noch zu untersuchen; sowjetische Historiker führen aus:

„Ein wichtiger Faktor, der zur Verringerung der Teilnahme der Arbeiter an der Tätigkeit des Apparats der Industrieverwaltung beigetragen hat, waren die komplizierter werdenden Funktionen. Für die Arbeit im Apparat wurden bedeutend größere Spezialkenntnisse erforderlich. Die Existenz der kapitalistischen Einkreisung veranlaßte den Sowjetstaat, besondere Formen der Arbeit in den Institutionen einzuführen, um die Bewahrung von Staatsgeheimnissen zu gewährleisten. So wurde der Kreis von Personen, die Zugang zu Dokumenten mit geheimen Informationen hatten, eingeschränkt, was eines der Hindernisse für die Entfaltung der Patenschaftsarbeit im industriellen Leitungsapparat darstellte“¹⁵⁹.

Auch andere Formen der gesellschaftlichen Kontrolle verloren zu dieser Zeit an Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die Arbeiter- und Bauerninspektion, die sich Ende der 20er Jahre auf ein relativ großes Aktiv ehrenamtlich Tätiger stützte und in den Kampagnen zur Durchsetzung eines allgemeinen Sparsamkeitsregimes und zur Reduktion der Verwaltungsapparate sowie auch bei der Aufsicht über Organe der öffentlichen Gewalt eine Rolle gespielt hatte¹⁶⁰.

„Nach der Reorganisation der Zentralen Kontrollkommission/Arbeiter- und Bauerninspektion im Jahre 1934 hörte der neugeschaffene Apparat der Staatlichen Kontrolle auf, sich in seiner Arbeit auf die gesellschaftlichen Organisationen zu stützen. Unter diesen Umständen schränkten viele Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion ihre Tätigkeit ein oder lösten sich auf. Die Aufgaben der unteren Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion wurden den Gewerkschaften übertragen. Deren gesellschaftliche Kontrolltätigkeit, losgelöst von der Staatlichen Kontrolle, verlor an Wirksamkeit“¹⁶¹.

Die Gewerkschaften hatten in den 30er Jahren Mühe, die Masse der in die Industrie strömenden Arbeiter zu organisieren. Obwohl Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich der sozialen Versorgung verschiedene Vorteile hatten, waren 1936 nur 82,6 Prozent aller Arbeiter und Angestellten gewerkschaftlich organisiert;

1928 waren es 86,4 Prozent gewesen¹⁶². Nachdem sich die Gewerkschaften (wie auch die Sowjets) Anfang der 30er Jahre die Parole: „Mit dem Gesicht der Produktion zu“ zueigen gemacht und 1933 die Aufgaben des Volkskommissariats für Arbeit übernommen hatten, stellten sie die Aufgaben der unmittelbaren materiellen Interessenvertretung gegenüber der Förderung der Produktionsaktivität vielfach in den Hintergrund. „Der Abschluß von Kollektivverträgen wurde eingestellt, die Produktionsberatungen büßten ihre frühere Wirksamkeit ein, in der Wirtschaftsleitung verstärkten sich Elemente des Administrierens“¹⁶³. Womöglich hat auch die sektorale und territoriale Aufsplitterung der Gewerkschaftsverbände, deren Zahl sich von 23 Anfang der 30er Jahre auf 184 zum 1. Januar 1941 vergrößerte, sowie die 1937 erfolgende Auflösung der zwischengewerkschaftlichen Rayon-, Stadt-, Gebiets-, Regions- und Republiksovjets die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft verringert¹⁶⁴. Auf gravierende Defizite im Funktionieren des „demokratischen Zentralismus“ deutete die Tatsache hin, daß zwischen 1932 und 1949 kein Gewerkschaftskongreß stattfand. Kollektive Leitungsmethoden wurden oft durch persönliche und administrative Entscheidungen ersetzt; nicht wenige Funktionäre „lösten sich von den Massen und verbürokratisierten“¹⁶⁵.

Darüber, daß sich in den Gewerkschaften und anderen Organisationen verstärkt bürokratische Tendenzen ausgebreitet haben, besteht in der historischen Forschung weitgehend Einigkeit; kontrovers bleibt hingegen, ob von einer „Herrschaft der Bürokratie“ gesprochen werden kann. Die Existenz einer vom gesellschaftlichen Arbeitszusammenhang weitgehend losgelösten, Herrschaft (im Sinne einer „institutionell gesicherten Nutznießung eines Teils der Gesellschaft gegenüber einem anderen [durch] einseitige Aneignung von Teilen des Arbeitsprodukts anderer“¹⁶⁶) ausübenden Gruppe ist bislang jedoch ebensowenig nachgewiesen worden wie die einer neuen „herrschenden Klasse“¹⁶⁷. Die Produktions-, Eigentums- und Aneignungsverhältnisse sind in den 30er Jahren offensichtlich nicht zu antagonistischen Formen historisch zurückgebildet worden. Das gesellschaftlich erarbeitete Mehrprodukt wurde nicht einseitig durch eine separate Schicht oder „Klasse“ angeeignet¹⁶⁸. Trotz gravierender Deformationen des politischen Systems sind in jener Zeit in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen aus der Oktoberrevolution stammende Impulse lebendig geblieben, die in Spezialstudien wissenschaftlich aufzuarbeiten wären. Die Widersprüchlichkeit der sowjetischen Gesellschaftsentwicklung in jener Periode kann an zahlreichen Beispielen illustriert werden.

Durch die Repressionswellen, der auch politische Emigranten und Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung zum Opfer fielen¹⁶⁹, wurden die Diskussionen um die Schaffung einer internationalen antifaschistischen Widerstandsfrente vielfach erschwert – gleichwohl gelang es durch die 1935 vollzogene Wende in der Strategie der Kommunistischen Internationale¹⁷⁰, in verschiedenen Ländern antifaschistische Einheits- und Volksfrontabkommen zu schließen. Während der „Sozialismus in einem Lande“ aufgebaut und in stärkerem Umfang als früher der „sowjetische Patriotismus“ propagiert wurde, fanden Solidaritätskampagnen mit der Spanischen Republik, mit dem chinesischen Widerstandskampf gegen Japan und mit ausländischen politischen Gefangenen (deren

Betreuung sich die Internationale Rote Hilfe [MOPR] zum Ziel gesetzt hatte) besonders in Gewerkschafts- und Jugendorganisationen eine weite Verbreitung¹⁷¹.

Die Verteidigungskraft der UdSSR wurde durch die Verfolgung zahlreicher Offiziere und Kommandeure, die als „ausländische Spione“ abgeurteilt wurden, geschwächt¹⁷² – gleichzeitig wurden große Teile der Arbeiter und der Jugend dafür gewonnen, sich in Freiwilligenorganisationen für die Landesverteidigung (Osoaviachim) zusammenzuschließen und den Umgang mit modernen Waffen zu erlernen. Ohne diese militärischen Schulungen und Erfahrungen hätten die Prüfungen des Zweiten Weltkriegs kaum bestanden werden können.

Die 30er Jahre waren durch eine rigide Arbeitsgesetzgebung und verbreitete Formen unfreier Arbeit gekennzeichnet (der reale Umfang der Zwangs- und Strafarbeit liegt noch im Dunkeln)¹⁷³ – gleichzeitig entstanden auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Mitteln der Produktion in die Breite wirkende Produktionsinitiativen; besonders unter der Jugend scheint ein ausgeprägter Arbeits- und Aufbauenthusiasmus geherrscht zu haben¹⁷⁴.

In den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen dominierten vielfach bürokratische Leitungsstrukturen – gleichwohl machten die gewerkschaftliche Kultur- und Bildungsarbeit, die Arbeitererfindertätigkeit, die kulturellen Patenschaften zwischen den Belegschaften von Industriebetrieben und Kolchosen Fortschritte. Gestützt auf ein relativ großes Heer von ehrenamtlich tätigen Arbeitern, leiteten die Gewerkschaften die staatliche Sozialversicherung, die Kurorte und Erholungseinrichtungen sowie die Bewegung zur Durchsetzung eines effektiveren Arbeitsschutzes¹⁷⁵.

In einer Periode, in der die Einhaltung von Rechtsnormen und Verfassungsgarantien sich einem Tiefpunkt näherte, fanden in zahlreichen Arbeiterzirkeln Diskussionen um die neue Verfassung vom Dezember 1936 statt, deren Neuerungen teilweise auch in der internationalen Arbeiterbewegung Beachtung fanden¹⁷⁶. Es existierten Bemühungen zur Vergrößerung des Anteils von Arbeitern in den Justizapparaten¹⁷⁷.

Teile der nachrevolutionären Ehe- und Familiengesetzgebung wurden in den 30er Jahren zurückgenommen (so wurde 1936 das Recht auf Schwangerschaftsabbruch stark eingeschränkt¹⁷⁸) – gleichzeitig wurden Anstrengungen zur Vergesellschaftung der häuslichen Arbeit, zur Verbesserung des Bildungsstandes der Frauen (deren Anteil unter den Hochschulstudenten von 28 Prozent [1927] auf 58 Prozent [1940] anstieg¹⁷⁹) und zur Einbeziehung der Hausfrauen in das gesellschaftlich-politische Leben unternommen¹⁸⁰.

Verschiedene der früheren Experimente und Impulse im Bereich des Schulsystems (etwa die Einführung der Polytechnik, die Erprobung neuer Unterrichtsmethoden und Lernformen u. a.) wurden in den 30er Jahren kaum mehr weiterentwickelt – gleichzeitig gelang es nun, mit der Beseitigung des Analphabetentums und der Einführung der allgemeinen Schulpflicht Probleme zu lösen, die in den experimentierfreudigen 20er Jahren wiederholt erfolglos angegangen worden waren. Die breite Aufnahme des Werkes von A. S. Makarenko zeigt, daß auch in den 30er Jahren humanistische und emanzipatorische Konzeptionen in der sozialistischen Pädagogik fortwirkten.

Das Niveau der in den 20er Jahren geführten großen Diskussionen auf dem Gebiet der historischen und Sozialwissenschaften wurde in den 30er Jahren vielfach nicht mehr erreicht und oft erheblich unterschritten¹⁸¹. In vielen Wissenschaftsbereichen setzten sich – gefördert durch den 1938 veröffentlichten „Kurzen Lehrgang der Geschichte der VKP (b)“ – dogmatische Positionen durch. Aber auch in dieser Periode erschienen vereinzelt weiterführende Ansätze¹⁸². In den mathematischen, technischen und Naturwissenschaften scheint es infolge des Ausbaus zahlreicher neuer Hochschulen nicht nur eine bedeutende personelle Verbreiterung des wissenschaftlichen Potentials, sondern teilweise auch qualitative Weiterentwicklungen gegeben zu haben¹⁸³.

Im Bereich der Künste wurde weniger experimentiert als in den 20er Jahren – gleichwohl hat die sich durchsetzende Konzeption des „sozialistischen Realismus“ keineswegs zu einer allgemeinen Nivellierung und Verödung der künstlerischen Produktion geführt. Womöglich war die Breitenwirkung von Literatur und Kunst – bedingt durch die allgemeine Hebung des Kulturniveaus besonders auch in den nichtrussischen Gebieten – größer als in der Phase unmittelbar nach 1917¹⁸⁴. In der Arbeiterklasse und der Kolchosbauernschaft wurde mehr gelesen; die breite Rezeption klassischer russischer und westlicher Literatur fällt in die Jahre der ersten Fünfjahrpläne. In den Arbeiterklubs wurden zahlreiche Zirkel für künstlerische Selbsttätigkeit aufgebaut¹⁸⁵.

Die Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Lebens weist in der Wende zu den 30er Jahren zahlreiche Brüche und Diskontinuitäten auf – gleichzeitig existierten Kontinuitätslinien zur Revolution des Jahres 1917, die historisch weiterwirkten.

6. Entwicklungstendenzen der fünfziger Jahre

Dem Anschein nach ist die Repressionswelle in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch eingeschränkt worden. Im Januar 1938 forderte das Zentralkomitee der Partei die Grundorganisationen auf, keine überzogene Wachsamkeit an den Tag zu legen und keine unbegründeten Parteausschlüsse vorzunehmen. Es wurden wieder in größerem Umfang neue Mitglieder in die Partei aufgenommen¹⁸⁶. Massenverhaftungen hörten auf, verschiedene Funktionäre des Volkskommissariats für Inneres (NKVD) wurden vor Gericht angeklagt, falsche Geständnisse erpreßt zu haben, und teilweise hingerichtet¹⁸⁷. Zu überprüfen wäre, welche Auswirkungen die Beschlüsse des XVIII. Parteitages vom März 1939 über die Erweiterung der Kompetenzen der Grundorganisationen der Partei, über das Recht der Parteiorganisationen von Betrieben, die Kontrolle über die Tätigkeit der Leitungen auszuüben, schließlich über die Erweiterung des Parteistatuts durch einen Katalog von Rechten der Parteimitglieder und durch die Pflicht zu geheimer Abstimmung bei Parteiwahlen auf die Entwicklung der politischen Aktivität der Arbeiterklasse gehabt haben¹⁸⁸.

Der Zweite Weltkrieg brachte schwerste Prüfungen und Verluste für die sowjetische Arbeiterklasse, die sowohl im Hinterland wie an den Fronten größte Anstrengungen unternahm, um den Angriff des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten abzuwehren. Konzeptionen, die davon ausgehen, daß sich in

Sowjetrußland nach der Revolution eine von der Bevölkerung weitestgehend separierte staatsbürokratische oder totalitäre Minderheitsherrschaft etabliert habe, haben bislang die Breite und Intensität des sowjetischen Abwehrkampfes nicht erklären können, der von größten Teilen der Bevölkerung getragen worden ist. Der schließliche Sieg über den Faschismus, mit ungeheuren Opfern erkaufte, war auch für die internationale Arbeiterbewegung von größter Bedeutung.

Die Nachkriegszeit hat eine neue Welle von Repressalien und Inhaftierungen mit sich gebracht, deren Umfang weniger groß war als in den 30er Jahren. Es kam auch zu Erschießungen; eines der Opfer war N. A. Voznesenskij, ein bedeutender Wirtschaftstheoretiker und -organisator, der seit 1937 Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees gewesen war¹⁸⁹.

Womöglich hängt diese zweite Phase mit den spezifischen innen- wie außenpolitischen Problemen zusammen, denen die UdSSR nach Kriegsende konfrontiert war und die in einigen Zügen mit denen der 30er Jahre vergleichbar schienen. Einerseits mußten nach den schrecklichen Zerstörungen des Weltkriegs – der direkte materielle Schäden in Höhe von 679 Milliarden Rubel hervorgerufen hatte, eine Summe, die den staatlichen Aufwendungen für Industrie, Transportwesen und Landwirtschaft in den ersten vier Fünfjahrplänen gleichkam¹⁹⁰ – die Industrialisierungsanstrengungen noch einmal wiederholt werden, wobei der Arbeitskräftemangel angesichts der über 20 Millionen Kriegstoten besonders schwere Probleme aufwarf. Die Arbeiterklasse mußte sich erneut konsolidieren: in den von den Okkupanten befreiten Gebieten Rußlands und der Ukraine waren aufgrund der Zerstörung der Städte und der Industrie nur 17 Prozent der Arbeiter, die dort früher gelebt hatten, zurückgeblieben, in der Belorussischen Republik waren es 6 Prozent¹⁹¹. Andererseits produzierte der bald nach 1945 einsetzende Kalte Krieg, verbunden mit dem Atomwaffenmonopol und der globalen Roll-back-Strategie der USA, deren Wirtschaftspotential sich im Krieg im Gegensatz zu dem der UdSSR immens vergrößert hatte, erneut eine Situation der Isolation, Unsicherheit und Bedrohtheit. Der in die Innenpolitik fortgepflanzte Druck zeitigte ähnliche Spannungen und Konvulsionen wie vormalig.

Die 50er Jahre bedeuteten in vielerlei Hinsicht eine Umbruchperiode. Das wirtschaftliche Vorkriegsniveau wurde durch intensive Produktionsanstrengungen in Industrie und Landwirtschaft deutlich übertroffen. Aufgrund der langjährigen umfangreichen Investitionen in den Produktionsmittelsektor war es nun möglich geworden, ein proportionaleres Wachstum einzuleiten und in stärkerem Maße als zuvor auch den Konsumgüterbereich und die Landwirtschaft zu entwickeln. Die Förderung dieser Sektoren war zugleich eine ökonomische Notwendigkeit geworden, da sich ihr chronisches Zurückbleiben auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung negativ auswirkte¹⁹².

Seit Mitte der 50er Jahre wurde der Lebensstandard der Arbeiterklasse des Jahres 1913 endgültig übertroffen¹⁹³. Dieses Niveau war vor Beginn des ersten Fünfjahrplans deutlich überholt worden, wurde später, nach dem Abfall in der ersten Hälfte der 30er Jahre, gegen Ende des zweiten Fünfjahrplans teilweise wieder erreicht (und in einigen Bereichen womöglich übertroffen), um dann nach den furchtbaren Einbrüchen des Zweiten Weltkriegs und der Dürreperiode der ersten Nachkriegszeit ein drittes Mal, und erst jetzt endgültig überschritten

zu werden¹⁹⁴. Auch die Wohnverhältnisse, die Jahrzehnte über sehr beengt waren (nach dem Zweiten Weltkrieg, der große Teile des Wohnungsfonds zerstört und etwa 25 Mio Einwohner obdachlos gemacht hatte, wohnten zahlreiche Einwohner in Erdhöhlen und Lehmhütten), besserten sich kontinuierlich. Kamen 1926 auf jeden Stadtbewohner durchschnittlich etwas mehr als 8 qm Wohnnutzfläche (Wohnraum mit Küche, Flur u. a.), so verringerte sich diese unterhalb der staatlichen Hygienenorm von 9 qm liegende Fläche in den Jahren 1940 bis 1950 auf 6,5 bis 7 qm; der Stand von 1926 wurde erst 1958 wieder erreicht und in den folgenden Jahren, als der Wohnungsfonds der Städte schneller wuchs als ihre Einwohnerzahl, merklich übertroffen¹⁹⁵. In den 50er Jahren konnten auch andere bereits in der ersten Zeit nach der Revolution formulierte sozialpolitische Ziele – etwa auf dem Gebiet der Renten- und Sozialversorgung, des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik – schrittweise realisiert werden.

Die sowjetische Arbeiterklasse hat als Folge des von ihr getragenen Industrialisierungsprozesses bemerkenswerte quantitative und qualitative Veränderungen erfahren. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten wuchs, nachdem sie von 33,9 Mio (1940) auf 28,6 Mio (1945) gefallen war, wieder auf 40,4 Mio (1950) und 50,3 Mio (1955), die der Industriearbeiter allein von 8,3 Mio (1940) und 7,2 Mio (1945) auf 14,3 (1955)¹⁹⁶. Ende der 30er Jahre stellte die Arbeiterklasse (mit Familienangehörigen) ein Drittel der Gesamtbevölkerung – Ende der 50er Jahre die Hälfte. Die Arbeiterklasse rekrutierte sich nun nicht mehr, wie in den 30er Jahren, vorrangig aus Landbewohnern, sondern zunehmend aus sich selbst. Hatten 1939 nur 8,4 Prozent der Arbeiter eine Schulbildung von mindestens 7 Klassen, so waren es 1959 39,6 Prozent (bei Kolchosbauern waren es 22,6, bei Angestellten und Spezialisten 90,7 Prozent)¹⁹⁷. Im Unterschied zu den 30er Jahren, wo die Absolventen der Mittelschule in der Regel ein Studium begannen und die Reihen der Intelligenz ergänzten, wechselten sie seit Mitte der 50er Jahre überwiegend in die Produktion über und bildeten so eine wichtige Ergänzungsquelle der Arbeiterklasse, deren kulturelles Niveau sich auf diese Weise bedeutend erhöhte¹⁹⁸. Der Anteil der Arbeiter, die neben der Produktionstätigkeit ihre beruflich-technische Qualifikation erhöhten, war in den 50er Jahren bedeutend größer als vormals. Viele Arbeiter erreichten und übertrafen nun das Niveau der beruflichen Qualifikation von Ingenieuren und Technikern in den 30er Jahren. Dies war eine durch den technischen Fortschritt bedingte objektive Notwendigkeit (der Anteil der mit Maschinenarbeit beschäftigten Arbeiter stieg 1959 auf 50 Prozent), gleichzeitig aber auch eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche und politische Bewußtseinsbildung der Arbeiterklasse.

Das durchschnittliche Beschäftigungsalter lag in den 50er Jahren beträchtlich über dem Vorkriegsstand. Nach Senjavskej/Tel'puchovskij hatten 1940 76,7 Prozent aller Arbeiter weniger und 23,3 Prozent mehr als 5 Jahre gearbeitet; 1957 hingegen waren 60 Prozent der Arbeiter in der Industrie unter und 40 Prozent über 5 Jahre beruflich tätig gewesen, wobei sich in den folgenden Jahren die Relationen weiter zugunsten der längerjährig Beschäftigten verschoben¹⁹⁹. Zahlreiche Schwierigkeiten des Erstaufbaus der Industrie in den 30er Jahren, die mit der industriellen Unerfahrenheit der Arbeiter zusammenhingen, verringerten sich in den 50er Jahren. Frühere Gesetze zur Bindung der Arbeitskräfte und

Durchsetzung der Arbeitsdisziplin wurden Mitte der 50er Jahre aufgehoben; beispielsweise wurde im Mai 1956 die durch Erlaß vom 26. Juni 1940 vorgeschriebene unbefristete Arbeitsbindung beseitigt²⁰⁰.

Delikte, die früher administrativ oder gerichtlich zum Teil mit empfindlichen Strafen belegt wurden – Zuspätkommen zur Arbeit, unerlaubtes Verlassen des Betriebes, Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften, Diebstähle und Spekulationsgeschäfte – wurden nun Kameradschaftsgerichten übergeben. Diese nicht-staatlichen Organe, die bereits in den 20er Jahren in Erscheinung getreten waren, wurden nach der Verordnung des Obersten Sowjets der RSFSR vom 3. Juli 1961 in offener Stimmabgabe für 1 Jahr (nach 1963 für 2 Jahre) von der Vollversammlung der Arbeiter, der gegenüber sie auch rechenschaftspflichtig waren, gewählt und sollten vor allem als kameradschaftliche Erziehungs- und Aufklärungsorgane wirken. Während nach der früheren Verordnung aus dem Jahre 1951 die Entscheidung darüber, ob ein Delikt dem Kameradschaftsgericht zu übergeben sei, ausschließlich der Betriebsleitung zustand, konnten nun auch die Gewerkschaften, die die Leitung über die Kameradschaftsgerichte ausübten, und andere gesellschaftliche Organisationen entsprechende Beschlüsse fassen²⁰¹.

Die Entwicklung des kulturellen und beruflichen Niveaus der Arbeiterklasse wird als eine wichtige Bedingung für die allmähliche Wiederbelebung verschiedener Formen der Produktionsdemokratie in der zweiten Hälfte der 50er Jahre angesehen werden können. Da dieser gesellschaftliche Bereich, der für die betriebliche Situation und das Alltagsleben der sowjetischen Produzenten von zentraler Bedeutung war, in Studien über die Folgen des XX. Parteitagess von 1956, der auf die gravierenden Defizite der Betriebsdemokratie und der Gewerkschaftsarbeit nachdrücklich hinwies, nur selten Erwähnung findet²⁰², soll seine Entwicklung kurz gestreift werden.

Bis Mitte der 50er Jahre war die Tätigkeit der Gewerkschaften unbefriedigend und

„wies wesentliche Mängel auf. In vielen Gewerkschaftsorganen war die Verbindung zu den breiten Massen der Werktätigen schwach, es gab Verletzungen der Gewerkschaftsdemokratie. Die Mitgliederversammlungen – die obersten Organe der gewerkschaftlichen Grundorganisationen in den Betrieben – wurden selten einberufen, vielfach schlecht vorbereitet, sie verliefen unorganisiert und uninteressant. Sie waren schlecht besucht. Sogar die Mitgliederwerbung war unbefriedigend. Viele Betriebskomitees zeigten hier keine Initiative und führten keine Aufklärungsarbeit unter den Werktätigen, besonders unter den jungen Arbeitern durch. Viele Arbeiter und Angestellte – Mitte 1957 über 4 Mio – waren nicht Mitglied der Gewerkschaften“²⁰³.

Die nach dem XX. Parteitag einsetzenden Diskussionen um eine Neubelebung und neue Aufgabenbestimmung der Gewerkschaften fanden ihren Niederschlag in der von den Gewerkschaften selber ausgearbeiteten Grundordnung über die Rechte des Betriebskomitees der Gewerkschaft (FZMK), die am 15. Juli 1958 vom Präsidium des Obersten Sowjets bestätigt wurde²⁰⁴. Die Kompetenzen der Gewerkschaften im Betrieb wurden erheblich erweitert. Teilweise unter Rückgriff auf Formulierungen von Gewerkschaftsdokumenten der 20er Jahre wurde festgelegt, daß die Gewerkschaften das Recht hatten, sich an der Ausarbeitung und Kontrolle der Produktions- und Investitionspläne zu beteiligen, die Einhaltung der mit der Leitung jährlich vereinbarten Kollektivverträge (die zwischen

1936 und 1947 überhaupt nicht mehr und später anscheinend nur sporadisch abgeschlossen worden waren²⁰⁵) zu kontrollieren. Sie sollten sich in stärkerem Maße ihren Schutz- und Verteidigungsaufgaben zuwenden. Hierzu wurden gerechnet: die Kontrolle über die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, der Schutz vor Kündigungen (die nicht ohne Zustimmung der Gewerkschaften vorgenommen werden konnten), die Kontrolle über die Ableistung von Überstunden (die ohne Zustimmung der Gewerkschaft untersagt war), die Mitsprache bei der Einstellung von Leitungspersonal und die Forderung nach Bestrafung oder Absetzung von Leitern, die Verträge und Gesetze nicht einhielten, die Mitwirkung bei der Festlegung von Leistungsnormen und Tarifgruppen sowie bei der Verbesserung der sozialen und kulturellen Verhältnisse der Belegschaft. Die Mitglieder des gewerkschaftlichen Betriebskomitees erhielten besondere Arbeitsschutzgarantien. Nach den Bestimmungen der Grundordnung konnte keine wichtige Entscheidung im Betrieb ohne Zustimmung der Gewerkschaftsorgane getroffen werden.

Gleichzeitig wurde die Arbeit der bereits in den 20er Jahren verbreiteten, später jedoch kaum mehr in Erscheinung getretenen Produktionsberatungen auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Nach der vom Ministerrat und vom Zentralsowjet der Gewerkschaften der UdSSR bestätigten Grundordnung vom 9. Juli 1958²⁰⁶ waren in allen Großbetrieben ständig wirkende, von der Belegschaft gewählte und ihr rechenschaftspflichtige Produktionsberatungen (PDPS) zu schaffen, die unter gewerkschaftlicher Leitung standen und größere Gruppen von Arbeitern und Angestellten in den betrieblichen Planungs-, Leitungs- und Entscheidungsprozeß einbeziehen sollten. Zum 1. Januar 1960 existierten 104 616 Produktionsberatungen mit 4,092 Mio Mitgliedern, von denen 2,831 Mio (69,2 Prozent) Arbeiter waren²⁰⁷. Ebenso erhöhte sich die Rolle der betrieblichen Arbeiterversammlungen.

Da sich in der sowjetischen Wirtschaft allmählich die Möglichkeiten einer auf der quantitativen Vergrößerung der eingesetzten Produktionsmittel und Arbeitskräfte basierenden extensiv erweiterten Reproduktion verringerten, kam den Formen der intensiv erweiterten Reproduktion – der Aufdeckung innerer Reserven, der beschleunigten Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Senkung der Selbstkosten, Steigerung der Qualität der Erzeugnisse, Vergrößerung der Arbeitsproduktivität u. a. – eine erhöhte Bedeutung zu. Ohne eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten waren diese Ziele nicht zu erreichen. Die Demokratisierung betrieblicher Entscheidungen und Aktivierung der gesellschaftlichen Organisationen im Betrieb entsprachen nicht nur den politischen Zielsetzungen des sozialistischen Systems, sondern stellten selber auch ökonomische Potenzen dar.

Im Oktober 1956 fand in Moskau eine Beratung von Arbeitererfindern, Rationalisatoren und Ingenieuren statt, aus der die 1958 gegründete Unionsgesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren (VOIR) erwuchs. Die Mitglieder dieser Freiwilligengesellschaft – 1958 waren es 1,085 Mio und 1960 2,05 Mio, davon etwa die Hälfte Arbeiter²⁰⁸ – setzten sich zum Ziel, die Erfindertätigkeit unter der Belegschaft durch Vorträge, Wettbewerbe, Exkursionen, Austausch von Erfahrungen und Vermittlung neuer technischer Kenntnisse zu entwickeln und – dies

war angesichts des technologischen Rückstands verschiedener Industriezweige besonders wichtig – neue Verfahren und Erfindungen rascher in die Produktion zu überführen. Die Grundorganisationen der Erfindergesellschaften arbeiteten ebenso wie die der Wissenschaftlich-technischen Gesellschaften (NTO) unter Leitung der Gewerkschaften. Diese Gesellschaften konnten auf eine lange Tradition bereits in der zaristischen Zeit zurückblicken und verwandelten sich seit Ende der 50er Jahre in Massenorganisationen – 1959 hatten sie über 1 Mio Mitglieder – mit steigendem Arbeiteranteil²⁰⁹. In ihren Grundeinheiten bemühten sich Wissenschaftler, Techniker und Arbeiter gemeinsam um eine Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die NTO übernahmen Anfang der 60er Jahre oftmals die Aufgaben der 1955 in Industriebetrieben gegründeten produktions-technischen Räte, deren Arbeit sich nicht als wirkungsvoll erwiesen hatte²¹⁰.

Weitere seit Ende der 50er Jahre in den Betrieben entstehende schöpferische Vereinigungen, in denen Teile der Belegschaften nach Beendigung der Berufsarbeit tätig wurden, waren gesellschaftliche Büros und Gruppen für ökonomische Analyse (deren Arbeit deshalb große Bedeutung hatte, weil ökonomische Kenntnisse sowohl bei den Arbeitern wie auch beim Leitungspersonal wenig verbreitet waren), gesellschaftliche Konstruktionsbüros, Laboratorien und Forschungsinstitute, gesellschaftliche Büros für technische Information, gesellschaftliche Büros für Arbeitsnormierung und Neuererräte, die zuerst 1960 in Leningrad entstanden²¹¹. Die Arbeit dieser Organisationen, die von den Gewerkschaften geleitet und vom Betrieb materiell unterstützt wurden, war nicht in jeder Richtung erfolgreich, deutete aber darauf hin, daß größere Teile der Arbeiterklasse als zuvor Bereitschaft zu gesellschaftlicher Aktivität zeigten und die sowjetische Betriebsverfassung im Vergleich zu den 30er Jahren, in denen die Leitungen über außerordentliche Vollmachten verfügten, wesentliche Änderungen erfahren hatte. Zugleich zeigten die verstreuten, nicht immer miteinander koordinierten Initiativen zum Aufbau neuer oder zur Wiederbelebung bereits in den 20er Jahren existierender gesellschaftlicher Organisationen und Vereinigungen, deren Kompetenzen nicht immer klar abgegrenzt waren und die öfters zu einer Zersplitterung der Kräfte führten, daß die Suche nach wirksamen Verknüpfungen zwischen staatlicher Leitungstätigkeit und gesellschaftlicher Initiative erst begonnen hatte.

Auf eine stärker entwickelte gesellschaftliche Aktivität deutete auch die im Herbst 1958 einsetzende und sich rasch verbreitende „Bewegung für eine kommunistische Einstellung zur Arbeit“ hin (deren Teilnehmer – 1962 sollen es 4,22 Mio gewesen sein²¹² – sich nicht nur zur Erreichung bestimmter quantitativer und qualitativer Produktionsziele, sondern auch zur beruflichen und politischen Weiterqualifikation, gesellschaftlichen Aktivität und Befolgung einiger Prinzipien einer „sozialistischen Lebensweise“ verpflichteten) sowie die Diskussion des Siebenjahrplans (1959–1965), die anscheinend lebendiger war als die der vorangegangenen Perspektivpläne²¹³.

Veränderungen vollzogen sich auch im Bereich der öffentlichen Kontrolltätigkeit. 1957 wurde das Ministerium für Staatskontrolle aufgehoben, dessen Organe bislang wenig wirksam gearbeitet hatten, und eine Kommission für Sowjetkontrolle beim Ministerrat der UdSSR geschaffen, die ihre Kontrolltätigkeit „im en-

gen Kontakt mit den Sowjet-, Partei-, Gewerkschafts-, Komsomol- und anderen gesellschaftlichen Organisationen, durch Einbeziehung breiter Massen von Arbeitern, Kolchosbauern und Angestellten“²¹⁴ ausüben sollte; frühere Grundordnungen der staatlichen Kontrollorgane aus den Jahren 1934 und 1940 hatten die Mitwirkung der Arbeiterklasse oder der gesellschaftlichen Organisationen nicht vorgesehen. Die Gewerkschaften haben anscheinend seit Ende der 50er Jahre enger mit den Kontrollorganen der verschiedenen Ebenen zusammengearbeitet. Zur Stärkung der gesellschaftlichen Kontrolle in den Betrieben und Verwaltungen wurden aufgrund des Beschlusses des Zentralkomitees der KPdSU vom 26. Juni 1959 von den Grundorganisationen der Partei Kommissionen zur Kontrolle der Tätigkeit der Verwaltungen gewählt; nach den verfügbaren Angaben waren 1961 über 600 000 Parteimitglieder in diesen Kommissionen tätig²¹⁵. Ende 1962 wurden – wie vor 1934 – Partei- und Staatskontrollorgane zusammengefaßt; aus den „Komitees für Partei- und Staatskontrolle“ haben sich später die heute noch arbeitenden Volkskontrollorgane entwickelt.

Die Effektivität dieser Organe, ihr Beitrag zur Überwindung der bis weit in die 50er Jahre hineinreichenden Deformationen des politischen Systems, wäre im Detail zu untersuchen; dasselbe gilt für die Entwicklung der Sowjet- und Parteiorgane nach dem XX. Parteitag und die Auswirkungen des wachsenden Anteils der – nun über ein höheres kulturelles Niveau verfügenden – Arbeiterklasse an der Mitgliedschaft der Partei (der Anteil der Arbeiter bei Neuaufnahmen wuchs von nur 28,3 Prozent in den Jahren 1952 bis 1955 auf 41,1 Prozent 1956 bis 1961²¹⁶) und an der Arbeit der Sowjets auf den verschiedenen Verwaltungsebenen. In der sowjetischen Geschichte sind die Binnenstrukturen im Betrieb und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Belegschaften bei ökonomischen Entscheidungen stets ein Spiegelbild der allgemeinen im Lande herrschenden politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse gewesen, die ihrerseits von den seit den 50er Jahren festzustellenden Änderungen der Betriebs- und Arbeitsverfassung nicht unberührt geblieben sind²¹⁷.

Anmerkungen

143 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in 6 Bänden, Bd. IV, 2, Moskau 1976, S. 393. Die energetische Ausrüstung eines Arbeiters wuchs im zweiten Fünfjahrplan um 88 Prozent (ebenda, S. 404–405).

144 „Bis 1940 gab es in der Volkswirtschaft 4,43 mal so viel Produktionsgrundfonds wie 1928. Die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit konnte in jener Periode, als der gewaltige industrielle Aufbau in die Wege geleitet und der Kampf um die Aneignung der neuen Technik geführt wurde, nicht in dem gleichen raschen Tempo wachsen. Bis 1940 vergrößerte sie sich gegenüber 1928 um das 2,18fache.“ A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, aaO., S. 101.

145 R. Lorenz vertritt die These, daß die „sprunghafte und ungleichmäßige Entwicklung der industriellen Produktion . . . weitgehend der zyklischen Schwankung des Kapitalismus glich“ (aaO., S. 235–236).

146 Die heutige sowjetische Statistik beziffert die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion wie folgt (1913 = 100):

1929	121	1934	106	1939	121	1948	136	1953	146
1930	117	1935	119	1940	141	1949	140	1954	153
1931	114	1936	109	1945	86	1950	140	1955	170
1932	107	1937	134	1946	95	1951	130	1956	193
1933	101	1938	120	1947	122	1952	142	1957	197

Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau 1972, S. 219.

147 Viele Arbeiter bewirtschafteten noch nebenher Kleinparzellen; 1934 besaßen 2,484 Mio Familien von Arbeitern und Angestellten individuelle Gemüsegärten. Diese Zahl deutet auf Versorgungsprobleme und die noch engen Beziehungen der neuen Arbeiterklasse zum Land hin. *Istorija profdviženija v SSSR*, Moskau 1961, S. 320.

148 Geschichte der KPdSU in 6 Bänden, Bd. IV, 2. aaO., S. 410–411. 1937 wurden 200 000, 1940 nur 145 400 Kraftfahrzeuge hergestellt; vgl. I. B. Berchin, *Geschichte der UdSSR 1917–1970*, Berlin 1971, S. 474–475.

149 Mit der Industrialisierung verbundene Widersprüche kamen vor allem in dem zweiten Prozeß zur Sprache; vgl. Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 23.–30. Januar 1937, Moskau 1937, S. 5 ff., 23 ff., 487 ff. und passim.

150 Dies habe der Finanzkommissar der UdSSR G. F. Grin'ko durch eine zielbewußte „Schädlingarbeit im Sparkassenwesen“ beabsichtigt; Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen ‚Blocks der Rechten und Trotzisten‘, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2.–13. März 1938, Moskau 1938, S. 728. Grin'ko, der am 15. März 1938 erschossen wurde, war früher in den Staatlichen Plankomitees der Ukraine und der UdSSR tätig gewesen und ist Autor eines wichtigen Werks über den ersten Fünfjahrplan (vgl. oben Anm. 7).

151 „Es hieße einem fatalen Geschichtsdeterminismus huldigen, wollte man die ausschweifende Machtentfaltung des Stalinismus als das unausweichliche Ergebnis der Umstände werten. Als Stalinismus soll vielmehr jener *Exzeß* der Macht verstanden werden, der nicht in den Aufgaben einer ‚Erziehungsdiktatur‘ gründete, der nicht objektiv ‚notwendig‘ war“. W. Hofmann, *Stalinismus und Antikommunismus*, aaO., S. 39 (Hervorhebung von W. H.).

152 Vgl. Stalins Rede vom 4. Mai 1935 (Fragen des Leninismus, aaO., S. 590–596).

153 A. M. Nekrič, 1941. 22 ijunja, Moskau 1965, S. 69–70.

154 *Rabóčij klass v upravlenii gosudarstvom (1926–1937 gg.)*, Moskau 1968, S. 58–59.

155 A. Stachanov, *Mein Lebensweg*, Berlin 1954, S. 164–167. Die Biographie Stachanovs ist in vieler Hinsicht typisch für die junge Arbeitergeneration der 30er Jahre: 1905 in einem Dorf im Gouvernement Orel geboren, führte Stachanov dort jahrelang ein ärmliches Leben als Mitglied einer pauperisierten Bauernfamilie; 1927 zog er, ursprünglich um Geld für den Erwerb eines Pferdes zu verdienen, in das Donec-Becken; er arbeitete dort in der Kohlgrube Central'naja-Irmino als Pferdetreiber, Bremser und Kohlenhauer und nahm neben der Arbeit an verschiedenen Fortbildungskursen teil, in denen er mit dem Abbauhammer umzugehen lernte; sein berühmter Produktionsrekord vom 30./31. August 1935 löste die Stachanov-Bewegung aus. Seine Autobiographie enthält eine Fülle von Hinweisen über die Bewußtseinsstrukturen der damaligen Arbeitergeneration. Vgl. auch die autobiographischen Aufzeichnungen von: N. Zezjulín, *Moja žizn' – moja rabota*, Moskau/Leningrad 1935; I. Gudov, *Put' stachanovca*, Moskau 1938; A. Ch. Busygin, *Žizn' moja i moich družej*, Moskau 1939.

156 Mit dem Begriff des „Personenkults“ wird nur ein Element des gesellschaftlich-politischen Lebens der 30er Jahre genannt. Der Begriff des „Stalinismus“ erscheint ungeeignet, weil die ihn verwendenden Autoren meist davon ausgehen, daß sich die Geschichte der 30er Jahre in Repressionen erschöpfe und sich ein neues soziales und politisches System in der UdSSR herausgebildet habe; außerdem hat der Begriff die Tendenz, historische Probleme zu personalisieren. Dies ist auch ein Defizit des hier nur als Hilfsterminus verwendeten Begriffs „Stalinherrschaft“.

157 Die Initiative für diese Bewegung ging von Arbeitern des Moskauer Glühlampenwerkes aus, die die patenschaftliche Kontrolle über das Volkskommissariat für Finanzen ausübten, sich mit der Tätigkeit seiner verschiedenen Abteilungen vertraut machten und innerhalb von 2 Jahren aus ihren Reihen 94 Personen in diese Institution schickten. *Istorija profdvizenija v SSSR*, aaO., S. 287.

158 *Rabočij klass v upravlenii gosudarstvom*, aaO., S. 153 und 164.

159 Ebenda, S. 182–183; vgl. auch den Band *Rabočee šefstvo i socsovmestitel'stvo na vysšuju stupen'*, Moskau 1934.

160 *Rabočij klass v upravlenii gosudarstvom*, aaO., S. 125–137.

161 S. L. Senjowski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 371.

162 A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, aaO., S. 224. – Auch der Prozentanteil der Industriearbeiter, die in der Kommunistischen Partei organisiert waren, ging zurück (zum 1. Januar 1933 13,4 Prozent, zum 1. Januar 1933 13,6 Prozent; danach setzte eine rückläufige Bewegung ein). Die Gründe hierfür waren die weitere zahlenmäßige Vergrößerung der Arbeiterklasse, der Aufnahmestop zwischen 1933 und 1936 und der Ausschluß zahlreicher Mitglieder, schließlich der durch die Übernahme von Leitungsfunktionen bedingte Abzug zahlreicher Kommunisten aus der Arbeiterklasse (zwischen 1934 und 1937 übernahmen etwa 700 000 in der VKP (b) organisierte Arbeiter Leitungsaufgaben). Vgl. ebenda, S. 179.

163 S. L. Senjowski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 371.

164 „1940 existierten 15 Gewerkschaften, von denen jede weniger als 20 000 Mitglieder besaß; dies war eines der negativen Momente bei der Verkleinerung der Gewerkschaften“. *Istorija profdvizenija v SSSR*, aaO., S. 291, 334. – Auch im Bereich der Lohntarife, des Arbeitszeitreglements u. a. gab es in den 30er Jahren starke dezentralisierende Tendenzen.

165 Ebenda, S. 331.

166 W. Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, aaO., S. 13.

167 W. P. Schulze geht von der „Konstitution einer neuen Klassenherrschaft in der UdSSR“ Ende der 30er Jahre aus (aaO., S. 16), gibt jedoch für diesen Prozeß kaum überzeugende Belege. Aus der Tatsache, daß das wirtschaftliche und politische Leitungspersonal in den 30er Jahren sehr große Kompetenzen und beträchtliche materielle Privilegien hatte, läßt sich noch keine klassenmäßige Gliederung der Gesellschaft ableiten.

168 L. D. Trotzki, der Konzeptionen von einer neuen Klassenherrschaft in der UdSSR zurückwies, ging 1936 davon aus, daß die großen Einkommensdifferenzen durch „bürgerliche Verteilungsnormen“ auf einer sozialistischen Produktionsgrundlage verursacht seien (Verratene Revolution, Frankfurt/M. 1968, S. 238 und 248). Es ist jedoch fraglich, ob in einem Gesellschaftssystem Produktion und Verteilung konträren Prinzipien folgen können. Bürgerliche Verteilungsnormen haben hürgerliche Produktions- und Eigentumsverhältnisse zu ihrer Grundlage und beinhalten eine Aufspaltung der Einkommen in Gewinn- und Arbeitseinkommen; für die UdSSR ist eine solche Spaltung bislang nicht nachgewiesen worden. – Zum Bürokratieproblem bemerkt J. Ellenstein: „Die Existenz bürokratischer Erscheinungen ist nicht gleichzusetzen mit der Existenz einer Bürokratenklasse – die Führungsposten in der Verwaltung waren weder erblich noch auf Lebenszeit vergeben. . . . Es gab keine soziale Reproduktion von Führungsgruppen“ (aaO., S. 97, Anm. 9).

169 Vgl. die bitteren Schicksale von H. Eberlein, L. Flieg, A. Golke, H. Kippenberger, H. Neumann, H. Remmele, H. Schubert, F. Schulte und anderen Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung (in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Biographisches Lexikon, Berlin [DDR] 1970) sowie von B. Kun, A. Warski, J. Leszczynski und weiteren führenden Repräsentanten ausländischer Kommunistischer Parteien (*Bol'shaja Sovetskaja Eniklopedija*, 3. Ausg., Bd. 4, S. 312 und Bd. 13, S. 607).

170 B. M. Lejbnz/K. K. Širtnja. *Povorot v politike Kominterna*, 2. Aufl. Moskau 1975.

171 *Solidarnost' narodov s ispanskoj respublikoj 1936–1939*, Moskau 1972, S. 225–258; *Istorija profdvizenija v SSSR*, aaO., S. 325 ff., 358 ff. Bis Oktober 1936 hatten die gesellschaftlichen Organisationen der UdSSR 47,595 Mio Rubel für die Unterstützung der spanischen Republik gesammelt; vgl. *Der Leninsche Komsomol*, Bd. 1 (1918–1945), Berlin 1971, S. 490–491.

172 Im Sommer 1941 waren etwa 75 Prozent der Kommandeure und 70 Prozent der Politischen Leiter der sowjetischen Streitkräfte nicht länger als 1 Jahr in ihrer Funktion tätig gewesen; vgl. A. M. Nekrič, aaO., S. 88.

173 Auf Schätzungen verschiedener Autoren stützt sich P. W. Schulze, aaO., S. 201–205; zur ökonomischen Funktion vgl. W. Hofmann, Arbeitsverfassung, aaO., S. 265–277.

174 Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes spielten bei der Durchführung der Bauprojekte jener Zeit eine große Rolle. Beim Aufbau der Stalingrader Traktorenwerke waren 7000 Komsomolzen tätig, beim Bau der Moskauer Metro 1932/33 13 000, beim Fergana-Kanal 73 000. Ein zentrales Projekt war der vor allem von Jugendlichen getragene Aufbau der Stadt Komsomol'sk am Amur, der 1932 begann. Einzelheiten in: Der Leninsche Komsomol, aaO., S. 371 ff. – Eine wichtige Rolle spielte seit Mitte der 30er Jahre die Stachanovbewegung, die sich von den Wettbewerbskampagnen des ersten Fünfjahrplans darin unterschied, daß ihre Träger den Produktionsausstoß nicht durch vergrößerte Kraftaufwendung und Arbeitsintensität, sondern durch bessere Vorbereitung, Teilung und Organisation der Arbeit und einen optimalen Maschineneinsatz zu vergrößern suchten. „Bislang dachten viele, daß man eine hohe Arbeitsproduktivität nur durch eine Überanspannung der physischen Kräfte erreichen könne. Dies ist aber falsch; die Arbeitsproduktivität ist dadurch zu erhöhen, daß man die Technik seiner Arbeit tatsächlich beherrscht“. (N. S. Smetanin auf der Ersten Konferenz der Stachanovarbeiter: *Pervoe vsesojuznoe sovesćanie rabočich i rabotnic-stachanovcev 14–17 nojabrja 1935 goda*, Sten. očet, Moskau 1935, S. 15). Die Stachanovbewegung wird in der Literatur kontrovers beurteilt. Einseitig erscheint das Urteil von P. W. Schulze, der sie „keinesfalls als eine spontane Bewegung“, vielmehr als „Mittel zur Destruktion der proletarischen Klasse“ charakterisiert (aaO., S. 170, 173). Die große Breite der Kampagne deutet darauf hin, daß bei Teilen der Arbeiterklasse durchaus eine spontane Bereitschaft zu höheren Produktionsleistungen vorhanden war, wobei nicht abgestritten werden soll, daß sie teilweise zu Rekordhascherei und Entsolidarisierungen in den Arbeitskollektiven geführt hat. Materialien über die – im einzelnen noch aufzuarbeitende – Bewegung u. a. bei W. Hofmann (Arbeitsverfassung, aaO., S. 459–475), A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev (aaO., S. 192–194), A. Stachanov (aaO.), L. Trotzki (aaO., S. 79–86), S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski (aaO., S. 297 ff.); J. Elleinstein, *Histoire de e'URSS*, Bd. 2, Paris 1973, S. 2 45 ff.

175 Ende der 30er Jahre arbeiteten 700 000 Gewerkschaftsmitglieder ehrenamtlich im Sozialversicherungswesen, 200 000 in Lohnkommissionen, 458 000 in Arbeitsschutzkommissionen; vgl. *Istorija profdviženie v SSSR*, aaO., S. 346–348. Offensichtlich existieren für die 30er Jahre keine genauen Statistiken über die Entwicklung der Arbeitsunfälle.

176 Vgl. etwa Otto Bauer, *Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk*, Wien 1961, S. 96–99.

177 *Rabočij klass v upravlenii gosudarstvom*, aaO., S. 169–171; zur Verfassungsdiskussion vgl. ebenda, S. 121–122 sowie *Istorija profdviženija v SSSR*, aaO., S. 350 und A. F. Kalinin, *Povyšenie roli soveto v period socialističeskoj rekonstrukcii narodnogo chozjajstva (po materialam Leningrada)*, Leningrad 1976, S. 102–118.

178 W. Hofmann, *Arbeitsverfassung*, aaO., S. 74 ff. Die gesetzlichen Einschränkungen waren bis Ende 1955 in Kraft; vgl. *Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR* vom 29. November 1955.

179 40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen, aaO., S. 315.

180 Auf Initiative von G. K. Ordžonikidze fand 1936 eine Unionsberatung gesellschaftlich aktiver Hausfrauen statt; Ende der 30er Jahre scheint sich diese Bewegung ausgeweitet zu haben (*Istorija profdviženija v SSSR*, aaO., S. 336).

181 Auf dem XX. Parteitag hat die Historikerin A. M. Pankratova das „ernsthafte Zurückbleiben“ der sowjetischen Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften in bemerkenswerter Weise kritisiert. Verschiedene Fakten der russischen Geschichte – etwa die Unterdrückungspolitik der zaristischen Regierung in den nichtrussischen Territorien – würden kaum dargestellt. Die schöpferische Rolle der Volksmassen in der Geschichte werde oft gering eingeschätzt: „Die Klassiker des Marxismus-Leninismus sahen bekanntlich im Personenkult eine der ernsthaftesten und schädlichsten Abweichungen von der materialisti-

schen Geschichtsauffassung, eine der am weitesten verbreiteten Formen des Idealismus. Die Theorie von den ‚Helden und dem Haufen‘ ist mit der Schmälerung der schöpferischen Rolle der Volksmassen verbunden. . . In unserer parteigeschichtlichen Literatur wird die Tätigkeit der Mitkämpfer Lenins, der alten Bol'seviki, nur sehr am Rande behandelt. . . Gewisse Historiker frisieren die geschichtlichen Ereignisse, simplifizieren sie, behandeln sie einseitig und infolgedessen unrichtig. Sie stellen den Weg, den die Partei zurückgelegt hat, als einen einzigen Triumphzug dar, bei dem es keinerlei Schwierigkeiten gab. . . Manche unserer Historiker wagen es nicht, auf Schwierigkeiten und Mängel in der früheren Tätigkeit der Partei einzugehen. . . Sie stellen falsche Thesen auf und scheuen, um sie zu stützen, nicht davor zurück, mit ganzen Schriften willkürlich zu verfahren. . . Leider führen wir keinen konsequenten und entschiedenen Kampf gegen die Abweichung von der Leninschen Einschätzung der historischen Ereignisse, gegen alle Elemente des Antihistorismus und der Simplifikation, gegen eine subjektivistische Einstellung zur Geschichte, gegen die Modernisierung der Geschichte und eine der jeweiligen Situation angepaßte, konjunkturfahne Geschichtsbetrachtung. . . Das Fehlen einer Analyse der sozialen Grundlagen dieser oder jener historischen Ereignisse und die subjektivistische Erklärung aller unserer Mißerfolge allein mit den schädlichen Aktionen der Feinde oder der Menschen, die dazu gemacht werden, und die Erklärung unserer Erfolge durch die Begabung einzelner Führer – das läßt auf einen ziemlich weitverbreiteten Überrest des Personenkults schließen, mit dem Schluß gemacht werden muß“. Gleichzeitig wurde in der Rede ein Programm zur Überwindung dieser Schwächen skizziert. (Pravda vom 22. Februar 1956, übersetzte Auszüge in: Ostprobleme, Jg. 1956, S. 392–394).

182 Für den Bereich der ökonomischen Theorie vgl. u. a. die Diskussionen um den zweiten Fünfjahrplan (an dessen Ausarbeitung rund 200 Forschungsinstitute teilnahmen: V. I. Kuz'min, V bor'be za socialističeskuju rekonstrukciju 1926–1937, Moskau 1976, S. 196–197), die ökonomisch-mathematischen Analysen von L. V. Kantorovič (Matematičeskie metody organizacii i planirovanija proizvodstva, Leningrad 1939), zahlreiche Beiträge in der Zeitschrift ‚Planovoe chozjajstvo‘. Eine erste Aufarbeitung einiger der damaligen Diskussionen versuchen die Verfasser des Bandes Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus – Grundrisse, Berlin 1973.

183 Dies ist u. a. den Ausführungen von V. I. Kas'janenko (aaO.) und V. I. Kuz'min (aaO.) sowie den beiden Sammelbänden: Oktabr' i naučnyj progress, 2 Bde., Moskau 1967 zu entnehmen. Auch eine Geschichte der Entwicklung dieser Wissenschaften in den 30er Jahren ist noch zu schreiben.

184 Daten zur Entwicklung der Buchauflagen (Mio. Exemplare):

1913	99	1945	298
1923	85	1950	821
1928	270	1956	1107
1940	462	1960	1240

Nach: 40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen, aaO., S. 327; Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau 1972, S. 453.

Daten zur Entwicklung der öffentlichen Bibliotheken

	Zahl (in 1000)	Buchbestand (Mio)		Zahl (1000)	Buchbestand (Mio)
1913	13,9	9,4	1950	123,1	244,2
1940	95,4	184,8	1955	147,4	590,8
1945	47,4	109,1	1960	135,7	845,2

Nach: Narodnoe chozjajstvo SSSR za 60 let, Moskau 1977, S. 599.

185 Ende der 30er Jahre unterstanden den Gewerkschaften etwa 6000 Arbeiterklubs und Kulturpaläste, 100 000 „Rote Ecken“, 15 000 Bibliotheken, 10 000 Filmvorführanlagen. 1939 sollen sich etwa 1,5 Mio Arbeiter und Angestellte an dramatischen Zirkeln, Musikgruppen, Chören u. a. beteiligt haben. Istorija profdviženija v SSSR, aaO., S. 348–350.

186 L. Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1962, S. 456–457; KPSS v rezoljučijach, Bd. III, Moskau 1954, S. 306–315.

187 L. Schapiro, aaO.

188 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Bd. V, 1, Moskau 1974, S. 25–29.

189 N. A. Voznesenskij war Autor des Buches: Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges, Berlin 1949.

190 O. Raus, Der Weg der Sowjetunion zur führenden Industriemacht, Berlin 1967, S. 106.

191 S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 242.

192 W. Hofmann, Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Berlin 1955.

193 Ein russischer Arbeiter erhielt 1910 durchschnittlich nur ein Viertel des Lohns eines amerikanischen Arbeiters (oder etwa die Hälfte des Lohns eines amerikanischen Arbeiters im Jahre 1860); vgl. V. Ja. Laveryčev in: Istorija SSSR 1977, Nr. 3, S. 66.

194 Zeitliche und räumliche Vergleiche hinsichtlich des „Lebensstandards“ sind statistisch nur äußerst schwer durchzuführen, da die wechselnde Zusammensetzung des konsumierten Warenkorbes, die verschiedenen Niveaus der normierten und freien Preise, die Leistungen und Zahlungen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, die Größe der Familie und Zahl ihrer Berufstätigen und zahlreiche weitere Faktoren berücksichtigt werden müssen.

195 Angaben nach: Die Arbeiterklasse der Sowjetunion, Marxismus-Digest 1976, Nr. 27, S. 77–81.

196 Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 godu, Moskau 1975, S. 549; S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 213.

197 Narodnoe chozjajstvo SSSR za 60 let, Moskau 1977, S. 57. – Die Zahl der Personen, die eine allgemeine oder spezielle Mittelschulbildung erhielten, belief sich 1918–1928 jahresdurchschnittlich auf 67 100, 1929–1932 auf 144 300, 1933–1937 auf 221 800, 1938–1940 auf 468 400, 1941–1945 auf 264 000, 1946–1950 auf 466 400, 1951–1955 auf 1 019 300, 1956–1960 1 728 100 (ebenda, S. 576). In beruflich-technische Lehranstalten wurden 1940 602 000 Personen aufgenommen, 1945 447 000, 1950 385 000, 1955 664 000, 1960 864 000 und 1965 1 211 000 (ebenda, S. 479).

198 Diesen wichtigen Aspekt heben S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 149–158 hervor. – Zeitbudgetstudien haben ergeben, daß erwachsene Mitglieder von Arbeiterfamilien 1963 wöchentlich 12,4 Stunden für kulturelle Betätigung aufwandten; dies war etwa doppelt so viel wie in den 20er und 30er Jahren (L. A. Gordon, E. V. Klopov, T. B. Petrov, Die Entwicklung des Alltags der sowjetischen Arbeiter. Rückblick und Ausblick, in: Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 1976, Nr. 12, S. 1276–1290, hier S. 1289). Die bedeutende Anhebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse war einer der objektiven Gründe für die Rückentwicklung des „stalinischen Phänomens“: „die Produktionsverhältnisse blieben trotz allem sozialistisch, und trotz aller Deformationen (am extremsten unter Stalin) produzierten sie ein Bildungspotential für die Massen, das die Grundlagen für einen steten (wenn auch keineswegs widerspruchsfreien) Demokratisierungsprozeß geschaffen hat und ständig erweitert“ (W. Abendroth in: Das Argument, Jg. 1978, Nr. 107, S. 64). Auch das politische Leben innerhalb der KPdSU ist durch den Bildungsstand der Funktionsträger beeinflußt worden: 1939 hatten 78,8 Prozent der Sekretäre von Parteiorganisationen nur eine Elementarbildung, 1956 hatte sich dieser Anteil auf 20,6 Prozent reduziert (G. Meyer (Hrsg.), Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR, Köln 1976, S. 362).

199 Zum 1. Juni 1963 hatten 44,5 Prozent der Industriearbeiter weniger und 55,5 Prozent länger als 5 Jahre gearbeitet; vgl. S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 264 und I. P. Ostapenko, Rabočij klass SSSR v upravlenij protivodstvom 1956–1970 gg., Moskau 1976, S. 71–72. Dieser Band enthält zahlreiche erstmalig veröffentlichte Materialien zur Sozialstruktur und gesellschaftlich-politischen Aktivität der Arbeiterklasse in den 50er und 60er Jahren.

200 Vgl. oben Anm. 128 sowie W. Hofmann, Arbeitsverfassung, aaO., S. 105.

201 I. P. Ostapenko, aaO., S. 270–281. Nach der Verordnung vom 3. Juli 1961 waren „die Kameradschaftsgerichte gewählte gesellschaftliche Organe, die dazu aufgerufen sind, aktiv einzuwirken auf die Erziehung der Bürger im Geist einer kommunistischen Einstellung zur Arbeit und zum sozialistischen Eigentum, der Beachtung der Regeln eines sozialistischen Zusammenlebens, der Entwicklung des Gefühls des Kollektivismus und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe bei den sowjetischen Menschen, der Achtung der

Würde und Ehre der Bürger. Das Wichtigste bei der Arbeit der Kameradschaftsgerichte ist die Verhütung von Rechtsverletzungen und Vergehen, die der Gesellschaft schaden, die Erziehung der Menschen durch Überzeugung und gesellschaftliche Einwirkung, die Entwicklung einer Atmosphäre von Unduldsamkeit gegenüber jeglichen antigesellschaftlichen Handlungen. Die Kameradschaftsgerichte sind mit dem Vertrauen des Kollektivs ausgestattet, drücken seinen Willen aus und sind ihm gegenüber rechenschaftspflichtig“. 1965 arbeiteten in Betrieben und Institutionen über 200 000 Kameradschaftsgerichte (ebenda, S. 275).

202 Dies gilt u. a. für: R. Crusius/M. Wilke (Hrsg.), *Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen*, Frankfurt/M. 1977.

203 I. P. Ostapenko, aaO., S. 81. Vgl. auch die Kritik an der bisherigen Arbeit der Gewerkschaften in dem Beschluß des ZK der KPdSU vom 17. Dezember 1957 (KPSS o profsojuzach, Moskau 1967, S. 427–442). – Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder vergrößerte sich von 28,5 Mio (1949) auf 40,4 Mio (1954), 52,8 Mio (1959) und 68,2 Mio (1963).

204 Text in: *Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam*, Bd. 4, Moskau 1968, S. 437–442. – Zur weiteren Entwicklung der Gewerkschaften: G. Meyer, *Aufgaben der sowjetischen Gewerkschaften*, Blätter für deutsche und internationale Politik 1978, Nr. 1, S. 89–105.

205 I. P. Ostapenko, aaO., S. 98.

206 Vgl. *Rešenija partii i pravitel'stva*, aaO., Bd. 4, S. 434–437.

207 I. P. Ostapenko, aaO., S. 90–92. Auf die Mängel in der Arbeit verschiedener Produktionsberatungen weisen S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 378 hin. – Parallel zu den auf betrieblicher Ebene operierenden Produktionsberatungen entwickelten sich die nach 1957 bei den Volkswirtschaftsräten eingerichteten kollegialen Beratungsorgane der „technisch-ökonomischen Räte“; vgl. I. P. Ostapenko, aaO., S. 106–107.

208 Daten nach I. P. Ostapenko, aaO., S. 305. 1960 existierten 32 090 Grundorganisationen dieser Gesellschaft mit 2 048 699 Mitgliedern, von denen 996 711 Arbeiter waren, 787 003 Ingenieure und Techniker, 274 241 Frauen und 298 597 Jugendliche unter 25 Jahre. – Die Zahl der eingereichten Erfindungen und Rationalisierungsvorschläge wuchs von 591 000 (1940) auf 4 076 000 (1965); *Narodnoe chozjajstvo SSSR za 60 let*, Moskau 1977, S. 147.

209 Vor 1955 gab es in den NTO keine Arbeiter; ihr Anteil wuchs von 8,3 Prozent (1955) auf 12,3 (1960) und 14,0 Prozent (1965). I. P. Ostapenko, aaO., S. 326.

210 Ebenda, S. 330–331.

211 Ebenda, S. 337–358.

212 *Profsojuzy SSSR*, Bd. 5, Moskau 1974, S. 401. Initiatoren dieser Bewegung waren oft jüngere Arbeiter und Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes. Als sich die Bewegung ausweitete, wurde sie jedoch vor allem von Stammarbeitern getragen, die längerjährige Produktionserfahrungen besaßen. Nach einer Moskauer Untersuchung aus dem Jahre 1960 hatten 57 Prozent der 1432 befragten Mitglieder von Brigaden der kommunistischen Arbeit länger als 10 Jahre in der Produktion gearbeitet. Im Vergleich zum Durchschnitt der Industriearbeiter besaßen sie ein höheres Bildungsniveau und waren häufiger in der KPdSU organisiert. Vgl. O. I. Škaratan, *Osnovnye etapy socialističeskogo sorevnovanija v promyšlennosti SSSR*, in: *Istorija SSSR* 1961, Nr. 5, S. 53–74, hier S. 71–73. In dem Artikel werden verschiedene Dokumente dieser neuen Form der Wettbewerbsbewegung wiedergegeben. Mängel der Bewegung werden von S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski aufgewiesen: überreilte Titelverleihungen, Fälle von Schönfärberei, Mißbrauch der gegenseitigen Besuche von Delegationen der im Wettbewerb stehenden Betriebe, die „oftmals nicht mit dem Ziel erfolgten, neue produktionstechnische Erfahrungen auszutauschen, sondern in der Hauptsache dazu dienten, Einzelteile und Erzeugnisse für Kooperationslieferungen zu erhalten“. (ebenda, S. 352–354).

213 I. P. Ostapenko, aaO., S. 133–136; *Učastie sovetkich profsojuzov v chozjajstvennom stroitel'stve*, Moskau 1962.

214 *Položenie o komissii sovetского kontrolja Soveta Ministrov SSSR vom 18. Dezember 1957*, in: *Obrazovanie i razvitie organov socialističeskogo kontrolja v SSSR (1917–1975)*. *Sbornik dokumentov i materialov*, Moskau 1975, S. 437–439, hier S. 437. – Nach 1953 wa-

ren die Staatssicherheitsorgane gesäubert und der Kontrolle der Partei unterstellt worden, der sie sich in den 30er Jahren entzogen hatten; vgl. den Beschluß des ZK der KPdSU über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen vom 30. Juni 1956, in: Marxistische Blätter 1977, Nr. 3, S. 122–134, hier S. 128–129.

215 XXII s-ezd KPSS, 17–31 oktjabrja 1961 goda, Sten. otčet, Bd. III, Moskau 1962, S. 24.

216 Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR, aaO., S. 360. – In den 30er Jahren war der Arbeiteranteil in den Sowjets stark zurückgegangen; teilweise hing dies mit der in der Verfassung von 1936 ausgesprochenen Aufhebung der Wahlprivilegien für Arbeiter zusammen. 1939 betrug der Anteil der Arbeiter in den örtlichen Sowjets nur 8 Prozent, 1961 23 Prozent, 1965 28,8 Prozent und in den städtischen Sowjets 47,6 Prozent. Vgl. S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 395.

217 Auf die Bedeutung internationaler Faktoren – etwa die Aufhebung der jahrzehntelangen Isolierung der russischen Revolution durch den Sieg volksdemokratischer Bewegungen und die Schaffung eines sozialistischen Staatensystems – für die Rückbildung des „stalinischen Phänomens“ wird in diesem Beitrag nicht eingegangen.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 22 Gulliver Deutsch-Englische Jahrbücher, Bd. 3 „USA 201“

darin u. a.:

Kritische Aufarbeitung von Aspekten des Bicentennial und der Geschichte der Unabhängigkeitserklärung;

Paul M. Sweezy zur US-Ökonomie; Frank Niess zur US-Außenpolitik

Situationsberichte: Indianer, Studentenbewegungen;

Kulturelle Erscheinungen der Gegenwart: Black Autobiography, San Franzisko Mime

Troupe, die Erfolgsromane *Fagtime* und *Roots*

Konferenz- und Ausstellungsberichte

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM

Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

Diskussion: Arbeitergeschichtsschreibung

Wolfgang Abendroth

Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von Spontaneität und Organisationsentwicklung in der Geschichte der Arbeiterbewegung*

Seit es systematische Ansätze zur historischen Darstellung der Arbeiterbewegung gibt, müssen sie – ob sie sich der Fragestellung voll bewußt sind oder nicht – das Verhältnis erstens der Entwicklung der Produktivkräfte und der ökonomisch-sozialen Situation (einschließlich ihrer technischen Voraussetzungen), zweitens des selbständigen Auftretens der verschiedenen Schichten der abhängig arbeitenden Klasse gegenüber dem Kapital und gegenüber der politischen Gewalt, drittens der Aneignung von Bewußtsein über diesen Verlauf in ihren gleichsam „spontanen“ Reaktionen und Aktionen, ihrer ideologischen Formen (also in ihren höchsten Stufen von gewerkschaftlichem und politischem Klassenbewußtsein), viertens der theoretischen Diskussionen, die sich dabei ergeben, und fünftens der organisatorischen Versuche, diesen Prozeß permanent zu erhalten (seien sie gewerkschaftlich oder politisch), in ihre Überlegungen einbeziehen. Marx und Engels haben in ihren Publikationen, gleichgültig, ob sie historische Prozesse dieser Art bei systematisch anders (nämlich auf die Analyse des gesamten kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses wie z. B. in allen Bänden des „Kapital“) orientierter Fragestellung gleichsam eingebettet verwertet haben, sie selbständig behandelt haben (man denke z. B. an die „Klassenkämpfe in Frankreich“, den „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ oder „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“) oder ob sie damit unmittelbar aktiv in aktuelle Klassenauseinandersetzungen eingegriffen haben (wie z. B. in den „Adressen des Generalrats der IAA zum deutschfranzösischen Krieg und zur Pariser Kommune“), alle diese Momente des geschichtlichen Vorgangs in – dem jeweiligen Untersuchungszweck entsprechend – verschieden akzentuierter Weise einbezogen, und der wichtigste Klassiker der deutschen Arbeitergeschichtsschreibung, Franz Mehring, ist in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ nicht anders vorgegangen. Ein Gesichtspunkt, der seit der „Deutschen Ideologie“ für Marx und Engels feststand, war für sie fast stets selbstverständliche Voraussetzung ihrer Forschung: Es gibt keine klassengespaltene Gesellschaft, in der nicht zunächst die Ideologie ihrer herrschenden Klasse die herrschende Ideologie wäre, die also auch das Denken und Empfinden der Angehörigen der unterdrückten

* Einfache Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf: Hannes Heer, Dirk Hemjeltmanns, Volker Ullrich: Organisationsgeschichte oder Geschichte der „eigentlichen Arbeiterbewegung“? Zu neueren Veröffentlichungen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Das Argument 106 (1977), S. 860 ff.

Klassen vorab weithin bestimmt. Die Entwicklung eines eigenen Klassenbewußtseins der unterdrückten Klassen ist also keineswegs ein quasi automatischer Reflex, sondern ein mühseliger, widerspruchsvoller Prozeß, der gleichzeitig Ergebnis und (in seinen embryonalen Vorstufen) Voraussetzung ihrer beginnenden Kämpfe ist. sich aus ihren Erfolgen und Niederlagen ergibt, mit ihrem Verlauf, ihrer Massenwirksamkeit und ihrer inneren Stabilität hin- und herschwankt – keineswegs in a priori gewährleisteter Parallelität damit –, sich zur (meist von Angehörigen der Intelligenzschicht formulierter) Theoriediskussion, der Voraussetzung strategischer Planung der Klassenkämpfe, abstrahiert und steigert und in verschiedene Organisationsformen gefaßt wird. Geschichte der Arbeiterbewegung ist also im Grunde gar nichts anderes als die Geschichte der Produktion und Reproduktion von Klassenbewußtsein, seiner Entfaltung und seiner Rückschläge. Es muß sich unter den sich verändernden Bedingungen erst des frühen, dann des voll entfalteten industriellen Kapitalismus, darauf des Monopolkapitalismus (und seines Korrelats, des Imperialismus), endlich des gegenwärtigen Systems des hochentwickelten „staatsmonopolistischen Kapitalismus“, der sich in steter Auseinandersetzung mit koexistierenden Bereichen des realen Sozialismus (in seiner heutigen Entwicklungsstufe) und mit der Emanzipation von (vormals unverhüllt kolonial beherrschten) „Entwicklungsländern“ befindet, theoretisch und organisatorisch ständig neu selbst erfassen. Denn nur, indem es das tut, kann es sich gegen den steten Druck der herrschenden Ideologie und der herrschenden Institutionen behaupten und weiterentwickeln und also die unterdrückte Klasse der abhängigen Arbeit aus einem bloßen Objekt in eine Subjekt des historischen Prozesses transformieren.

Eben deshalb bedarf es einer besonderen Wissenschaft von der Geschichte der Arbeiterbewegung. Ohne Bestimmung des eigenen historischen Standorts und der geschichtlichen Entwicklungsformen, die die Klassenbewegung der abhängigen Arbeit hervorgebracht haben und immer erneut hervorbringen, lassen sich strategisch angemessene Anweisungen für ihre Praxis nicht fixieren. Deshalb muß sich die Wissenschaft von der Geschichte der Arbeiterbewegung stets darüber im klaren bleiben, daß sie einen einheitlichen, alle seine Vereinzelungen und Besonderheiten umfassenden und in sich einordnenden Prozeß darzustellen hat, der hilft, die gleichsam durch die divergenten technischen Produktionsbedingungen und Produktionsmethoden des kapitalistischen Produktionsprozesses vorgegebenen Schichtendifferenzierungen innerhalb der eigenen Klasse gerade auch in ihren geschichtlichen Veränderungen erkennbar zu machen, ihre jeweiligen Schranken zu thematisieren und dadurch dazu beizutragen, sie im gemeinsamen Klassenbewußtsein aufzuheben. Die marxistische wissenschaftliche Arbeit gewinnt gerade durch diese theoretisch vorbestimmte Aufgabenstellung und durch dieses Prozeßbewußtsein größere Objektivität des wissenschaftlichen Resultates (also größere Übereinstimmung ihres Resultates mit der Realität), als sie die bürgerliche historische Wissenschaft erbringen kann, die sich des gleichen Forschungsbereiches annimmt und sich – weil sie derartige theoretische Vorüberlegungen, die ihrer Meinung nach nur Erkenntnisschranken setzen, ausschlägt – als „objektiver“ überlegen dünkt. Daß selbst dank ihrer breiten Quellenerschließung höchst verdienstliche Arbeiten – hier sei auf Schomerus 1977 als

Beispiel hingewiesen – sich dadurch (und also durch die unkritische Übernahme „sozialpartnerschaftlicher“ Vorurteile, die daraus folgen) Schranken setzen, hat jüngst sogar die FAZ in einer Besprechung dieses Buches feststellen müssen (FAZ, 21. 3. 1978, S. 23).

Marxistische Wissenschaft unterliegt dabei in allen kapitalistischen Staaten, in Westeuropa z. Zt. relativ am stärksten in der BRD, vor allem auch hinsichtlich der Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, einem Handicap. Sie ist – notwendig – Oppositionswissenschaft gegen die herrschende Ideologie. Also sind ihre materiellen Forschungschancen beschränkt. Das wurde in der Periode des Aufschwungs der sozialdemokratischen Organisationswelt vor dem ersten Weltkrieg und dann wieder in der Weimarer Republik vor dem Siege des Faschismus teilweise dadurch ausgeglichen, daß sie in deren breit entwickelter Presse eine (wenn auch relativ geringe) materielle Basis finden konnte. Aber der offizielle Forschungsbetrieb blieb ihr versperrt. Nach dem zweiten Weltkrieg blieb zunächst die Liberalisierung von Hochschulen und Forschung so gering, daß marxistische Wissenschaft nur vereinzelt Einbrüche erzielen konnte. Nach der Studentenrevolte konnten sie zwar erweitert werden, aber auch das nur in geringem Maße. Die frühere materielle Grundlage marxistischen sozialwissenschaftlichen und historischen Forschungsbetriebes, das eigene breite Publikationswesen der Arbeiterbewegung, wurde nach 1945 nicht wirksam wiederhergestellt.

Also war es nicht zu verwundern, daß die Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung durch Marxisten lange Zeit den Momenten in ihrem Entwicklungsprozeß den größten Raum gewährte (wenn sie sich auch niemals völlig auf ihn beschränkte), die für sie quellenmäßig (und den Forschungskosten nach) am leichtesten erschließbar waren: der Ideologie- und der Organisationsgeschichte. Es ist verdienstlich, wenn Hannes Heer, Dirk Hemje-Oltmanns und Volker Ullrich in ihrem *Argument*-Aufsatz darauf verwiesen haben, daß das nicht genügt und daß die anderen Probleme ebenso erforscht und behandelt und in den gesamten Prozeß einbezogen werden müssen, weil nur, wenn das gelingt, auch die Ideologie- und Organisationsgeschichte selbst voll verständlich werden. Nur: um dieser Aufgabe gerecht zu werden und sie voll einzulösen, sind vielfache Einzel Forschungen teils sozialer (und auch ökonomisch-struktureller) Art, teils lokaler Art vonnöten, zu denen die bürgerliche Forschung zwar vielfältiges Material beige-steuert hat (und noch beisteuert), die aber meist teils an ihrer bornierten Ver-einzelung (wie sie sich dann neuerdings mit der Vorstellungswelt Poppers noch „theoretisch“ aufputzt), teils an den hergebrachten Vorurteilen der „herrschenden Meinungen“ (= herrschenden Ideologie, also der Ideologie der herrschenden Klassen) ihre Schranken (nämlich hinsichtlich der konkreten Verarbeitung der herangezogenen Quellen) findet. So ist es nicht verwunderlich, daß solche Fragestellungen erst nach der Verbreiterung der materiellen Arbeitsmöglichkeiten für marxistisch orientierte Forschung an den westdeutschen Universitäten und Instituten, wie sie durch die Studentenbewegung bewirkt wurde (und trotz der neuen Restaurationswelle, in der wir stehen, doch wenigstens in Resten bisher erhalten werden kann), in breiterem Umfang in konkreten Einzeluntersuchungen aufgegriffen werden konnten. Daß sie es vorher nicht (oder doch nur

ungenügend) konnten, lag keineswegs an der persönlichen Borniertheit der wenigen Marxisten, die es in der BRD noch gab, sondern am Gesamtzusammenhang ihrer Arbeitsmöglichkeiten, trotz aller negativen Nebenkonsequenzen für ihr wissenschaftliches Arbeitsresultat wie für die Rückwirkung dieses (*ceterum censeo*: ideologiebildenden und auch organisatorischen) Resultats auf die Arbeiterbewegung, die diese Selbstbeschränkung auf bloße Organisations- und Theoriegeschichte haben mußte. Deshalb ist es nicht übermäßig richtig akzentuiert, wenn der in manchen anderen Teilen brauchbare, vorher zitierte Aufsatz hier beinahe verächtlich von „eingefahrenen Gleisen“ der Theorie- und Organisationsgeschichte redet.

Übrigens zeigt sich an diesem Aufsatz (wie in einer interessanten, in ihm besprochenen und in bezug auf manchen Ansatz mit Recht gelobten Arbeit, der von Erhard Lucas, 1976) noch ein zweites Phänomen, das sich – fast unvermeidlich – in der Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung reflektiert. Keiner, der wissenschaftliche Probleme darstellt, ist von seinem eigenen Standort und den Denkschranken gänzlich frei, die sich aus seiner eigenen politischen Geschichte ableiten. Er kann die Vor-Urteile, die daraus entstehen, nur durch ständige selbstkritische Einbeziehung in den Gesamtprozeß „aufheben“ und überwinden. Bleiben wir bei Lucas' Vergleich zwischen dem Verhalten der (vorher organisierten und politisch erfahrenen) Remscheider Arbeiter und dem der (erst in der Kampfsituation selbst politisierten) Hamburger Arbeiter in den Revolutionsjahren 1918/19. Die Hamburger durchliefen eine längere Periode nicht nur lediglich reaktiv-spontanen, sondern gleichzeitig utopisch-ultradikalen Verhaltens, das sie durch schwere Niederlagen führte und ihnen zunächst die Möglichkeit nahm, zu erkennen, daß sich ihre Kämpfe nur erfolgreich gestalten können, wenn sie sich (auch überregional) in das Verhalten der Gesamtklasse im nationalen Rahmen einordnen lassen. Das muß zwar auch Lucas (und das müssen die Referenten über seine Arbeiten) halb anerkennen, wobei allerdings dieser sozialpsychologisch-historische Hintergrund in seiner Analyse allzusehr vom ökonomisch-strukturellen (Verhältnis Kleinbetrieb – Großbetrieb, Verhalten des gelernten Arbeiters mit quasi-handwerklichem Hintergrund gegenüber dem des ungelernten bzw. angelernten Arbeiters) verdunkelt und voreilig damit identifiziert wird. Aber er kommt dann zu einer Kritik der politischen Reaktion des Remscheider rationaler und strategisch durchdachter reagierenden Proletariats, die deutlich davon bestimmt ist, daß Lucas wie die ihn hier allzu vorsichtig, wenn auch tendenziell doch richtiger beurteilenden Referenten durch die stimmungsmäßigen, noch nicht aufgearbeiteten Relikte ihrer konkreten geistigen Herkunft aus dem (was die Verhaltensformen frisch politisierter Schichten anberührt) spontanen (und dann – weil nun einmal bei Intellektuellen alles theoretisiert wird – spontaneistischen) Anprall der Studentenrevolte seit Mitte der sechziger Jahre bestimmt sind, den sie noch nicht durch Reflexion „aufgehoben“ (im dialektischen Sinn des Wortes) haben. (In Lucas 1970 und 1973 zeigen sich die gleichen Schwierigkeiten, wie andererseits das gleiche Verdienst, eine in den westdeutschen historischen Darstellungen weithin verschüttete oder doch historisch schlicht falsch dargestellte Periode faktenmäßig relativ genau nach meist bisher unbenutzten Quellen aufzuarbeiten.)

Noch stärker tritt diese Schranke des (an sich verdienstlichen) Aufsatzes von Heer, Hemje-Oltmanns und Ullrich an einer anderen Stelle hervor. Ihre politische Herkunft verführt sie zu polemischen Übersteigerungen. Polemik ist keineswegs an sich verwerflich, aber sie sollte, zumal unter Wissenschaftlern, die sich allesamt für Marxisten halten, doch die Grenze einhalten, auf offensichtliche Fehl-Pointierung wie auf Argumente zu verzichten, die vom Gegner als Hilfsmittel der Diffamierung verwendet werden können. Die Arbeiten von Georg Fülberth und Jürgen Harrer, einem derjenigen Wissenschaftler der jetzt schon „mittleren“ Generation, die bereits vor dem Höhepunkt der Studentenbewegung sich marxistischen Positionen genähert hatte, und nun den gemeinsamen, die berufliche Zukunft bedrohenden Attacke von Verwaltung, Reaktion und wissenschaftlichen Repräsentanten dessen, was Harrer und Fülberth selbst als „sozial-liberal-integrativen Reformismus“ definieren würden, ausgesetzt ist, müssen sich selbstverständlich (wie jede wissenschaftliche Arbeit) der Kritik stellen und sind nicht der Weisheit letzter Schluß, den es bekanntlich nicht gibt. Aber ist es, wenn man den gegenwärtigen Rahmen der bundesrepublikanischen Machtverhältnisse, in denen wir nun einmal leben müssen, in sein Denken einbezieht, wirklich zulässig, einem anderen marxistischen Autor vorzuwerfen, er messe die Geschichte lediglich am „abstrakten Postulat der Leninschen Parteitheorie“ (866) oder benutze die achtbändige DDR-„Geschichte der Arbeiterbewegung“ (immanent wird damit behauptet: unkritisch) als „Vorlage“ für ein wichtiges Buch (867)? Müssen die Autoren dieser „Kritik“ nicht erkennen, daß sie sich damit objektiv als Denunzianten betätigt haben? Niemand wird ihnen unterstellen, daß sie es auch subjektiv waren. Aber die Selbst-Kritik an eigenen Vor-Urteilen sollte doch mindestens soweit führen, daß derartige Schläge unter die Gürtellinie auch in der erbittertsten Polemik unterbleiben.

Nicht viel besser steht es übrigens dem sachlichen Gehalt nach mit anderen Teilen der Argumentation in diesem Aufsatz. Der wichtigste wissenschaftliche Fortschritt, den Fülberth und Harrer erbracht haben, bestand in der systematischen Unterscheidung zwischen *sozialliberal-integrativem* (also tendenziell die Entwicklung von Klassenbewußtsein bekämpfendem) Reformismus und *linksreformistischem* also sozialistischem Reformismus, der die Zielsetzung der Aufhebung kapitalistischer Strukturierung der Produktionsverhältnisse (und also der Entwicklung von Klassenbewußtsein) beibehält. Da – bis die Arbeiterklasse gesiegt hat – der Grundtatbestand fortbesteht, daß das Bewußtsein der Gesamtgesellschaft überwiegend von der Ideologiebildung ihrer herrschenden Klassen bestimmt ist, so daß das eigene Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse (als der unterdrückten Klasse) sich immer wieder im Widerspruch dazu entwickeln muß, müssen sich beide Varianten fortwährend reproduzieren und haben sie fortwährend die Tendenz, auch in das eigene Leben der Organisationswelt der Arbeiterklasse einzudringen. Der sozialistische Reformismus ist dabei einerseits – und insofern ist er progressiv – in Stabilitätsperioden des Kapitalismus eine Variante des sich entwickelnden Klassenbewußtseins, weil in ihnen nicht unmittelbar die Transformation der einen Produktionsweise in die andere, sondern die Erkämpfung von Kompromissen in Form von Reformen auf der Tagesordnung des geschichtlichen Prozesses steht. Andererseits ist er in Krisenperioden, die die Ge-

sellschaft mit ökonomischen (oder politischen) Katastrophen bedrohen, eine Schranke strategisch richtigen Verhaltens der Arbeiterbewegung. Der sozialliberal-integrative Reformismus dagegen entspricht (eben weil er „integrativ“ ist und das Denken in Klassengegensätzen und Klassenkämpfen leugnet) dem Denkschema der herrschenden Klasse selbst, das sich mit seiner Hilfe das bereits in Ansätzen entwickelte Denken der Arbeiterklasse unterwirft; wie die herrschende Ideologie stellt er jede in Wirklichkeit durch ihren Klassenkampf als Kompromiß erzwungene Reform als autonomes Produkt des kapitalistischen Produktionsprozesses dar, um dadurch künftig die Entwicklung von Klassenbewußtsein (und damit jeden historischen Fortschritt) zu behindern. Da nun einmal jede Institution dazu neigt, ihre jeweilige Bewegungsform (und deren Ergebnisse) beizubehalten, muß sich auch in den institutionalisierten Formen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, deren es bedarf, um sie kampfkraftig zu halten, in den Schichten, die quasi hauptberuflich deren Apparate bedienen, immer wieder die Tendenz zu beiden Varianten entwickeln, auch die des Übergangs zum sozialliberal-integrativen Reformismus. Der Übergang von der einen Variante zur anderen wird nicht nur durch den ständigen Druck der „öffentlichen Meinung“ der die Gesamtgesellschaft weithin bestimmenden Ideologie der herrschenden Klasse immer wieder reproduziert, sondern auch dadurch, daß – weil die Arbeiterklasse ja ständig erkämpfte (oder durch ihren Druck bewirkte) Erfolge im Kompromissen absichern muß – diejenigen ihrer Repräsentanten, die diese Kompromisse vertraglich (oder im Gesetzgebungsverfahren) abschließen müssen, dabei gezwungen sind, auf die Sprache (und damit die Ideologie) ihrer Verhandlungspartner einzugehen und in deren Begrifflichkeit ausgedrückte Formeln zu finden. Eben deshalb ist auch die Grenze zwischen beiden Formen reformistischen Denkens stets fluktuierend, obwohl sie bei der historischen und politischen Bewertung durchaus gegensätzlich akzentuiert sind. Das wesentlich Neue an der Darstellung in beiden Büchern, an denen Fülberth und Harrer beteiligt waren, war es, diesen Zusammenhang in der Parteigeschichte der deutschen Arbeiterbewegung als sich ständig reproduzierend konkret nachzuweisen. Diese Problemstellung als „formale, rein politologische Definition“ (864) abzuwerten und nur als „Übertragung aus der aktuellen Diskussion“ über die gegenwärtige SPD zu Zwecken der Bündnispolitik anzusehen, zeugt nicht gerade vom historischen Verständnisvermögen der Kritiker gegenüber diesen Thesen.

Dabei zeigt eine letzte Fragestellung, an der im gleichen Aufsatz von Heer u. a. die Kritik ansetzt, das Überwiegen ihrer (in echter Diskussion hoffentlich überwindbaren) Voreingenommenheit gegenüber jedem ernsthaften (und dabei natürlich kontroversen, denn wissenschaftlicher Fortschritt bedarf nun einmal auch interpretativer Gegensätze) Meinungsaustausch. Den Publikationen von Fülberth und Harrer (1974) sowie in Freyberg/Stuby (1975) wird vorgeworfen, ihre Autoren hätten „keine eigenen Forschungen betrieben, sondern aus zweiter Hand geschöpft“, und zwar „vor allem aus der DDR-Geschichtsschreibung“. Nun ist es bei der Darstellung längerer Zeitabschnitte und von Gesamtzusammenhängen in ihnen bekanntlich nicht möglich, anders zu verfahren, als sich vor allem auf die Sekundärliteratur über die dargestellten Einzelprobleme zu stützen und sie zu zitieren und den größten Teil des unmittelbaren Quellenmate-

rials nur dadurch vermittelt zu berücksichtigen. Dazu gehört nun einmal – will man wissenschaftlich ernsthaft verfahren – auch die Literatur der DDR, nicht nur die der BRD (die übrigens ebenso gründlich herangezogen worden ist). Daß in der DDR zu Problemen der Geschichte der Arbeiterbewegung eine erheblich breitere und umfangreichere Forschung betrieben und veröffentlicht worden ist als in der BRD, auch wenn die Wissenschaft der BRD sie meist totschweigt (wobei selbstverständlich – wie in Westdeutschland auch – die DDR-Literatur je nach Zeit und Ort der Publikation von verschiedenem Wert und Ertrag ist), sollte jedes Kind wissen. Daraus, daß diese Aufarbeitung von Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR nicht – wie üblich – als nicht-existent behandelt worden ist, bereits Schlüsse auf die Voreingenommenheit der Verfasser dieser Übersichtsdarstellungen zu ziehen, zeugt offensichtlich von größerer Voreingenommenheit, als sie die kritisierten Verfasser haben mögen. Ihnen aber vorzuhalten, „sie hätten keine eigenen Forschungen betrieben“ (466), zeugt entweder von einem erschreckenden Grad von wissenschaftlicher Unkenntnis oder davon, daß der Gefahr der Demagogie nicht ausgewichen worden ist. Sowohl Harrer als auch Fülberth wie alle Autoren des Sammelbandes über die deutsche Sozialdemokratie von 1863–1975 haben eigene, auf Quellen gestützte Arbeiten über Einzelprobleme aus diesem Arbeitsbereich publiziert. Die „Marburger Abendroth-Schule“ (866) hat in den langen Jahren, in denen in der BRD solche Themen fast geächtet waren, sie immer wieder zum Arbeitsgegenstand gemacht. Sie hat nicht nur vor (deren große Zahl kann hier nicht zitiert werden), sondern auch nach Emeritierung zahlreiche Einzelforschungen teils abgeschlossen, teils veröffentlicht, an denen natürlich die angegriffenen Autoren Harrer und Fülberth im Entstehungsprozeß auch nicht unbeteiligt waren. Hier sei aus den Veröffentlichungen der „Marburger Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung“ (Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg) nur auf Anne Weiß-Hartmann, Der freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945–1949 (1976), auf Regine Meyer, Streik und Aussperrung in der Metallindustrie – Analyse der Streikbewegung in Nordwürttemberg-Nordbaden 1971 (1977), Gerhard Weiß, Die ÖTV 1966–1976 (1977), und Bernd Güther, Infrastruktur und Staat, Zur Entwicklung der allgemeinen Produktionsbedingungen in der BRD 1950–1975 (1978), hingewiesen. Was soll also diese Art der Kritik an Fülberth, Harrer und der „Marburger Schule“, die es zudem in dieser Form als monolithische Einheit – wie es dieser Aufsatz andeutet – natürlich weder gegeben hat noch gibt?

Das ändert nichts am relativen Wert des kritisierten *Argument*-Aufsatzes in anderen Fragen. Es bleibt verdienstlich, das Problem der Verknüpfung der ökonomischen Basis und ihrer Veränderungen mit den Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Schichten der Klasse der abhängigen Arbeit und die Rückwirkungen dieser Fragen auf die Geschichte der Arbeiterbewegung hervorgehoben zu haben. Es bleibt wichtig, die sozialpsychologischen Veränderungen zu analysieren, die auf die Ideologiegeschichte der Arbeiterbewegung eingewirkt haben, und sie in ihrer Einwirkung auf die Geschichte der Aktionen und Organisationen der Arbeiterklasse erkennbar zu machen. Es bleibt zu hoffen, daß nicht nur

die Forschung in der BRD, sondern auch (die viel breitere) in der DDR lernt, diese Verknüpfungen stärker einzubeziehen, als es bisher geschehen ist.

Literatur

Freyberg, Jutta von, Gerhard Stuby u. a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975. Köln 1975.

Fülberth, Georg, und Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933. Darmstadt, Neuwied 1974.

Lucas, Erhard: Märzrevolution im Ruhrgebiet. Frankfurt/M. 1970 und 1973.

Lucas, Erhard: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1976.

Schomerus, Hellwig: Die Arbeiter der Maschinenfabrik Eßlingen. Stuttgart 1977.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa

Inhalt:

W. Goldschmidt: Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem zweiten Weltkrieg

P. Oehlke: Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung

D. Albers: Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972

J. Rohbeck: Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT

E. Piehl: Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Buchbesprechungen. Schwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, antigewerkschaftliche Strategien von links und rechts, Mitbestimmung, Arbeiterliteratur.

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

Karl-Ernst Lohmann

Gesellschaftliche Produktivkräfte und realer Sozialismus*

Problemstellung

Die sozialistischen Länder, vor allem die am weitesten entwickelten (DDR, CSSR), befinden sich in einer umfassenden ideologischen Krise, deren Symptom u. a. Bahro ist. Mit „ideologisch“ sind nicht nur Bewußtseinsformen gemeint, sondern auch die „ideologischen Mächte“: Staat, Partei(en), ideologische Staatsapparate. Die Symptome dieser Krise sind zu bekannt, als daß sie hier beschrieben werden müßten. Sie verweisen auf ihnen zugrunde liegende ökonomische Widersprüche, und Bahro will durch Untersuchung der Produktionsverhältnisse der Länder des realen Sozialismus ihre politische Entwicklung erklären. Sein ins Kurze zusammengefaßtes Ergebnis: der Zwang zur nachholenden, forcierten Industrialisierung führte historisch notwendig zum Aufbau eines bürokratischen Staats- und Parteiapparats; dieser sei im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution zum Hemmnis der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte geworden; die daraus resultierenden ökonomischen und politischen Widersprüche ließen sich nur durch die Abschaffung der herrschenden Staats- und Parteibürokratie lösen. Im folgenden untersuche ich, ob diese Entwicklung wahrscheinlich ist, d. h. ob die Staats- und Parteibürokratie eine herrschende Klasse ist, die unfähig zu strukturellen Reformen ist, und ob daher die Krisenerscheinungen als der Kampf zwischen Klassen entziffert werden müssen; ferner, was die Basisursachen der Krise sind.

Klassen oder Schichten?

Bahros Ausführungen zu dieser Frage sind widersprüchlich: einerseits lasse sich die Sozialstruktur der sozialistischen Länder nicht mehr adäquat „nach den traditionellen Kriterien der Klassenstruktur“ (191) beschreiben, sondern sei nur mehr in Schichtungsmodellen zu fassen:

„und zwar einfach deshalb, weil sie *unmittelbarer* als die traditionellen Klassenmerkmale den Stand der Produktivkräfte ausdrücken. Unsere Sozialstruktur – und daher sind Schichtungsmodelle *bei uns* eine viel angemessenere Beschreibung – ist geradezu die subjektive Daseinsweise der modernen Produktivkräfte.“ (192) „In den Kategorien der Klassenstruktur läßt sich unsere nichtkapitalistische Ordnung bestenfalls *nach ihrer Vergangenheit* interpretieren.“ (216) „Der Begriff der Arbeiterklasse hat bei uns keinen abgrenzbaren und, viel entscheidender, in der praktischen Aktion als Einheit erscheinenden Gegenstand mehr.“ (ebd.) „Individuen bilden eben nur insofern eine Klasse, als sie in bezug auf ihre Stellung zu den Produktions- und Existenzbedingungen im gemeinsamen Gegensatz zu einer anderen stehen. Klassen sind grundsätzlich korrelative Kategorien“ (217).

* Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt/M. 1977 (543 S., Ln., 34,- DM). Alle Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Buch.

Tatsächlich spricht er von der „herrschende(n) Schicht“ (166), die er aber mit Hilfe einer Eigentumskategorie bestimmt:

„Diese soziale Gruppe umfaßt im wesentlichen die (...) Partei-, Staats- und höhere Wirtschaftsbeamtenschaft (...). Politökonomisch gesehen steht sie den unmittelbaren Produzenten (...) tendenziell antagonistisch gegenüber. Das Staatseigentum, als Domäne dieser politbürokratischen und administrativen Verfügungsgewalt, stellt ein Produktionsverhältnis sui generis dar. (...) Die werktätigen Massen (...) stehen dem konzentrierten Staatseigentum nach wie vor ‚proletarisch‘ gegenüber (...)“ (284/285).

Wir haben, wenn schon keinen Widerspruch, so doch folgende Unklarheit: einerseits sollen in den sozialistischen Ländern keine Klassen, folglich keine Klassenkämpfe existieren; andererseits konstituiert das (Staats-)Eigentumsverhältnis doch einen Klassenantagonismus: der „Klasse“ der staatlichen Produktionsmitteleigentümer steht die eigentumslose Klasse der unmittelbaren Produzenten „tendenziell antagonistisch gegenüber“ (vgl. auch 182) – offenbar finden wir hier jenen wechselseitigen „gemeinsamen Gegensatz zu einer anderen“ Klasse, der eben konstitutiv für Klassenverhältnisse sein soll.

Zunächst aber: was hängt von der Frage „Klassen oder Schichten“ ab? Erstens geht es nicht um die „metaphysische“ Frage, ob es Klassen, z. B. die Arbeiterklasse im Sozialismus „gibt“ oder nicht!. Die Arbeiterklasse konstituierte sich auf Basis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Gegenklasse zur Bourgeoisie; selbstverständlich „verschwindet“ sie nicht nach deren Entmachtung und Enteignung. Nur: Wird die Entwicklung sozialistischer Gesellschaften durch Klassenkämpfe bestimmt? Zweitens: Lassen sich Gesellschaften und ihre Entwicklung nach Marx und Engels grundsätzlich nur als „Geschichte von Klassenkämpfen“ wissenschaftlich untersuchen, wie Hosfeld u. a. (1977) behaupten? Abgesehen davon, daß die Geschichte vor der Konstituierung von Klassen und damit vor den Klassenkämpfen begonnen hat und voraussichtlich nicht mit ihnen enden wird, ist hier offenbar die Argumentation auf den Kopf gestellt: nicht weil Marx und Engels das methodische Postulat aufstellten, ist die „Geschichte aller bisherigen (!) Gesellschaft (...) die Geschichte von Klassenkämpfen“ (MEW 4/462), sondern umgekehrt: Nur wo wirklich Klassen gegeneinander kämpfen, liegt der Schlüssel zur wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Bewegungsgesetze in der Analyse jener Kämpfe *und ihrer ökonomischen Basis*, ohne welche es zu keinen Klassen und Klassenkämpfen kommt. Von der Beantwortung der Frage „Klassen oder Schichten?“ hängt ab, wie man adäquat die Entwicklungsgesetze der sozialistischen Gesellschaften, vor allem auch ihrer politischen Überbauten untersucht.

Spielen wir in aller Kürze die Möglichkeiten durch, die sozialistischen Gesellschaften nach ihrer Klassenstruktur hin zu analysieren. Im Kern gibt es drei Möglichkeiten: *Erstens*: Der treibende Klassengegensatz ist der zwischen Arbeiterklasse und entmachteter Bourgeoisie. Dies ließe sich nur behaupten, wenn nachgewiesen würde, daß nach dem Prozeß ihrer Entmachtung (der z. B. für die DDR „im Prinzip 1960/61 abgeschlossen“ war; Grundmann u. a., 1976, S. 29) die Bourgeoisie die Chance hat, sich wieder als herrschende Klasse zu etablieren; in keiner der politischen Eruptionen der sozialistischen Länder nach 1945 stand

jedoch die Wiederherstellung des Privateigentums an Produktionsmitteln auf dem Programm. *Zweitens*: Der treibende Klassengegensatz ist der zwischen Arbeiterklasse und anderen Klassen der sozialistischen Gesellschaft, z. B. der Bauernschaft. *Klassengegensatz* würde bedeuten, daß ein Antagonismus in den Eigentumsverhältnissen bestünde. Für einige Länder ist das der Fall, z. B. für Polen mit seiner weitgehend privaten Landwirtschaft²; aber einen Antagonismus z. B. zwischen der Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern der DDR kann man höchstens konstruieren, de facto nicht feststellen. Ähnliches ließe sich für die Intelligenz und andere Schichten nachweisen. *Drittens*: Der treibende Klassengegensatz ist der zwischen der „Staats- und Parteibürokratie“ und dem Rest der Gesellschaft. Abgesehen von den bekannten Argumenten gegen die Bestimmung der „Staats- und Parteibürokratie“ als Klasse (vgl. z. B. Hofmann, 1967, S. 14 ff.) sprechen zwei Argumente dagegen: Zum einen lassen sich auf Basis des Staatseigentums die verschiedensten politischen und ökonomischen Formen realisieren: von der Parteidiktatur bis zur politischen sozialistischen Demokratie; vom Selbstverwaltungssystem auf Marktbasis bis zur total zentralisierten Planung. Zum anderen ist es schwierig, die besonderen Klasseninteressen jener Gruppe zu bestimmen. Man käme z. B. zu völlig absurden Ergebnissen, wollte man die Probleme der DDR-Wirtschaft auf bestimmte Konsum-Privilegien jener „herrschenden Klasse“ zurückführen. Bahro gibt folgende Bestimmung:

„Diese besonderen *Gesamtinteressen* der Bürokratie (. . .) (stellen) die Kehrseite der objektiven Erfordernisse dar (. . .), die die Existenz der Bürokratie als Planungs-subjekt rechtfertigen. Sie hängen untrennbar mit diesen Erfordernissen zusammen, weil eben die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen die besondere Aufgabe der Planung ist. Es sind die *Staatsinteressen* nach der Seite ihres Unterschieds und Gegensatzes zu den gesellschaftlichen.“ (184)

Als Beispiel wählt Bahro die Wachstumspolitik: „Verlangt die Hebung des Volkswohlstandes etwa nicht (. . .) einen möglichst *großen Zuwachs* zum National-einkommen? (. . .) Aber zugleich ist der Zuwachs die eigentliche Domäne der zentralen Verfügungsgewalt (. . .), bei der es (. . .) auch um den Genuß, den Ausbau und die Sicherung der eigenen Macht nach innen und außen geht.“ (184/185)

Was Bahro hier nicht nachweist, ist, welche Konsequenzen oder gar Widersprüche sich daraus für die Wahrnehmung jener allgemeinen Interessen ergeben. Wenn nämlich tatsächlich die besonderen Interessen der Bürokratie mit den allgemeinen identisch sind – dann ist diese nach wie vor historisch notwendig, zumindest ist nicht zu sehen, wie die Existenz der Bürokratie zu einem antagonistischen Verhältnis zum Rest der Gesellschaft führen soll. – Kurz: die real existierenden sozialistischen Gesellschaften lassen sich nicht als Klassengesellschaften begreifen. Die Konflikte und Widersprüche, die die Entwicklung dieser Gesellschaften bestimmen, drehen sich nicht um die Eigentumsfrage. Der Beweis der Existenz einer Schichtengesellschaft, der hier ex negativo zumindest skizziert wurde, wird phänomenologisch durch die Tatsache bestätigt, daß sich die beobachtbaren Konflikte der sozialistischen Länder charakteristischerweise um zwei andere Probleme konzentrieren: erstens um das der politischen Überbauten, zweitens um das der ökonomischen Organisation des Reproduktionsprozesses *auf Basis* der gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse.

Gesellschaftliche Produktivkräfte

Bahro schwankt in der Bestimmung der sozialistischen Gesellschaften einerseits als geschichtete, andererseits als in Klassen gespaltene, weil er seine Einsicht, daß die sich entfaltenden Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft bestimmt sind durch die staatliche Form der Vergesellschaftung, nicht vermitteln kann mit der anderen Einsicht, daß der Widerspruch zwischen dieser Form und ihrem sozialen Gehalt sich nicht im Kampf um die Aneignung des Mehrprodukts der unmittelbaren Produzenten bewegt, weshalb die Revision der Eigentumsverhältnisse nicht der Fluchtpunkt sein kann, auf den sich der Widerspruch hinbewegt. Er vermag lediglich die Symptome des Widerspruchs in der ökonomischen und politischen Realität z. B. der DDR zu beschreiben (auf dieser Fähigkeit gründet sein von der hiesigen Presse stets betonter Ruf als „Wirtschaftsfachmann“).

Bahro versucht allerdings, den Widerspruch dingfest zu machen, indem er das methodische Instrumentarium des Widerspruchsverhältnisses von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften anwendet: es seien die subjektiven Produktivkräfte vor allem der wissenschaftlich-technischen Spezialisten, deren Entfaltung durch die staatlich-bürokratischen Produktionsverhältnisse blockiert werde. Abgesehen von den Einwänden Hosfelds u. a. (1977) ist dagegen zu sagen, daß dieses in der Tat existierende Problem lediglich Teil bzw. Ausdruck des gesuchten Widerspruchs ist; seine „Lösung“ allein würde die Probleme der sozialistischen Gesellschaften nicht lösen. Mit der Hinwendung zu dem Produktivkraft-Problem tut Bahro zwar einen Schritt in die richtige Richtung, endet aber in einer Sackgasse, weil er sich den weiteren Weg von der traditionellen marxistischen Begriffsbestimmung unkritisch vorgeben läßt. Denn es genügt nicht, darauf hinzuweisen, daß die Klassiker „die Reife der Produktivkräfte überschätzten“ (143, vgl. auch 35, 101); vor allem lenkt die bisherige marxistische Theorie ihr Augenmerk ganz einseitig auf die *unmittelbaren* Produktivkräfte: so bezeichne ich die menschliche Fähigkeit (sowie ihre Vergegenständlichungen), die äußere, erste Natur zu beherrschen. Die Entwicklung dieser unmittelbaren Produktivkräfte sollte, so die Theorie, derart in Widerspruch zur kapitalistischen Form der Produktion geraten, daß diese Form schließlich gesprengt werden müßte. Dies wurde z. T. dahingehend mißverstanden, daß es (infolge der Monopolisierung und anderer Faktoren) zu einer Abschwächung oder gar zum Stillstand des technischen Fortschritts komme; bekanntlich ist dies nicht nur nicht der Fall, sondern es sind nach wie vor die sozialistischen Länder, die in großem Stil Technologie aus dem Kapitalismus importieren müssen (mit erheblichen politischen und ökonomischen Risiken, was die Finanzierung dieser Importe betrifft), und es ist nicht abzusehen, wann sich hier die Verhältnisse ändern werden.

Diese Denkfigur: der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen führe – über verschiedene politische Vermittlungen – zur revolutionären Abschaffung dieser Verhältnisse, verstellte völlig den Blick für die Möglichkeiten der kapitalistischen Gesellschaft, den gesellschaftlichen Charakter der unmittelbaren Produktivkräfte in den Griff zu bekommen. Sie schaffte dies aber bis heute durch die Entwicklung der *gesellschaft-*

lichen Produktivkräfte; darunter verstehe ich (im Gegensatz zu den unmittelbaren Produktivkräften) alle menschlichen Fähigkeiten, sowie alle Produkte der Hand und des Kopfes, soweit sie sich in der Auseinandersetzung des Menschen mit seiner zweiten Natur, der Gesellschaft, entwickeln³. Die gesellschaftlichen Produktivkräfte umfassen z. T. materielle Produktionsmittel (z. B. Computer), Institutionen (z. B. statistische Ämter), auch Theorien (z. B. ökonomische) sowie subjektive Fähigkeiten. Ihrer aller gemeinsamer Bezugspunkt ist die Gesellschaft, die auf je spezifische Weise „beherrscht“ werden soll.

Die Entwicklung dieser Produktivkräfte ist hochgradig abhängig von der Gesellschaftsform, auf die sie sich beziehen. Im *Kapitalismus* – wo die Gesellschaft wirklich zur zweiten *Natur* wird, ein Eigenleben gewinnend, das der einzelne und selbst Gruppen oder Klassen nicht zu steuern vermögen, obwohl sie es konstituieren und von ihm ihre eigenen (Re-)Produktionsbedingungen abhängen – kommt es erst spät zur bewußten Ausarbeitung von Fähigkeiten, die aus der Kapitalverwertungsdynamik resultierende Entwicklung der Gesellschaft wenn nicht zu steuern, so doch zumindest ihre krisenhaften Auswüchse abzumildern (vgl. die verschiedenen Wirtschaftspolitiken; Sozial-, Kranken- etc. Versicherungen). Dagegen benötigt der Kapitalismus z. B. keine speziellen Regelungen, um die unmittelbaren Produktivkräfte zu entwickeln: das Konkurrenzverhältnis bewirkt dies „von alleine“⁴. – Der *Sozialismus* muß von Beginn an mehr und andere gesellschaftliche Produktivkräfte entwickeln. Die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses geschieht in der Form der Planung. Ohne hier im Detail darauf eingehen zu können, ergeben sich folgende zentrale Planungsprobleme: Erstens muß die Struktur des Endverbrauchs bestimmt werden (die Relation Konsum/ Investition; Aufteilung in individuellen und gesellschaftlichen Konsum); zweitens muß ein Preissystem (auf dessen Grundlage eine rationale Planung erst möglich wird) erarbeitet werden; drittens muß die institutionelle Grundlage für die Stimulierung der Produzenten geschaffen werden. Alle drei, besonders aber die beiden letzten Probleme sind derzeit noch nicht befriedigend gelöst⁵; und je entwickelter die sozialistischen Ökonomien, desto komplizierter werden die obigen Probleme. Zu ihrer Lösung bedarf es noch einer enormen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte: der theoretischen, denn auf bloß pragmatische Weise lassen sich die Probleme nicht lösen; der institutionellen (Reorganisation des Behördenwesens etc.), denn die derzeitige schwerfällige Planungsbürokratie ist selbst Ausdruck der Unentwickeltheit der gesellschaftlichen Produktivkräfte; schließlich der subjektiven, denn rationell kann nur geplant werden, wenn die an der Planung Beteiligten (auch die unmittelbaren Produzenten) entsprechend qualifiziert sind.

Die Produktionsverhältnisse der gesellschaftlichen Produktivkräfte

Die Naturaneignung durch die gesellschaftlichen Produzenten, in der die unmittelbaren Produktivkräfte entwickelt werden, geschieht von vornherein organisiert, d. h. in gesellschaftlichen Formen. Die gesellschaftliche Organisation des (Re-)Produktionsprozesses ist aber nicht selbst gesellschaftliche Produktivkraft; sie bildet vielmehr das „Material“, auf welches die gesellschaftlichen Produktiv-

kräfte einwirken. Was von der gesellschaftlichen Organisation abhängt, ist sowohl der Bedarf an ihnen als auch die Form ihrer Anwendung. So muß z. B. jede Gesellschaft die insgesamt zu leistende Arbeit den unmittelbaren Produzenten zuteilen. Von der Form dieser Verteilung hängt alles ab. Erst bei allgemeiner Warenproduktion, im Kapitalismus, entsteht z. B. das Problem der Arbeitslosigkeit, das durch den Einsatz gesellschaftlicher Produktivkräfte bekämpft (Konjunkturpolitik) bzw. dessen Folgen gemildert (Arbeitslosenversicherung) werden.

Das Institut der Arbeitslosenversicherung „nützt“ den unmittelbaren Produzenten, insofern nur sie von Arbeitslosigkeit betroffen sind (weshalb es m. E. allenfalls ein Arbeiter-, aber kein Menschenrecht auf Arbeit gibt); aber indem es ihnen „nützt“, nützt es ebenso der herrschenden Klasse, deren Herrschaft dadurch erträglicher wird. Dieser „Doppelcharakter“ gilt generell für die gesellschaftlichen Produktivkräfte in Klassengesellschaften. Ihre herrschaftsstabilisierende Funktion kann darin bestehen, innerhalb der vorherrschenden Form des Produktionsprozesses Bedürfnisse der ausgebeuteten Produzenten zu befriedigen. Man darf dies nicht mit dem Argument bagatellisieren, die „wirklichen“, „objektiven“ Bedürfnisse der Arbeiterklasse seien innerhalb des Kapitalismus nicht befriedigbar. Zwar werden z. B. durch Reformen nur bestimmte (eben reformistisch befriedigbare), aber nichtsdestoweniger wirkliche Bedürfnisse der Arbeiterklasse befriedigt.

Die Existenz und (begrenzte) Ausbaufähigkeit gesellschaftlicher Produktivkräfte durch den Staat schon im Kapitalismus stellt die wirkliche ökonomische Basis des Reformismus dar. „Verrat an der Arbeiterbewegung“, „Eindringen des Rechtsopportunismus in die Arbeiterbewegung“ etc. sind sämtlich richtige Momente, aber keine Erklärung seines Entstehens, seiner Erfolge und Niederlagen. Der Reformismus ist die vereinseitigte, zum politischen Programm erhobene Konsequenz aus der Kritik an einem wirklichen Defizit der revolutionären Arbeiterbewegung, die sich immer nur negativ auf den „Staat des Kapitals“ bezog. Was heute als Eurokommunismus Furore macht, ist nicht zuletzt der Versuch, aus der Kritik dieser falschen Einschätzung des bürgerlichen Staats strategische Konsequenzen zu ziehen.

Im Gegensatz zu den unmittelbaren, die sich auf die erste, beziehen sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte auf die zweite Natur, die Gesellschaft. Daraus folgt ein entscheidender Unterschied: die unmittelbaren Produktivkräfte können zum Eigentum gemacht werden, die gesellschaftlichen nicht; über ihren Einsatz kann nur *verfügt* werden. Nehmen wir ein Beispiel aus der kapitalistischen Konjunkturpolitik: der Staat kann über Abschreibungsvergünstigungen, Steuererleichterungen, das Angebot günstiger Kredite oder gar Investitionsprämien versuchen, die Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen zu fördern; das Geld (Steuern), das ihm auf diese Weise entgeht, ist zwar „sein“ Geld; aber er kann nicht erzwingen, daß tatsächlich mehr investiert wird – diese Entscheidung liegt bei den Privaten. Das charakteristische Neue der Entwicklung einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik („Staatsinterventionismus“) besteht gerade darin, daß der Staat die Gesellschaft beeinflusst – nicht, um seine separaten Staatsziele (wie auch immer diese sich ihrerseits aus der Gesellschaft ableiten) zu erfüllen,

sondern um die Art und Weise der Erfüllung der außerhalb seiner existierenden privaten Ziele durch eben die Privatleute zu beeinflussen.

Die Klassenspaltung der bürgerlichen Gesellschaft prägt entscheidend die Anwendungsform gesellschaftlicher Produktivkräfte durch den Staat. Nehmen wir das wichtige Beispiel der Aufteilung des gesellschaftlichen Produkts in Konsum und Investition: entschieden wird darüber *ceteris paribus*⁶ durch den Kampf der Klassen; das so resultierende Ergebnis kann der Staat bestenfalls durch Umverteilungsmaßnahmen korrigieren – er kann aber nicht autonom jene Relation bestimmen, jedenfalls nicht, solange die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Unternehmern besteht. Der Staat könnte sich die diesbezügliche Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur sichern, indem er unmittelbar gewaltförmig in die Tarifautonomie von Gewerkschaften und/oder Unternehmern eingreift (wie im Faschismus). Die Regel stellt aber die politische Form der Beeinflussung dar. (Die in dieser Hinsicht sensiblen bürgerlichen Theoretiker unterscheiden denn auch in den ökonomischen Aktivitäten des Staates stets zwischen indirekten und direkten, marktkonformen und dirigistischen, indikativen und imperativen Maßnahmen.) Stellt so die in Klassen zerspaltene Gesellschaft eine Schranke für die Verfügungsgewalt des Staates über die gesellschaftlichen Produktivkräfte dar, so wird umgekehrt der Staat zum umkämpften Adressaten von Klassenforderungen nach dem bestimmten Einsatz der ihm zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Produktivkräfte. Das Vermittlungsglied zwischen beiden „Sphären“ bilden die politischen Parteien.

Im Gegensatz zu den entwickelten kapitalistischen Ländern, wo der Bedarf an gesellschaftlichen Produktivkräften aus der Form der Reproduktion auf Basis entwickelter unmittelbarer Produktivkräfte resultiert; und *deshalb* auch im Gegensatz zum Übergang zum Sozialismus in diesen Ländern zeichnete sich der *besondere* Weg der existierenden sozialistischen Länder dadurch aus, daß die unmittelbaren Produktivkräfte durch den Einsatz der verfügbaren, beim sozialistischen Staat konzentrierten gesellschaftlichen Produktivkräfte entwickelt werden mußten (s. u.). Diese Entwicklung konnte der Staat nur gegen die unmittelbaren Interessen „der Gesellschaft“ durchsetzen – einer Gesellschaft, die in ihren Anfängen durch scharfe Klassengegensätze charakterisiert war. Um die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktivkräfte beim Staat zu monopolisieren, war es nötig, einen spezifischen Überbau zu entwickeln: das politische Monopol der Arbeiterpartei, in der sich dann auch intern die diversen Interessen nicht mehr artikulieren konnten (Fraktionsverbot; Problem der innerparteilichen Demokratie), und die Instrumentalisierung der Gewerkschaften, die aus Gewerkschaften *der* Arbeiter zu Gewerkschaften *für sie* wurden (285).

Gesellschaftliche Produktivkräfte im realen Sozialismus

Der Aufbau des Sozialismus mit seinem Kernstück der nachgeholten Industrialisierung geschah mit dem Staatsapparat als seinem Motor. Der Apparat „entworfene“ die Gesellschaft – nicht nur ihrer materiellen unmittelbaren, sondern vor allem auch ihrer gesellschaftlichen Produktivkräfte und mußte dies unter den gegebenen historischen Umständen tun. Nur bei vollkommener Zentralisie-

rung der verfügbaren Kräfte konnte die historische Aufbauarbeit vollbracht werden. Damit aber wurde eine unvermeidliche Dialektik in Gang gesetzt: war es bis in die 50er Jahre möglich und ökonomisch rational, in dieser Form die unmittelbaren Produktivkräfte zu entwickeln, so bewirkte gerade deren Entwicklung, daß die staatlich zentralisierte Planung dysfunktional wurde: denn mit der Entwicklung der unmittelbaren Produktivkräfte wächst *überproportional* der *Bedarf* an gesellschaftlichen⁷. Je erfolgreicher eine Strategie wenn nicht des „Überholens“, so doch des „Einholens“ der entwickelten kapitalistischen Staaten durch den Sozialismus (der Konsumstandard der DDR ist mittlerweile höher als der Großbritanniens), desto größer (und fühlbarer und gefährlicher) die Differenz zwischen faktisch vorhandenen und objektiv nötigen gesellschaftlichen Produktivkräften. Diese lassen sich aber in staatlicher Form nicht beliebig weiterentwickeln.

Wieso nicht? Sehen wir uns die Position an, die das Problem *ökonomistisch*⁸ lösen wollte: die Forderung nach „mehr Markt“. Die Realisierung der verschiedenen Konzepte des „Marktsozialismus“ würde im Kern eine kräftige Reduzierung des Bedarfs an gesellschaftlichen Produktivkräften bedeuten: nämlich jener, die die Gesellschaft befähigen, herauszufinden, welches ihre Bedürfnisse sind und was zu deren Befriedigung produziert werden soll. Man kennt die Schwierigkeit dieses Problems, und man weiß, daß es umso größer wird, je entwickelter eine Volkswirtschaft ist. Es sollen nach dieser Position nicht mehr die staatlichen Behörden, sondern der Markt diese Bedürfnisse artikulieren. Der Staat wird also einer bestimmten Produktivkraft „enteignet“ – aber nicht dadurch, daß die Gesellschaft sie sich aneignet (dies bedeutet die Formel vom Absterben des Staates), sondern dadurch, daß ein Stück Gesellschaftlichkeit rückverwandelt wird in „Natur“. Die sozialistische Alternative kann nur darin bestehen, daß sukzessive die Gesellschaft, also die Massen, über die Zusammensetzung des individuellen und gesellschaftlichen Konsums selbst bestimmen (das bedeutet u. a. die Diskussion darüber, welche Bedürfnisse sinnvoll befriedigt werden sollen, ferner die Herstellung von Einsicht in ökonomische Zusammenhänge, aber auch z. B. die forcierte Entwicklung der Kommunikationsmittel). Jedenfalls kann diese gesellschaftliche Produktivkraft nicht durch den Staat beliebig weiterentwickelt werden: noch so ausgefeilte ökonomische Methoden etwa der Marktforschung, so nützlich sie sind, hinken stets hinter der Entwicklung des Problems, das sie lösen sollen, hinterher.

Es ist wichtig, hier nicht in romantische Vorstellungen von Demokratie zu verfallen; nach wie vor gibt es Bereiche, in denen mit Grund den Massen die Entscheidungsbefugnis vorenthalten wird. Eine Reihe von Produktivkräften ist aber nur unter der Beteiligung der Massen weiterzuentwickeln: so z. B. die mit dem Stichwort „Stimulierung“ zusammenhängenden Fragen – sie sind *allein* von der Wissenschaft nicht lösbar, wenn auch nicht ohne sie⁹. Andere Produktivkräfte müssen zwar dem Staat genommen werden, aber nicht in der Form der demokratischen Mitsprache der Massen, z. B. die Probleme, die mit der Planung vor allem des Produktionsmittelsektors zusammenhängen, die nur mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden gelöst werden können. Hier besteht die „Enteignung“ darin, daß die Kompetenz der Verwaltung auf ihre informationsverarbeitende

Funktion reduziert wird. Solange die Wirtschaftsverwaltung immer auch politische (wenn auch untergeordnete) Entscheidungen zu treffen hat, werden diese ihre eigene ökonomische Funktionalität stören.

Die Gegenposition zur (oder in diesem Fall: das Pendant der) ökonomistischen ist die *politizistische* Position mit den bürgerlich-liberalen „Dissidenten“ (zu denen Bahro nicht zählt) als Exponenten: Sie münzen die bestehenden Widersprüche einseitig in politische Forderungen um mit dem Kern der Herstellung bürgerlich-liberaler Überbau- und Politikformen. Für sie sind die Schwierigkeiten behoben, sobald wichtige bürgerliche Freiheiten, etwa der Meinungsäußerung und der Presse, wiederhergestellt werden. Wie alle massenhaften Forderungen hat auch die politizistische Position ihren rationellen Kern: die noch immer nicht restlos abgebaute Behördenwillkür, die Pressezensur, die Verstöße von Staatsorganen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit (in der DDR etwa im Fall Biermann und seiner Freunde und jetzt im Fall Bahro). Der Politizismus ist die spontane Reaktion auf die staatliche Ideologie, die sich herausbildet, sobald sich der Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Produktivkräften und ihrer staatlichen Aneignung offenbart. Die Basis für die staatliche Verselbständigung waren die unentwickelten unmittelbaren Produktivkräfte, deren Entwicklung ungeheure Opfer von den Massen erforderte und deshalb gegen sie durchgesetzt werden mußte. Die wirkliche Legitimation dieser Politik war ihr praktischer Erfolg: der Aufbau einer entwickelten sozialistischen Industriegesellschaft. Wir wissen aber, was dieser praktische Erfolg bedeutete: einen sprunghaft steigenden Bedarf an gesellschaftlichen Produktivkräften, die nun in staatlicher Form nicht genügend entwickelt werden können. Der Verursacher der damit verbundenen Schwierigkeiten, welche die Massen alltäglich erfahren, scheint ganz einfach identifizierbar: der sozialistische Staat (bzw. die Partei), deren Kompetenzen im Vergleich zum bürgerlichen Staat sich zunächst ungeheuer erweitern: „So gut wie alles, was in der Gesellschaft geschieht, erscheint jetzt politisch“ (Haug, 1977, S. 783). Es entsteht folgendes Dilemma: die unter schrecklichen Mühen durchgesetzte Politik des sozialistischen Aufbaus gebiert *wegen* ihres Erfolges Schwierigkeiten, für die der Initiator dieser erfolgreichen Politik: der Staat (bzw. die Partei) verantwortlich gemacht wird. Als Reaktion auf den und zugleich als Element der Perpetuierung des Politizismus wird dieses Dilemma *ideologisch* zu lösen versucht: Ein Bewußtseinsphänomen wird zur Ursache der Schwierigkeiten gemacht: das „mangelnde ideologische Bewußtsein“ der Bevölkerung. Der „ideologische Kampf“ wird zur Hauptaufgabe der Kommunisten. Verantwortliche Personen werden nur noch von „ideologisch zuverlässigen“ Personen besetzt. Zugleich pocht der Apparat auf die wissenschaftliche Abgesichertheit seiner Politik – wodurch wegen der allenthalben erkennbaren ungenügenden Wissenschaftlichkeit der gesellschaftlichen Praxis zugleich der wissenschaftliche Sozialismus diskreditiert wird. Offen auftretende Fehler werden personalisiert, bagatelisiert oder schlicht bestritten. Doch diese Ideologie wird durch die alltäglichen Erfahrungen der Massen widerlegt.

„Die werktätigen Massen ‚schalten ab‘, noch ehe die offiziellen Gebetsmühlen den ersten Satz geklappert haben. (...) In das hochprozentige Vakuum, das so ent-

standen ist, schießt die ideologische Massenproduktion des Westens ein, wo immer dessen Kommunikationstechnik hinreicht.“ (293 f.) Mit dem bekannten Erfolg!

Zusammenfassung: Wir hatten gesehen, daß die sozialistischen Gesellschaften nicht als Klassen-, sondern als Schichtengesellschaften begriffen werden müssen, was die Existenz einer herrschenden Klasse ausschließt. Bahros Schwanken in dieser Frage resultiert daraus, daß er die Vergesellschaftung in staatlicher Form zwar problematisiert; aber er gerät in eine Sackgasse, weil er auf die Eigentumsfrage abstellt. Es handelt sich jedoch nicht um das Eigentumsrecht, sondern um die Dispositions-, die Verfügungsgewalt über den gesellschaftlichen Reichtum, insbesondere über die gesellschaftlichen Produktivkräfte. Ob die ideologische Krise der sozialistischen Länder, wie Bahro meint, zu einer politischen Revolution führen wird, läßt sich theoretisch nicht beantworten. Was man aber mit Sicherheit voraussagen kann, ist, daß sich jene Krise in dem Maß verschärfen wird, in dem der gegen die Gesellschaft verselbständigte sozialistische Staat auf seinem Verfügungsmonopol über die gesellschaftlichen Produktivkräfte beharrt.

Anmerkungen

1 So rezipiert Schäfer, 1977, das Problem.

2 Vom Standpunkt der privaten Bauern geht es tatsächlich um Eigentums-, d. h. An eignungsfragen; vom Standpunkt der Gesellschaft dagegen, die sich das landwirtschaftliche Mehrprodukt nicht gewaltsam, sondern per Äquivalententausch aneignet, um Verfügungsfragen: Wie läßt sich der private landwirtschaftliche Sektor in die gesamtgesellschaftliche Planung integrieren?

3 Der Begriff „gesellschaftliche Produktivkräfte“ ist vielleicht unglücklich, weil mißverständlich. Mit dieser Kennzeichnung soll *nicht* der gesellschaftliche Charakter der unmittelbaren Produktivkräfte bestritten werden; dieser ist von Marx stets betont worden, etwa wenn er von der „gesellschaftliche(n) Produktivkraft der Arbeit oder Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit“ spricht (MEW 23/S. 349). Statt von „gesellschaftlichen Produktivkräften“ könnte man auch von „Produktivkräften der Vergesellschaftung sprechen.

4 Erst in seinem monopolistischen Stadium benötigt auch der Kapitalismus eine staatliche Forschungs- und Technologiepolitik, mit der bestimmte Produktivkräfte (etwa Datenverarbeitung; Kernenergie etc.) entwickelt werden.

5 Aber es existieren wichtige Ansätze; im Bereich der Planungsprobleme etwa die Theorie der Optimalplanung. In Ungarn wurde für den Zeitraum 1966–1970 für 491 Produkte ein Optimalplan berechnet und mit dem offiziellen Fünfjahrplan verglichen. Im Vergleich ergab der optimale Plan (je nach der verwendeten Zielfunktion) folgende Differenzen: Für den zusätzlichen Konsum hätten 7,53 Mio. Forint zur Verfügung gestanden; man hätte 253 000 Arbeitskräfte einsparen können. Zu den Details und vor allem auch den aufgetretenen Problemen vgl. Kornai, 1969.

6 D. h. bei gegebener Arbeitsproduktivität, Sparquote usw. usf.

7 Dies kann hier nur behauptet werden, ließe sich aber im einzelnen nachweisen. Es dürfte aber auch ökonomischen Laien einleuchten, daß die Planung einer hochindustrialisierten Ökonomie mit Hunderttausenden verschiedener Produktarten sehr viel schwieriger ist als die einer wenig entwickelten Ökonomie.

8 Zu den Begriffen ökonomistisch und politizistisch vgl. Haug, 1977, S. 780 f.

9 In dem bemerkenswerten sowjetischen Spielfilm „Die Prämie“ wird der Bewußtseinsaspekt der unmittelbaren Produzenten verabsolutiert. Der Film schildert die Weigerung eines Arbeitskollektivs, eine Prämie anzunehmen, weil der Betriebsplan im Vergleich zu dem, was der Betrieb wirklich hätte leisten können, zu niedrig war. Tabuisiert werden dadurch die institutionellen Regelungen, die es für einen Betrieb erst vorteilhaft werden lassen, niedrige Planaufgaben durchzusetzen. Vgl. dazu Lohmann, 1978.

Literatur

- Grundmann, Siegfried, Manfred Lötsch und Rudi Weidig, 1976: Zur Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Struktur in der DDR, Berlin.
- Haug, Wolfgang Fritz, 1977: Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus, in: *Das Argument* 106, S. 780–794.
- Hofmann, Werner, 1967: Was ist Stalinismus? in: ders., *Stalinismus und Antikommunismus*, Frankfurt/M.
- Hosfeld, Rolf, Michael Jäger, Thomas Scheffler, 1977: *Bahros Kommunismus – eine Alternative?* Manuskript.
- Kornai, János, 1969: Multi-Level-Programming – A First Report on the Model and on the Experimental Computations, in: *European Economic Review*, Vol. 1 (1969).
- Lohmann, Karl-Ernst: *Planübererfüllung. Kritik einer Kategorie der politischen Ökonomie des Sozialismus.* (Manuskript) 1978.
- Schäfer, Heinz, 1977: Die konterrevolutionäre „Alternative“ Rudolf Bahros, in: *Unsere Zeit* v. 2. 11. 1977.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 16 Staat und Monopole (II). Probleme der materialistischen Staatstheorie

Probleme der Staatstheorie, Beiträge zur Diskussion um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. U. a. folgende Themen: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus. Entstehung des bürgerlichen Staates – das Absolutismusproblem. Bestimmung von Staatsfunktionen. Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung. Gramscis Staatskonzeption. Nationalstaatlichkeit und Supranationalität – am Beispiel der Energiepolitik der EWG nach der „Erdölkrise“ 1973. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning. Staat und Infrastruktur.

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

Rolf Hosfeld, Michael Jäger, Thomas Scheffler

Bahros Kommunismus – eine Alternative?*

Rudolf Bahros Verhaftung wegen „Spionage“, nachdem er mit seinem Buch ein Programm innersozialistischer Opposition vorgelegt hat, erspart uns die Mühe des Nachweises, daß das Ausgangsproblem tatsächlich existiert: scharfe Widersprüche im Überbau des Realen Sozialismus, die auf Widersprüche in seiner gesellschaftlichen Basis verweisen; die Notwendigkeit, sie zu entdecken und zu benennen – ohne „außerwissenschaftliche Rücksicht“ auf die herrschende Ideologie; Ableitung eines politischen Veränderungsprogramms aus dieser Analyse. Bahros Problemlösung reflektiert das Hervortreten, zuletzt in der CSSR 1968, schwerer politischer Krisen des Realen Sozialismus. Er will die Handlungsfähigkeit derjenigen Kommunisten erhöhen, die solche Krisen nicht zu leugnen, sondern zu lösen beabsichtigen. Bei der Beurteilung seiner Vorschläge müssen wir uns zuerst die Frage stellen, *ob sie wahr sind*. Erst danach kann sich herausstellen, wem sie nützen.

1. Emanzipation des Menschen oder Geschichte von Klassenkämpfen?

Bahros Problemstellung ist von einer dominierenden geschichtsphilosophischen Denkfigur überlagert: Geschichte ist bei ihm mit der eigenständigen philosophischen Logik der Negation der Negation (Einheit – Entzweiung – vermittelte Einheit) ausgestattet. Sie setzt ihr Ziel als ihren Zweck voraus und hat ihn zum Anfang. So faßt Bahro den Kommunismus als vorgeschriebenen „dialektischen Rückkehrprozeß“ (79) zu den archaischen Verhältnissen der Urgesellschaft auf höherer Stufe auf, der selbst noch einmal die gleichen Etappen durchlaufen muß, welche die Kindheitsphase der Menschheit kennzeichneten.

„Das einstmals ‚vorwärts‘ und nun ‚rückwärts‘ zu durchschreitende Übergangsstadium zwischen Kommunismus und entwickelter Klassengesellschaft ist beide Male gekennzeichnet durch eine spezifische, unmittelbar aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Kooperation erwachsende Funktion des Staates“ (79). Begründung? Die „Dialektik“. Wenn die Geschichte finalistisch gedeutet wird, dann muß sie auch eine eigene immanente Logik haben. Ihr muß dann freilich auch ein *präexistierendes Wesen* unterstellt sein, hier „der Mensch“; Geschichte ist der Prozeß der „allgemeinen Emanzipation des Menschen“ (27). Ihre immanente Logik kommt dadurch zustande, daß der Mensch sein „Wesen“ zunächst innerhalb der Entfremdung und dann in deren bestimmter Negation realisiert. Dieser *theoretische Humanismus* führt Bahro zu einer merkwürdig zweigeteilten Interpretation des Ansatzes von Marx: „Sein kategorischer Imperativ, alle

* Alle Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf Bahro, Rudolf: Die Alternative. Europäische Verlagsanstalt, Köln-Frankfurt/M. 1977.

Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, steht *vor und über* jeder wissenschaftlichen Begründbarkeit seiner Realisierbarkeit.“ (ebd.) Diese Interpretation unterstellt, daß Marx „vor und über“ seiner Wissenschaft von der Geschichte eine philosophische Theorie der Emanzipation des Menschen konzipiert hat, durch die Geschichte überhaupt erst eine *Dimension des „Sinns“* erhält. Man muß sich fragen, ob Bahros Interpretation der Marxschen Theorie gerecht wird und was sie für die politische Praxis bedeutet. Auf den ersten Blick erscheint sie „evident“: Wofür sollte Geschichte sonst da sein, wenn nicht für „den Menschen“ – schließlich sind es die Menschen, die ihre Geschichte selbst machen. Sind sie es? Selbst wenn sich die geschichtliche Dialektik in den Menschen und ihrer Praxis verwirklicht, sind es, nach den Entdeckungen von Marx im „Kapital“, immer die gesellschaftlichen Verhältnisse, als deren Funktionsträger sie auftreten; Verhältnisse, die über die empirischen Individuen hinausweisen und ihre Praxis determinieren. In Klassengesellschaften ist dies die empirische Existenzform der Widersprüche einer jeweiligen Produktionsweise, der Klassenkampf: Die empirischen Menschen sind immer schon als Klassenindividuen in Klassenkampfverhältnissen tätig. Gegen Bahros These, den Sinn der Geschichte von einer philosophischen Theorie des Menschen her zu begründen, steht damit die Marxsche These, daß sich die Geschichte vorerst wissenschaftlich genau so weit und insofern erfassen läßt, wie in ihr Klassen entstehen, sich entwickeln und zur Aufhebung tendieren. „Aufhebung der Klassen“ ist das letzte Wort der marxistischen Theorie. Die geschichtliche Problemverschiebung, die „danach“ kommt, läßt sich beim besten Willen nicht absehen; jedenfalls wird nicht „der Mensch“ kommen. Nach den Voraussetzungen der Marxschen Theorie läßt sich dazu allerdings bereits etwas Entscheidendes sagen. Das Marx von Hegel übernommen hat (auch wenn er den Monismus und die spekulative Teleologie Hegels kritisiert): daß es nicht darauf ankommt, wie die Geschichte (z. B. gemäß einem Begriff von „dem Menschen“) sein soll, sondern wie sie nach den Voraussetzungen ihrer eigenen Widersprüche ist (Enz. § 6). Bedarf es also einer gesonderten Theorie des Menschen, um die Geschichte zu verstehen? Es ist fraglich, ob eine solche Theorie überhaupt möglich ist. Bahro jedenfalls antwortet auf die selbstgestellte Frage nach „anthropologischen Konstanten“ mit Eigenschaften nicht des Menschen, sondern höherer Tiergattungen (z. B. „soziale Geborgenheit“, Holzkamp-Osterkamp, 1975, S. 210 ff., 214). Sie ist auf alle Fälle unnötig. „Der Mensch ist ein Mythos der bürgerlichen Ideologie: der Marxismus-Leninismus kann nicht vom Menschen ausgehen. Er geht aus von der ökonomisch gegebenen Gesellschaftsperiode: und am Ende seiner Analyse kann er bei den realen Menschen ankommen“ (Althusser, 1973, S. 52). Damit ist ebenfalls unnötig eine Zweiteilung der Geschichte in die Primärdimension ihres Sinns und die Sekundärdimension ihres faktischen Verlaufs.

Zwei klassische Paradigmen, in denen die doppelt dimensionierte Geschichte gedacht wird, sind bei Bahro stillschweigend präsent: das von Hegel und das von Heidegger. Für *Hegel* ist die Primärgeschichte identisch mit der Befreiung der Vernunft zum Bewußtsein ihrer selbst, der reale Geschichtsverlauf ist demgegenüber nur das Material, dessen sich die List der Vernunft bedient, um ihr im-

manentes Telos zu realisieren. Für *Heidegger* ist die Primärgeschichte identisch mit den sinnbestimmenden Akten menschlicher Daseinsentwürfe, während der reale Geschichtsverlauf ein bloß faktisches Geschehen darstellt. Dem Problemfeld des ersten Paradigmas entspricht folgende Kritik Bahros an den Marxisten: „Die allgemeine Emanzipation des Menschen sollte nach ihrer überlieferten Auffassung durch die Emanzipation einer Klasse vermittelt sein“ (304). Bahro unterstellt also Marx, die historische Rolle der Arbeiterklasse nach dem Modell der hegelschen welthistorischen Individuen gedacht zu haben, oder mit anderen Worten, die Arbeiterklasse als *Material* aufgefaßt zu haben, dessen sich das immanente Telos der allgemeinen Emanzipation bedient. So sei eine welthistorische Mission des Proletariats im Rahmen der marxistischen Theorie nirgends zwingend bewiesen (233). Daß die unmittelbaren Bedürfnisse der subalternen Klassen und Schichten immer konservativ seien, sie folglich nie positiv eine neue Lebensform „antizipieren“ könnten (174), entspricht dem Problemfeld des zweiten Paradigmas: Anders als bei Hegel ist die Primärdimension der Geschichte hier nicht durch eine immanente Logik, sondern durch eine philosophische Theorie des Menschen definiert; außerdem entwickelt sich diese Geschichte innerhalb der Primärdimension allein, wo sich verschiedene antizipatorische „Entwürfe“ ablösen. Geschichte bedarf also begründender Bewußtseinsakte, um in Existenz zu treten:

„Die menschliche Natur, selbst von weither eine soziale Schöpfung, geht mit ihren fundamentalen Bedürfnissen und Bestrebungen von *innen* in die historischen Gesetze ein und wird zur Quelle der Veränderung, wenn ihr der Widerspruch zu den objektiven Umständen, die aus der materiellen Praxis hervorgegangen sind, zu schmerzhaft wird. Das Bewußtsein ist schließlich ihr prominentes Organ.“ (303).

Das Bewußtsein folglich, im Einklang mit der menschlichen Natur, entwirft Geschichte: eine These, die von Bahro weitergedacht wird zur Annahme der führenden Rolle der schöpferischen Arbeiter, deren besondere Fähigkeit darin besteht, daß sie *synthetisch denken* können. Da die synthetische Denkkraft diesen gesellschaftlichen Gruppen deshalb zugerechnet wird, weil sie einen bestimmten Platz im *System der Produktivkräfte* einnehmen, wird als weiteres Paradigma, das Bahros Denkform prädeterminiert, der *Zusammenhang von theoretischem Humanismus und Ökonomismus* sichtbar. Dem theoretischen Humanismus liegt, wie Althusser (1973, S. 51) zeigt, eine spezifische ideologische Evidenzerfahrung zugrunde: die Produktionsverhältnisse und der Klassenkampf „erscheinen“ in der Ideologie als Intersubjektivitätsverhältnisse zwischen Menschen, die ihrer menschlichen Natur entspringen; die Menschen sind von Natur aus dazu bestimmt, Geschichte zu machen. Komplementär dazu erscheinen die gesellschaftlichen Verhältnisse im Bereich der Produktion, wie Marx im „Kapital“ zeigt, als dingliche Eigenschaften von Sachen. In beiden Fällen ist also das gesellschaftliche Verhältnis in Natureigenschaften, der Menschen und der Dinge, verschwunden. Dieses Wechselverhältnis bedingt, daß der Humanismus, wenn er mit dem Anspruch einer marxistischen Theorieform auftritt, notwendig in sein Pendant, den Ökonomismus, übergehen muß. Die gesellschaftlichen Formbestimmtheiten lösen sich auf in die beiden Pole Interaktion und Arbeit: der Mensch macht Geschichte, die Produktivkräfte sind Grundlage der Geschichte. Wenn der Finalis-

mus der humanistischen Geschichtsphilosophie einerseits durch die Vorherbestimmtheit eines menschlichen Wesens gekennzeichnet war, so erhält er andererseits seine komplementäre Beglaubigung durch die Eigendynamik der Produktivkraftentwicklung.

2. Asiatische Produktionsweise und Realer Sozialismus

Für die Einschätzung des Realen Sozialismus spielt bei Bahro die Kategorie der Asiatischen Produktionsweise (APW) eine zentrale Rolle (15). Obwohl ihr heuristischer Stellenwert für ihn nur *analogischer* Natur ist (80), hält er sie trotzdem für analytisch wichtig, weil die APW eine „aufschlußreiche Strukturverwandtschaft“ (79) zum realsozialistischen Gesellschaftstyp aufweise: *Beide* seien *Übergangsstadien* zwischen Kommunismus und entwickelter Klassengesellschaft (79 ff); *beide* seien gekennzeichnet durch eine „unmittelbar (!) aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Kooperation erwachsende Funktion des Staates“ (79); *beide* seien auf Staatseigentum basierende Klassengesellschaften, in denen Klassenbildung wie Klassenherrschaft auf der Rolle der *geistigen Arbeit* im Produktionsprozeß beruhten (91, 166, 168 ff). Alle drei „Strukturverwandtschaften“ sind aber schon in ihrer Anwendung auf die APW problematisch: Für die Strukturanalyse der APW ist ihre Interpretation als *Übergangsgesellschaft* unfruchtbar, weil die Binnenstrukturen der APW jahrtausendlang jede innere Weiterentwicklung zu einer „höheren“ Formation blockierten und erst durch die Expansion der hochentwickelten kapitalistischen Länder „von außen“ aufgelöst werden konnten.

Bahros Ableitung des APW-Staats unmittelbar aus den *Produktivkräften* (große Bewässerungsarbeiten) (77, 79, 82 ff) ist *ökonomistisch*: Sie begreift den Staat nicht als Produkt und Ausdruck des *Klassenkampfes* – als sozialer Bewegungsform der Ökonomik –, sondern als Ausdruck einer hydraulischen Infrastruktur. Nicht zufällig gelangt Bahro von hier zu einer *Klassentheorie*, die den „elementaren Ausgangspunkt“ von Klassenbildung und Klassenherrschaft (165 ff) in der arbeitsteiligen Besonderung der *Kopfarbeit* als unmittelbarer Produktivkraft sieht, die die Priester „zu realen Organisatoren der Produktion“ (82) werden läßt und die Surplusaneignung der Staatsklasse zum *Resultat* „einer privilegierten, aber für das fortschreitende Gemeinwesen ausgesprochen *notwendigen* Bewußtseinsarbeit“ macht (169).

Bahros Staats- und Klassenanalyse ist aber auch empirisch falsch: In Wirklichkeit haben nirgends die Kanäle den Staat oder das „Wissen‘ die Macht“ (91) gestiftet. Vielmehr ging die Herausbildung autonomer Zentralstaaten historisch in der Regel der Entwicklung großer Bewässerungssysteme *voraus* (Carneiro, 1973, S. 156 ff), und auch für entwickelte APW-Gesellschaften ist kein zwingender Kausalnexus zwischen großer hydraulischer Kooperation und Staatsklassen-Despotismus nachweisbar: in den APW-Imperien mit relativ starken Staatsklassen waren die hydraulischen Anlagen überwiegend nicht groß, sondern meist lokalen Maßstabs und bedurften technisch des Zentralstaats nicht (Brentjes, 1968, S. 253; Godelier, 1969, S. 114; Anderson, 1974, S. 528), während umgekehrt in Regionen mit *großen* hydraulischen Anlagen diese keineswegs das Werk der Staats-

apparate zu sein brauchten (Leach, 1959, S. 7, 13 ff, 22 ff.). Unbestreitbar bedurfte die Hegemonie der Staatsklasse auch der Wahrnehmung *allgemeiner* Interessen (Verteidigung, innere Sicherheit etc.). Aber sofern der Staat produktive ökonomische Funktionen *übernahm*, war dies Folge bereits im Zuge militärischer Eroberungen konstituierter politischer Macht (Shiozawa, 1965, 76 ff), deren innerster Zweck in der Aneignung der Grundrente mit außerökonomischem Zwang bestand (MEW 25, 798 ff) und die ihre despotische Autonomie gegenüber der Gesellschaft nicht aus großen Bewässerungsprojekten, sondern aus der *Zersplitterung* des gesamten sozialen Lebens schöpfte.

Ist demnach bereits Bahros APW-Begriff methodisch wie empirisch fragwürdig konstruiert, so kann auch sein Versuch, eben diesen Begriff als heuristischen Schlüssel zum Verständnis des Realen Sozialismus zu verwenden, wenig überzeugen. Dabei bräuchte der Rekurs auf die APW nicht schlechthin unsinnig zu sein: die Wiederaufnahme der APW-Diskussion nach dem 2. Weltkrieg trug dazu bei, der marxistischen Diskussion ein neues Terrain zu erschließen, auf dem es u. a. möglich wurde,

a) den stalinistischen geschichtssphilosophischen Unilinearismus (Fünf-Formationen-Schema) zu kritisieren, nach dessen Logik die Sowjetunion allein schon deswegen prinzipiell *höher* als die kapitalistischen Zentren entwickelt sein soll, weil kapitalistische Produktionsverhältnisse „logisch“ nur durch sozialistische abgelöst werden können; – sowie

b) über die Analyse der APW als *Klassengesellschaft* (und der Staatsbürokratie als Ausbeuterklasse) den, für die stalinistischen Bürokratien fatalen, weitergehenden Schluß naheulegen, daß *auch auf Basis verstaatlichter Produktionsmittel* Genese und Reproduktion einer antagonistischen Klassengesellschaft nicht ausgeschlossen werden können.

Bahro vermag zwar gegenüber anderen Theoretikern, die die APW-Kategorie für die Analyse des Realen Sozialismus fruchtbar machen wollen (*Dutschke*, 1974, *Wittfogel*, 1959), Fortschritte zu erzielen, aber die Möglichkeiten des neuen Terrains nutzt er nur ungenügend: Den geschichtssphilosophischen *Finalismus* Stalins überwindet er nicht, sondern ersetzt ihn, wie oben gezeigt, durch einen neuen. Gleichwohl unterscheidet sich die Art, wie er dies tut, in den politischen Konsequenzen wohlthuend von der Analyse Dutschkes: Während *Dutschke* (1974, S. 76 ff, 89 ff, 98 ff, 119 ff, 318 ff) den Bolschewiki vorwirft, sie hätten deshalb zu erziehungsdiktatorischen Maßnahmen „von oben“ gegriffen, weil sie den *subjektiven Fehler* begingen, sich an westeuropäischen Entwicklungsmaßstäben zu orientieren, das „asiatische“ Erbe Rußlands aber „mißachteten“. – und so zu einer Politik *moralischer Denunziation* der realsozialistischen Staaten gelangt – sieht *Bahro* das stalinistische System als *historisch notwendig* und bereits bei Lenin angelegt an. Zu dieser Einschätzung gelangte er über eine spezifische Theorie des *revolutionären Weltprozesses* (57 ff, 146 ff): Der Sozialismus setze die volle Entfaltung der „bürgerlichen Produktionskultur“ *vor*aus. Deren Entwicklung in den Zentren impliziere aber ihre Nichtentfaltung in der Peripherie. Da nun einerseits die *sozialistische* Aufhebung der bürgerlichen Produktionskultur nur im *Weltmaßstab* möglich, andererseits aber die Revolution in den Zentren aufgrund deren Privilegierung auf sich warten lasse, sei die despotische Industrialisierung der

unterentwickelten Länder gerade der *kürzeste* (71), wenn auch selbst noch nicht sozialistische, Weg der Menschheit zum Sozialismus. Anders als Dutschke gelangt Bahro damit zu einer historisch *positiven* Würdigung des Realen Sozialismus, die ihm einerseits die Kritik aller deformationstheoretischen Ansätze gestattet (15, 21 ff, 163, 167 ff, 283 ff) und andererseits die These begründet, der Wachstumsmotor dieser Gesellschaften liege nicht in ihnen selbst, sondern in der Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Metropolen (148, 156 ff, 279 ff).

Schwächen und Stärken liegen auch in Bahros Strukturanalyse des Realen Sozialismus dicht beieinander. Der Rekurs auf die APW erleichtert es ihm, den Realen Sozialismus implizit als Klassengesellschaft „sui generis“ zu betrachten (vgl. 79 ff, 182, 284 ff). Aber die Konzedierung einer Klassengesellschaft würde sofort die Frage des *Klassenkampfes* nach sich ziehen, besser: sie *voraussetzen* (Althusser, 1973, S. 48 ff). Hier nun erweist es sich als symptomatisch, daß Bahro bereits in seiner Analyse der APW nur über die *Herrschenden*, aber nichts über die Ausgebeuteten schreibt: Seine Ableitung von Staat und Klassenteilung aus Produktivkraftstruktur und geistiger Arbeit verunmöglicht es ihm, überhaupt zu einem adäquaten Begriff des Klassenkampfes zu gelangen – ein Manko, das sich in seiner Analyse des Realen Sozialismus fatal niederschlägt, und sie nicht nur ökonomistisch, sondern auch *unhistorisch* macht: Struktur und Dynamik des Realen Sozialismus sind bei ihm über die These bestimmt, der „Widerspruch von Kopf- und Handarbeit“ müsse sich als „Widerspruch von Wissenschaft und Arbeiterklasse“ äußern (48, 97) und sei nach Aufhebung des Privateigentums „elementarster Ausgangspunkt“ von Klassenbildung und bürokratisch-despotischer Herrschaftsform (165 ff, 91 ff). – Folglich analysiert Bahro gemäß seinem finalistischen Weltbild diese Gesellschaften nur als „Ökonomische Despotien“ (passim), d. h. nur „von oben“, aus der „Notwendigkeit“ aufgeklärter Eliten für die „Notwendigkeit“ der Industrialisierung (148 ff, 174 ff), wobei er sogar der bürgerlichen Modernisierungstheorie das Konzept der „neuen Mittelklassen“ entlehnt (175). In der Analyse ausgeblendet ist damit aber die *Genese* der von ihm bezeichneten Gesellschaften (UdSSR, China, Vietnam, Kuba, Algerien etc.), deren Konstituierung, Zielstellung und Dynamik völlig unverständlich bleiben müssen, wenn man sie nicht als Resultat der Klassenkämpfe der ausgebeuteten *Massen* faßt¹.

3. „Wer wen?“

Wir können Bahro nicht folgen, wenn er bestreitet, daß die Personen, die monotone Arbeit leisten, selbst die besten Voraussetzungen zur Er kämpfung der Abschaffung der monotonen Arbeit (einerseits durch Automation, andererseits durch ein gesellschaftliches Rotationssystem bei ihrer Ableistung) mitbringen. Das Argument, Artikulationsvermögen und Selbstbewußtsein sei unter Ausgebeuteten „ein individueller Glücksfall“ (121), weil die stoffliche Seite ihrer Tätigkeit ihnen das synthetische Denken verunmögliche, und deshalb könnten sie keine politische Führungsrolle übernehmen, nicht einmal zum Zwecke ihrer eigenen Befreiung, überzeugt nicht. Es ist überhaupt nur verständlich auf dem Hintergrund von Bahros Ökonomismus und seiner finalistischen Geschichtsauf-

fassung, der eine eigentümliche Interpretation des marxischen Klassenbegriffs entspricht.

In Umkehrung eines marxischen Diktums könnte man sagen, daß Bahro die Momente, deren Zusammenhang den Begriff der Klasse ergibt, nicht mit Abstraktionskraft, sondern mit dem Mikroskop auseinanderhält: „Klasse“ liegt für ihn dann vor, wenn Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Trennung von Staat und Gesellschaft sowie Privateigentum als drei *empirische Dinge* vorhanden sind, die sich quasi geologisch aufeinanderschichten. Im Einklang mit seiner Vorstellung von geschichtlicher „Dialektik“ (s. o.) kann er nun argumentieren, die Klassengesellschaft werde in einem empirischen Nacheinander von einzeln auftretenden Momenten des Klassenbegriffs schrittweise errichtet und dann nach und nach wieder abgetragen. Dieser Gedanke läßt Gesellschaften als möglich erscheinen, deren Sozialstruktur durch *Teile des marxischen Klassenbegriffs* analysiert werden kann, z. B. allein mit dem Indikator „Trennung von Hand- und Kopfarbeit“ (vgl. 91, 376). So die DDR, in der das Privateigentum schon abgetragen ist. Wenn vor diesem theoretischen Hintergrund die Frage nach dem sozialen Denkvermögen gestellt wird, scheint die Annahme fast schon tautologisch wahr, daß die Kopfarbeiter mit dem größten Denkvermögen ausgestattet sein müssen; und je größer das Denkvermögen, desto weiser die politische Führung. – Eine genetische Entwicklung des Klassenbegriffs in dieser Weise ist jedoch nicht sinnvolle, als die Unterstellung, Salz sei *zuerst* kubisch, *dann auch* weiß etc. Klar ist, daß der Klassenbegriff seine kritische Kraft verliert, wenn man ihn in Bahros Weise theoretisch-immanent umbaut, anstatt durch ihn hindurch zu beobachten, ob der *Gegenstand* sich wandelt. Mit seiner Hilfe läßt sich fragen, wie weit z. B. in der DDR der Prozeß der Klassenauflösung voran- oder auch zurückgeschritten ist. Bahros Konzeption verhindert diese Frage (191 ff). Vielleicht ist das die schwerwiegendste Folge seiner Option, die Geschichte unter dem Paradigma nicht des Klassenkampfes, sondern „des Menschen“ zu denken.

Geht man von einer nicht-empiristischen Fassung des Klassenbegriffs aus, so stellt sich das Verhältnis von sozialem Denkvermögen – marxistisch: Klassenbewußtsein – und politischer Führungskraft anders dar als bei Bahro. Das „Sein“, welches das „Klassenbewußtsein“ bestimmt, kann nur etwas empirisch Existierendes sein. Empirisch existiert der Klassenkampf und seine Geschichte (vgl. die Darstellung der Entstehung von Klassenbewußtsein im Kommunistischen Manifest). Die Arbeitstätigkeit ist *eines* der abstrakten Momente oder „Existenzbedingungen“ – übrigens nicht das grundlegende: grundlegend sind die Eigentumsverhältnisse –, nach denen man fragen, die man analysieren muß, um den Stand von Klassenkampf und -bewußtsein zu *begreifen*. Aber nur in ihrem Zusammenhang sind diese Momente wirklich. In ihrer Wirklichkeit als Klassenkampf erzeugen sie bei *ausnahmslos allen* gesellschaftlichen Individuen die Fähigkeit zum „synthetischen“ Denken, denn niemand kann in den Kampf der Klassen hineingerissen werden und seine Implikationen erleben, ohne das „synthetische Denken“ zu erlernen, und es kann auch niemand *nicht* in den Kampf der Klassen hineingerissen werden. Konsequenz: Mit dem Hinweis auf Arbeitstätigkeiten ist so gut wie nichts gewonnen; die Frage nach politischen Führungsfähigkeiten muß *anders gestellt werden*.

Aus der stofflichen Besonderheit der Arbeit an und für sich kann allenfalls gruppenegoistisches Verhalten in der Politik folgen. Qualifikation zu gesamtgesellschaftlicher Führung setzt etwas prinzipiell anderes voraus, nämlich 1. ein auf die gesamte Gesellschaft bezogenes, *wissenschaftlich adäquates Programm*, 2. eine „motivierte Klasse“ und 3. die Verfügung dieser Klasse über ein solches Programm. „Motiviert“ müssen gerade die monotone Arbeit verrichtenden Personen sein, während die Frage, welchen Klassen und Schichten die Personen angehören, die an der Programm-Formulierung beteiligt sind, durchaus gleichgültig ist. Es ist nicht zu leugnen, daß unter diesen Personen stets überdurchschnittlich viele „Intellektuelle“ zu finden sind, wobei es sich jedoch selten um Ingenieure handelt und fast immer um Juristen und andere ideologische Stände², und auch diese sind nur so lange geschichtlich wirksam, wie es ihnen gelingt, die Interessen der ausgebeuteten Massen zu formulieren. – Bahro schreibt über die tschechoslowakische Krise: „Die Mobilisierung lief als Kettenreaktion durch die Bildungsstruktur von oben nach unten ab“ (371). In der BRD fand damals *keine* „Kettenreaktion durch die Bildungsstruktur“ statt, *obwohl* auch dort „oben“ eine Mobilisierung begann. Beide Ereignisse lassen sich ohne die Kategorie der „Bildungsstruktur“, dafür mithilfe der Unterstellung der eigenen politischen Aktion der „untersten Schichten“ weit besser begreifen und berichten: In der tschechoslowakischen Krise hat den „untersten Schichten“ offenbar kein hinreichend realistisches Umwälzungsprogramm zur Verfügung gestanden, ebensowenig wie, im gleichen Jahr 1968, in der BRD und in Frankreich. Aber nur da, wo diese Schichten sich aufgrund ihrer eigenen „Motivation“ dazu entschlossen haben, die konzeptionellen Planspiele und praktischen „Initialzündungen“ der Intellektuellen aufzugreifen, zu ihrer eigenen Sache zu machen, ist es überhaupt zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise *gekommen*.

Die Frage, ob die „Mittelschichten“ führen sollen oder die Personen, die monotone Arbeit leisten, ist auch deshalb falsch gestellt, weil sie auf einer *falschen Lösung des Problems der politischen Formen* beruht. Bahro unterstellt das Weiterbestehen des Systems der Einparteierrschaft: Politische Führung heißt für ihn neue Ideen, neues Personal in der *einen* erneuerten Partei. Die Argumente, die Bahro gegen die Möglichkeit eines *sozialistischen Pluralismus* anführt, sind jedoch unhaltbar. Bahro meint, der Gegensatz von gesamtgesellschaftlichem und ökonomisch-partikularem Interesse lasse sich nur auflösen, wenn man ihre Wahrnehmung auf zwei Typen von Institutionen verteilt, deren einer *nur* universalistisch bestimmt ist, während der andere *nur* Partikularinteressen ausdrückt. Dies vorausgesetzt, kann sich ein Universalismus ohne Partikularinteressen logischerweise nur in *einer* Partei manifestieren, und ebenso logisch ist es, daß diese eine Partei *keine eigenständige Klassenpartei der Arbeiter* sein kann – das Arbeiterinteresse muß *gewerkschaftlich* vorgetragen werden: es muß sich um eine Partei des „überschüssigen Bewußtseins“ handeln (415 ff, 448). Freilich läßt sich dieser Gedanke gar nicht am empirischen Material durchführen, denn Bahros universalistischer Bund der Kommunisten entpuppt sich als Partei des Kampfes der „Mittelschichten“ gegen ihr eigenes ökonomisch-partikulares Interesse (vgl. 206, 387, 419, 435). Er ist aber auch schon als solcher unplausibel, denn würde er zutreffen, dann wäre nicht erst sozialistischer, sondern *bereits*

bürgerlicher Pluralismus unmöglich: Hier treffen nämlich keineswegs, in Gestalt der verschiedenen Parteien, verschiedene Partikularismen aufeinander, sondern *jede* Partei in der bürgerlichen Demokratie vertritt ein *gesamtgemeinschaftliches* Programm, und *unter dieser Form* vertritt sie partikuläre Interessen. Was im Pluralismus aufeinandertrifft, sind verschiedene Versionen von (bürgerlicher) Universalität. Warum soll Entsprechendes nicht auch im Sozialismus möglich sein? Bahro behauptet, es sei *unnötig*: die unterschiedlichen Interessen, die sich aus der Schichtstruktur ergeben, „erlangen“ keine „ausreichende Selbständigkeit“ gegeneinander (418). Seine eigene Schichtanalyse widerspricht freilich einem solchen Urteil (182, 210 ff.). Man kann die Frage, ob Interessenunterschiede zur Parteikonstitution *ausreichen*, schwerlich anders entscheiden als dadurch, daß man Parteien *zuläßt* und sieht, ob sie bestehenbleiben. Hiermit scheint überhaupt eine Schlüsselfrage des Sozialismus berührt zu sein. Was soll man sich unter einem Sozialismus, der die Anfangsphase des Kommunismus wäre, wohl anderes vorstellen, als ein „selbstbewegendes“, d. h. ohne Polizeiunterdrückung existenzfähiges System, in dem alle vorhandenen Parteien als Parteien auftreten können, sich aber als solche immer innerhalb eines sozialistischen Konsensus bewegen? Daran, daß abzüglich der Polizeiunterdrückung mehrere divergierende Parteien im Realen Sozialismus *tatsächlich existieren*, wird niemand zweifeln. Es ist auch eine Schlüsselfrage des *Kommunismus* berührt. Was soll *Absterben des Staates* anderes heißen, als daß der *Unterschied verschiedener Parteien* mit der Zeit *von selbst aufhört* und es sich eben daran *zeigt*, daß die gesellschaftliche Leitung ihren *politischen Charakter* verliert, d. h. ihre Ausübung unter der Bedingung sozialer Interessengegensätze? Wer diesen *empirischen Indikator für die Nähe zum Kommunismus* abschafft, anstatt ihn absterben zu lassen, macht den Kommunismus unmöglich. – Vor diesem Hintergrund halten wir die Forderung der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ weiterhin für wissenschaftlich adäquat. Sie enthält die *Vorausage*, daß sich innerhalb des sozialistischen Bündnisses sowie innerhalb des bereits sozialistisch gewordenen Staates die nach einem adäquaten *Arbeiterprogramm* agierenden politischen Kräfte bei der Willensbildung aufgrund der Adäquatheit faktisch durchsetzen werden, und daß sich z. B. Bahros schichtspezifisches Programm *nicht* durchsetzen wird.

Gerade weil wir Bahros Antipluralismus widerlegt haben, üben wir mit ihm politische Solidarität. Daß er kein Programm der Arbeiterklasse vorschlägt, muß man offen aussprechen. Dennoch ist sein Buch ein legitimer, wenn auch sachlich fragwürdiger und möglicherweise nicht „geschichtsmächtiger“ Ausdruck bestimmter *mit dem Sozialismus verbundener* politischer Kräfte. Ein Sozialismus, der nicht einmal einen Bahro ertragen kann, ist ein unaufgelöster Widerspruch. – Es führt kein Weg zum Kommunismus als durch die sozialistische Demokratie hindurch.

Anmerkungen

1 Immerhin, während *Wittfogel* aus seinem Strukturvergleich zwischen APW und Realem Sozialismus schloß, in beiden sei ein *Klassenkampf* im Sinne des Kommunistischen Manifests, und damit eine progressive soziale Entwicklung überhaupt, *unmöglich* (a.a.O., 409 ff., 524 ff.) – er gelangte von daher zu einer Apologie des Westens –, versucht Bahro we-

nigstens die Möglichkeit einer solchen Entwicklung „von oben“ aus der inneren Struktur des Realen Sozialismus abzuleiten.

2 Eine differenzierte marxistische Intellektuellen-Theorie, die über die genannten Anfangsgründe hinausgeht, findet man bei Gramsci, 1967, bs. S. 405 ff.

Literatur

- Altusser, Louis, 1973: Antwort an John Lewis, in: Arenz u. a. (Hrsg.): Was ist revolutionärer Marxismus? Berlin/West
- Anderson, Perry, 1974: Lineages of the Absolutist State, London
- Brentjes, Burchard, 1968: Grundeigentum, Staat und Klassengesellschaft, in: Ethnographisch-archäologische Zeitschrift 3/1968
- Carneiro, Robert L., 1973: Eine Theorie zur Entstehung des Staates, in: Klaus Eder (Hrsg.): Die Entstehung von Klassengesellschaften, Frankfurt /M.
- Dutschke, Rudi, 1974: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin/West
- Godelier, Maurice, 1969: La Pensée de Marx et d' Engels aujourd'hui et les recherches de demain, in: La Pensée 143
- Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis, Frankfurt/M.
- Holz kamp-Osterkamp, Ute, 1975: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1, Frankfurt/M.
- Leach, E. R., 1959: Hydraulic Society in Ceylon, in: Past and Present 15
- Shiozawa, Kimio, 1965, Les historiens japonais et le mode de production asiatique, in: La Pensée 122
- Wittfogel, Karl A., 1957: Die orientalische Despotie, Frankfurt/M.-Berlin/West-Wien

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

104 Staat und Krise

Editorial

1. Staat und Krise in der Bundesrepublik

Wolfgang Abendroth: Die Entwicklung der BRD und die Perspektive der Linken

Michael Krätke: Krise der Krisentheorie

Wolfgang Pfaffenberger: Monopolisierung in der Energiewirtschaft der BRD

J. Breddemann, P. Higer, D. Löber: Sozialliberale Gesundheitspolitik in der Krise

2. Allgemeine Staatstheorie

Karin Priester: Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci

Helmuth Schütte: Resultate und Kritik der neueren staatstheoretischen Diskussion

Diskussionsbeitrag zu Niekisch (A. Klönne)

Kongreßbericht: Theoretische Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus

Besprechungen

Zeitschriftenschau

Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,50 DM; Schüler und Studenten 7,- DM, im Abo 6,- DM.

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

Jörg Glombowski

Krise der Krisentheorie?

Diskussionsbeitrag zu Krätke¹

I

Krätke differenziert innerhalb der marxistischen Krisentheorie zwischen zwei Varianten, der Überakkumulations- und der Überproduktionstheorie, und stellt deren (wirtschafts-) politische Implikationen gegeneinander. Seine Kritik der Überakkumulationstheorie ist zugleich ein Plädoyer für den überproduktions-theoretischen Ansatz und dessen Weiterentwicklung. Im Hinblick auf die folgenden Einwände gegen Krätkes Argumentation scheint es zweckmäßig, diese zuvor unter Verwendung seiner eigenen Worte zu resümieren. Zunächst seine Charakterisierung der beiden krisentheoretischen Positionen:

„Das Überakkumulationstheorem besagt im Kern, daß Wirtschaftskrisen auf Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zurückzuführen sind, die sich ausdrücken in 'zu niedrigen' Profitraten. Diese werden nicht als Ergebnis, sondern als Ursache der Krise gefaßt, was die Plausibilität dieser Theorie ausmacht. Diese Krisenerklärung mit Hilfe des Überakkumulationstheorems lehnt sich an das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate an: krisenverursachend wirkt der Fall der Profitrate dann, wenn er nicht primär durch steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, sondern – in einer Periode, in der kein technischer Fortschritt (mehr) stattfindet – durch Lohnsteigerungen, durch Verteilungskämpfe also, hervorgerufen wird. Die Gegenposition erklärt die Krise als *Überproduktions*krise; diese traditionelle Position, die gleichwohl noch nicht systematisch ausgearbeitet vorliegt, kann folgendermaßen skizziert werden: die zyklischen Krisen resultieren aus allgemeiner Überproduktion, als deren Wirkung, nicht Ursache sich sinkende Profitraten ergeben. Und zwar nicht wegen steigender absoluter Löhne, sondern wegen des relativen Rückgangs der im wesentlichen aus den Lohneinkommen gespeisten 'Massenkaufkraft' in einer Periode starken technischen Fortschritts“ (480 f).

Nach Krätke führen die konkurrierenden Ansätze zu diametral entgegengesetzten wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen: „Wer die Krise für eine 'Verwertungskrise' gemäß dem Überakkumulationstheorem hält, kann in jeglicher Umverteilung zugunsten der Arbeiterklasse nur ein Mittel zur Verlängerung und Vertiefung der Krise erblicken. Er muß eine solche Politik als wirkungslos im besten, selbstzerstörerisch im schlimmsten Fall konsequent ablehnen. Wer umgekehrt eine Politik der Umverteilung oder Stärkung der Massenkaufkraft nicht nur für im Interesse der Bevölkerungsmehrheit gerechtfertigt, sondern auch für wirksam im Sinne einer beschleunigten 'Überwindung' der Krise hält, kann dies nicht konsistent begründen, solange er die Krise als 'Überakkumulationskrise' behandelt“ (489).

Aufgrund ihrer Implikationen rückt die Überakkumulationstheorie bei Krätke in die Nähe des „bürgerlichen Wirtschaftsfeuilletons“ (vgl. 482, 486, 489), und ihre Anhänger „stehen dem Angriff auf 'zu hohe' Löhne hilflos gegenüber“ (481).

II

Obwohl Krätke seine Ablehnung der Überakkumulationstheorie durch Detailkritik zu fundieren sucht, worauf noch einzugehen sein wird, scheint sie mir letztlich doch auf dem (Trug-) Schluß zu beruhen, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, indem nämlich die Beurteilung der theoretischen Aussagen von ihren politischen Implikationen und nicht von ihrem Wahrheitsgehalt her erfolgt. Das Vertrauen auf eine falsche Theorie kann jedoch nur schaden, jedenfalls dann, wenn sie tatsächlich als Richtschnur praktischer Politik dient. Wäre die Überakkumulationstheorie richtig und die Überproduktionstheorie falsch, dann würden starke Lohnsteigerungen, die unter Berufung auf ihre krisenüberwindende Wirkung gemäß der Überproduktionstheorie von den Gewerkschaften in der Krise durchgesetzt würden, den Interessen der Arbeitnehmer, insbesondere dem Beschäftigungsinteresse, eher schaden als nützen. Wäre umgekehrt die Überproduktionstheorie zutreffend und die Überakkumulationstheorie falsch, dann würde eine nachgiebige Haltung bei Lohnverhandlungen aufgrund der Überakkumulationstheorie schädlich sein, weil sie sowohl dem Einkommens- als auch dem Beschäftigungsinteresse der Arbeitnehmer zuwiderliefe. Natürlich wäre es, von der Interessenlage der Arbeitnehmer her gesehen, von Vorteil, wenn die Realität so strukturiert wäre, wie es die Überproduktionstheorie beschreibt. Doch kommt es nicht darauf an, wie man die Realität gern hätte, sondern wie sie ist. Deshalb tut man m.E. gut daran, die Möglichkeit nicht außer acht zu lassen, daß die tatsächlichen Bedingungen der Politik durch die weniger wünschenswerte theoretische Alternative charakterisiert werden. Gänzlich unangemessen wäre es, denjenigen Ökonomen, die trotz gleicher politischer Intentionen zur pessimistischeren Überakkumulationstheorie neigen, andere Ziele zu unterschieben.

III

Bisher wurde so argumentiert, als seien die Implikationen, die Krätke den beiden Typen von Krisentheorie zuordnet, logisch zwingend. Das muß aber bezweifelt werden. Anhand von Ausführungen des Überproduktionstheoretikers Varga und der Überakkumulationstheoretiker Glyn und Sutcliffe läßt sich beispielhaft demonstrieren, daß von den jeweiligen Vertretern der differierenden Positionen auch andere Schlüsse gezogen werden, als Krätke sie zieht. Varga hält es z.B. – angesichts der Weltwirtschaftskrise 1929 ff – für selbstverständlich, daß die Bemühungen zur Überwindung der Krise, die er als zyklische Überproduktionskrise begreift, erfolglos bleiben müssen und im Endeffekt eher zu ihrer Verlängerung führen (vgl. Varga 1969, 279 f). Insbesondere bemerkt er zur Strategie der Lohnsteigerung:

„Die Konsumtionskraft muß erhöht werden“, fordern die Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratischen Volkswirtschaftler. 'Die Krise beruht auf der Unterkonsumtion.' Die Kapitalisten sollen die Löhne erhöhen, der Staat soll Geld unter die Leute bringen, soll öffentliche Arbeiten durchführen, dann wird die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes größer und die Krise überwunden. Die Agitation scheidet an dem Widerstand des Kapitals, das nicht geneigt ist, auf den Unsinn einzugehen, höhere Löhne aus den eigenen Taschen zu zahlen, um mehr Waren absetzen zu können“ (Varga 1969, 282 f).

Um als Überproduktionstheoretiker die Steigerung der Massenkaukraft als Mittel der Krisenüberwindung zu propagieren, reicht es anscheinend nicht aus, diese Strategie für „gerecht“ und für „wirksam“ zu halten, man muß sie auch als durchsetzbar ansehen. Die Überakkumulationstheoretiker Glyn und Sutcliffe sehen den Lohnauftrieb im konjunkturellen Aufschwung als maßgeblichen Faktor für die krisenhafte Entwicklung an. Das bedeutet für sie aber

„nicht, daß die Gewerkschaften mit dem Druck, den sie hinter Lohnforderungen gesetzt haben, falsch gehandelt hätten... Die Gewerkschaften existieren, um die Löhne und die Verhältnisse der Arbeiter zu fördern und zu schützen; wenn der Lohnkampf aber wirklich das Überleben des kapitalistischen Systems bedroht, wie derzeit in Großbritannien, dann ist es Zeit für die Arbeiter, nicht ihre Lohnforderungen zu mäßigen, sondern das System zu zerstören, das sie ausbeutet und unter dessen Schwierigkeiten sie andernfalls zu leiden haben. Sie müssen das Argument durchschauen, daß sie ihre Lohnforderungen im nationalen Interesse zurückzuschrauben hätten. In Wirklichkeit dient eine Mäßigung nur dem Interesse der Kapitalisten“ (Glyn/Sutcliffe 1974, 161 f).

Beide Beispiele belegen, daß Krätkes Schlußfolgerung – „Die Überakkumulationstheoretiker stehen dem Angriff auf 'zu hohe' Löhne hilflos gegenüber; die Überproduktionstheoretiker sehen in einer offensiven Lohnpolitik dagegen einen Ausweg aus der Krise“ (481) – keine generelle Gültigkeit beanspruchen kann bzw. nicht logisch zwingend ist.

IV

Nicht nur die Implikationen, sondern bereits die Gegenüberstellung der beiden Typen marxistischer Krisentheorie, die Krätke vornimmt, ist problematisch. Wenn man Krisenerklärungen, denen zufolge ein beträchtlicher Fall der Profitrate, der nicht durch Realisierungsschwierigkeiten bedingt ist, über eine Beeinträchtigung der Akkumulationstätigkeit die Krise herbeiführt, als „Überakkumulationstheorie“ bezeichnet, dann verbirgt diese allgemeine Charakterisierung, daß durch sie zwei sehr verschiedenartige Erklärungsmuster erfaßt werden, die aufgrund ihrer Gegensätzlichkeit besser strikt voneinander abgegrenzt werden sollten. In der einen Version implizieren bestimmte Annahmen über die vorherrschende Form des technischen Fortschritts (steigende organische Zusammensetzung des Kapitals) den tendenziellen Fall der Profitrate (kurz: „tendenzieller Fall“), in der anderen führt der akkumulationsbedingte Lohnauftrieb ein Sinken der Profitquote herbei und damit – bei mehr oder weniger konstantem Kapitalkoeffizienten (mehr oder weniger konstantem Verhältnis von vergegenständlichter zu lebendiger Arbeit) – auch *eine* Abnahme der Profitrate (kurz: „Profitklemme“²). Bei Krätke erscheinen beide Varianten, wie seine eingangs wiedergegebene Charakterisierung der zwei Krisentypen zeigt, als unseparierbarer Mischmasch.

Überakkumulationstheoretiker, wie z.B. der u.a. von Krätke kritisierte Altwater, haben diese Differenz übrigens deutlich hervorgehoben: „Der Charakter der periodisch produzierten Krise muß ein anderer sein, je nachdem ob die Krise mit einer infolge harter Klassenauseinandersetzungen abgesunkenen Ausbeutungsrate (Mehrwertrate) begründet oder aber ob sie mit dem durch steigende Ausbeutungsrate und steigende organische Zusammensetzung des Kapitals bewirkten

Fall der Profitrate erklärt wird“ (Altwater u.a. 1974, 181). Interessanterweise enthält der Aufsatz, dem dieses Zitat entstammt, eine Kritik an Glyn und Sutcliffe, die derjenigen Krätkes an „der“ Überakkumulationstheorie darin ähnelt, daß sie von den politischen Implikationen her be- bzw. verurteilt. – Die Vermischung, die Krätke vornimmt, erlaubt es ihm, sich bei seiner Kritik der Überakkumulationstheorie das eine Mal auf diese, das andere Mal auf jene Version zu beziehen und die resultierenden Minuspunkte dem Gesamtkonstrukt anzulasten. Wenn man, um nur ein Beispiel zu bringen, der auf dem „tendenziellen Fall“ basierenden Argumentation, meines Erachtens durchaus zurecht, vorhält, kurz- und langfristige Aspekte des Akkumulationsprozesses nicht befriedigend voneinander abgrenzen zu können, dann ist das kein stichhaltiger Einwand gegen die „Profitklemmen“-Version. – In diesem Zusammenhang offenbart sich auch eine Konsequenz von Krätkes Selbstbeschränkung, „Tragfähigkeit und wirtschaftspolitische Konsequenzen des Überakkumulationstheorems als Hypothese zur Erklärung der Krise zu analysieren“ (480). Eine parallele kritische Analyse der Überproduktionstheorie würde nämlich analoge Schwachstellen bei dieser zutage fördern. So ist, um im gewählten Beispiel zu bleiben, die Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Kapitalisten infolge des technischen Fortschritts, die den Kern der überproduktionstheoretischen Krisenerklärung bildet, ebenfalls auch in langfristigem Zusammenhang, nämlich zur Stagnationserklärung, verwendet worden (vgl. Sweezy 1959, 169 ff; Baran/Sweezy 1967).

V

Kritische Anmerkungen scheinen mir auch angesichts der Art und Weise angebracht, in der Krätke das Verhältnis von bürgerlicher und marxistischer Theorie sieht. Wenn er unter Verweis auf die Überproduktionstheorie meint, daß „eine marxistische Krisenerklärung auch ohne die sicher ungewollten Zugeständnisse ans bürgerliche Wirtschaftsfeuilleton auskommen (könne, d.Verf.), die das Dogma der Überakkumulation seinen Anhängern aufzwingt!“ (489, Hervorh. v. Verf.), dann muß ihm die Überproduktionstheorie als eigentlich marxistische Krisentheorie gelten. Es wäre sicherlich von einem Beitrag mit einer begrenzten Fragestellung, wie Krätke ihn vorgelegt hat, zuviel verlangt, anhand einer Analyse der Marxschen Texte diese Einschätzung zu fundieren. Man dürfte aber doch gespannt sein, wie Krätke sich zu der Analyse Itohs (Itoh, 1976), die er selbst zitiert und die zum gegenteiligen Ergebnis gelangt, stellen würde.

Bei dieser Einschätzung ist es natürlich auch nicht verwunderlich, wenn Krätke die sogenannten „Memoranden“ als „Resultat der jüngsten marxistischen Krisendiskussion“ (477) ansieht. Abgesehen davon, daß sich einige Unterzeichner sicherlich von dieser Einschätzung zu distanzieren wünschten, ließe sich an dem marxistischen Charakter zumindest des ersten Memorandums, das gelegentlich als „linkskeynesianisch“ bezeichnet wurde (vgl. Narr 1977, 160), mit guten Gründen zweifeln. Überhaupt dürfte die Überproduktionstheorie, die die Realisierungsprobleme als Krisenursache ansieht, keynesianischem und allgemein unterkonsumtionstheoretischem Denken nahestehen (vgl. z.B. Robinson 1966, Kap. VI). Krätke gibt sich daher in die Gefahr, bei seinem Versuch, mit

einem Plädoyer für die Überproduktionstheorie dem bürgerlichen Wirtschaftsfeuilleton zu entfliehen, der bürgerlichen Ökonomie in Gestalt des Linkskeynesianismus in die Arme zu laufen. Um Mißverständnisse auszuschließen: Meines Erachtens wäre Krätke damit nicht in „schlechte Gesellschaft“ geraten: „linkskeynesianisch“ sollte im Kontext einer Diskussion um eine sozialorientierte Wirtschaftspolitik ebenso wenig ein Schimpfwort sein wie „marxistisch“ ein Gütesiegel (und umgekehrt!). – Akzeptiert man erst einmal, daß auch auf der Basis bürgerlicher ökonomischer Theorien wirkungsvoll im Arbeitnehmerinteresse argumentiert werden kann – wofür mir die von den sogenannten „Regensburgern“ vorgelegte Analyse (vgl. Baisch u.a. 1977) ein überzeugender Beweis zu sein scheint – und bildet dieses Interesse den Leitfaden der theoretischen Bemühungen, dann wird es überdies fragwürdig, unter dem Titel „Krise der Krisentheorie?“ ohne Umstände eine Einschränkung auf „marxistische“ Analysen vorzunehmen; denn dahinter steht ja wohl die unausgesprochene Überzeugung, daß nur letztere relevante Beiträge zum anstehenden Problem zu liefern in der Lage seien.

Hier ist vielleicht die provokante, grundlegende Frage am Platz, ob denn die marxistische Theorie überhaupt geeignet ist, als Basis eines kurzfristig orientierten, systemimmanent bleibenden wirtschaftspolitischen Handelns zu fungieren, oder anders ausgedrückt, ob die Marxisten nicht aus Gründen, die in der Struktur der Marxschen Theorie selbst angelegt sind³, immer dann zu Linkskeynesianern oder gar zu linken Neoklassikern werden müssen, wenn sie die Sphäre der Kontemplation verlassen, um unter kapitalistischen Bedingungen politisch konstruktiv tätig zu werden. Über der praktischen Aktivität, hinsichtlich deren Wünschbarkeit ich mit Krätke und den Unterzeichnern der Memoranden durchaus übereinstimme, ist diese Frage, in deren Diskussion hier nicht eingetreten werden kann, vielleicht zu stark vernachlässigt worden.

VI

Krätke verlangt von der Überakkumulationstheorie den unzweideutigen Nachweis, daß die Krise unabwendbar sei, und argumentiert in diesem Zusammenhang mit der Möglichkeit, daß ein anderes Kapitalistenverhalten u.U. die Profitabilität auch ohne Krise wieder steigern könne. Dabei hat er insbesondere verstärkte Rationalisierungsinvestitionen als Mittel der Profitratensteigerung im Auge (482 f). Einen Anhänger des „tendenziellen Falls“ wird er damit natürlich nicht in Verlegenheit bringen können, da dieser Theorie zufolge ja gerade der technische Fortschritt der Grund des Profitratenfalls ist und die Steigerung der organischen Zusammensetzung die Wirkung einer steigenden Mehrwertrate auf die Profitrate überkompensiert. Gleiches gilt für die Anhänger der „Profitklemmen“-Version, zu deren Essentials ein mehr oder weniger konstanter Kapitalkoeffizient gehört, was mit Harrod-neutralem technischen Fortschritt vereinbar ist⁴. Was angesichts dieser Sachlage Krätkes Behauptung bedeuten soll, daß „nach der Logik des Überakkumulationstheorems ... eine Phase technologischer Stagnation der Krise unmittelbar voraus (geht, d. Verf.)“ (483), ist mir unklar ge-

blieben. Sollte er damit meinen, daß ein höherer Anteil von Erweiterungsinvestitionen im Boom, von Rationalisierungsinvestitionen in der Krise Kennzeichen der Überakkumulationstheorie sei, dann hätte diese, soweit ich sehe, immerhin den Vorteil, mit den empirischen Gegebenheiten nicht schlecht zu harmonisieren.

VII

Abschließend noch ein Wort zu den politischen Implikationen der „Profitklemmen“-Theorie. Wir haben oben gesehen, daß die Schlußfolgerungen Krätkes mit denjenigen von Glyn und Sutcliffe nicht übereinstimmen. Worauf beruht die Differenz? Meines Erachtens zunächst einmal darauf, daß Krätke sich ohne ausdrücklichen Hinweis auf „kurzfristige“, nicht systemgefährdende Strategien beschränkt, womit extreme Positionen wie die von Glyn/Sutcliffe ausgeblendet werden. Das mag angesichts der Situation der Bundesrepublik angemessen erscheinen. Wichtiger aber noch scheint mir die unterschiedliche Gewichtung der beiden Ziele „Einkommensverbesserungen“ und „hoher Beschäftigungsgrad“ zu sein, die implizit in die Schlußfolgerungen eingehen. Es mag richtig sein, daß in der „Profitklemmen“-Version jenseits eines gewissen Punktes eine negative Beziehung zwischen Lohnsteigerungsraten und dem Beschäftigungsgrad unterstellt ist, doch folgt daraus eine defensive Lohnpolitik nur, wenn dem Beschäftigungsziel Priorität eingeräumt wird. Da jedoch verschiedene Lösungen des innergewerkschaftlichen Zielkonflikts denkbar sind, sind auch unterschiedliche Strategien möglich. Unter Ausschaltung „systemgefährdender“ Lohnkampfstrategien und bei Betonung des Beschäftigungsziels gewinnt Krätkes These über die Implikationen der Überakkumulationstheorie (in ihrer „Profitklemmen“-Variante betrachtet) an Schlüssigkeit. Doch sind auch dann noch Einschränkungen angebracht, die sich aus dem Verhältnis von Produktion und Realisation von Mehrwert gemäß dieser Konzeption ergeben. Solange die Kapitalisten trotz einer aufgrund starker Lohnsteigerungen sinkenden Profitrate ihr erzieltes Einkommen in voller Höhe entweder für ihren Konsum oder für die Akkumulation verwenden, tritt natürlich auch gemäß der Überakkumulationstheorie keine Krise ein, weil kein Nachfrageausfall zu verzeichnen ist. Dies ist erst dann der Fall, wenn die tatsächliche Abnahme der Profitrate die Gewinnerwartungen der Unternehmer so weitgehend beeinträchtigt, daß sie bei mehr oder weniger unverändertem Konsum ihre Akkumulationstätigkeit einschränken oder gar einstellen. Der Nachfrageausfall bei den Produktionsmitteln pflanzt sich dann auf die Konsumgüter fort, so daß die Profitrate infolge von Realisierungsschwierigkeiten (weiter) abnimmt. Kaufkraftsenkende Lohnabschlüsse können in einer solchen Situation die Krise nur verschärfen, weil sie die Realisierungsbedingungen weiter verschlechtern. Gegen Krätkes bereits zitierte Feststellung, die Überakkumulationstheoretiker stünden dem Angriff auf „zu hohe“ Löhne hilflos gegenüber, die man auch so interpretieren kann, als ob ihnen zufolge eigentlich kräftige Lohnsenkungen das beste Mittel zur Krisenüberwindung darstellten, muß also festgehalten werden, daß aus der Überakkumulationstheorie keineswegs Brüningsche Rezepte geschlußfolgert werden können.

Anmerkungen

- 1 Gemeint ist Krätke 1977. Ich danke Peter Schönekeß für anregende Kommentare.
- 2 Die Abkürzung folgt dem Titel des Buches von Glyn und Sutcliffe (Glyn/Sutcliffe 1974).
- 3 Diese Gründe könnten in dem objektiven Charakter der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise gesehen werden, d.h. in den quasi naturgesetzlichen gesellschaftlichen Prozessen, die sich als Resultate der individuellen Entscheidungen ohne das bewußte Wollen der Einzelnen, gleichsam hinter ihrem Rücken, ergeben. Welcher Spielraum einer Wirtschaftspolitik im Rahmen dieser Struktur offensteht, ist m.E. nicht hinreichend geklärt. Dagegen wird in der bürgerlichen Ökonomie die prinzipielle Gestaltbarkeit der ökonomischen Verhältnisse im Interesse des Allgemeinwohls unterstellt.
- 4 Wird die Profitrate als Verhältnis von Profiten (P) und Kapitalstock (K) definiert, dann läßt sie sich auch als Quotient aus Profitquote, dem Anteil des Profits am Volkseinkommen (Y), und Kapitalkoeffizient ausdrücken: $P/K = (P/Y) : (K/Y)$. Soll die Profitrate infolge einer sinkenden Profitquote fallen, dann darf nicht gleichzeitig der Kapitalkoeffizient – infolge kapitalsparenden technischen Fortschritts – in einem Ausmaß sinken, so daß er die von der Bewegung der Profitquote ausgehende Wirkung auf die Profitrate (über-)kompensiert. Die Annahme Harrod-neutralen technischen Fortschritts impliziert einen konstanten Kapitalkoeffizienten. In Goodwin's Modell des Wachstumszyklus, das als exakt formulierte Grundlage für ein „Profitklemmen-Modell“ des Konjunkturzyklus aufgefaßt werden kann, wird z.B. eine gleichbleibende Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität und die Konstanz des Kapitalkoeffizienten unterstellt (vgl. Goodwin 1972).

Literatur

- Altwater, E., u.a., Vorbemerkung zu: David Yaffe, Die Krise der Kapitalverwertung – eine Kritik der Thesen von Glyn/Sutcliffe, in: *Prokla* 14/15, 1974, S. 177–186.
- Baisch, H. u.a., Die Wirtschaftskrise in der BRD – Eine Auseinandersetzung mit den Analysen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, in: *Leviathan* Heft 2/1977, S. 163–209
- Baran, P.A./Sweezy, P.M., *Monopolkapital*, Frankfurt a.M. 1967
- Glyn, A./Sutcliffe, B., *Die Profitklemme – Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Großbritanniens*, Berlin 1974
- Goodwin, R.M., A Growth Cycle, in: Hunt, E.K./Schwartz, J.G. (Hrsg.), *A Critique of Economic Theory*, Harmondsworth 1972, S. 442–449
- Itoh, M., Die Entwicklung der Krisentheorie bei Marx, in: *PROKLA* 22, 1976, S. 101–123
- Krätke, M., Krise der Krisentheorie? Zur marxistischen Krisenliteratur in der Bundesrepublik Deutschland anläßlich der jüngsten Weltwirtschaftskrise, in: *Das Argument* 104, 1977, S. 477–491
- Narr, W.-D., Die fünf Weisen und der reine Sachverstand, in: *Leviathan* Heft 2/1977, S. 157–162
- Robinson, J., *An Essay on Marxian Economics*, London, 2. Aufl. 1966
- Sweezy, P.M., *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Köln 1959
- Varga, E., *Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen*, herausgegeben und eingeleitet von E. Altwater, Frankfurt a.M./Wien 1969

Erste europäische Gespräche über den Menschen und seine Umwelt

Paris, 5.-7. 12. 1977

Diese Konferenz, die etwa 1500 geladene Teilnehmer aus 18 europäischen Ländern zusammenführte, war darauf angelegt, anhand virulenter Alltagserfahrungen Strategie-Elemente eines reformfreundlich-ideologischen Klassenkampfes von oben zu popularisieren. Der Ausgangspunkt wurde offiziell als fertige, dem Haupte von Giscard d'Estaing entsprungene Idee dargestellt. Wie der französische Kultus- und Umweltminister ausführte und noch einmal bei der Wortübergabe an den Präsidenten in der abschließenden Sitzung in Erinnerung brachte, war es Giscard, der die Veranstaltung einberufen hatte, um, wie es hieß, europäische Verantwortliche im Bereich der Planung der Alltagsumwelt und der Förderung des sozialen Lebens vor französischen Verbändevertretern und Vertretern des öffentlichen Lebens die gemeinsamen Hauptanliegen des Ailtagslebens in Europa vortragen zu lassen. Wohl gemerkt ging diese Idee auf den Zeitpunkt der Eröffnung der Welt-Habitat-Konferenz in Vancouver am 31. Mai 1976 zurück. Mit eineinhalbjähriger Vorbereitungszeit wäre die Veranstaltung in Paris daher mißverstanden als kurzfristige Reaktion auf den Wahlsieg der Ökologen in den Kommunalwahlen von 1977. Abgesehen von der Frage, ob diese Konferenz sonst dieselben Dimensionen angenommen hätte und was im Wahlsieg der Ökologen eigentlich zum Ausdruck kam, wurde jedenfalls ein Bewußtsein über die realen gesellschaftlichen Entwicklungen, die eine solche Konferenz angeraten erschienen ließen, von vornherein ersetzt durch Verlagerung ihres Ausgangspunktes in den Bereich sich selbst erzeugender politischer Ideen.

Entsprechend war es dem Staatspräsidenten vorbehalten, mit einer vom Fernsehen aufgenommenen Programmklärung die Gespräche abzuschließen und gleichzeitig ihre jährliche Wiederaufnahme vorzuschlagen. Hierbei nutzte er die Gelegenheit, sich im Hinblick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen als verantwortlichen Politiker zu profilieren, der an der Wende von quantitativem zu einem mehr qualitativen und sozialen Wachstum zumindest rhetorisch das Gesetz des Handelns an sich riß. Von neucsten französischen Errungenschaften in Umweltschutz und Städtebau ausgehend, die in einer Charta der Lebensqualität festzuhalten und in ein Fünf-Jahres-Programm zur Beseitigung ökologischer Ungleichheit zu überführen seien, legte er einen Vier-Punkte-Plan zur Handlung auf europäischer Ebene vor, der der Politik des Europarats in bezug auf Lebens- und Arbeitswelt neue Schwungkraft geben sollte.

Dieser Aktionsplan umfaßt eine Aufforderung zu häufigeren und weniger formellen Treffen der europäischen Umweltminister; zu präventiver Bekämpfung von Umweltproblemen durch vorausschauende Konsequenz-Studien; zur Abfassung europäischer Konventionen über die Lebensqualität, insbesondere für große, umweltbelastende Branchen wie Chemie, Papier, Eisen und Stahl, verbunden

mit einer Harmonisierung gesetzgeberischer Umweltschutzmaßnahmen zur Angleichung der Konkurrenzbedingungen sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem erhöhter Flexibilität der Arbeitszeit; und schließlich eine Aufforderung zu europäischer Politik auf dem Gebiet der Naturressourcen. Unter Hinweis auf Europas Rohstoffknappheit forderte er einen Kampf gegen die Ressourcenverschwendung. Die zu sparende Menge an Energie entspreche der gesamten Erzeugung von Atomstrom – womit er aber wohl kaum andeuten wollte, daß wir uns den Bau von AKWs ersparen könnten. Er verwies auf den engen Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie, übersprang aber die Spezifik kapitalistischer Systeme. Er schlug eine vom Europarat vorzubereitende Umweltkonferenz vor, die sämtliche Signatarstaaten des Abkommens von Helsinki umfassen sollte.

Indem die Veranstaltung vor allem die Folie für diese präsidentalen Verkündungen abgeben sollte, wobei der Schein einer Begründetheit in Wissen und Alltagserfahrung wichtiger war als deren substantieller Charakter, waren dem Ablauf des Kongresses wesentliche Beschränkungen zuzugewandt. So begann bereits die Einladung zur Konferenz mit einer Absage an theoretische Diskussion zugunsten eines Austausches von Erfahrungen. Deren Verträglichkeit wurde neben dem Ausschluß theoretischer Diskussion auch durch Ausschluß systemunverträglicher Bürgerinitiativen wie der Atomkraftgegner zu garantieren versucht und zeigte sich wohl auch darin, daß Gewerkschaften mit Ausnahme des bedingt hierzu zu rechnenden Internationalen Arbeitsamtes (Genf) entgegen plakativer Aufforderung nicht repräsentiert waren. Der derart systematisch beschränkte und privatisierte Erfahrungsaustausch wurde zudem in ein nur formales Ordnungsschema der drei Kongreßthemen gepreßt: räumliche Alltagsumwelt, Rhythmen des Alltagslebens sowie Förderung des sozialen Lebens, wozu 18 Arbeitsgruppen organisiert wurden.

Die Verhandlungen zum ersten Kongreßthema, dem Konfliktbereich Bauen und Wohnen und den darauf abzielenden administrativen Steuerungsversuchen, reflektierten die Krise des Gesamtsystems unbegriffen und erkannten stagnativen Erscheinungen ohne weiteres die Bedeutung von Tendenzwenden zu: so etwa die in der einleitenden Plenarsitzung beifallend aufgenommene Äußerung, die Umkehr des Verstädterungstrends, die sich neuerdings in Italien gezeigt habe, möge auch über die Krise hinausdauern; oder die Ausführungen des Stadtplaners McKie (Belfast), in denen er die für die Entlastung der Staatsfinanzen opportune Abkehr von innerstädtischen Totalsanierungen zugunsten von kleinflächiger Zellen-Erneuerung ungeachtet ihrer eben aufgrund von Sparmaßnahmen nur geringen Breitenwirkung als entscheidende Neuerung vorführte.

Größere Aufmerksamkeit hätte in diesem Zusammenhang Hans Heinz Holz' Beitrag über „Wissenschaftstheoretische Aspekte der urbanistischen Planung“ verdient. Er vertieft den systemtheoretischen Nachweis einer längerfristigen Selbst-Paralisierung partieller Reformen bei ausbleibender Systemänderung, ohne allerdings praktische Möglichkeiten bewußt bedürfnisorientierter planerischer Praxis zu leugnen. Und er weist, was die Willkür in der Themenwahl der Kongreßbeiträge trifft, die Notwendigkeit auf, zur systematischen Selektion relevanter Untersuchungsbereiche von einem historisch-genetischen Begriff des städtischen Systems auszugehen. Wenn Holz schließlich seine wissenschaftstheoretischen Überlegungen mit den Schwierigkeiten einer Integration einzelwissenschaftlicher Theorien begründet: Um wieviel mehr wäre dies zu berücksichtigen gewesen, um einen konkretisierten Erfahrungsaustausch an äußerst disparatem Material zu ermöglichen.

In den Verhandlungen der Arbeitsgruppe „Arbeitszeit“, in denen u. a. die Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes flexiblere Arbeitszeiten als Faktor in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen anpriesen, zeigte sich anhand des Erfahrungsberichts verschiedener Konzerne, darunter IBM und Citroën, in welcher Weise sich zumal das Citroën-Management an der Politik der US-amerikanischen Automobilgiganten orientiert. Wie Sozialleistungen dort zunehmend in Form von Urlaubsaufsparung vereinbart werden, so hat Citroën nur flexibler ein detailliert vorgeführtes Punktesystem zur langfristigen Aufspaltung von Urlaubstagen entwickelt, das einerseits eine Minimierung der Abwesenheit vom Arbeitsplatz prämiiert und andererseits die Inanspruchnahme von Urlaubstagen an schwach besetzten Arbeitstagen wie Montag und Freitag „verteuert“. Hierbei werden insbesondere die Jungarbeiter dazu aufgefordert, Punkte langfristig zu „kapitalisieren“. Hier, im Bereich der Auspressung von Mehrarbeit, offenbart sich so ein spezifischer Sinn individuell flexibler Gestaltung der Arbeitszeit: Disziplinierung der Arbeitskraft und zwangsweise Lohnaufsparung bzw. -kürzung werden derart gekoppelt, daß eine Intensivierung der Gesamtarbeit durch möglichst lückenlose Ausnutzung der produktivsten Arbeitskraft und damit Erhöhung der Mehrwertproduktion bei gleichzeitiger Minimierung der Betriebsfraktionen fürs Kapital herausspringt. Vereinzelt kritische Äußerungen hiergegen waren allerdings von den Agenten des Kapitals als bloß moralische Kritik durch Hinweis auf die Mitarbeit von Gewerkschaftlern zu entkräften.

Die italienische Arbeitsministerin Anselmi erwähnte zwar die von der italienischen Arbeiterbewegung erkämpften „150-Stunden-Regelung“, nach der bereits Zehntausende von italienischen Arbeitern bezahlten Kursurlaub genommen haben, als einen Schritt zur Annäherung von Arbeitswelt und Erziehungssystem. Zu einer vertieften Behandlung der involvierten Probleme kam es jedoch im Verlauf des Kongreßtages nicht. Dies dürfte an der Dominanz technokratischer oder spezifischer sozialtechnologischer Problemstellungen liegen, die in zwei Strängen von Diskussionen zutage trat: zum einen über Mechanismen zur Vermeidung von Spitzenbelastungen in Infrastrukturbereichen durch gleitende Arbeitszeiten, gegenseitig verschobene Schulferien wie in der BRD etc.; zum anderen über Probleme der individuellen Integration von Zeitplänen in verschiedenen Praxisbereichen mit der Belastbarkeit letztlich des organismischen Substrats. Nur vereinzelt wurde in der Diskussion das grundlegende Problem der Fremdbestimmung der Arbeit berührt. Bei der Behandlung eines Gruppenthemas wie „Raumplanung, Zeitplanung und neues Wachstum“ gelang noch nicht einmal die Formulierung zentraler Problemstellungen.

Die Verhandlungen des dritten Konferenztages zur Förderung des sozialen Lebens gingen schließlich vollends in einem unverbindlichen Pluralismus auf, den schon die formale Aufteilung der Arbeitsgruppen in städtischen und ländlichen Bereich, sowie in Ziele (Integration-Identität) und Mittel (Arten und Grade der Institutionalisierung) nahelegte. In der Gruppe über Förderung des sozialen Lebens im städtischen Bereich traten als Referenten u. a. Repräsentanten von spontan gebildeten Basisorganisationen auf, die etwa in Roubaix durch jahrelangen Kampf der Arbeiter in einem innerstädtischen Sanierungsgebiet eine in Zusammenarbeit mit technischer Intelligenz abgesicherte Berücksichtigung ihrer Interessen erzwungen hatten oder in einem entsprechenden Fall in den Marolles (Brüssel) selbst eine Bauarbeiterschule mit neuen Lernprinzipien organisiert hatten oder endlich im Londoner Inter-Action Trust an einer politisch-sozialen Aktivierung der Lokalbevölkerung arbeiteten; daneben Repräsentanten von nicht näher definiert progressiven Stadt- und Regionalplanungskollektiven; schließlich

der Bürgermeister von Hamburg-Eimsbüttel, Kastenmeyer, der im Rahmen eines emphatisch vorgetragenen formalen Demokratie-Verständnisses den Lernprozeß seiner Lokalverwaltung darstellte, ohne allerdings die Neuerungen, die sich seinerzeit schon im Städtebauförderungsgesetz partiell niedergeschlagen hatten, zu Basisbewegungen in Bezug zu setzen. Struktur und Ablauf der Diskussionen erwiesen ihren Mangel charakteristisch z. B. darin, daß der Diskussionsleiter dieser Arbeitsgruppe, D. Lock, gegen anders gerichtete Publikumsbeiträge einfach erklären konnte, die traditionellen Parteiunterschiede zwischen Sozialisten und Kapitalisten (sic!) seien nicht relevant für städtische Situationen und Kommunalpolitik.

Ersetzung des Klassenkampf-Denkens und damit Klassenbewußtseins bei den Abhängigen durch Elemente integrativer Ideologie war auch thematischer Kernpunkt der französischen Sozial- bzw. Arbeitsminister Lenoir bzw. Stoleru, die auf das Resumée der Arbeitsgruppen des dritten Tages folgten. Während Lenoir vom Ohnmachtsgefühl der einsamen Massen gegenüber den Alltagsbedingungen ausging, gegen das seiner Auffassung nach auch Sozialisierung und Machtpositionen einzelner Arbeitergruppen nicht helfen – weshalb er die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen etwa in nachbarschaftlicher Solidarität empfahl –, sprach Stoleru vom Unternehmen als methodologischem Beispiel dafür, wie die Gesellschaft verwaltet werden kann. Sein Hinweis darauf, daß Gewerkschaftler längst als gesellschaftliche Initiatoren für die Beteiligung einer Gruppe an der Gestaltung ihrer Zukunft tätig seien, erhielt seinen spezifisch konterrevolutionären Inhalt dadurch, daß er aus den Unternehmen das angeblich neue Bedürfnis nach „Konvivialität“ (zu Deutsch wohl am ehesten „Partnerschaft“) auf die übrige Gesellschaft übertragen sah. Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen)

„Medizin und sozialer Dienst in gemeinsamer Verantwortung“

15. Kongreß der Deutschen Zentrale für Volksgesundheitspflege e. V. Frankfurt/M., 8.–9. 11. 1977

Die Deutsche Zentrale für Volksgesundheitspflege e. V. ist etatmäßig im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit verankert. Diese Tatsache macht den nur mäßig besuchten und ohne großen Werbeaufwand angekündigten Kongreß interessant. In der „Deutschen Zentrale“ haben sich alle im Gesundheits- und Sozialwesen wichtigen Einrichtungen und Verbände eine Art Dachorganisation geschaffen, über die sie im vorparlamentarischen Rahmen gesundheitspolitische Entscheidungen vorbereiten können. Umgekehrt ist die „Deutsche Zentrale“ für die Regierung potentiell eine Art „konzertierte Aktion“ im Sozialbereich, ein Instrument, über das sie gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten und Rahmenbedingungen wirksam werden lassen könnte. Für diesen Kongreß allerdings wäre dies eine unbeweisbare Unterstellung. Vorprogrammiert war hier die Kontroverse zwischen verschiedenen Interessengruppen, ohne daß man eine manipulierte Tendenz erkennen konnte. Der Kongreß wollte „die Gelegenheit geben, die notwendige Übersicht zu gewinnen, Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten für erfolgversprechende Ansätze aufzuzeigen“ (s. Einladungsprospekt). Gezeigt werden sollten die vielfältigen Versuche, medizinische

Versorgungseinrichtungen und soziale Dienste zu verknüpfen. Es ging also um organisatorische Konsequenzen des „neuen Konzeptes der Medizin“, also der sozialen Medizin.

Als grundlegendes Theorie-Referat für das „neue Konzept der Medizin“ wurde der Vortrag von Professor Hans Schaefer, Heidelberg, angekündigt. Am Beispiel der wichtigsten Todesursachen zeigte er Schritt für Schritt die Notwendigkeit einer Verlängerung der Ursachenkette in den gesellschaftlichen Bereich hinein und kommt dabei zu ganz eindeutigen Aussagen. „Die letzten Ursachen der Krankheiten sind danach in gesellschaftlichen Zuständen und Prozessen zu suchen . . .“ Damit ist für Schaefer die Grenze des Geltungsbereiches sozialmedizinischer Theorie und Aufgabenstellung erreicht. Zwar nennt er z. B. Unsicherheit, Hetze, Ehrgeiz und anderes als krankmachende psychosoziale Faktoren, aber er verzichtet hier auf konsequentes Weiterfragen. „Letztlich verschwindet die Ursachenkette in einem Nebel historischer und gesellschaftlicher Entwicklungen.“ Gesellschaftliche Zustände sind für Schaefer schicksalhaft und nicht steuerbar. Aus diesem Grunde muß, wenn es um Konsequenzen für Therapie und Prävention geht, sein „neues Konzept“ in eine Perversion des sozialmedizinischen Denkansatzes umschlagen. Angelpunkt ist für ihn das Individuum. Um gesellschaftliche Widrigkeiten besser ertragen zu können, fordert Schaefer für das Individuum eine gesteigerte Fähigkeit zur Anpassung und zur Sublimation. Es ist sicherlich diese widerspruchsvolle Koppelung von sozialmedizinischem Ansatz in der Theorie der Entstehung von Krankheiten und seinem individualistischen Konzept von Therapie und Prävention, die Schaefer zu einem beliebten und ungefährlichen Festredner in Sachen Sozialmedizin macht.

Der Vortrag von Professor v. Ferber, Bielefeld, als Ergänzung zu Professor Schaefer gedacht, wurde zu einer Gegendarstellung. Er zeigte auf, wie fragwürdig ein individualistischer Ansatz bei der organisatorischen Verankerung der Sozialmedizin ist. Über die Kritik der Reformvorschläge der Ärzteschaft (Erweiterung der sozialmedizinischen Kompetenz der Ärzte durch Fortbildung ohne organisatorische Konsequenzen), des Bundesgesundheitsrates (speziell ausgebildete Sozialarbeiter im Gesundheitswesen) und der Sachverständigenkommission zur Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung (sozialtherapeutische Gesundheitshilfe als eigenständige Organisationsaufgabe und Leistung der Krankenkassen) kommt er zu einer kritischen Einschätzung des Konzeptes der sozialtherapeutischen Hilfen als Gesundheitsberatung überhaupt, die er als „individualistische Verknennung gesellschaftlich bedingter Gesundheitsgefährdung“ kennzeichnet. Eine weitere arbeitsteilige Spezialisierung im Gesundheitswesen kann, so sein Fazit, das Gesundheitsrisiko der Bevölkerung nicht vermindern. Seine Alternative – volle Ausnützung der gegebenen Einrichtungen (Sozialleistungsträger, Betriebe, Ärzte) auch bezüglich ihrer gespeicherten Informationen – verband er mit einer Kritik an der gegenwärtigen epidemiologischen Forschung, die eben an diesen Möglichkeiten vorbeigeht und dabei sich selbst einengt. Als organisatorisches Alternativmodell empfiehlt er die von Walter Auerbach 1955 in seinem Sozialplan für Deutschland vorgeschlagene „Sozialgemeinde“, also die organisierte Kooperation von Sozialversicherung, kommunalen Ämtern und freien Verbänden auf regionaler Ebene.

Das Referat von Prof. von Ferber erlaubte eine kritische Einschätzung der folgenden Berichte über bereits existierende Modelle zur Verknüpfung der Medizin mit den sozialen Diensten. Vorgestellt wurden insbesondere das Modell einer Sozialstation des Caritasverbandes, einem Gesundheitszentrum mit umfassender ambulanter Versorgung ausgehend von einer Gruppenpraxis und die Vorstellung

der Krankenkassen über die Organisation ihres sozialen Dienstes. Problemlos war keines dieser Modelle: Neben der Finanzierung war die Absicherung der Kooperation mit den anderen Einrichtungen nicht geklärt. Als Vorgriff auf die Zukunft mußte die Organisation der Betreuung chronisch kranker und behinderter Kinder über den öffentlichen Gesundheitsdienst, vorgetragen von Professor Manneke, Hannover, angesehen werden, zumal die gültigen Sozialgesetze den vorgestellten Weg nicht abdecken.

Der Kongreß hat deutlich gemacht, daß das gegliederte System der Gesundheits- und Sozialsicherung durch den zunehmenden Kostendruck und durch die zunehmende Gefährdung der Volksgesundheit durch psychosoziale Faktoren an die Grenzen seiner Kompensationsfähigkeit gekommen ist. Die praktischen Konsequenzen der Sozialmedizin sind eine Herausforderung, der es nicht gewachsen ist. So gesehen kann der Kongreß als Auftakt zu einer konfliktreichen Diskussion über die Neuordnung der sozialen Dienste angesehen werden, die in Zukunft die Reformdiskussion auch im Gesundheitswesen prägen wird.

Christian Gaedt (Neuerkerode)

Josef-Dietzgen-Gesellschaft

„Wissenschaftliche Philosophie und wissenschaftliche Theorie des Sozialismus – Das Erbe des Arbeiterphilosophen Josef Dietzgen“

Wissenschaftliche Konferenz am 15. oder 8. November 1978 in Bonn

Zu den großen Theoretikern der deutschen Arbeiterbewegung gehört neben A. Bebel, W. Liebknecht u. a. auch Josef Dietzgen (1828–1888), der durch Wort und Schrift wesentlich das philosophisch/weltanschauliche Profil der deutschen Sozialdemokratie mitgeprägt hat. Auf dem 5. Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation 1872 in Den Haag, auf dem Dietzgen als deutscher Delegierter der Eisenacher Partei vertreten war, stellte Karl Marx ihn den Kongreßteilnehmern als „unseren Philosophen“ vor. Aus Anlaß des 150jährigen Geburtstages des Arbeiterphilosophen veranstaltet die Josef-Dietzgen-Gesellschaft eine wissenschaftliche Konferenz.

9.30–13.00 Uhr: Informationsveranstaltung mit Referaten von Dr. H.-D. Strüning (St. Augustin), Prof. Dr. J. Sandkühler (Bremen), Prof. Dr. O. Finger (Berlin/DDR) u. a. – 14.30–18.00 Uhr: Arbeitskreise zu den Themen: Philosophischer Materialismus und Erkenntnistheorie (Dr. J. Kahl, Dr. K. Bayertz); Probleme des historischen Materialismus und wissenschaftlichen Sozialismus (Dr. M. Jung, G. Judick); Probleme der marxistischen Arbeiterbildung (Prof. H. Feidel-Merz eingeladen). – 19.30–22.00 Uhr: Podiumsdiskussion: Perspektiven der Linken in der BRD.

Anmeldungen: Dr. H.-D. Strüning, Pappelweg 5, 5205 St. Augustin 1

Besprechungen

Philosophie

Vega, Rafael de la: *Ideologie als Utopie*. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1977 (168 S., br., 14,80 DM).

Die zentralen Aspekte der Arbeit (bis auf unwesentliche Korrekturen identisch mit seiner 1973 in Gießen angenommenen philosophischen Dissertation) sind 1. die Darstellung des Neuhegellianismus „als einer organischen Weiterentwicklung des Neukantianismus“ (15), 2. die Analyse des „linken Radikalismus“ der marxistischen Philosophen hegelianischer Prägung in der III. Internationale, vor allem von Lukács. Die erste Hauptthese kann als Beitrag zu einer allgemeinen Intellektuellentheorie angesehen werden: Die „Hegelei“ wird als typische „Höhenkrankheit“ der (auch marxistischen) Intellektuellen angesehen (28). Sie basiere „auf der ständig lauernden Verselbständigung der Begriffe und ihrer eigenen inneren Dynamik und ist für den Marxismus deswegen besonders ernst, weil sie sozusagen aus ihrem eigenen Kern heraus wächst und weitaus komplizierter und subtiler ist (also auch schwieriger zu diagnostizieren) als andere Abweichungen. . .“ (83). Der hegelschen Faszination erlagen de la Vega zufolge auch die hegelianisierenden Marxisten der 20er Jahre, gekennzeichnet als „Modell einer neuen Generation“, die das Trägheitsmoment der Materie eliminieren möchte und dadurch zu subjektivistischen Positionen komme: „Der Holzklotz der Objektivität mußte von der Flamme des erkennenden Geistes durchglüht werden.“ (37) De la Vega unterscheidet zwei Linien der hegelianisierenden Abart des Marxismus: die eine sei gekennzeichnet durch die Reabsorption der marxistischen Theorie in ein geschlossenes System, das die Methode gänzlich verschlucke, und finde ihren höchsten Ausdruck in der „stalinistischen Philosophie und Politik“ (39). Die andere umfasse die „seltsamen Blüten des modernen Revisionismus“, und zwar sowohl den „humanistischen“, „existentialistischen“, „liberalen“ als auch den „strukturalistischen“ Marxismus (39). In wenigen Zeilen erfolgt nun die Auseinandersetzung mit einigen Vertretern des „modernen Revisionismus“, u. a. Robert Havemann, Louis Althusser, Antonio Gramsci. Das erste Kapitel schließt mit einem Exkurs über die „skeptisch-kontemplative Geschichtsbetrachtung“ am Beispiel Hermann Lübke, der die teleologische Geschichtsbetrachtung Hegels und der hegelianisierenden Marxisten als marxistische Geschichtsbetrachtung ausbebe, um sich von ihr abzugrenzen und mit dem „höheren Sinn“ jeglichen Sinn aus der Geschichte zu entfernen (46).

Erkenntnistheoretisch wie ontologisch kreise das Denken der hegelianisierenden Marxisten um eine vergesellschaftete Gestalt von Hegels absolutem Geiste (34). Diese Grundtendenz liege auch den Begriffen Lukács' zugrunde: zeitlich-historische Begriffe Marxsens werden von ihm enthistorisiert und somit „ins Räumlich-Abstrakte, ins Formal-Absolute entrückt“ (34), sie (und ihre innere Dynamik) verselbständigen sich. Während Marx gesellschaftliche Totalität als einen „offenen Prozeß“ begreife, gebe Lukács gerade diese dialektische Perspektive zugunsten eines ontologischen Totalitätsbegriffes auf (47). Lukács' „Kreuzzug“ gegen die Rationalität des naturwissenschaftlichen Denkens münde in die

Gleichsetzung der Objektivität (als Vergegenständlichung des Subjekts) mit der kapitalistischen Entfremdung (Verdinglichung) (120). Während bei Marx die Verdinglichung konkret aus der Warengesellschaft und der Ausbeutung abgeleitet werde, erscheine Verdinglichung bei Lukács als Folge der Preisgabe von vermittelnden Kategorien, „die Verdinglichung entsteht somit aus einem Kategorienverlust, sie ist im Grunde ein Bewußtseinsproblem“. (141) Zentrale These dieses Abschnitts ist die Behauptung einer direkten Kontinuität zwischen Neukantianismus und Lukács, denn Lukács habe die Kantsche Ethik nur formal, nicht material überwunden (127), er „tat im Grunde nichts anderes als die Denkansätze des Neukantianismus und ihrer ersten bürgerlichen Kritiker konsequent weiterzuentwickeln“ (118).

Der Leser, der entsprechend dem Titel der Arbeit einen Beitrag zu einer Ideologietheorie oder „Utopietheorie“ erwartet, wird enttäuscht: weder der Begriff Ideologie noch der Begriff Utopie wird bestimmt. Dies erschwert das Verständnis der Kernaussage, nämlich daß beim hegelianisierenden Marxismus Ideologie sich zur Utopie radikalisiere (29), und verweist auf die Schwäche dieser Arbeit, die in dem eigentümlichen Verfahren der Analyse liegt: Die Hauptgedanken de la Vegas gehen nicht hervor aus einer konkreten, nachvollziehenden und nachvollziehbaren Untersuchung der Texte der kritisierten Abweichler, sondern werden als fertige Produkte gesetzt. Ausgangspunkt der Kritik ist immer wieder der Verweis auf „den Marxismus“, dessen richtiges Verständnis beim Leser offenbar vorausgesetzt wird. Deshalb greift die Kritik an der hegelianisierenden Abweichung, auch da, wo sie berechtigt ist und zu interessanten und fruchtbaren Ergebnissen führt, zu kurz. Es reicht z. B. nicht aus, Lukács' Polemik gegen die Engelsche Naturdialektik mit dem Hinweis zurückzuweisen, Marx hätte Engels in diesem Punkt voll unterstützt und außerdem seien die angeblichen Vulgarisierungen Engels' für den durchschnittlichen Arbeiter verständlicher als Lukács' „subtile Lukubrationen“ (142).

Das Fehlen eines systematischen Ableitungszusammenhangs führt bei de la Vega aber auch zu übertriebenen Einschätzungen (meist als unabgeleitete Nebenbemerkungen eingestreut), die in ihrem vernichtenden Urteil dem kritisierten Lukács nicht mehr gerecht werden. So z. B. wenn de la Vega die Feststellung „interessant“ findet, daß in der irrational-faschistoiden Hegel-Rezeption einige Begriffe verwendet werden, „denen Lukács später (wenn auch materialistisch gefärbt) eine zentrale Bedeutung beimessen sollte“ (101). Lukács fällt de la Vega zufolge nicht nur oftmals hinter Hegel zurück, ein großer Teil seines philosophischen Werkes sei sogar „nichts anderes als die Reduktion auf spekulative Kategorien der Grundgedanken der jüdischen Apokalyptik und der jüdisch-platonischen Mystik.“ (122) Ohne begründende Ausführungen! Das vernichtende Urteil macht auch vor Lukács' persönlicher Integrität nicht halt, denn es handelt sich nach de la Vega hier um den „Prototyp schlechthin des bürgerlichen Überläufers in die Reihen des Proletariats“, um das Vorbild „des opportunistischen Paktiers, der sich durch alle Gefahren und Gewitter hindurchmanövriert und dabei sich selbst immer treu bleibt“ (128). Die Kontinuität seines Denkens sei „lückenlos“, was de la Vega mit direktem, vermeintlich materialistischem Analogieschluß begründet: die Kontinuität seines Denkens sei lückenlos, „wie lückenlos (wenn auch voller Widersprüche und Rezessionen) die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auch ist“ (125).

Warum setzt sich der Neuhelgianismus als „der ideologische Ausdruck“ der herrschenden Klasse ab 1871 (Reichsgründung) erst 1910/14 als herrschende Ideologie durch? Werden durch die Kompliziertheit der ideologischen Prozesse

nicht Begriffe wie „Ausdruck“ und die entsprechende Denkweise ad absurdum geführt? Nicht nur an diesem Beispiel drängt sich der Eindruck auf, daß die Kritik am hegelianisierenden Marxismus auf dessen eigener Grundlage erfolgt: statt konkreter historischer Ableitung eine enorm belese geisteswissenschaftlich orientierte Untersuchung, bei der die herrschenden Ideen unvermittelt postulierten Klasseninteressen zugeordnet werden, als deren „Ausdruck“ sie dann gelten.

Jan C. Rehmann (Berlin/West)

Ullrich, Otto: Technik und Herrschaft. Vom Handwerk zur verdinglichten Blockstruktur industrieller Produktion. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (478 S., br. 32,- DM).

Zweifellos kann das Buch von Ullrich als das bisher umfassendste und angelegentlichste der Auseinandersetzungen um Kernkraftwerke, Neutronenbombe etc. aktuellste Werk zum im Titel genannten Themenkomplex gelten. In epischer Breite wird das Problem von den verschiedenen Seiten her eingekreist und durchgearbeitet: von der Darstellung der Technikphilosophien von Gehlen bis Marcuse über die industriesoziologische Analyse der Tendenzen der Arbeit sowie die klassenanalytische Bestimmung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bis hin zur Analyse der Groß- und Rüstungstechnologie und der Bedingungen und Richtung einer „anderen Technik“ (384 ff.).

Die Analyse wird durch eine zentrale These zusammengehalten: Gegen die Auffassung der konservativen Technikphilosophen wie Gehlen, Schelsky und Freyer, die die Frage einer „personale(n), Gruppen- oder Klassenherrschaft“ hinter der vermeintlichen Technikherrschaft nicht erörtern oder verneinen (42), vor allem aber auch im Gegensatz zu marxistischen Theoretikern, die davon ausgehen, „daß man im kapitalistischen System den politisch-ökonomischen Apparat zerschlagen müsse, daß man aber den technischen Apparat übernehmen könne“ (47), macht Ullrich geltend, daß bereits die Logik der der Technik zugrundeliegenden Naturwissenschaft „eine Logik der Herrschaft“ (103) sei und daß daher „zwischen der ‚Logik des Kapitals‘ und der ‚Logik der Wissenschaft‘ eine Ähnlichkeit ‚noch vor aller aktiv verstandenen Anpassung‘ vorhanden war.“ (52) Ullrich folgt hier ganz der aus der Frankfurter Schule bekannten Argumentation (vgl. R. Nemitz: Technik als Ideologie, in: Das Argument 103). Zusammenfassend kommt er zu dem Ergebnis: „Für den Produktionsbereich ist die gesamtgesellschaftlich institutionalisierte Basis zur Aufrechterhaltung der Dynamik nach abstrakten Flußgrößen so perfekt, daß für diesen Punkt der Antagonismus von Kapital und Arbeit nicht mehr der einzig sinnvolle Schlüssel der Analyse ist.“ (256/57)

Daß es sich bei Ullrichs soziologischer Analyse des wissenschaftlich-technischen Systems nicht – wie er eingangs nahelegt – um eine Ergänzung bzw. um einen „erweiterten Bezugsrahmen(s)“ (48) marxistischer politisch-ökonomischer Analyse von Wissenschaft und Technik, sondern um deren Ersatz bzw. vollständige Verkehrung handelt, zeigt spätestens der Abschnitt über die gesellschaftliche Funktion der sog. „scientific community“, insbesondere der in Rüstungs- und sonstigen technologischen Großprojekten tätigen Naturwissenschaftler. Die Kernphysiker vergleicht er mit Pyromanen und Besessenen (235) und versteigt sich trotz Hinweises auf die Problematik derart psychologisierender Kategorien zu der Behauptung, es sei ein pathologisch zu nennender „Trieb (nach Erkennt-

nis), der tiefer reicht als der verständlichste Haß“ (etwa auf das faschistische Hitlerdeutschland, I. S.) (234), der die Kernphysiker zum Bau und zum Abwerfen der Atombombe veranlaßt habe und ein „faustischer Trieb“ (340) nach Erkenntnis neuer Welten, der Rüstungsforschung und gebrauchswertlose Großprojekte für Wissenschaftler so attraktiv mache. Die für Rüstungsprojekte typischen Bedingungen wie „hohe Einsatzmöglichkeit des Wissens und Könnens. . . , keine Beschränkung in den erforderlichen Ressourcen. . . , klare Verhaltensstandards durch einen langfristigen Planungshorizont“ (343) sowie die Handlungsmaxime, bei der „das Bessere der Feind des Guten ist“ (347), sind für Ullrich nicht etwa Zielvorstellungen einer humanen Wissenschaft, deren Perversion durch Rüstungs- und deren Einschränkung durch Profitinteressen zu bekämpfen sind, sondern umgekehrt selber Ursachen für die inhumanen und lebensfeindlichen Konsequenzen von Wissenschaft und Technik. „Für die heutige Konstellation einer durch Wissenschaft möglichen Technik sollte die Gesellschaft im Interesse ihrer Lebens- und Überlebensfähigkeit den ‚Forschertrieb‘ der scientific community zunächst als ‚Krankheit‘ betrachten, die geheilt, eingedämmt oder zumindest auf ein ‚lebensfähiges‘ Maß reduziert werden muß.“ (237)

Um Einschränkung und Verkleinerung statt um Befreiung und Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Potenzen aus den Schranken des Profitinteresses geht es denn auch bei Ullrichs Entwurf einer „anderen Technik“. Seine Vorstellungen einer alternativen „überschaubaren Klein- und Mitteltechnologie“ (461) bzw. einer „Verbreiterung einer vergleichsweise primitiven Technik auf Massensbasis“ (445) anstelle von ständig neuen „technisch-wissenschaftliche(n) Pionierleistungen“ (445), die Ullrich in scharfer Absetzung von der „Fetischisierung der materiellen Produktion und der ‚Produktivität‘ der Wissenschaft und Technik“ (426) in den „sich selbst sozialistisch nennende(n) Länder(n)“ (239) entwickelt, erweisen sich nicht nur als verschwommen und widersprüchlich, sondern auch als gefährlich naiv. „So wird eine Gesellschaft. . . weniger daran interessiert sein, wie ein bestimmter Stoff sich bei annähernder Lichtgeschwindigkeit verhält oder in der Nähe des absoluten Nullpunkts der Temperatur, sondern z. B. mehr daran, wie dieser Stoff sich bei Zimmertemperatur in Speisen von Menschen verhält“ (462 f.). So leicht angesichts der zunehmenden Bedeutung biologisch-chemischer Kriegsführung nachzuweisen ist, daß die harmlose Erforschung von Stoffen in Speisen bei Zimmertemperatur die lebensfeindliche Verwendung ihrer Ergebnisse überhaupt nicht ausschließt, so schwer fällt es, nachzuvollziehen, wieso Ergebnisse der o. g. Erforschung von Grenzfällen heute nicht ähnlich lebensbedeutsam werden könnten wie in der Vergangenheit etwa die Erkenntnisse eines Kepler oder Galilei, die ohne Abwendung vom vermeintlichen „Sinnenreich der Menschen“ (341) niemals möglich gewesen wären. Allein schon die massenhafte Vernichtung von Menschenleben mit einer „vergleichsweise primitiven Technik“ in den beiden Weltkriegen macht die einfache Gleichung von geringer Größe und „Humanität“ der Technik höchst fragwürdig. So wenig es daher im Kampf gegen Rüstungstechnik um den Ersatz der Atombombe durch das Schwarzpulver gehen kann, so sehr wird es umgekehrt bei der Verhinderung lebensbedrohender Folgen ziviler Technik bzw. der Entwicklung alternativer Technologien notwendig sein, über den erreichten Stand wissenschaftlich-technischer Entwicklung hinauszugehen und d. h. gerade jene Potenzen von Wissenschaft und Wissenschaftlern – wie Phantasie, langfristige Planung, kühne Erprobung des Ungewöhnlichen – zu mobilisieren, die Ullrich eingedämmt sehen will.

Ilse Schütte (Oldenburg)

Mumfort, Lewis: *Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht.* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1977 (856 S., br., 14,80 DM).

Mumfort schreibt eine phänomenologische Darstellung der Entwicklung von Kultur, Technik und Macht von den Urmenschen bis zu heutigen Gesellschaften. Er geht dabei aus von der Entwicklung des Menschen als „vor allem ein geistig tätiges, sich selbst meisterndes und sich selbst formendes Tier. . . und daß der primäre Ort all seiner Aktivitäten zunächst sein eigener Organismus ist, dann die soziale Organisation, durch die er reichere Ausdrucksformen findet.“ (20) Mumfort kritisiert die These, daß die Haupttriebkraft der Entwicklung und Symbolbildung (Sprache) der Werkzeuggebrauch sei (20), wobei er einen auf instrumentelle Tätigkeit beschränkten Arbeitsbegriff verwendet. Er betont aber auch: „Die Arbeit in allen ihren Aspekten hat bei der Ausweitung des menschlichen Geistes und der Bereicherung seiner Kultur eine entscheidende, maßgebende Rolle gespielt, nicht weil der Mensch nur als werkzeugverwendendes Tier zu definieren ist, sondern weil Arbeit eine der vielen Tätigkeiten ist, die seine Intelligenz stimuliert und seine körperlichen Fähigkeiten gesteigert haben“ (540). Wesentliches Anliegen Mumforts Arbeit ist es, subjektive und objektive Aspekte der menschlichen Erfahrung bei der Analyse der Technik und der menschlichen Entwicklung miteinander zu verschmelzen (816). Die Trennung von subjektiver und objektiver Welt wirft er z. B. Galilei vor, der die Fülle von Welt und Leben auf mathematisierbare Erscheinungen reduziert habe, wobei die Mathematisierung einerseits fortschrittlich was für die Erkenntnis physikalischer Welt, andererseits aber wissenschaftsgeschichtlich zu Positivismus und Behaviorismus und im gesellschaftlichen Rahmen zu Automation und Beherrschung des Menschen durch Technik führte (393). „Im Interesse der *Objektivität* eliminierte der neue Wissenschaftler den historischen Menschen und alle dessen subjektive Handlungen“ (398). Der neue Wissenschaftler tauschte außer den angesammelten Dogmen der Kirche auch die Totalität menschlicher Erfahrung aus für jenen winzigen Teil, „der in einer begrenzten Lebensspanne beobachtet und in Begriffen von Masse und Bewegung interpretiert werden kann.“ Indem die Subjektivität verworfen wird, wird das zentrale Subjekt der Geschichte, der mehrdimensionale Mensch, exkommuniziert. Die Ausschließung des mehrdimensionalen Menschen ermöglichte die Wiederaufnahme und Weiterentwicklung der „Megamaschine“ des alten Ägypten, die durch Konzentration und disziplinierte Organisation von Menschen ungeheure Arbeitsleistungen ermöglichte. Wesentliche Komponenten dieser „Großen Maschine“, die als integriertes Ganzes funktionierte, waren neben Arbeit Verwaltung, Religion und Militär (219 ff.). Den Mythos der Maschine definiert Mumfort als Machtkomplex: „eine neue Konstellation von Kräften, Interessen und Motiven, die schließlich die alte Megamaschine wiederbelebte und ihr eine vollendetere technologische Struktur gab. . .“ Die so hervorgehende organisierte politische Macht, „unterstützt durch Zwangsmittel, ist die Quelle von Eigentum und Produktivität: zuerst durch die Kultivierung des Bodens unter Nutzung der Sonnenkraft, und dann in den späteren Entwicklungsstadien durch jede andere Produktionsweise“ (525). Durch das Zusammenfassen von Menschen zu organisierter Arbeit entstehen Herrschaftsstrukturen, in denen der mehrdimensionale Mensch auf seine Arbeitsfunktion reduziert wird. In der vorangeschrittenen Arbeitsorganisation, der Automation, „nimmt die Bedeutung menschlicher Inhalte zwangsläufig ab“ (546). Ergebnis von Automation ist der automatisierte oder Organisationsmensch, „der seine Weisungen vom System erhält und sich . . . ein Abweichen vom System nicht vorstellen kann“

(555). Durch äußere und innere Organisation des Menschen wird ein System totaler Kontrolle möglich; „1984“ und der „Atomstaat“ erhalten sehr reale Züge. Maßstab eines durch die „Große Maschine“ kontrollierten Systems ist nicht eine „zweckvollere und menschenwürdigere Lebensweise“, sondern Fortschritt, der im Sinne des Machtsystems mehr Macht, mehr Profit, mehr Produktivität, mehr Eigentum, mehr Publizität bedeutet (526 f.). Gegen diese Folgen eines mechanisierten Weltbildes und gegen „die offiziellen Terroristen, deren kostspielige Pläne zur totalen kollektiven Ausrottung immer noch von den Staatsregierungen verschwenderisch unterstützt und von den Staatsbürgern als Garantie für Stabilität und *Frieden* angesehen werden“ (747), erklärt Mumford die Notwendigkeit eines organischen statt technischen Weltbildes und Systems, das den mehrdimensionalen Menschen überleben und zur Geltung kommen läßt. Dieses ökologische System muß folgende Perspektiven erfüllen: Aufhebung der lebenslangen Bindung an eine einzige Beschäftigung oder Aufgabe, Förderung dezentralisierter Gemeinschaften und Verlangsamung des Tempos aller Aktivitäten unter der Bedingung einer Gesellschaft der Fülle (797 ff.). Jürgen Tätz (Wolfsburg)

Stöltzing, Erhard: *Wissenschaft als Produktivkraft*, List Verlag, München 1974 (345 S., br., 12,80 DM).

Seit dem 17. Deutschen Soziologentag 1975 in Kassel hat Wissenschaftsforschung in der Bundesrepublik eine institutionalisierte „scientific community“, die Sektion Wissenschaftsforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Solche Institutionalierungsprozesse gelten bestimmten Spielarten der Wissenschaftssoziologie als Indiz für wissenschaftlichen Fortschritt. In der Tat: in den letzten Jahren hat die Publikationsquote im Bereich der Wissenschaftsforschung in der BRD erheblich zugenommen, ohne freilich jenes Maß an kontinuierlicher Forschung zu dokumentieren, das z. B. in den USA oder der DDR erkennbar ist. Einheitlichkeit läßt sich allenfalls finden in dem unausgesprochenen Konsens der meisten Autoren, eine Soziologie des Wissens oder der Wissenschaftlergemeinschaft zu betreiben. Sozialökonomische Determinanten wissenschaftlicher Entwicklung gelten hier als bloße „externe“ Faktoren, auf die hin und wieder verwiesen, deren Qualität als Triebkraft oder Hemmnis der Forschung aber strikt gelehnet wird.

Das vorliegende Buch Stöltzings nimmt sich vor dem Hintergrund dieser Argumentationsszenarie als wohlthuende Ausnahme aus. Schon der Untertitel benennt den Sachverhalt, um den sich die etablierte Wissenschaftsforschung nicht kümmern zu brauchen glaubt: „Die Wissenschaft als Moment des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses“. Die Thematisierung der Wissenschaft als Arbeit, obgleich seit 40 Jahren betrieben, ist weithin noch Programm der Forschung. Sie hat indes zwei unbestreitbare Konsequenzen, die als Voraussetzungen weiterer Untersuchungen bezeichnet werden können: 1. Es handelt sich um ein die herkömmlichen Vorstellungen von Theorien sprengendes Herangehen an wissenschaftliche Aussagen, die nun nicht mehr als bloß kognitive Absonderungen kontemplativer geistiger Anstrengung erscheinen, sondern als Produkte eines spezifischen, gleichwohl den Gesetzen der jeweiligen Gesellschaftsformation unterliegenden, arbeitsteiligen und kooperativen Arbeitsprozesses. Die „Beliebtheit der Theorien“ beruht auf deren Loslösung vom Lebensprozeß der Gesellschaft; als solche „erscheinen“ sie daher nur (12). 2. Mit der Subsumierung der Wissenschaft unter den Arbeitsbegriff eröffnet sich die Fragestellung nach den Voraussetzungen,

der inneren Organisation und der ökonomischen Verwertung der Resultate solcher Arbeit. „Die Wissenschaft ist. . . Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit und damit so selbständig oder unselbständig wie deren Entwicklung insgesamt“ (15).

Mit dieser Fragestellung bewegt sich der Autor schon in einem marxistischen Argumentationszusammenhang. So stehen denn auch Probleme der ökonomischen Formbestimmtheit von Wissenschaft, ihre Subsumtion unter kapitalistische Verwertungsgesetze, im Zentrum der Analyse. Unter dem Thema „Bestimmungsfaktoren der Wissenschaftsentwicklung“ werden das Verhältnis der Wissenschaft zur Produktion sowie die hinter der Entwicklung dieses Verhältnisses stehenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Konkurrenz, des Strebens nach Ausdehnung des relativen Mehrwerts und die Strategie der Vermeidung des tendenziellen Falls der Profitrate analysiert. Indem so der Nachweis erbracht wird, daß Wissenschaft keine Produktivkraft an sich, sondern nur vermittels ihrer Einbindung in das System der gesellschaftlichen Gesamtarbeit produktiv – und das heißt im Kapitalismus: Mehrwert erzeugende Arbeit – ist (84), gewinnt auch das Selbstverständnis marxistischer Wissenschaftssoziologie Kontur: sie ist primär Politische Ökonomie zunehmend verwissenschaftlichter Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Somit bleibt die Soziologie der Wissenschaft, die jene als Arbeit unterstellt, nicht auf das Verhältnis (natur-) wissenschaftlicher Forschung und (materieller) Produktion beschränkt, sondern umgreift auch das der (Sozial-) Wissenschaft zur gesellschaftlichen Reproduktion. Im Abschnitt über „Sozialwissenschaft als Produktivkraft“ kommt diese Dimension zur Sprache. Mit solcher Erweiterung des Untersuchungshorizonts ist die Notwendigkeit verbunden, analog zur sozialen Instanz materieller Produktion – dem Kapital – den Träger gesellschaftlicher Reproduktion und sozialwissenschaftlicher Forschung – den Staat – sozialökonomisch zu analysieren. (184/85).

Unter der angedeuteten Perspektive werden dann auch all jene mikrosoziologischen Einzelbemühungen interpretierbar, die den Horizont bürgerlicher Wissenschaftssoziologie ausfüllen. Es handelt sich um Versuche einer zweckrationalen Instrumentalisierung der Wissenschaft, die so tut, als ob diese unbeschadet ihrer Gehalte auf alle Ziele hin anwendbar sei; unter der sozialökonomischen Perspektive zeigt sich jedoch, daß die „Ideologie der reinen Wissenschaft“ (232), wie sie insbesondere in der von Popper inspirierten Wissenschaftstheorie sich noch am Leben hält, ad absurdum geführt ist durch den empirisch nachweisbaren gegensätzlichen Charakter, den Wissenschaft bekommt, wenn sie einerseits an den Bedürfnissen zunehmend staatlich unterstützter privater Kapitalinteressen (139), andererseits an den Bedürfnissen der Allgemeinheit orientiert ist.

Die Analyse Stöltings besticht allerdings nicht nur durch ihre thematische Stringenz, sondern auch durch die an allen Stellen geübte Kritik an restriktiven Ansätzen in der Wissenschaftssoziologie. Sie beginnt in der einleitenden Rekonstruktion von Wissenschaftsauffassungen des Mechanismus und Empirismus, die in einer einleuchtenden Zurückweisung etwa der Konzeption des Wiener Kreises mündet (34), bezieht sich auf die Folgen der Konzeption von Habermas, die einer Substitution des Arbeitsprozesses durch Interaktion das Wort redet und daher auch Wissenschaft nicht mehr primär sozialökonomisch zu begreifen gestattet, und endet schließlich bei den mikrosoziologischen Theoremen einer bloß quantitativ orientierten Wissenschaftsforschung (211).

Trotz solcher Verdienste des Buches, das eine Bresche schlägt in die vorherrschenden Wucherungen reduktionistischer Wissenschaftssoziologie, sind seine

Schwachstellen unverkennbar. So ist nicht einsichtig, weshalb im Eingangskapitel, in dem die theoretischen Auffassungen von Wissenschaft Revue passieren, der Marxsche Ansatz – die Konzeption der Wissenschaft als „allgemeine Arbeit“ – als Endpunkt der unterschiedlichen Stränge von Reflexionen über *Wissen* erscheint. Marx hat bekanntlich – im Gegensatz zu den referierten Wissenschaftstheorien – keine gesonderte Analyse des wissenschaftlichen Wissens betrieben, sondern in der Gesellschaftsanalyse die Wissenschaft als Moment des umfassenden sozialen und ökonomischen Lebensprozesses entdeckt. Insofern bildet er nicht den kumulativ interpretierbaren Abschluß kognitiver Theoriegeschichte, sondern stellt einen qualitativen Bruch zu dieser dar. Dies wird zwar implizit – durch das Schwergewicht der folgenden Kapitel – deutlich, explizit jedoch nicht thematisiert. Auch die immanente Explikation des Arbeitsbegriffs in der Wissenschaftssoziologie, zur Zeit einer der zentralen Diskussionspunkte in der Wissenschaftsforschung, kommt m. E. zu kurz.

Im weiteren Verlauf der Analyse werden einige Gesichtspunkte, die mit Recht hervorgehoben sind, mit mißverständlichen bzw. unverständlichen Argumenten eingeführt. Die Einsicht etwa, auch Sozialwissenschaften seien zunehmend ins System gesellschaftlicher Produktivkräfte integriert, wird begründet durch den Hinweis, Gesellschaft sei nur unvollständig objektivierbar (163). Zum einen erhebt sich hier die Frage, inwieweit solche Charakteristik die Vergleichbarkeit von Natur- und Sozialwissenschaften, was ihren Produktivkraftcharakter angeht, erleichtert oder erschwert. Zum andern könnte eine derartige Formulierung zur – irrigen – Annahme führen, die sozialökonomischen Ursachen der Vergesellschaftung von Wissenschaft – deren Moment die Produktivkraftthese ist – seien bei sozialen und naturwissenschaftlich-technischen Problemen völlig andere. Im empirisch-konkreten Fortgang wird allerdings solche Vorstellung korrigiert, ist doch der staatliche Interventionismus als Motor sozialwissenschaftlicher Vergesellschaftung – sieht man einmal von solch prägnanten Beispielen wie der Betriebssoziologie ab – von den gleichen Gesetzmäßigkeiten beherrscht wie die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktion durch die Naturwissenschaften und die technischen Wissenschaften.

Schließlich erscheint dem Rezensenten der 20seitige Exkurs zur „Sozialistischen Ökonomie und Wissenschaftsplanung“ sowohl in seiner Kürze wie in seiner Begründung unbefriedigend. Abgesehen davon, daß einer 350seitigen Monographie nicht gelingen kann, auf solch knappem Raum die sozialökonomische Alternative zur kapitalistischen Wissenschaftsorganisation angemessen zu diskutieren, steckt in der Absicht dieses Exkurses ein fundamentales Mißverständnis. Ausgehend von der ökonomischen Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapital, die zugleich eine graduell unterschiedliche Subsumtion wissenschaftlicher Arbeitsformen unter ökonomische Gesetze der Kapitalverwertung bedeutet, will Stöltzing im Kapitel über sozialistische Wissenschaftsorganisation untersuchen, „wie eine Wissenschaft aussehen würde, die nicht unter das Kapital subsumiert wäre“ (139/40). Gegenstand der Analyse soll dann aber die „stoffliche“ Seite solcher „Subsumtion unter die gesellschaftliche Produktion“ sein. Nun ist die gesellschaftliche Produktion nicht Gegenbegriff zur „Subsumtion unter Kapital“, sondern deren Oberbegriff; stoffliches Charakteristikum ist daher nicht solche Subsumtion, sondern ihre Auswirkung auf Arbeitsmittel und Techniken der Wissenschaft.

Solche Schwächen des Buchs schmälern indessen nicht seinen Stellenwert als Alternative zur vorherrschenden Doktrin in der Wissenschaftsforschung der Bundesrepublik; sie zeigen vielmehr, wie wenig marxistische Wissenschaft mit

diesem Begriff der Doktrin verbunden ist und wie sehr sie als fortwährender Forschungsprozeß zu gelten hat, auch und gerade in solch jungen und zugleich immer wichtiger werdenden Disziplinen wie der Wissenschaftssoziologie.

Georg Ahrweiler (Münster)

Hübner, Kurt, Nikolas Lobkowicz, Hermann Lübbe und Gerard Radnitzky (Hrsg.): Die politische Herausforderung der Wissenschaft. Gegen eine ideologisch verplante Forschung. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1976 (232 S., br., 28,- DM).

Der vorliegende Sammelband von Referaten enthält in revidierter Form die Ergebnisse der im März 1976 in München, unter dem Vorsitz des Rektors der Maximilian-Universität, Lobkowicz, abgehaltenen Tagung des Arbeitskreises „Wissenschaftsforschung in der BRD“ (Förderer: Thyssenstiftung). Dieses Dokument einer konservativen Sammelbewegung stellt den Versuch dar, eine bisher auf die wissenschaftstheoretische Ebene beschränkte Debatte in die Öffentlichkeit wissenschaftspolitischer Diskussion zu tragen. Die alle Autoren einende Option ist die uneingeschränkte Autonomie wissenschaftlicher Forschung. Während die anwendungsorientierte Wissenschaft der als notwendig crachteten staatlichen Wissenschaftsplanung überantwortet wird, soll die nach Meinung der Autoren anwendungsindifferente Grundlagenforschung vor staatlichem Zugriff geschützt werden. Jeder Planungsversuch, jeder lenkende Eingriff (auch der an den sozialen Bedürfnissen der Mehrheit einer Gesellschaft orientierte), ja jede Politisierung würden „eine Verminderung oder gar Zerstörung des zukünftigen Problemlösungsvermögens bedeuten“ (Andersson, 77). Solche Gefahren hätten über die sogenannte „kritische“ Wissenschaftsphilosophie bereits seit den 60er Jahren Eingang in den Wissenschaftsbetrieb gefunden.

Die von den Autoren geltend gemachten Notwendigkeiten für eine von externen Einflüssen freizuhaltende Wissenschaft lassen sich unter folgenden Gesichtspunkten referieren: 1. Das wissenschaftspraktische Argument: Grundlagenforschung ist eo ipso nicht planbar. Jedes wissenschaftspolitische Planungsvorhaben scheitert an dem wissenschaftstheoretisch einsehbaren Faktum der Nicht-Prognostizierbarkeit wissenschaftlicher Entwicklung. Selbst wenn eine Steuerung nach bestimmten Zwecken, über die ohnehin ein Konsens nicht herstellbar wäre, als wünschenswert erschiene, so ist sie doch auf Grund des Wesens der Wissenschaft nicht durchführbar. – 2. Das epistemologische Argument: Eine tatsächlich durchgeführte Wissenschaftssteuerung kollidiert mit den Forderungen der angeblich besten aller Methodologien, dem kritischen Rationalismus. Wissenschaftlicher Fortschritt entwickelt sich allein im freien Wettstreit rivalisierender Theorien; Planung, d. h. notwendige Auswahl aus den in ihrer Güte nicht vorab beurteilbaren Alternativen bedeutet Stagnation. (Man beachte: Planung ist machbar, allerdings nicht wünschenswert.) – 3. Das wissenschaftshistorische Argument: Das Studium der Wissenschaftsgeschichte lehrt eindeutig, daß in allen Fällen von staatlichen Planungseingriffen in den Wissenschaftsbetrieb, das Wahrheitsideal der Staatsräson geopfert wurde (Paradebeispiel: Der Fall Lyssenko).

Die o. a. Gefahren und Tendenzen der Politisierung von Wissenschaft werden diskutiert an Hand einer Reihe von Theorien und Thesen, „die in die deutsche Wissenschaftstheorie durch Vertreter der Kritischen Theorie und ihnen verwandter Kreise Eingang gefunden haben“ (Lobkowicz, 8): daß Wissenschaft den Bedürfnissen gesellschaftlicher Praxis entspringt (Schramm), in ihrem Fortschritt

durch ein Interesse an gesellschaftlicher Praxis bestimmt und dem Wesen nach von gesellschaftlichen Interessen geleitet wird (Lobkowicz); daß Wissenschaft ab einer bestimmten Entwicklungsstufe „finalisiert“, d. h. nach externen Zwecken ausgerichtet wird (Andersson, Hübner, Radnitzky); daß Wissenschaft nicht vom Anwendungsbezug (à la Konstruktivismus) gelöst werden darf (Poser). Die Verwissenschaftlichung von praktischen Entscheidungen und die allgemeine Tendenz der Politisierung von Wissenschaft wird untersucht (Lübbe) und identifiziert mit der Aufgabe einer verbindlichen Wahrheitsidee (Radnitzky). Planung als Ergebnis der Politisierung bedeutet im Fall der Geisteswissenschaften (Pöggeler) etwas anderes als im Fall der Naturwissenschaften (Sachsse), so daß an gemeinsamen Planungsgrundsätzen überhaupt gezweifelt werden muß. Darüber hinaus führt sie zu einer unerträglichen Bürokratisierung der Wissenschaft. Es fehlen natürlich auch nicht Alberts traditionelle Einwände gegen die Konsensstheorie der Wahrheit und Topitschs bekannte Scheingefechte mit der ihm unverständlichen Dialektik.

Nun darf man den Autoren wohl nicht unterstellen, daß sie nicht in der Lage wären zu sehen, daß die Wissenschaft und mit ihr auch die Grundlagenforschung de facto externen Einflüssen unterliegt. Es wird geplant, gelenkt und gesteuert und sowohl Entscheidungskriterien wie Zielprojektionen des Staates als auch Planungs- und Entscheidungsprozesse, die die Grundlagenforschung bestimmen, sind Umsetzungen von Interessen, die sich aus ganz konkreten Verwertungsbedingungen der „science-based industries“ ergeben. So wird heute die Entwicklung der Kernphysik etwa im Rahmen einer auf private Kapitalverwertung ausgerichteten F&E-Politik zum Aufbau einer zivilen Atomwirtschaft gelenkt, wobei die Planungsvorhaben allerdings noch so flexibel sind, daß internen Selbststeuerungseffekten der Disziplinen Raum gelassen wird. Daß die Autoren die Existenz außerwissenschaftlicher Entwicklungsmechanismen überhaupt leugnen, hat seinen ideologischen Grund wohl darin, daß sie glauben, so der Forderung nach einer nicht an privaten Kapitalinteressen, sondern an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierten Steuerung entgegen zu können.

Die mit der Leugnung von externen Entwicklungsdeterminaten verbundenen Schwächen zeigen sich deutlich in der Auseinandersetzung mit der Finalisierungstheorie. Das Kernproblem, mit dem die Finalisierungstheorie steht und fällt, ist die Frage nach der Möglichkeit und Existenz von abgeschlossenen Theorien. Genau an diesem kritischen Punkt findet aber keine Auseinandersetzung mit den Argumenten der Finalisierungstheoretiker statt. Abgeschlossene Theorien darf es nicht geben, weil deren Annahme mit den Prinzipien des erkenntnistheoretischen Fallibilismus inkompatibel ist. Die Autoren leiden offensichtlich alle an der alten Krankheit der Kritischen Rationalisten, die Realität der Wissenschaft ausschließlich an wissenschaftstheoretischen Standards messen zu wollen, anstatt einmal diese Standards an der Realität auf ihre Adäquatheit zu überprüfen.

Claus Peter Freitag (Göttingen)

Sprach- und Literaturwissenschaften

Steinmüller, Ulrich: Kriterien effektiver Kommunikation. Böhlau Verlag, Köln 1977 (189 S., br., 30,- DM).

ders.: Kommunikationstheorie – Eine Einführung für Literatur- und Sprachwissenschaftler. Kohlhammer Verlag, Berlin/West 1977 (135 S., br., 8,- DM).

Steinmüllers Arbeiten zielen, von soziolinguistischen Fragestellungen herkommend, vor allem auf den pragmatischen Aspekt der Sprache. Er untersucht jedoch weniger die Beziehung der Zeichen zum interpretierenden Menschen, sondern vielmehr kommunikative Interaktionen im Gesamtsystem gesellschaftlichen Verhaltens. Für ihn ist zwischenmenschliche Kommunikation Ergebnis organisierter menschlicher Tätigkeit. Zwar bleibt er in beiden Publikationen eine in sich geschlossene Gesellschaftstheorie schuldig, die seiner Meinung nach Voraussetzung für das Verständnis zwischenmenschlicher Kommunikation ist; gleichwohl entwickeln sie – insbesondere die zweite Arbeit – Ansätze einer materialistischen Sprachtheorie sowie konstruktive Vorschläge zur Verbesserung des eigensprachlichen Unterrichts in der Schule.

Kriterien effektiver Kommunikation hat das unterschiedliche kommunikative Verhalten von Schulkindern zum Gegenstand. Steinmüller korreliert in einer empirischen Untersuchung die Sprechweise von Kindern mit ihrer Klassenzugehörigkeit und versteht defiziente kommunikative Fähigkeiten nicht als individuelle sondern als klassenspezifische Merkmale. Die Untersuchung geht davon aus, daß „das in die Gesellschaft hineinwachsende Kind je nach Klassen- und Schichtzugehörigkeit verschiedene Möglichkeiten und Fähigkeiten des kommunikativen Verhaltens erwirbt“ (3). Um diese These zu überprüfen verwendet Steinmüller fünf Kriterien effektiver Kommunikation: 1. Konsequente Partnerbeobachtung des Sprechers, 2. Bewußtsein des Sprechers von der Anfälligkeit und möglichen Ineffektivität kommunikativer Interaktion, 3. Abstraktion von seinem eigenen kommunikativen Verhalten, 4. sich in die Rolle des jeweiligen Kommunikationspartners versetzen können, 5. sich auf eine Metaebene begeben zu können, um das eigene kommunikative Verhalten zu beobachten, zu überprüfen, zu kommentieren und zu modifizieren (55). Diese Kriterien untersucht er unter folgender Hypothese: „Die Fähigkeit, über diese Kriterien effektiver Kommunikation zu verfügen, variiert mit dem sozialen Status des Sprechers“ (111). Sie wird durch die Untersuchung, vor allem dahin bestätigt, daß das kommunikative Verhalten der Angehörigen der Bourgeoisie effektiver ist als das der Angehörigen der Arbeiterklasse.

Erinnert diese Arbeit noch an die von Bernstein entwickelte Theorie des schichtenspezifischen Sprachgebrauchs, die Steinmüller weit weniger einer kritischen Diskussion unterwirft, als es nötig wäre, so ist seine *Kommunikationstheorie* anders einzuschätzen. In ihr geht er davon aus, daß die in den letzten Jahren breit geführte Diskussion über die Integration der Linguistik in den Deutschunterricht darunter gelitten habe, daß kein Ansatz zugrunde gelegt wurde, der die spezifischen Probleme zwischenmenschlicher Kommunikation angemessen beschrieben habe. So muß, – wenn die Entwicklung der kommunikativen Fähigkeiten der Schüler eines der Hauptlernziele des eigensprachlichen Unterrichts sein soll – eine Kommunikationstheorie Verwendung finden, die den „kausal-funktionalen Zusammenhang von Gesellschaftsstruktur, sozialem Handeln und kommunikativen Akten“ (10) berücksichtigt.

Kommunikation basiert auf gemeinschaftlicher Tätigkeit der Menschen (1. Kap.). Die zwischenmenschliche Kommunikation wird als eine Form dieser Tätigkeit verstanden. „Die Kenntnis gesellschaftlicher Gegebenheiten und Vorgänge ist eine Voraussetzung für die angemessene Interpretation . . . kommunikativer Tätigkeit“ (13). Dieses Verhältnis führt Steinmüller zu der Frage, wie die menschliche Kommunikationstätigkeit mit anderen Tätigkeiten verbunden ist. Er unterscheidet drei Gesichtspunkte menschlicher Tätigkeit: a) Gestaltung der Umwelt: Das heißt, die Einwirkungen des Menschen auf die Umwelt, wobei sie durch die Existenz des Menschen als sozialem Wesen in einer sozialen Gruppe bestimmt ist, b) ihre Struktur: Er unterscheidet nach Leont' ev drei strukturelle Aspekte: Motivation, Durchführung und Ziel. „Der Rahmen, der diese drei Aspekte der menschlichen Tätigkeit darstellt ist eine konkrete, historisch existierende Gesellschaft mit ihren Strukturen, Bedingungen und Erfordernissen“ (15), c) ihre Form: Sie ist durch praktisch-gegenständliche und geistige Tätigkeit charakterisiert. „Die geistigen Tätigkeiten, die bei der Ausbildung von Begriffen und bei geistigen Problemlösungsversuchen ausgeführt werden, haben ihren Ursprung im praktischen Handeln an Objekten der Realität“ (16 f.). Kommunikative Tätigkeit versteht er als eine besondere Art menschlicher Tätigkeit, als eine Form veräußerlichter geistiger Tätigkeit. Beide sind gesellschaftliche Produkte und in der Gesellschaft als soziale Situationen real existent.

Die konstitutiven Faktoren kommunikativer Aktivitäten sieht er im Sender, Empfänger, der Nachricht, dem Kanal und Kode (2. Kap.), die sie aber nicht bestimmen, weil die sozial-historische Komponente außer acht gelassen wird. Kommunikative Tätigkeit ist durch psychische, funktionale und situative Faktoren gekennzeichnet, die bei der Untersuchung zwischenmenschlicher Kommunikation berücksichtigt werden müssen. Der Autor unterscheidet vier Funktionstypen, die die grundsätzlich unterscheidbaren Aufgaben kommunikativer Tätigkeit feststellen: 1. ihre enge Verbindung zu praktisch-gegenständlicher Tätigkeit, 2. ihre kognitive Funktion, 3. ihr Herstellen und Aufrechterhalten zwischenmenschlicher Kontakte, 4. ihre individualpsychologische Komponente. Sprache als Medium kommunikativer Tätigkeit (3. Kap.) und als Instrument der Übertragung von Bewußtseinsinhalten vergleicht er mit materiellen Werkzeugen. „die in anderen Arten menschlicher Tätigkeit die Auseinandersetzung mit der Umwelt bewerkstelligen helfen“ (57). Arbeitstätigkeit und kommunikative Tätigkeit sind gemeinsam durch den Gebrauch von Werkzeugen charakterisierbar. Die Unterschiede in der Kommunikationstätigkeit (4. Kap.) sieht der Autor darin, daß „alle Kommunikationsteilnehmer innerhalb einer Gesellschaft nur über Ausschnitte des Gesamtspektrums kommunikativer Fähigkeiten und Möglichkeiten verfügen können“ (82). Diese Ausschnitte kennzeichnet er als „Reservoir“, in denen abrufbare Zeichen und Informationen gespeichert sind. Da nicht alle Menschen gleiche Funktionen wahrnehmen, „machen sie unterschiedliche Erfahrungen und speichern somit unterschiedliche Erkenntnisse“ (85). Die Ursache dieser unterschiedlichen Funktionen im Gefüge der Gesellschaft leitet er aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ab. Wie trotz dieser Unterschiede zwischenmenschliche Kommunikation möglich wird, beschreibt er im letzten Kapitel der Arbeit.

Steinmüller fordert aufgrund des von ihm entwickelten Zusammenhangs von Kommunikation und Gesellschaft eine Modifizierung und Konkretisierung der Lernziele des eigensprachlichen Unterrichts. So schlägt er u. a. vor, ihn nicht länger als reinen Sprachunterricht zu verstehen und die Deutschlehrausbildung

an einem sozialwissenschaftlich orientierten Kommunikationsbegriff zu orientieren.

Gerade zukünftige Deutschlehrer können hier Anregungen finden.

Hubert Malouschek (Berlin/West)

Steinig, Wolfgang: *Soziolekt und soziale Rolle*. Untersuchungen zu Bedingungen und Wirkungen von Sprachverhalten unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in verschiedenen sozialen Situationen. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1976, (299 S., br., 32,- DM).

Steinigs Dissertation soll empirische Analyse sozial bestimmter Sprachvarianten sein und dadurch die Neuinterpretation einiger Annahmen der Code-Theorie ermöglichen. Dieser wirft der Autor vor, sie arbeite „mit einer immer größer werdenden Anzahl nicht operationalisierbarer Konstrukte“ und ignoriere „die empirisch meßbare und interpretierbare sprachliche und kommunikative Realität“ (233). Steinig legt seinem soziolinguistischen Ansatz den Begriff des Soziolekts als dem Sprachverhalten einer gesellschaftlich abgrenzbaren Gruppe zugrunde. Soziolekte werden dabei nicht als unmittelbare Gegebenheiten aufgefaßt, sondern als Gruppensprachen, die sich erst „durch wechselseitige soziolektale Bewertung von sozialen Gruppen als solche konstituieren“ (39). Mithin können die Merkmale soziolektaler Grenzbeziehungen nicht unmittelbar festgestellt, sondern müssen über die Erforschung jener Kriterien ermittelt werden, die den Hörer leiten bei der Identifizierung einer gegebenen sprachlichen Varietät als einem bestimmten Soziolekt zugehörig.

Der Frage nach diesen soziolektal diskriminierenden Merkmalen geht Steinig experimentell nach und macht „soziolektale Signale“ im sprachlichen Verhalten ausfindig, die es Versuchspersonen im Experiment ermöglichen, Kinder verschiedener sozialer Herkunft bei gleichem gemessenen IQ anhand der unterschiedlichen sprachlichen Darstellung eines identischen Ereignisses überwiegend richtig sozial einzustufen. Solche Signale, die Steinig auf phonetisch-morphologischer (z. B. Aussprache, falscher Kasusgebrauch), stilistischer (Wortwahl), paralinguistischer (Intonation) und pragmatischer (Befangenheit vs. Sicherheit) Ebene angesiedelt findet, sind „die Ursache für extreme soziale Einstufungen und Bewertungen“ (73) – sei es als Prestige- oder als Stigma-Signale.

Steinig beschreibt zwar in aufschlußreichen Details, wie Hörer anhand von Symptomen schichtspezifischer Sprechweisen auf die soziale Herkunft von Sprechern schließen und zeigt treffend die aus der gesellschaftlichen Sanktionierung stigmatisierten Sprechens resultierenden Beschneidungen individueller Erfolgchancen in Schule und Beruf (z. B. der Mechanismus der „self-fulfilling-prophecy“). Indem er jedoch „die Benachteiligungen dieser Kinder mit den soziolektalen Bewertungsmechanismen (erklärt)“ (211), nimmt er die Teilproblematik der Bewertung vorschnell für das Ganze der soziolinguistischen Problemstellung und reduziert das Problem sprachlich vermittelter sozialer Ungleichheit gemäß den Argumenten der Differenz-Theorie: Benachteiligung werde erst dadurch produziert, daß die bei Unter- und Mittelschichtsprechern sozialisationsbedingt unterschiedliche Realisierung von Prestige- oder Stigma-Signalen unangemessen bewertet werde, während über die äußerlichen soziolektalen Merkmale hinaus keinerlei Unterschiede mit den schichtspezifischen Sprechweisen verbunden seien.

Die Frage nach sprachlich vermittelten kognitiven Benachteiligungen weist Steinig unter Berufung auf Differenz-Theoretiker kurzerhand zurück; und auch der Versuch eines genaueren Nachweises kommunikativer Äquivalenz bleibt fragwürdig: Steinig greift „Implizitheit“ als wesentliches Charakteristikum der

Unterschichtsprache heraus und argumentiert dann, daß einmal der mit Implizitheit verbundene Wegfall redundanter syntaktischer Elaboration einer kreativen Kommunikation durchaus förderlich sein könne, und versucht dann mit von ihm selbst als problematisch zugestandenen Operationalisierungen zu zeigen, daß Implizitheit sowieso weniger schicht- als vielmehr situationsabhängig sei. Dabei sind jedoch in Steinigs Untersuchung diejenigen sprachlichen Einheiten gar nicht erfaßt, die für kognitive und kommunikative Differenzen zwischen schichtspezifischen Sprechweisen am ehesten verantwortlich sein dürften – denn das sind freilich weniger normgerechter Kasusgebrauch und Intonation als etwa unterschiedlich differenziertes Begriffsverständnis. Darum darf auch – bei aller berechtigten Kritik an der empirischen Absicherung und theoretischen Begründung der Code-Theorie – der (durchaus plausible!) empirische Aufweis jener Signale, die als Identifikationsmerkmale von Soziolekten fungieren, noch nicht unbesehen für die erschöpfende Erfassung aller Unterschiede zwischen sozial bestimmten Sprechweisen genommen werden.

Die aus den Resultaten der Untersuchung abgeleiteten praktisch-pädagogischen Konsequenzen laufen entsprechend darauf hinaus, daß erstens dem Lehrer der Einfluß soziolektaler Signale bewußt gemacht werden soll, um ihm eine objektivere Beurteilung zu ermöglichen, daß weiterhin – ohne ein notwendiges Minimum an Schulung in normgerechtem Ausdruck zu vernachlässigen – in der Schule mehr Wert auf den kommunikativ hinreichenden Ausdruck von Absichten als auf inhaltsunabhängige Formfertigkeit oder gar Prestigeredundanz zu legen sei. Wogegen nichts zu sagen ist. Doch solche für den Sprachunterricht möglicherweise relevanten Probleme wie das, daß Jugendliche aufgrund der schichtspezifischen Aneignung von Begriffsinhalten und -systemen über ganz unterschiedliche Möglichkeiten verfügen, ihre Erfahrungen so zu organisieren, daß dies dem Erkennen der eigenen Situation dient, lassen sich von einer Position aus gar nicht mehr angehen, in der die Reflexion auf sprachvermittelte Defizite vorschnell eliminiert wurde.

Walter Kühnert (Duisburg)

Bayer, Klaus: *Sprechen und Situation. Aspekte einer Theorie der sprachlichen Interaktion.* Niemeyer Verlag, Tübingen 1977 (190 S., br., 38,- DM).

Bayers Arbeit steht im Zusammenhang der Bemühungen um die Entwicklung einer Theorie, die in der Lage ist, sprachliche Interaktionsprozesse zu beschreiben, ohne durch die Beschreibung den Untersuchungsgegenstand bereits so zu zerlegen, daß er für einzelne Theorieansätze erst erklärbar wird. Eine Aufteilung des Untersuchungsgegenstands „sprachliche Interaktion“ in sprachliche, psychologische, soziale etc. Aspekte, wobei dann die pragmatische Komponente dem Sprachlichen zugeordnet würde, kommt nicht in Frage. Vielmehr soll versucht werden, die einzelnen Aspekte zu integrieren, um so zu einem konsistenten Erklärungsmodell zu kommen. Bayer schlägt als zentralen Begriff eines integrierenden Erklärungsmodells „Situation“ vor, d. h. er versucht Situationen, in denen Menschen sprachlich interagieren, in ihrer gesamten Komplexität zum Gegenstand der Theorie zu machen.

Bei dem skizzierten Anspruch ist einsichtig, daß Bayer in der Auseinandersetzung mit linguistischer Pragmatik in einem engen Sinne kein Weiterkommen sieht; er muß versuchen, an solche Vorarbeiten anzuknüpfen, die sprachliche Äußerungen auch schon bislang unter stärkerer Berücksichtigung des situativen Handlungskontextes klassifiziert haben. Er betrachtet die sprechakttheoretischen

Arbeiten als solche wichtige Vorarbeiten, mit denen er sich nicht nur unter methodologischen Aspekten auseinandersetzt, sondern deren Spezifika auch in der konkreten Analyse Berücksichtigung finden. So wird intensiv untersucht, inwieweit mit Hilfe der Sprechhandlung „Frage“ Kommunikationspartner gelenkt werden können, z. B. mit dem Ziel, bestimmte Themen zum Gegenstand der Kommunikation zu machen oder auch um sie zu tabuisieren. Solche Sprechstrategien können tatsächlich nur erklärt werden, wenn die gesamte Situation untersucht wird. Erst dann kann deutlich werden, in welcher Art das „Thema von Äußerungen und Interaktionen . . . in vielfältiger Weise Emotionen, Beziehungen, Handlungsmöglichkeiten und Relevanzbereichseinschätzungen der Partner“ bestimmt (157). Besonders deutlich werden die Vorteile dieses Ansatzes, wenn in die Analyse von Äußerungen deren Beeinflussung durch gesellschaftliche Machtverhältnisse mit einbezogen wird.

Das Buch ist nun nicht nur mit dem Anspruch geschrieben worden, einige Vorschläge zur Untersuchung von Sprechsituationen zu machen; vielmehr sollen erste Vorarbeiten zu einer Theorie des sprachlichen Handelns vorgelegt werden. Deshalb muß die Frage nach dem „wissenschaftslogischen Status“ des Situationsmodells gestellt werden, die Frage auch nach der Bedeutung des Begriffs „Situation“ in der konzipierten Theorie. Bayer unterscheidet zunächst zwischen einer expliziten wissenschaftlichen Theorie und alltäglichen Handlungsinterpretationen, in denen das Wort „Situation“ in vielfältiger Weise verwendet wird. Das handlungstheoretisch ausgerichtete Situationsmodell begreift nun den sozialen Interaktions- und Kommunikationsprozeß als Folge von Situationen. Die synchronen Schnitte, die die einzelnen Situationen erst voneinander trennen, werden „an handlungstheoretisch für relevant erachteten Stellen“ gelegt (95); eine sehr unpräzise Bestimmung, die deutlich macht, wie problematisch die systemtheoretische Ausrichtung dieses situationstheoretischen Ansatzes ist. Die Konzeption der Situation als Modell, in dem sich dann die einzelnen Faktoren beschreiben lassen, strukturiert die Untersuchungstätigkeit so stark vor, daß die alltäglichen Handlungsinterpretationen wohl nur unzureichend berücksichtigt werden.

Heinz W. Giese (Oldenburg)

Maas, Lieselotte: Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945. Bd. I (Bibliographie A–K). Hanser Verlag, München 1976 (352 S., Ln., 77,- DM).

„Grundlegend“ wird leichthin ein beliebiges wissenschaftliches Werk bezeichnet, was oft nicht mehr bedeutet als eine höfliche Verbeugung vor dem Verfasser. Grundlegend in wortwörtlicher Bedeutung, d. h. den Grund für einen Wissenszweig legend, muß das „Handbuch“ eingestuft werden. Zum erstenmal ist hier die Presse des deutschen Exils in ihrer Totalität erfaßt. Der vorliegende I. Band, wiewohl nur die Bibliographie A–K beinhaltend, ermöglicht die Planung des auf drei Bände angelegten Werks zu überschauen. Ein wahrhaft großartiges Unternehmen!

Im Rahmen der „Deutschen Bibliothek“ (Frankfurt/M.) arbeitend, hat das Team von Lieselotte Maas 436 Titel von Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtendiensten, Bulletins, Rundbriefen, d. h. von sämtlichen Druckschriften, mit denen Deutsche im Exil sich hörbar gemacht haben, nicht nur gesammelt, geordnet, registriert, charakterisiert, sondern gleichsam „anatomisch“ zergliedert. Mit Akribie haben die Verfasser von jedem einzelnen der registrierten Druckschriften – oft nur winzige, kurzlebige Blätter – alles inhaltlich und formal Wissens-

werte festgehalten: Titel mit allen Varianten, Aufdruck (Untertitel), Herausgeber, Erscheinungsort, Art der Vervielfältigung, Format, Erscheinungszeit, Erscheinungsweise, Auflage (soweit dies möglich war), Beilagen, Sondernummern. Das Erstaunlichste ist die Liste der Autoren samt Pseudonyme in alphabetischer Reihung mit dem Nachweis sämtlicher Beiträge.

Der dritte Band wird, wie die Verfasser ankündigen, systematisch geordnete Charakteristika jeder einzelnen Druckschrift bieten, ergänzt durch Kurzbiographien ihrer wichtigsten Autoren. Zum Abschluß jedes Titels sind die Standorte verzeichnet. Die inhaltliche und formale Vielfalt des deutschen Exils findet im „Handbuch“, so erstaunlich das klingt, eine Gesamtdarstellung.

Die Presse des Exils, heißt es einleitend, ist ihr „aussagekräftigstes, unmittelbarstes Dokument“. Der politisch engagierte Exilierte hatte gar keine andere Alternative, als sich publizistisch zu betätigen. Das gilt nicht nur für Berufsschreiber, ebenso für alle Politiker, Gewerkschafter, Parteileute. „Der Möglichkeit praktisch-politischen Handelns beraubt, verlegten sie sich notwendigerweise auf das Herausgeben und Schreiben von Zeitungen. Beides wurde für sie zum Ersatz für konkrete Politik“, schreibt der Herausgeber Eberhard Lämmert in seinem Vorwort. Er bemerkt auch zurecht: „die gern gerühmte Vielstimmigkeit der Exilpresse“ sei eher „ein Produkt der Not, der mangelnden Zusammenführung der vorhandenen Kräfte, eine Folge der Aufsplitterung in kleine und kleinste Gruppen“. Dazu muß freilich angemerkt werden, daß die fehlende Einheit nicht auf mangelndes Verständnis oder gar bösen Willen zurückzuführen ist; es gab objektive Gründe, die zu erklären freilich nicht die Aufgabe eines Nachschlagewerkes sein kann.

Bruno Frei (Wien)

Pforte, Dieter (Hrsg.): Fontana Martina. Vollständiger Faksimiledruck der von Fritz Jordi und Heinrich Vogeler 1931/32 in Ronco s./Ascona herausgegebenen Halbmonatsschrift. Mit einem Anhang. Anabas Verlag, Gießen/Lahn 1976 (224/32/LXIV S., br., 36.–DM).

Jordi und Vogeler waren die zentralen Personen der Siedlung Fontana Martina in der italienischen Schweiz, die Zeit ihres Bestehens als „Experiment“ mehr eine Durchgangsstation für Künstler als ein dauernder Arbeitsplatz sozialistischer Experimenteure war. Aus Fontana Martina ist nichts anderes zu lernen, als daß abermals das schon Bekannte bestätigt wird, daß nämlich eine sozialistische Gemeinschaft nicht aus wie auch immer konstruierten Siedlungsmodellen entstehen kann. Auch die Zeitschrift „Fontana Martina“ steht abseits und außerhalb derjenigen Erörterungen von Kunst, Gesellschaft, neuer Lebensweise usw., die die sozialistische Bewegung mit vorangetrieben haben. Einige Artikel der Zeitschrift heben sich allerdings wohlthuend aus dem Wust pathetisch-lehrformelhafter Lyrik, deklamatorischer Leitartikel usw. heraus, wie z. B. verschiedene Kunstartikel Vogelers, wie Berichte über die Sowjetunion. Insgesamt hat „Fontana Martina“ – die Siedlung und die Zeitschrift – außer den Grafiken nichts hervorgebracht, daß sich produktiv anzueignen sinnvoll wäre. Indes ist die Neuausgabe der Zeitschrift und die Dokumentierung der Jordischen Siedlung aus archivalischen Gründen berechtigt. Der Wert des Buches liegt darin, Quellen zu Problemen an der Peripherie der sozialistischen Bewegung verfügbar gemacht zu haben. Der Herausgeber Dieter Pforte hat die Zeitschrift mit zahlreichen Anmerkungen versehen und ein umfangreiches Nachwort geschrieben. Er schreibt, Fontana Martina sei ein Versuch, „kapitalistischer wie auch sozialistischer ‚Orthodoxie‘ zu entfliehen – aber nicht ins unvernünftig Private, sondern um gegen

den Faschismus (!) und für einen demokratischen Sozialismus (!) zu kämpfen“ (XXII). Pfortes Begründung, warum „Fontana Martina“ neu aufgelegt werden mußte: „Die neue politische Linke (...) kann von Sozialisten wie Jordi und Vogeler lernen, welche Bedeutung einem unorthodoxen Marxismus, einem demokratischen Sozialismus zukommt in der Abwehr ihres gemeinsamen Hauptgegners, des internationalen Neofaschismus“ (XXII). Indem man sich in ein Bergdorf zurückzieht und eine Zeitschrift in einer 250er Auflage macht?

Horst Hensel (Unna)

Hay, Gerhard (Hrsg.): Zur literarischen Situation 1945–1949. Athenäum Verlag, Kronberg/Ts. 1977 (292 S., br., 18,- DM).

Als gemeinsamer Nenner des Bandes – Resultat eines an der Universität München veranstalteten Seminars – zeichnet sich eine grob als „kulturgeschichtlich“ zu umschreibende Perspektive ab, die – auch wenn dies nicht benannt oder gar expliziert wird – den meisten Verfassern der 13 Beiträge in ähnlicher Weise zu eigen ist. Damit gerät im Unterschied zu Darstellungen des Zeitraums unter biographischem oder immanent-werkgeschichtlichem Vorzeichen eine ganze Reihe von Aspekten der literaturgesellschaftlichen Verhältnisse der deutschen Nachkriegsliteratur ins Blickfeld. Einleitend werden die zeitgenössischen Diskussionen um Kollektivschuld und um den Widerstand umrissen. Die weiteren Schwerpunkte liegen auf der Entstehung einer literarisch-politischen Öffentlichkeit vor allem in den Zeitschriften, auf der Spaltung der deutschen Literatur im Zusammenhang der Kulturpolitik der Siegermächte und auf der Herausbildung bzw. Wiederbelebung von literarischen Traditionsbeziehungen (Goethe, Kafka, Sartre). – Erschöpfende Darstellungen der genannten Aspekte wird man hier natürlich nicht suchen, auch bleibt manches ungefügt, hilflos oder zweifelhaft, so wenn die adäquate Faschismustheorie „irgendwo in der Mitte“ der vorhandenen Ansätze gesucht wird (26). Als „Anstoß (...) für ein intensiveres Studium eines außerordentlichen Abschnittes politischer und geistiger deutscher Geschichte“ (11) ist der Band indessen brauchbar, zumal er auch die bisherige Forschung zu den einzelnen Themen gut erschließt.

Rainer Kawa (Dortmund)

Hohendahl, Peter Uwe, und Patricia Herminghouse (Hrsg.): Literatur und Literaturtheorie in der DDR. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1976, (226 S., br., 10,- DM).

Die gesammelten Aufsätze vermitteln einen Überblick über Tradition, Selbstverständnis und Tendenzen der DDR-Literatur. Eingeleitet wird der theoretische Teil mit einem Aufsatz von Frank Trommler, der die Kulturpolitik der DDR in Beziehung setzt zur kulturellen Tradition des deutschen Sozialismus, ein zweifach schwieriges Unterfangen: Denn bislang gibt es weder eine Geschichte der Kulturtheorie und -praxis der deutschen Arbeiterbewegung, noch eine Geschichte der Kulturpolitik der DDR. Wer diese beiden Stränge in Beziehung setzen will, muß sich notgedrungen auf eine „grobe Vermessung des Terrains“ beschränken (S. 13). Daraus mag auch zu erklären sein, daß Trommler mehr konstatiert als argumentiert, Einschätzungen kulturpolitischer Vorgänge kaum aus der Dialektik von sozio-ökonomischem und kulturellem Prozeß, sondern häufig nur aus Verabsolutierungen kulturpolitischer Verlautbarungen abgeleitet werden.

Überzeugender als Trommler gelingt Jost Hermand und Hohendahl der Beweis, daß DDR-Literaturtheorie in der BRD weder fratzenhaft noch schöngefärbt

verzerrt rezipiert werden muß. Hermand, der die „Wandlungen der Modernismus-Debatte in der DDR seit 1956“ (S. 73–100) untersucht, lehnt es ab, die Entwicklung zur „sozialistischen Nationalliteratur“ einzig als „Kampf zwischen Dogmatismus und Antidogmatismus“ zu betrachten. Er kritisiert die Dominanz einer Erbpflege, die sich noch immer an „Lassalle, Mehring und Lukacs“ (S. 94) ausrichtet, hebt jedoch auch hervor, daß in jüngsten Publikationen der These vom Sozialismus als „Testamentsvollstrecker der progressiven bürgerlichen Ideale“ (S. 95) entgegengetreten wird.

Hohendahl gibt einen Überblick über den Entwicklungsprozeß der neueren Literaturtheorie. Konstatiert und in ihren wichtigsten Stationen skizziert wird die Abkehr von der vornehmlich genetisch ausgerichteten Methode der Literaturgeschichte zur Einbeziehung auch der funktionalen und wirkungsgeschichtlichen Faktoren. Diese Positionsbestimmung vollzog sich – so Hohendahl – in der Auseinandersetzung und Zurückweisung revisionistischer Auffassungen, etwa von Adorno, Fischer und Garaudy und in der Überwindung der mechanischen Widerspiegelungstheorie im Gefolge Lukacs’.

Den jüngsten Stand der DDR-Literaturwissenschaft selbst vertritt Robert Weimann mit seinen Thesen zum „Realismus als Kategorie der Literaturgeschichte“. Indem er literarisches Produkt und literarische Rezeption als Zusammenhang geschichtlicher Praxis auffaßt, strebt er eine konsequente Historisierung des Realismusproblems an. Realismus erscheint als historische und zugleich wertende Kategorie. Der zweite Teil des Bandes bietet Untersuchungen zu Gattungsdarstellungen: Jack Zipes schreibt zur Tradition des Dramas in der DDR, Michael Lutzeler „Zur Darstellung sozialer Mobilität“ und Patricia Herminghouse „Zur Darstellung der Frau“ in Romanen der DDR. Die Lyrik-Entwicklung verfolgt Sylvia Schlenstedt, eine DDR-Autorin. Insbesondere die Beiträge von Lutzeler und Herminghouse beschränken sich auf eine soziologische Sichtweise von Literatur und klammern damit gerade das aus, was Literatur und ihre spezifische Wirkung überhaupt erst ermöglicht: ihren ästhetischen Aspekt.

Ulla Hahn (Bremen)

Reinhold, Ursula: Herausforderung Literatur. Entwicklungsprobleme der demokratischen und sozialistischen Literatur in der BRD (1965–1974). Damnitz Verlag, München 1976 (342 S., br., 9,- DM).

Reinhold, Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften der DDR, intendiert eine materialistische Aufarbeitung wichtiger demokratischer und sozialistischer Literatur, die in der BRD im Jahrzehnt 65 – 74 entstand. Ihre Untersuchung geht explizit „von politischen Fragestellungen aus an die Literatur heran“ (7) und thematisiert das Wechselverhältnis von politischer Bewegung und literarentwicklung. Dabei analysiert die Verfasserin exemplarisch wesentliche Autorenpersönlichkeiten und Gruppenbildungen anhand theoretischer Aussagen und literarischer Texte.

Die Arbeit gliedert sich in drei große Abschnitte, die an der historischen Chronologie orientiert sind: 1. Protestliteratur um 1965/66 (u. a. über Dokumentartheater, Protestgedichte, Bild der Arbeitswelt in frühen epischen Texten von Wallraff, Geissler, von der Grün); 2. Literatur am Ende der sechziger Jahre (u. a. über Agitpropentendenzen in allen Gattungen, Herausbildung des Werkkreises, Kulturarbeit der DKP); 3. Literatur und revolutionäre Strategie am Beginn der siebziger Jahre (behandelt u. a. das Verhältnis von Schriftstellern und Gewerk-

schaften, Theorie und Praxis parteilich-realistischer Literatur, politisch-literarische Entwicklung prominenter Autoren wie Böll, Grass und Walser).

Reinholds flüssig und verständlich geschriebene Arbeit verdient Beachtung, weil sie eine der ersten umfangreichen Untersuchungen eines ungemein relevanten Gegenstandes ist. Das Buch arbeitet eine Fülle von Material auf, entwickelt erste Einschätzungen, verdeutlicht Entwicklungsrichtungen. (Reinhold selbst verweist in einer Nachbemerkung darauf, daß der aktuelle Gegenstand ihres Buches die Vorläufigkeit mancher Aussagen impliziert – vieles werde später „anders dargestellt, manches präzisiert und differenziert werden müssen“; 319). Notwendig scheint mir ein Einwand: Reinhold überbetont in einigen Passagen die Rolle der DKP, die über Gebühr als Motor und Kristallisationspunkt jeglicher demokratischer und sozialistischer Literatur dargestellt wird. Die kulturpolitische Rolle der DKP und der mit ihr verbundenen Autoren hätte einer solchen zusätzlichen Aufwertung durchaus nicht bedurft. Ein Beispiel: 181 f. wird der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt im Rahmen eines Abschnitts „Praktische Kulturarbeit – Teil der Partearbeit der DKP“ in einer Weise behandelt, die ihn als eine DKP-eigene bzw. -nahe Organisation erscheinen läßt. Damit wird der Bündnischarakter des Werkkreises verwischt und eine differenzierte Analyse der Arbeit von Kommunisten im Werkkreis (in dem u. a. etliche Sozialdemokraten und Parteilose aktiv sind) unterlassen. Die objektive Nähe Reinholds zur Unterstellung der politischen Reaktion, der Werkkreis sei eine „kommunistische Tarnorganisation“, ist frappierend.

Solche politisch folgenschweren Ungenauigkeiten mögen ihre Ursache darin haben, daß bestimmte Entwicklungen und Nuancen aus der Distanz des (zumal sozialistischen) Auslandes nicht exakt genug verfolgt werden könnten. An einer Stelle erwächst hieraus gar ungewollter Zynismus: über Degenhardts Song „Monopoly“, in dem erzählt wird, wie zwei Arbeitskollegen sich bei einem Gesellschaftsspiel erschlagen, weiß Reinhold zu berichten, daß der Autor „an eine für die Menschen im Kapitalismus alltägliche (!) Erfahrung“ anknüpfe (218).

Uwe Naumann (Hamburg)

Knilli, Friedrich, Knut Hickethier und Wolf Dieter Lützen (Hrsg.): Literatur in den Massenmedien – Demontage von Dichtung? Hanser Verlag, München 1976 (214 S., br., 14,80 DM).

„Welche Bedeutung hat Literatur in den Massenmedien? Verändert sich durch Film, Funk, Presse und Fernsehen die Rolle des Autors und wie muß Literatur aussehen, wenn aus dem Leser ein Zuhörer und Zuschauer wird? Wie reagieren Kritik und Wissenschaft auf Verfilmungen und Adaptionen?“ (1) Die Antworten auf diese wichtigen Fragen werden in drei Komplexen entfaltet:

I. In zwei Aufsätzen beschäftigen sich Hannes Schwenger und die Verfasser des „Autorenreports“ mit der Situation der Schriftsteller unter den herrschenden Bedingungen gesellschaftlicher Kulturvermittlung in der BRD. Schwenger setzt an dem Gegensatzpaar „Vermarktung oder Kreativität“ (18, 22) an und entwickelt daraus seine Kernthese von der „Befreiung der Produzenten durch Verallgemeinerung des Marktes und Entfaltung der Produktivität“ (20), die er als notwendigen Bestandteil der Vermarktung von Kunst bewertet. Aus dieser Einsicht leitet er die Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Selbstbewußtseins ab, welches dem Schriftsteller in der Konfrontation und Kooperation mit den Massenmedien abverlangt werden müsse.

II. Die Beispielanalysen, die sich bis auf eine Ausnahme auf Verfilmungen literarischer Gegenstände beziehen, bewerten die Adaptionsversuche allesamt negativ. Pasolini wird falsche Aktualisierung und fehlende „bildliche Umsetzung“ (97) der „Gehirnorgien“ des de Sade'schen Romans „Salò oder die 120 Tage von Sodom“ angekreidet (J. M. Fischer); der Regisseur Meichsner habe den Bezugsreichtum des Romans (Fontanes „Stechlin“) in der „Abdichtung der Szene in die Tiefe oder zur Seite hin“ (124) vernichtet; in der ARD-Bearbeitung von Schnitzlers „Leutnant Gustl“ werde mit dem Medienwechsel auch ein „Intentionswechsel“ (162) vorgenommen. Aus der der kritischen Einsicht des Lesers präsentierten Militärcharge der K. u. K. Monarchie entstehe ein marktüblicher Belustigungstyp nach Art der Pauker- und Blödfilme, die historisch konkrete Umwelt werde zu einem Wiedererkennungsgegenstand für Österreich-Touristen (158). Der „Robinson“-Stoff Defoes schließlich werde im Laufe seiner jahrhundertelangen medialen Wanderung abgebaut, bis hin zur Einverleibung in die stereotypen „Befriedigungsstrategien“ (85) der amerikanischen TV-Familienserien.

Aus den Aufsätzen, deren immanente Interpretationen durchaus einsichtig sind, gehen zwei noch zaghaft eingeführte übergeordnete Begriffe hervor: die als medienpezifisch angesehene „Unmittelbarkeit“ des Films, die der Diskursivität und „größeren Freiheit“ (so der Schriftsteller Siegfried Lenz, 173) des literarischen Textes gegenübersteht, sowie das Schema von der *Abbauproduktion*, welches Brecht in seinem „Dreigroschenprozeß“ entwickelt hat, und auf das sich die Autoren mehr oder weniger direkt beziehen. Brecht sieht in der Demontierung von Kunstwerken in verwertbare Bestandteile einen historisch notwendigen Prozeß zur Überwindung des in gesellschaftliche Isolation geratenen „individuellen Kunstwerks“. Er vergleicht ihn ironisch mit der Demontage alter Autos, „mit denen man nicht mehr fahren kann und die man also in ihre kleineren Einheiten (Eisen, Lederpolster, Lampen und so weiter) zerlegt und verkauft“ (168).

Die Dialektik allerdings, die in dem Brechtschen Ansatz impliziert ist, kann in den Einzelanalysen nicht durchgehalten werden. Das Moment des *Aufbauprozesses* nämlich, welches als Negation in dem Schema Brechts angelegt ist, wird nicht verdeutlicht, was wesentlich in der Auswahl der Untersuchungsgegenstände begründet ist. Denn weder die Klischees der TV-Serien, noch der Konservatismus des Regisseurs Meichsner, weder Pasolinis filmische Lebensphilosophie noch die ARD-Programmpolitik können als akzeptable Bezugsgrößen für die Demontage anerkannter „individualistischer Kunstwerke“ bewertet werden. Nicht thematisiert werden solche Beispiele massenmedialer Adaption von Literaturvorlagen, die den Intentionen des Autors gerecht werden und zu ihrer massenhaften Verbreitung führen.

III. „Die Schwierigkeiten von Literaturwissenschaft und Kritik“ werden von den Autoren der damit befaßten Aufsätze eher noch potenziert als gelöst. Stellt K. H. Stahls „Literaturwissenschaft und Medienkunde“ wenigstens noch eine verwendbare Zusammenfassung von bisher zu diesem Gegenstand publizierter Literatur dar, so zeichnet sich H. Schanzes „Literaturgeschichte als Mediengeschichte“ durch, im Forschungsjahr 1976 unglaubliche, Borniertheiten aus. Sein Untersuchungsergebnis, „die Mediengeschichte“ könne „nur eine sein: die konsequente Fortsetzung *der* (Hervorhbg. d. Verf.) Literatur- und Theatergeschichte“ (198), ist bestens dazu geeignet, die traditionellen Formen und Inhalte der herrschenden Germanistik, die die übrigen Autoren des Bandes so hart attackieren, zu verfestigen.

Den Abschluß des Buches bilden neun Thesen von Jost Hermand zum Verhältnis von sog. Hoch- und Unterhaltungs-Literatur in den USA und der BRD, die in der Forderung nach einer „neuen A-Kunst, eine(r) neue(n) Allgemein-Literatur“ (207) ihren nicht sehr originellen Höhepunkt finden.

Christian Deutschmann/Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Soziologie

Barley, Delbert: Grundzüge und Probleme der Soziologie.

Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin/West 1975 (305 S., br., 16,- DM).

Wer sich vor etwa 12 Jahren in der Bundesrepublik am Beginn eines Soziologiestudiums im Buchhandel nach einer gleichermaßen allgemeinverständlichen wie halbwegs seriösen Einführung in die Grundprobleme dieses Faches umsah, der suchte fast immer vergeblich. Das ist heute ganz anders. Zwischen mehr als einem Dutzend gängiger Texte meist angelsächsischer oder deutscher Autoren bleibt dem Studienanfänger wie dem interessierten Laien die Qual der Wahl. Ein „Standardwerk“ hat sich bislang offenbar nicht durchsetzen können. Die meisten Grundlegungen der Soziologie kommen über die ersten beiden Auflagen kaum hinaus. Um so neugieriger macht deshalb Delbert Barleys Soziologie-Einführung, denn die hat es immerhin auf die sechste Auflage seit 1962 gebracht.

Das Buch repräsentiert offenbar in systematischem Aufbau, inhaltlicher Schwerpunktbildung und didaktischem Anspruch die Lehrerfahrungen des in Freiburg tätigen Wissenschaftlers. Barley will interessierten Laien, Sozialarbeitern und Pädagogen „die großen Zusammenhänge der Soziologie“ allgemeinverständlich darstellen. Zu diesem Zweck hat er sein Buch in zwei Hauptabschnitte und einen Anhang mit Stichwort- und Namensverzeichnis gegliedert. Im ersten Teil soll der Leser mit „Grundüberlegungen und Betrachtungsweisen“ der Soziologie vertraut gemacht werden, die dem besseren Verständnis soziologischer Teilprobleme zugute kommen sollen. Mit solchen Spezialproblemen – z. B. Familie, Bürokratie, sozialer Wandel – beschäftigt sich der zweite Teil des Buches.

Vergleicht man Barleys Arbeit mit konkurrierenden Texten, muß man ihr zunächst das Bemühen um anschauliche Darstellung attestieren. Zahlreiche Beispiele unterstützen den Gang der theoretischen Erörterungen. Die sprachliche Diktion ist einfach: eine Art Soziologie im Plauderton. Jedes Kapitel schließt mit einer Liste durchaus repräsentativer Literaturtitel zum jeweiligen Themenschwerpunkt ab. Abgesehen von diesen eher formalen Stärken der „Grundzüge und Probleme der Soziologie“ ist das Buch jedoch ein einziges Ärgernis. In seinem Vorwort zur ersten Auflage übernimmt der Autor bescheiden die alleinige Verantwortung für „etwaige Irrtümer“. Als Grundirrtum wird man ihm wohl das zutiefst unsoziologische Verständnis von Soziologie und ihrem Gegenstand, der historischen Vermittlung von Individuum und Gesellschaft, vorhalten müssen.

Delbert Barley entwickelt die soziologischen Grundbegriffe stets im Kontext von Anthropologie, Psychologie und Biologie. Im Mittelpunkt seiner Argumentation steht nicht der gesellschaftliche Prozeß, sondern eine davon zunächst unabhängig gedachte „menschliche Persönlichkeit“. Im Kapitel über die Familie als primäre Institution der Gesellschaft begegnet uns die reaktionäre Ideologie des Autors in ihrer reinsten Form. Da ist von „Familienrollen“ die Rede, die ihre Wurzel in der biologischen Struktur des menschlichen Organismus haben und damit patriarchalische Herrschaftsformen ein für allemal rechtfertigen. Im-

mer wieder kreisen die Gedanken Barleys um das, was er für biologische oder anthropologische Konstanten hält. Phänomene des gesellschaftlichen Wandels, also die wesentlichen Erkenntnisgegenstände der Soziologie, erscheinen im Licht eines solchen Theorieverständnisses als Restgrößen – interessant allenfalls für Spengersche Visionen von moralischen Auflösungserscheinungen als Charakteristikum der Gegenwart.

Wen wundert es da, wenn dieser Autor wenig zimperlich mit der materialistischen Soziologie umspringt? Barleys Mut zur Simplifizierung von Marx ist atemberaubend. Dessen These vom „konfliktlosen Endzustand“ der Geschichte widerspreche nicht nur dialektischen Postulaten, sie stehe vielmehr im Gegensatz „zu unserer Kenntnis der unvermeidlichen Spannung zwischen den Bedürfnissen des biologischen Organismus nach Selbstbehauptung und der notwendigen Einordnung in die Gesellschaftsstruktur“ (116). Soziologen wie Barley gehören bekanntlich zu den unversöhnlichsten Verfechtern der Wertfreiheitsthese sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, die selbst nicht gerade zimperlich sind im Umgang mit versteckten Urteilen oder funktionalistisch verbrämten Rechtfertigungen sozialer Unterdrückung. Delbert Barleys Familienphilosophie liest sich wie eine nur mäßig aktualisierte Waldbauernbub-Erzählung Peter Roseggers: „Wenn Vater heimkommt nach einem Arbeitstag in der Fabrik und verlangt, Hans solle ruhig sein, damit er die Abendzeitung lesen kann, dann ruht seine Autorität nur auf zerbrechlicher Grundlage. Den entgegengesetzten Fall haben wir, wenn der Vater den Sohn auffordert, die Schweine zu füttern oder mitzuhelfen, das Heu einzubringen. Ein System der Autorität kann leichter aufgebaut werden auf solchen funktionalen Zusammenhängen, aus denen heraus der Vater vernünftigerweise erwarten kann, daß sein Sohn dem Befehl gehorcht, sich am Abend ruhig zu verhalten“ (193). Auch wenn der Leser von diesem Autor kaum Aufschlüsse über die „großen Zusammenhänge der Soziologie“ erwarten kann, mag ihm das Buch hoffentlich als ideologisches Lehrstück nützlich sein.

Jürgen Protz (Hamburg)

Bisky, Lothar: Zur Kritik der bürgerlichen Massenkommunikationsforschung. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1976 (190 S., br., 11,80 M). (= a).

ders.: Massenmedien und ideologische Erziehung der Jugend. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1976 (177 S., br., 7,80 M). (= b).

Für die Bewußtseins- und Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher in der DDR kommt den Massenkommunikationsmitteln große Bedeutung zu, nicht nur als bewußt eingesetzte Medien zur Vermittlung sozialistischer Ideologie, sondern auch als Mittel der „ideologischen Diversion und psychologischen Kriegführung des Klassenegners“ (b 113). Nicht zufällig stammen deshalb die neuesten DDR-Arbeiten zu Problemen der Massenkommunikation (Mk) aus dem interdisziplinär arbeitenden „Zentralinstitut für Jugendforschung“.

Mit Biskys Arbeit (a) liegt die erste ausführliche „Auseinandersetzung mit den einflußreichsten theoretischen Konzeptionen und wichtigsten Forschungsergebnissen der bürgerlichen Massenkommunikationsforschung“ (a 10) bis 1974 vor. Das einführende Kapitel „Zur Funktion der bürgerlichen Mk-Forschung“ skizziert deren Zusammenhang mit den Erfordernissen der „imperialistischen Integrationspolitik“ (20) – oft jedoch in einer kurzschlüssigen Form: wirtschaftliche Krise 1966/67 = Krise der Mk-Forschung (23). Der 1. Teil beschäftigt sich mit

den gängigen Kommunikationsmodellen (Lasswell, Shannon/Weaver etc.); ihre verschleiende Funktion bei der Erklärung der *realen* Mk-Prozesse wird hervorgehoben, ohne damit generell Modellkonstruktionen als *Hilfsmittel* der Analyse Wert abzusprechen. Über die positiv rezipierten Arbeiten von Holzer und Dahlmüller/Hund/Kommer hinaus werden jedoch keine weitertreibenden Ansätze für eine materialistische Theorie der Mk entwickelt; hierzulande einsetzende Versuche einer Aufnahme von Erkenntnissen der kritischen Wahrnehmungspsychologie (vgl. dazu B. Hoffmann in AS 10) sind noch nicht rezipiert.

Im folgenden beschäftigt sich Bisky ausführlich mit funktionalistischen Theorien (insb. Luhmann) und dem Konzept „herrschaftsfreier Kommunikation“ (Habermas) sowie mit den sich – wie Bisky meint: fälschlicherweise – marxistisch verstehenden Theorieansätzen bei Dröge, Prokop, Aufermann u. a. Er liefert dabei eine die Kernpunkte der jeweiligen Konzeption herausarbeitende und ihre immanente Schlüssigkeit überprüfende Darstellung – besonders in der Analyse der Verschmelzung von Funktionalismus und Kritischer Theorie in den neueren Arbeiten von Glaser und Baacke –, und eine die jeweiligen Erkenntnisfortschritte hervorhebende differenzierte Kritik.

Der 2. Teil enthält eine Auseinandersetzung mit den bisher kaum kritisch überprüften empirischen Arbeiten zur Wirkung der Mk. Neben ihrer übersichtlichen Vorstellung leistet Bisky dabei eine fundierte Methodenkritik, die vor allem abhebt auf den Zusammenhang von theoretischem Ansatz, Vorgehensweise und Ergebnis und die „empirische Abstraktheit“ (166) – die kurzschlüssige Verallgemeinerung von in Laborsituationen festgestellten Verhaltensweisen – der meisten Untersuchungen nachweist.

Den Nutzen dieser kritischen Anstrengungen verdeutlicht die zweite Arbeit (b), die den Stellenwert der Mk für die Jugendpolitik in der DDR zu bestimmen versucht. Besonders die ausführlich vorgestellten empirischen Untersuchungen zu Nutzung und Wirkung der Massenmedien sind nicht nur informativ, sondern auch lehrreich als Modelle theoretisch reflektierter empirischer Forschung. Das Problem realer Beteiligung an massenkommunikativen Prozessen wird jedoch mehr verdeckt als angegangen, wenn sowohl Informationsverarbeitung wie -verbreitung unterschiedslos als „kommunikative Tätigkeit“ gekennzeichnet werden: Die Verbreitung von Ansichten etwa durch das Medium Fernsehen ist eine kommunikative Tätigkeit von anderem Gewicht als die Rezeption und Verarbeitung dieser Auffassungen. Hier scheint eine schematische Übertragung von bei der Analyse der abstrakten Elemente des Kommunikationsprozesses gewonnenen Kategorien (s. Klix: Information und Verhalten; b 14 f.) auf den realen *Massenkommunikationsprozeß* vorzuliegen.

Ein Druckfehler sollte auch verbessert werden: Unter „Jugend“ dürfte nicht eine „sozialdemokratische“ (b 33), sondern sozialdemographische Gruppe zu verstehen sein.

August Soppe (Berlin/West)

Fischer, Heinz-Dietrich, Klaus Detlef R. Breuer und Hans-Wolfgang Wolter:

Die Presseräte der Welt. Struktur, Finanzbasis und Spruchpraxis von Medien-Selbstkontrolleinrichtungen im internationalen Vergleich. Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag, Bonn-Bad Godesberg 1976 (529 S., br., 38,80 DM).

In dem Band, der auf einem Gutachten für das Bundesinnenministerium in Bonn basiert (II), werden insgesamt achtzehn Presseräte recht detailliert dargestellt, wie überhaupt der großzügige Abdruck von Quellen, Übersichten, ein um-

fangreicher wissenschaftlicher Apparat und die nach Ländern geordnete Bibliografie zu den positiven Aspekten dieser Veröffentlichung zählen.

Presseräte sind eine fast ausschließlich westeuropäische Einrichtung (484), die gewöhnlich von Verlegern oder dem Staat finanziert werden. Nach dem Verständnis der Autoren kommt die Einrichtung derartiger Räte in der Presse sozialistischer Länder deshalb nicht in Betracht, weil diese Presse sich als parteilich begreife (ebda), was für die Presse von Schweden bis Südafrika, von Kanada bis Österreich offensichtlich nicht zutrifft (490). Gleichwohl haben die Autoren die größte Mühe zu definieren, was denn nun ein Presserat sei (21 u. a., bes. 491). An rein formalen Kriterien bleibt auch die Einteilung in Presseräte der ersten, der zweiten und der dritten Kategorie hängen. Des öfteren berufen sich die Autoren auf den PICA-Index (PICA = Press Independence and Critical Ability), der es auf 23 Bewertungskriterien bringt (15) und demzufolge Norwegen und die Schweiz unter 115 Ländern diejenigen mit der größten Pressefreiheit sind (61). In vielen Ländern sind Presseräte und Kommissionen zu einem Zeitpunkt ins Leben gerufen worden, als das Zeitungssterben stark zunahm; als klassisches Beispiel kann hier Großbritannien gelten (66 ff). Doch zwei königliche Kommissionen und ein jetzt bestehender Press Council haben die weiteren Konzentrationsvorgänge nicht stoppen oder auch nur verlangsamten können. Das Problem privatkapitalistischen Besitzes an Zeitungen und Zeitschriften, vor dessen Hintergrund allein eine derartige Entwicklung erklärt werden kann, wird von den Autoren jedoch sorgsam ausgespart. Schließlich findet sich noch in jeder der achtzehn Zusammenfassungen das Eingeständnis, daß der jeweilige Presserat, habe er formal viel oder wenig Kompetenzen, keine nennenswerten Sanktionsmöglichkeiten hat und diejenigen, deren er sich theoretisch bedienen kann, allzu oft unterlaufen werden. Das gilt auch für die BRD (136 f.).

Matthias Dohmen (Wuppertal)

Höhne, Hansjoachim: Report über Nachrichtenagenturen.

Bd. 1: Die Situation auf den Nachrichtenmärkten der Welt; Bd. 2: Die Geschichte der Nachricht und ihrer Verbreiter. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1977 (224 S. und 184 S., br., je 22,90 DM (zus. 40,00 DM)).

Wer erfahren möchte, wieviel bundesdeutsche Tageszeitungen wieviel Korrespondenten in wieviel Ländern unterhalten, wie umfangreich die Archive der Deutschen Presseagentur (dpa) oder der Telegrafnoje Agenstwo Sowjetskowo Sojusa (TASS) sind, welche Nachrichtenagenturen – Höhne nennt 102 beim Namen – in welchem Land beheimatet sind und welches Verbreitungsgebiet kontrollieren, der ist mit Höhnes zweibändigem Report bestens bedient. Höhne, der selbst zwanzig Jahre für dpa und UPI gearbeitet hat, veröffentlicht seinen über Jahre zusammengestellten überdimensionalen Zettelkasten, dessen Bestandteile er jedoch nicht kritisch hat aufarbeiten können.

Vorwort oder Einleitung kennt der Report nicht. An keiner Stelle hat der Autor versucht, seine wissenschaftlichen Grundlagen, die Richtung seiner Arbeit oder auch ihre Ergebnisse zusammenzufassen oder gar zu problematisieren. Einerseits werden für Höhne Nachrichten „gehandelt wie andere Waren auch“ (Bd. 1, S. 12), andererseits liegt das Ziel der Tätigkeit der großen westlichen Agenturen darin, „den Kunden am schnellsten einen zuverlässigen und vollständigen Überblick über das Weltgeschehen zu vermitteln“ (ebda. S. 13). Die Aufgaben der Agenturen werden so definiert, „die Welt unbeirrt so zu sehen, wie sie ist“ (ebda. S. 115, vgl. S. 131). Höhne unterscheidet die Agenturen danach, „ob

sie auf kaufmännischer Basis und nach journalistischen Gesichtspunkten arbeiten, um objektive Nachrichtendienste zusammenzustellen, oder ob sie als staatliche Unternehmen zuerst den Interessen ihres Landes und der dort herrschenden Ideologie verpflichtet sind“ (ebda. S. 171, Hervorh. von mir, M. D.).

Dabei breitet Höhne selbst eine Menge Material aus über die Einflußnahme von Kapitalinteressen auf die Nachrichtenagenturen (ebda. S. 12, S. 52, S. 154, Bd. 2 S. 52 und S. 124 f.) und ihre Verflechtungen mit dem Staat, wozu nicht zuletzt die direkte Finanzierung gehört (Bd. 1 S. 50). Das trifft in klassischer Weise auf die Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH zu (ebda., S. 68, S. 80 ff., S. 155. Vgl. zu den VWD die WSI-Mitteilungen 29/1976, Sonderheft „Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat“, S. 44).

Hilflos steht Höhne dem Bestreben von Ländern der Dritten Welt gegenüber, sich aus der publizistischen Vormacht der beherrschenden westlichen Presseagenturen zu befreien (Bd. 1 S. 72, S. 123 f., S. 148): in den Entwicklungsländern sei eine starke Animosität gegen die Agenturen der ehemaligen Kolonialmächte zu spüren (S. 72). Der Antikommunismus, den Höhne pflegt, nähert sich mitunter dem Kabarettistischen: „Bedeutete“ das Attentat auf Präsident Kennedy „den Beginn eines dritten Weltkrieges? 1914 hatten in Sarajewo Schüsse auf den österreichischen Thronfolger einen Weltkrieg zur Folge. Wer steckte wohl hinter diesem entsetzlichen Verbrechen? Waren es Kommunisten, von den Russen gedungen, waren es Rassenfanatiker aus dem eigenen Lande?“ (Bd. 1, S. 9). Und das in einem 1977 veröffentlichten Buch!

Der Verlag hat ein übriges getan und offenbar die Kosten für den Korrektor eingespart.

Matthias Dohmen (Wuppertal)

Schiller, Herbert I.: Die Bewußtseinsmanager. Medienindustrie der USA, Struktur und Einfluß. Hanser Verlag, München 1976 (228 S., br., 19,80 DM).

Schillers Analyse der US-Medienindustrie ist zwar schon 1973 in den USA erschienen, jedoch zeichnet sie für die BRD mögliche Entwicklungen vor. Für Schiller sind es 5 zentrale, kaum mehr kritisch hinterfragbare bewußtseinskonstituierende Faktoren, die die Formen der Produktion und Konsumption von Informationen in kapitalistischen Gesellschaften determinieren: das auf den privaten Konsum reduzierte Verständnis von Individualität und Entscheidungsfreiheit, der Neutralitätsmythos, die Vorstellung von der Unveränderbarkeit menschlicher Natur, die vorgebliche Klassenharmonie und die Verwechslung von informeller Vielfalt mit Objektivität. Jene 5 Faktoren in Verbindung mit den 2 wesentlichen Manipulationsmethoden – der Fragmentierung der Nachricht, um ihren Zusammenhang zu zerstören und dem Unmittelbarkeitsfetisch journalistischer Arbeit, der die Nachricht zur schnellverderblichen Ware macht – sind nach Meinung des Autors Konstituentien eines Informationssystems, in dem „die Kombination von Konzernmonopol, Geheimhaltung auf seiten der Regierung, Manipulation und schließlich die Verteilung von Informationen nur an diejenigen, die dafür bezahlen können, für die meisten amerikanischen Bürger das Ende der Partizipation“ (71) bedeutet (sofern diese je bestanden hat).

Bei der bedrückenden Schilderung der Verwobenheiten, Kartellierungen, Hierarchisierungen und wechselseitigen Abhängigkeiten sämtlicher Informationssektoren von der Wissensbank bis zu den Unterhaltungsmedien, vom Militärapparat über public relation bis zu den Schulen gelingt es Schiller nicht immer, den moralisch entrüsteten Manipulationsvorwurf zu vermeiden. Manipulation ist dann

nicht mehr durch den Warencharakter der Nachricht unter den Bedingungen des Wirtschaftens in kapitalistischen Gesellschaften definiert, sondern gerät zum Vorwurf subjektiven Machtmißbrauchs einzelner Medienmoloche. Dies und die Breite der Untersuchung, die ihr zeitweiliges Verharren auf Phänomenen bedingt, schmälert ihren Wert für die Analyse der einzelnen gesellschaftlichen Informationsbereiche. Auch hierfür jedoch liefert sie interessante Fakten, beispielsweise zur Verflechtung militärischer und politischer Datenbanken, und historische Quellen z. B. zu den Ursprüngen des „McCarthyismus“, die dem Leser verdeutlichen, „daß die Macht, Realität zu definieren und die soziale Tagesordnung für die Gesellschaft im ganzen zu bestimmen, der Schlüssel zur sozialen Kontrolle ist“ (166).

So bleibt der Autor auch bezüglich der neuen, enthusiastisch gefeierten Medien wie Video und Kabelfernsehen pessimistisch und teilt nicht die verbreitete Hoffnung, daß diese nun endlich auf breiter gesellschaftlicher Basis Informationsaustausch möglich machen, sondern skizziert – in unserer Ära des Berufsverbotes besonders bedrückend – die zusätzlichen staatlichen Kontrollmaßnahmen, die mit den neuen Medien erwachsen. Michael Hahn (Frankfurt/M.).

Foltin, Hans F. und Gerd Würzburg: *Arbeitswelt im Fernsehen.*

Versuch einer Programmanalyse. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (126 S., br., 12,80 DM).

Die Untersuchung knüpft an Arbeiten von Holzer, Prokop, Dröge, Dahlmüller u. a., Knilli an. Die Frage, ob das Fernsehprogramm „... die Undurchschaubarkeit der gesellschaftlichen Zwänge (verstärkt). . .“ oder aber „... zum Erkennen der Realität als einer veränderbaren (beiträgt)“ (12) wird am Komplex „Arbeitswelt“ analysiert.

Untersucht wurden 1237 Programmeinheiten mit insgesamt 24 582 Minuten Sendedauer in der Zeit vom 12. Januar bis zum 10. Februar 1977 von geschulten Beobachterteams, um die jeweilige Präsentation der „Arbeitswelt“ mittels eines kodifizierbaren Testbogens quantitativ auswerten zu können. Die Ergebnisse dieser quantitativen Analyse können sicherlich niemand überraschen. Das Thema „Arbeitswelt“ ist, sogar abgesehen von seiner inhaltlichen Gestaltung, unterrepräsentiert. Zwar enthalten ca. 20% der Untersuchungseinheiten Bezüge zur Arbeitswelt, aber diese sind nicht dominierend. Bei über 70% der Einheiten ist nicht erkennbar, welchen Rang hier die Arbeitswelt einnimmt, d. h. sie erscheint z. B. nur in der Form von kurzen Hinweisen, Illustrationen, Bildern etc. in Fernsehfilmen, Magazinberichten usw. (37). Erscheint der Bereich „Arbeitswelt“ in Programmteilen, die zur „Unterhaltung“ bestimmt sind, dann werden meist „prestigeträchtige Berufe“ wie Unternehmer, Arzt, Künstler etc. (41), „geistige Tätigkeiten“ (46) dargestellt, deren Präsentation in keinem Verhältnis zu ihrer realen „Quantität“ steht.

Zwar läßt sich, was die Kommentierung der Sendungen anbetrifft, in denen die Arbeitswelt auftritt, eine Rangfolge von „ausgewogenen“, „arbeitnehmerfreundlichen“ und dann erst „arbeitgeberfreundlichen“ Kommentaren aufzeigen, aber das wird schon dadurch relativiert, daß überhaupt nur bei 5% aller Untersuchungseinheiten „... eine Stellungnahme der Kommunikatoren erkennbar war“ (54).

Nimmt man den qualitativen Teil hinzu (56 ff.), dann wird das abschließende Ergebnis verständlich, daß durchgängig (d. h. ohne Unterschied, ob es sich um Inhalte des Kinderprogramms, Filme innerhalb des Werbeprogramms, politische

und andere Magazinsendungen, Quizfolgen oder das Abendprogramm handelt) gesellschaftliche Zwänge, größtenteils verschleiert (das gilt auch für die Sendung „Acht Stunden sind kein Tag“ und andere zusätzlich analysierte Arbeitswelt-Beiträge) oder verstärkt werden.

Zwar ist das keine überraschende Einschätzung, aber die vorliegende Untersuchung erbringt dafür den empirischen Beleg, der in Diskussionen, Seminaren etc. eine wertvolle Argumentationshilfe sein kann. Weniger als der quantifizierende Teil vermag der interpretierende Teil zu befriedigen. Hier bleibt die Analyse z. T. zu oberflächlich, wirkt komisch (z. B. wenn diskutiert wird, ob der Auftritt von Karel Gott als Mixer einen Bezug zur Arbeitswelt darstellt oder nicht) oder es gelingt nicht das Typische der Kopplung von Bild- und verbalen Informationen herauszuarbeiten.

Volker Herrmann (Bielefeld)

Psychologie

Wittling, Werner: Einführung in die Psychologie der Wahrnehmung. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1976 (217 S., br., 24,- DM).

Den Text auf der Titelseite des Buches kann man nur als gezielte Irreführung oder als betrügerisches Gebrauchswertversprechen charakterisieren. Angekündigt wird ein „Überblick über die grundlegenden Probleme und Mechanismen der menschlichen Wahrnehmung“, ein Anspruch, der vom Autor bereits im Vorwort mit fadenscheiniger Logik Zug um Zug zurückgenommen wird: Am Ende bleibt das magere Eingeständnis einer fast ausschließlichen Beschäftigung mit ausgewählten Aspekten der Funktion des visuellen Systems. In dieser „Einführung“ werden so bedeutende Bereiche der Wahrnehmungspsychologie wie der Geschmacks-, Geruchs-, und Gehörsinn, das haptische System, der Temperatur- und Schmerzsinne mit keiner Silbe erwähnt. Ebenso fehlt jeglicher Versuch, die menschliche Wahrnehmung in den Gesamtzusammenhang der psychischen Erscheinungen und der menschlichen Lebenspraxis zu stellen.

Bevor sich der Autor für den Rest des Buches dem visuellen System zuwendet, unternimmt er auf knapp zwanzig Seiten in umständlicher Manier und unreflektiert behavioristischer Terminologie den Versuch, auf den Zusammenhang von „Umweltstimuli“ und „Wahrnehmungsentwicklung“ bzw. „Verhaltensorganisation“ hinzuweisen; dabei begnügt er sich damit, am Beispiel der sensorischen Deprivation in unverbindlicher Allgemeinheit die Existenz von bestimmten, nicht näher charakterisierten „Einflüssen“ zu vermuten, ohne solche zentralen Fragestellungen der Allgemeinen Psychologie, wie etwa die der Entwicklung und Determination des Psychischen, auch nur ansatzweise zu streifen. Die folgenden vier Hauptkapitel sind überschrieben mit „Dimensionen der visuellen Reizeinwirkung“, „Reizaufnahme und Reizselektion“, „Struktur des visuellen Systems“ und „Visuelle Reizverarbeitung“. Die Darstellung bewegt sich dabei durchgängig auf einer unhistorisch und theorielos deskriptiven Ebene, reiht zahllose Einzeluntersuchungen aneinander (ca. 400 meist sehr spezielle Literaturhinweise auf 200 Seiten) und verfehlt das im Buchtitel gestellte Thema insofern, als sie sich weniger mit Problemen der Wahrnehmung sondern fast ausnahmslos mit ihren physikalischen, physiologischen und neuronalen Voraussetzungen befaßt. An keiner Stelle dringt der Autor zur spezifisch menschlichen Charakteristik der Wahrnehmung vor; in den wenigen nicht-quantitativen, inhaltlichen

Passagen verläßt er niemals das organismische Niveau, sieht Wahrnehmung immer nur im Dienste einer kontinuierlichen Anpassungsoptimierung.

Seltsam mutet auch an, daß diese „Einführung“ ohne jede erkenntnistheoretische Reflexion auskommen zu können glaubt. Dieser Verzicht rächt sich spätestens dann, wenn die S–R–Betrachtungsweise selber zum Erkenntnishindernis wird: etwa beim Problem der Strukturauflösung nach totaler Elimination der Augenbewegungen, zu dessen Lösung ein theorieloses Herumstochern in physiologischen Grundlagen kaum beitragen wird, wohl aber eine erkenntnistheoretische Diskussion und die Einführung solcher Kategorien wie Aktivität, Tätigkeit und Handlung in die Psychologie der Wahrnehmung. – Kurz: ein ärgerliches Buch, das – als Einführung deklariert – den Orientierung suchenden Leser sehr bald im Stich läßt.

Klaus Neidhöfer (Hamburg)

Jonas, Benjamin: Anpassungsschwierige Kinder. Erfolge und Probleme der Heimerziehung. Urban und Schwarzenberg, München–Berlin–Wien 1976 (253 S., br., 28.–DM).

Jonas behandelt in der dreiteiligen, praxiserfahrenen Studie zunächst allgemeine Gesichtspunkte zur Sozialisierung des Kindes in der Familie und Reeducation im Heim, sodann strukturelle Gegebenheiten des reedukativen Heimes – Administration, Heimwirtschaft, Erziehungspraxis. Als Modell dient ein Heim in Haifa mit 106 Plätzen für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren mit privatem, gleichwohl „öffentlichem“ Träger. Der Leser findet eine komplexe Darlegung der gegenwärtigen gesellschaftlichen und pädagogischen Situation, in der sich Kinder und Erwachsene im reedukativen Heim befinden. Grundsätzliche Unterschiede zu den entsprechenden Einrichtungen in der BRD fallen nicht auf. Heimkind ist nicht in erster Linie das sozial benachteiligte, seelisch kranke, entwicklungs-gestörte Kind, sondern das von gesellschaftlicher Norm passiv oder aktiv abgewichene, der potentielle outdrop und Angreifer, „ein Element welches sich und der Gesellschaft zur Gefahr werden kann“ (171). Bei allem spürbaren Unbehagen gegenüber diesem Erziehungsauftrag – „man möchte fast zu einem Schluß des Absurden kommen, daß die Gesellschaft von der Reeducation in einem Heim verlangt, das wieder zu ordnen, was sie selbst in Unordnung brachte und weiterbringt“ (51) – bekennt sich der Autor letztlich zu einer konformistischen Erziehungstechnik. Es fehlt nicht an skeptischen Fragen über den Zusammenhang zwischen Budget und Erziehungs-idee, oder der nach den psychischen Folgen des „Institutionalismus“. Letztere unterstreicht Jonas, in Anlehnung an den Spitzschen Hospitalismusbegriff als unbezweifelbare Folge der emotionalen Mangelsituation des Heimkindes. Abgesehen von der für Israel aufgezeigten Besonderheit ethnischer Gruppierungen und hoher Einwanderungsquote, bleibt die Darstellung der Ursachen familiär bedingter Erziehungsunfähigkeit sehr schematisch. Die „emotionelle Ökonomie“ sei nicht „ausgewogen“. Zusammenhänge zwischen Reproduktions- und Produktionsprozeß werden nicht erörtert, obwohl sie unausgesprochen gleichwohl offen bleibt auch, was Jonas unter einem „Leistungserfolg von 67 % in der vollen sozialpsychologischen und wirtschaftlichen Integration ehemaliger Zöglinge“ (4) konkret versteht. Was die individuelle Symptomatik der anpassungsschwierigen Kinder angeht, gesellt sich zur liberalen Langmut und analytischen Askese trotz diskutierter Vorbilder (Aichhorn, Redl, Bettelheim u. a.) eine deutliche Abneigung gegenüber psychotherapeutischen Hilfen zugunsten der sozialtechnischen. Jonas schwebt ein pädagogisch-anthropologischer Erziehungsstil vor, „in dem das innerlich erfüllte, ge-

glückte Sein des Zöglings sich mit der Erziehung zur Gesellschaft deckt“ (46). Dem gegenüber hafte der Kibbutz-Erziehung trotz größerer emotionaler Befriedigungschancen ein Ghetto-Charakter an. So viel Kritisches fällt schwer gegenüber einem Autor, der aus teilnehmender Praxis und nicht aus der Bibliothek schreibt. Jonas bringt in Einzelausführungen, besonders für den in vergleichbaren Institutionen Arbeitenden, differenziertes Anschauungs- und Erfahrungsmaterial: die Beschulung lerngestörter Heimkinder, die Sexualität und Destruktivität im Heim, der Kontakt zum Elternhaus, die Nachbetreuung des Heimentlassenen. Steht das praxisbezogene Engagement, in dem sich die Ausführenden gesellschaftlich angeordneter Reedukation befinden, im Widerspruch zur Möglichkeit einer couragierteren Benennung des Dilemmas Heimerziehung? Dafür spricht, daß es auffallend wenig vergleichbare Studien gibt, weil die Erfahrung noch so bemühter Praxis selbst dem „Institutionalismus“ zum Opfer fallen.

Margarete Berger (Freiburg)

Frese, Michael: *Psychische Störungen bei Arbeitern*. Otto Müller Verlag, Salzburg 1977 (208 S., br., 23,- DM).

Psychische Störungen Erwachsener wurden bislang, sofern sie sozialwissenschaftlich und nicht biologisch erklärt wurden, weitgehend psycho-analytisch erklärt: verursacht durch frühkindliche Konflikte vornehmlich in der ödipalen Phase. Im Gegensatz und als Ergänzung hierzu entwickelt der Autor durch Konfrontation der Ergebnisse lerntheoretischer Experimente, die von einem kognitiven Ansatz ausgehen, mit den Gesetzmäßigkeiten einer kapitalistischen Gesellschaft, wie sie von Marx analysiert wurden, einen theoretischen Interpretationsrahmen, der psychische Störungen aus der Arbeitssituation der Betroffenen und deren subjektiver Verarbeitung ableitet. Zentral ist der Begriff der Kontrolle (34-43). „Kontrolle ist in dem Maße gegeben, in dem eine Person über Verhaltensmöglichkeiten verfügt, mit Bedingungen so umzugehen, daß diese entsprechend eigenen Zielen, Bedürfnissen und Interessen erhalten, verändert oder neu geschaffen werden“ (37). Psychische Defekte, so lautet die Argumentation, entwickelten sich um so eher und seien um so schwerwiegender, je weniger der Mensch seine Lebens- und Arbeitssituation unter Kontrolle bringen könne. Das Unvermögen, sein Leben selbst zu gestalten und als sinnvoll zu erfahren, habe seine Ursache in den sozialstrukturellen Zwängen einer kapitalistischen Gesellschaft. Der Autor belegt das mit Beispielen aus der Produktions- und Zirkulationssphäre. Dieses Unvermögen variere in Umfang und Ausprägung schichtspezifisch. So seien zum Beispiel psychische Störungen in den unteren Schichten der Bevölkerung häufiger und schwerer (Psychosen) als in den oberen Schichten (Neurosen).

Je nach dem Grad der subjektiven Kontrolle über „Ereignisse und Bedingungen, die von der Mehrheit der Mitglieder einer Gesellschaft unter gesellschaftlich durchschnittlichen Bedingungen als aversiv oder bedrohlich eingeschätzt werden“, sog. Stressoren (33), können sich verschiedene Tendenzen von Verhaltensweisen bzw. psychischen Störungen herausbilden: sei die Kontrollmöglichkeit groß, so könne die bedrohliche oder aversive Situation aktiv angegangen werden. Seien die Kontrollmöglichkeiten hingegen eingeschränkt, so könne es zu Phobien und psychosomatischen Störungen kommen. Sei überhaupt keine Möglichkeit zur Kontrolle gegeben, könnten Depressionen und Schizophrenie die Folge sein (166, 171). Weil alle diese Defekte letztlich sozialstrukturelle Ursachen haben, sieht der Autor im wesentlichen auch nur zwei Möglichkeiten der Gegen-

strategie: Solidarität der lohnabhängig Erwerbstätigen untereinander und Entwicklung von Klassenbewußtsein, letztendlich mit dem Ziel, die krankmachenden Verhältnisse umzuwälzen.

Arno Bammé (Berlin/West)

Parker, Beulah: Chronik einer gestörten Familie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975 (343 S., br., 22,- DM).

Die Autorin, die sich den deutschen Lesern mit ihrem Buch „Meine Sprache bin ich“ bereits vorgestellt hat, wendet sich mit ihrem Werk „Chronik einer gestörten Familie“ an „lesende Laien wie Fachleute“, wobei sie weder eine „fachliche Abhandlung noch einen Roman“ zu schreiben beabsichtigt, sondern einfach den Versuch unternimmt, die Kommunikationsweisen einer Familie und deren Auswirkungen auf die Geschichte der Kinder anschaulich darzustellen. Das Material besteht aus Gesprächen zwischen der Autorin und Amy, dem Kind, welches „überlebt“, ergänzt durch Beschreibungen, persönliche Aufzeichnungen verschiedener Familienmitglieder, Kommentaren und Meinungen. Lediglich in zwei Kapiteln gibt die Autorin fachliche Interpretationen des Materials.

Die Vorfahren der beschriebenen Familie kamen schon im 17. Jahrhundert mit den Pilgern nach Nordamerika, waren durch Jahrhunderte hinweg aktiv und erfolgreich am Aufbau der USA beteiligt und gelangten zu hohem Ansehen und Wohlstand. Die Eltern gehören der zehnten Generation an. Die beiden Töchter aus dieser Ehe werden neurotisch, der Sohn schizophran und nimmt sich das Leben. Die Autorin analysiert diese individuellen Störungen nicht auf dem Hintergrund der sozialen Geschichte dieser Familie. Sie geht nicht der Frage nach, ob der Sohn sich gegen den traditionellen Lebensstil seiner Familie auflehnt und seinen Widerstand, zunächst getarnt als „Künstler“, danach als „Schizophrener“ leistet. Auch wird sein Selbst-mord nicht als Familien-mord unter die Lupe genommen, obwohl er – wie Parker bemerkt – mit seinem Tod der Fortsetzung der Linien beider Familien ein Ende setzt. Ferner versucht die Autorin nicht die Störungen der Familienmitglieder im Zusammenhang mit der Stellung der Familie in der amerikanischen Gesellschaft zu analysieren. Das gestörte Verhalten der Kinder wird auch nicht als individuelle Verhaltensstörung gesehen. Parker will zeigen, wie die zwischenmenschlichen Beziehungen, die der Vater und die Mutter herstellen, den Grundstein zur Zerstörung des Lebens ihrer Kinder legen. Der Leser soll ein Gefühl für die „emotionalen Obertöne“ bekommen. Da die Autorin sich vor allem auf die Gefühlsschwingungen konzentriert, bleiben bestimmte strukturelle Aspekte der Familiengeschichte im Hintergrund.

Das Buch wäre vielleicht besser geworden, wenn die Autorin sich entschlossen hätte, anhand ihres Materials einen Roman zu schreiben. Als wissenschaftlicher Beitrag ist es auf jeden Fall mangelhaft in der Methodik und in der Auswertung der Befunde.

Barbara Seuster (Insel Reichenau)

Medizin

Klee, Ernst: Psychiatrie - Report. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1978 (etwa 160 S., br., 4,80 DM).

Der Hessische Rundfunk plante 1976 eine Sendung „Die kranke Seele“; auf Vorschlag des Journalisten Ernst Klee wird nicht eine Sendung von Fachleuten über Kranke gemacht, sondern die Kranken machen eine Sendung über sich. Anfänglich geschah dies alles im Einvernehmen und mit Unterstützung der

Universitätsnervenklinik Frankfurt. Als aber im Zusammenhang mit der Sendung und bei einem öffentlichen Forum die Kritik der Patienten zu un bequem und „subjektiv“ (Zitat) wurde, reagierte die Klinikleitung mit Strafandrohung für Klee, Patientenausweisungen aus der Klinik, Repressalien gegen beteiligte Patienten, Nicht-Verlängerung des Arbeitsvertrages eines öffentlich Selbstkritik vornehmenden Klinikangehörigen. Auf staatlicher Ebene wurden die Mittel zur Förderung einer Laienorganisation gestrichen, die sich die Verbesserung der Lebensbedingungen psychisch Kranker zur Aufgabe gemacht hatte und die in dieser Auseinandersetzung für die Patienten Stellung bezog. Das vorliegende Buch berichtet – protokollartig – von diesen Vorgängen und illustriert dabei eindrücklich sowohl das „Elend“ westdeutscher Psychiatrie als auch ihre Macht. Dies wird durch die Schilderung authentischer Krankenberichte und dem dabei deutlich werdenden Leiden der Patienten an den psychiatrischen Institutionen noch verstärkt. Dazwischengeschoben sind mehr theoretische, sehr leicht verständliche Ausführungen zur Lage der psychiatrischen Versorgung in der BRD sowie zu diagnostischen und therapeutischen Konzepten herrschender Psychiatrie.

An einigen Stellen unterliegt der Kritik von seiten der Patienten und von Klee eine offensichtlich zu optimistische Vorstellung über das, was heute therapeutisch möglich ist. Häufig wird dabei die Beschränktheit psychotherapeutischer Verfahren nicht gesehen oder es wird nicht begriffen, daß eine unzureichende Therapie häufig allein das Ergebnis von Personal- und Mittelmangel ist. An mehreren Stellen vermißt man eine so klare Stellung zur Psychopharmakotherapie, wie sie von Reimer – im Buch zitiert – gegeben wurde: „daß auf keinen Fall medikamentöse Behandlung derart in den Vordergrund rücken darf, daß alle anderen Verfahren in den Hintergrund gedrängt werden. Gerade bei der Einfachheit der Pharmakotherapie ist es verlockend, den Patienten problemlos zu machen und ihn zu einem Instrument des Klinikapparates werden zu lassen“ (Fußn. 17). Daß Pharmakotherapie aber häufig notwendig ist, weil es keine Alternative gibt, muß einfach akzeptiert werden. Hier von einer Medikamente ablehnenden „Antipsychiatrie“ andere Lösungen zu erwarten, bedeutet das Warten auf Wunder, bedeutet eine falsche psychiatrie-politische Perspektive. Trotz dieser Kritik am Buch ist mit Veröffentlichung des „Psychiatrie-Report“ ein wichtiger Beitrag zur Schilderung und Anklage entmenslichender psychiatrischer Versorgung in der BRD geleistet. Durch die Darstellung von Einzel-„Schicksalen“ neben Zahlenmaterial wird er wahrscheinlich mehr als die Psychiatrie-Enquête zur Schaffung produktiver Wut bei vielen in der Psychiatrie Tätigen beitragen.

Heinz-Harald Abholz (Berlin/West)

Eser, Albin (Hrsg.): Suizid und Euthanasie als human- und sozialwissenschaftliches Problem. Enke Verlag, Stuttgart 1976 (432 S., br., 4,50 DM).

Sauer, Hans und Helmut Holzhey: Euthanasie. Schwabe & Co Verlag, Basel/Stuttgart 1976 (183 S., br., 14,50 DM).

Kaum zu übersehen ist seit einigen Jahren die Literatur über „Euthanasie“ und Suizid. (Vgl. a. *Das Argument* 96/1976, 336 ff.) Das erste der hier besprochenen Bücher gibt die Referate von 35 Medizinern, Juristen, Soziologen und Theologen eines Symposiums am „Zentrum für interdisziplinäre Forschung“ der Universität Bielefeld vom März 1975 wieder. Eser fordert einleitend den „Schutz vor aufgedrängter Lebensverlängerung“ (1) und hält in diesem Sinne Suizid und

Euthanasie für „zwei verschiedene Seiten der gleichen Medaille“ (2). Schipperges' historische Übersicht zum Euthanasieproblem vermag die Brisanz des Themas nicht zu erhellen, unterstellt er doch der Rassenhygiene und dem Sozialdarwinismus der Jahrhundertwende „hohes humanitäres Ethos“ sowie naturwissenschaftliche Grundlagen (17). Entsprechend hilflos ist sein Schluß: „Noch leben wir in einem Stadium der akademischen Erörterung und rein theoretischen Diskussion! Was aber geschieht, wenn der soziale Druck steigt und weiter ansteigen wird!“ (21). Die Begrenzung ökonomischer Ressourcen für die moderne Medizin wird als gegeben hingenommen (142). Selbst die Vision der drohenden Überbevölkerung dient als Legitimation einer gewollten Reduktion medizinischer Leistungen; Kittrie weitet dabei die „Euthanasie“-Diskussion auf körperlich und geistig geschädigte Neugeborene aus (387). Zwar werden Gegenpositionen auch gut vertreten, so von Häring, der vor einem bedenkenlosen Utilitarismus warnt (270), ökonomistische und menschenverachtende Positionen bleiben aber im wesentlichen unwidersprochen. So stellt Kittrie die Einrichtung von „Geschworenengerichten über Leben und Tod“ zur Diskussion (390). Kautzky formuliert, es gehe bei der Euthanasiefrage primär um die „beabsichtigte Tötung Kranker“ (287). Von verschiedenen Autoren wird demgegenüber deutlich gemacht, daß der vieldiskutierte „Gnadentod“ ein gefährliches abstraktes Gedankenspiel sei und es in der realen Beziehung zwischen Sterbenden und Behandelnden ausschließlich darum gehen könne, Schmerzen zu bekämpfen und vor allem durch vermehrte Zuwendung die verschiedenen Krisenphasen zu überwinden. Auch zur Frage des Suizids wird an Hand einschlägiger Erfahrungen dargelegt, daß Krisenintervention und Prävention häufig erfolgreich sein können; Fletcher spricht gleichwohl vom Selbstmord als einer „Signatur von Freiheit“ (244). Schließlich treten aber auch Mediziner wie Menzel in der Diskussion um den Einsatz intensivmedizinischer Maßnahmen überzeugend denjenigen Referenten entgegen, die allzu leichtfertig die Chancen der modernen Medizin zugunsten ihrer Euthanasie Modelle vergeben. Umso nachdenklicher muß es stimmen, wenn gegen Ende der Tagung ein relevanter Teil der Teilnehmer der Meinung war, man solle die bewußte Tötung schwerkranker Patienten „mit qualvollen Schmerzen“ potentiell von der Strafandrohung ausnehmen. Auf eine entsprechende Entschließung wurde verzichtet, da man den „Zeitpunkt... noch für verfrüht“ hielt (422).

Das zweite hier besprochene Buch weicht inhaltlich kaum vom ersten ab. Auch hier Angst vor der „kalte(n) Perfektion der medizinischen Technologie“ (17), Forderung nach bewußter Beschränkung medizinischer Leistungen wegen der ökonomischen Grenzen (37, 55, 77). Binding/Hoches 1920 veröffentlichte Broschüre „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ hält Sauer immerhin für „verdienstvoll“ (22). Unwidersprochen bleibt die Systematisierung von Haemmerli, der in seine Euthanasieüberlegungen auch körperlich und geistig schwer Behinderte miteinbezieht (66). Haemmerli plädiert dabei für „gesunden Menschenverstand und Humanität“ (68). Grotesk die Unterteilung von Friedrich in „Todesberechtigte“ und „Nicht-Todesberechtigte“ (82 f.). „Verlangte Krankentötung“ soll nach Hammer straffrei bleiben, wenn „neben dem nachweisbaren gravierenden Vitalitätsverlust der rechtlich ebenso klare Wille des Patienten zu sterben“ gegeben sei (136). Das Buch umfaßt einige wichtige Quellen zur Euthanasiediskussion sowie eine kommentierte Bibliografie „aus wertender Sicht, die der katholischen Theologie nahesteht“ (160).

Beiden Arbeiten gemeinsam ist das Überwiegen einer kulturpessimistischen Wendung realer Probleme z. B. der Intensivmedizin und der Krebsbehandlung.

Suggestiert wird die Möglichkeit einer beliebigen Verlängerung des wie auch immer beeinträchtigten Lebens. Gespenstisch gerät das Bild vom total ausgelieferten und gequälten Kranken. Bei aller Berechtigung einer Kritik am Fehlen einer patientenorientierten Praxis in der Intensivmedizin wie im Umgang mit Sterbenden bleibt die prinzipiell irrationale und fortschrittsfeindliche Ablehnung moderner naturwissenschaftlicher und technischer Möglichkeiten der Medizin unverständlich. Nicht zu tolerieren ist das schlichte Akzeptieren quasi natürlicher ökonomischer Grenzen für die Medizin. In der Tat „sind es die offensichtlichen und latenten gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Beeinflussung des medizinischen Denkens und Handelns. . . , die im wesentlichen auf den Komplex der Euthanasie einwirken“ (Rothschild in Sauer/Holzhey, 47). Dies zu erkennen und die Gefahren ökonomistischen und kulturpessimistischen Denkens in der gegenwärtigen Diskussion um die moderne Medizin zu sehen, könnte immerhin das Ergebnis der Lektüre derartiger Bücher sein. Norbert Schmacke (Bremen)

Améry, Jean: *Hand an sich legen*. Diskurs über den Freitod. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976 (129 S., br., 16,- DM).

Améry versteht sein Buch als direkte Fortsetzung seines Essay-Bandes „Über das Altern“ (vgl. die Rez. v. B. Frei in Arg. 56/1970), in dessen Schlußkapitel der Tod als das Udenkbare, das nur negativ zu Definierende, im Mittelpunkt steht. Er betont, daß er nicht eine Apologie des Freitods beabsichtigt; es geht ihm auch nicht um eine wissenschaftliche Darstellung, vielmehr will er den Suizid enttabuieren und die Motivation des Suizidärs bzw. Suizidanten analysieren. Im Mittelpunkt steht ein leidenschaftliches Plädoyer für das Recht des Menschen, „Hand an sich zu legen“. – Nach Améry erfaßt die Wissenschaft den Suizid nur sehr eingeschränkt: sie erstellt Statistiken, versucht individuelle Motivationen und/oder gesellschaftliche Ursachen zu eruieren und betrachtet letztlich den Hang zum Freitod als eine zu heilende Krankheit. Die Ethik bzw. die Gesellschaft schließlich fügt dem Vorwurf der Abnormität noch den der sozialen Verantwortungslosigkeit hinzu. Améry wendet sich scharf gegen die Ächtung des Suizids durch die Religion. Einem Christen im Konzentrationslager gesteht er zwar zu, sein Leben als ein ihm nicht gehörendes, sondern von Gott gegebenes zu betrachten, verwehrt sich aber dagegen, wenn der Christ dies auch von anderen verlangt. Ebenso grenzt Améry sich von der Suizidologie ab; er betont ihre Notwendigkeit und beschäftigte sich auch mit der entsprechenden Literatur, sein Anliegen sind jedoch die Fragen, die sich zwar der Wissenschaft entziehen, trotzdem aber vom Individuum eine Antwort verlangen.

Améry weist darauf hin, daß der Leser nichts Substantielles „über die seelischen und gesellschaftlichen Vorgänge . . . die zum Freitod führen“ (9) im Buch erfahren wird; sein Text beginne vielmehr im „Inneren derer, die ich die Suizidäre oder Suizidanten nenne“ (ebd.). Von diesem Ansatz ausgehend muß Améry notwendigerweise ins Reich der Spekulation geraten. Besonders deutlich zeigt sich dies an einer wichtigen Figur seines Textes, einer Hausgehilfin, die sich „aus unglücklicher Liebe zu ihrem Radio-Liebling“ (14) das Leben nimmt. Améry stellt die makabre These auf, daß „mein armes Hausmädchen möglicherweise später niemals den gleichen Grad von Authentizität erreicht haben würde wie damals, als sie aus dem Fenster sprang“ (19); die große Liebe habe ihrer Existenz eine Dichte verliehen, „die ihr später beim braven Mann und inmitten fröhlicher Kinderschar kaum noch vergönnt gewesen wäre“ (ebd.). Amérys Urteil (nun ohne das einschränkende „möglicherweise“): „Am extremsten und hierdurch

wahrsten lebte sie im Moment des Absprungs (ebd.). „Möglicherweise“ projiziert hier Améry *seine* existenzialistische Perspektive, die in der „Dichte der Existenz“, im „extremen und dadurch (?) wahren Leben“ besteht, auf eine unglückliche Frau, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Isolation und ihrer psychischen Vereinsamung ihrem Leben ein Ende setzte; es grenzt an Zynismus, wenn tiefste Hoffnungslosigkeit, die sich in diesem Selbstmord manifestiert, absurdistisch in höchste Authentizität uminterpretiert wird.

Friedrich Jungwirth (Berlin/West)

Geschichte

Funke, Manfred: Hitler, Deutschland und die Mächte. Droste Verlag, Düsseldorf 1976 (848 S., Ln., 84,- DM).

Mehr als 40 Beiträge befassen sich mit dem Zusammenhang zwischen faschistischem Herrschaftssystem und seinen außenpolitischen Konzeptionen, dem Instrumentarium der Außenpolitik und der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den anderen Staaten. Der Band will die „unterschiedlichen Forschungsansätze, Methoden und Befragungsprioritäten als Zwischenbilanz der Forschung stationieren“, eine „erste informatorische Anlaufstelle zum Komplex ‚NS-Außenpolitik‘“ schaffen, als „Multiplikator für die Forschungsergebnisse jüngerer Zeithistoriker“ fungieren und „einen Beitrag zu einer Theoriestiftung von Internationaler Politik“ leisten (11 f.). Das Buch versteht sich offenbar mindestens partiell als Gegengewicht zu der hervorragenden vierbändigen Darstellung der DDR-Geschichtswissenschaft „Deutschland im zweiten Weltkrieg“, deren „bitter stimmender materieller Vorsprung“ vom Herausgeber explizit beklagt wird (12). Diese von anderen Historikern wie Hillgruber schon seit Jahren erhobene Klage, in der die Geschichtswissenschaft den Regierenden ausdrücklich als ein wesentliches Feld des ideologischen Kampfes und also auch besonders förderungswürdig dargestellt wird, hat freilich insofern schon Wirkung gezeitigt, als die Bundeszentrale für Politische Bildung das vorliegende Projekt gefördert hat. Möglichkeiten und Grenzen dieses in der Sache notwendigen und zugleich sehr ehrgeizigen Unternehmens sind damit schon angedeutet. Sie werden noch deutlicher in der These des Herausgebers, daß die NS-Außenpolitik „forschungsstrategisch zureichend an die exzeptionelle Gestalt Hitlers zu binden“ und „Hitler als diabolisches Octroi über Deutschland weiterhin zu sehen“ sei – wengleich auch die „Komplementärinteressen der NS-Oligarchie und Großindustrie“ als „außenpolitische Schubkraft“ aufzufassen seien (11 f.). Der im Vorwort reklamierten Unterschiedlichkeit der Forschungsansätze waren damit natürlich sehr klare Schranken gesetzt. Es wird durchaus und zum Teil sogar heftig gestritten in diesem Band: über die Frage, welche Personen und Ämter welche Konzeptionen vertraten, welche ideologischen Begründungen für die verschiedenen Expansionskonzepte gegeben wurden, was Hitler gedacht, gefühlt und gewollt hat usw. Doch diese Kontroversen bleiben bei aller verbalen Schärfe blaß, weil Ideologien und politische Konzepte nicht daraufhin geprüft werden, welche sozialen Interessen sich in ihnen ausdrücken. Ideologien und Konzeptionen führen in diesem Buch einen geisterhaften Kampf, als ob sie eigene Wesenheiten wären. Wenn überhaupt nach den sozialen Trägern gefragt wird, dann auf der Ebene von Einzelpersonen und politischen Institutionen. Und auch diese erscheinen meist als bloße Sprachrohre jener höheren ideologischen Wesenheiten. Die Kategorie der „sozialen Interessen“ ist dieser Geschichtswissenschaft noch weithin unbekannt.

Stark modifiziert sind jene beiden Interpretationen der faschistischen Diktatur, die die Diskussion bis zur Mitte der sechziger Jahre beherrscht hatten: die personalistische, die Struktur und Politik des faschistischen Systems aus dem Denken und Wollen des Führers Adolf Hitler hergeleitet hatte; und die totalitarismustheoretische, die ebenfalls auf die Vorstellung von einem monolithischen Befehlssystem hinauslief. Beide Theoreme sind in diesem Buch „modernisiert“ durch Hereinnahme von Elementen der herrschenden Politologie und Soziologie, besonders der Institutionenlehre und der Organisationssoziologie. So kann der „Pluralismus“ der imperialistischen Konzeptionen zwar nicht erklärt werden (was eine Analyse der herrschenden Klasse und ihrer inneren Fraktionierung erfordern würde), immerhin aber deskriptiv dargestellt werden. Die wirklichen sozialen Triebkräfte des deutschen Imperialismus bleiben nach wie vor im Dunkeln, obgleich das an anderen Orten publizierte Quellen- und Dokumentenmaterial mittlerweile enorme Ausmaße angenommen hat und sehr präzise Schlußfolgerungen ermöglichen würde. Auch wenn von einigen Autoren die Großindustrie erwähnt wird, so erscheinen deren Ziele mehr oder weniger zufällig oder gar auf subjektiven Mißverständnissen beruhend. Es sind z. T. sehr namhafte Zeithistoriker, die hier mitgearbeitet haben, wie Bracher, Hans Mommsen, Hildebrand, Hillgruber, Jacobsen und Broszat. Der Band kann als ziemlich repräsentativ für die in der Zeitgeschichte der BRD dominierenden Positionen gelten. Allein schon deshalb verdient er Aufmerksamkeit. Er enthält jedoch auch eine Fülle von Materialien und Teilinterpretationen, die für eine kritische Aufarbeitung des Faschismus wesentlich sind.

Reinhard Kühnl (Marburg)

Böhnke, Wilfried: Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974 (239 S., br., 32,- DM).

Die an der Universität Marburg – dank Abendroth und Kühnl Zentrum progressiver Faschismusforschung – entstandene Arbeit weckt Erwartungen auf vertiefte Einblicke in gesellschaftliche Zusammenhänge und Interessen-Konstellationen, die den Aufstieg der NSDAP befördert haben; daß sich die Friedrich-Ebert-Stiftung dieser Arbeit angenommen hat, brauchte diese Erwartungen nicht unbedingt zu dämpfen, ist doch auch in der Sozialdemokratie unbestritten, daß von allen industriellen Förderern der Nazipartei der Ruhrschwerindustrie der erste Platz gebührt. Böhnke enttäuscht alle derartigen Erwartungen in befremdlichster Weise. Im Gefolge ‚bewährter‘ Tradition bornierter deutscher akademischer Gelehrsamkeit, die ihren Forschungsgegenstand – säuberlich aus allen wesentlichen Zusammenhängen herausgelöst – unter dem Mikroskop seziert und mit äußerster Akribie die belanglosesten Details mit genau der gleichen wenn nicht gar noch größerer Aufmerksamkeit bedenkt wie die wirklich bedeutsamen, schildert Böhnke in den ersten drei Teilen seines Buches die Entwicklung der NSDAP im Ruhrgebiet von 1920 bis 1933 und wendet sich in einem vierten Teil den Fragen nach der soziologischen Struktur von Mitgliedschaft und Führungsschicht der Ruhrgebiets-NSDAP sowie nach den Besonderheiten ihres Auftretens in der Öffentlichkeit zu.

Böhnke unterläßt die Frage nach der Stellung der NSDAP in der deutschen Parteienlandschaft und nach ihrer Funktion im Klassenkampf in der Weimarer Republik, insbesondere im Ruhrgebiet. Nach Böhnke ist die NSDAP im Ruhrgebiet eine Mittelstandsorganisation, welche versuchte, „die Arbeiterschaft dieses Industriegebietes. . . als Kampfmittel für die Interessen der Mittelschichten einzusetzen“ (215). Eben deshalb sei es nicht gelungen, einen Einbruch in die Ar-

beiterklasse zu erzielen, da die Arbeiter diese Absichten erkannt hätten (215). Was die Arbeiter in Wahrheit erkannt hatten und wohinter Böhnke offenbar trotz fleißigsten Studiums nicht gekommen ist, war die schlichte Tatsache, daß diese Partei von den Ruhrmagnaten gegen die Arbeiter und ihre Organisationen moralisch und materiell ausgerüstet wurde. Aber eben das bestreitet Böhnke. Eine direkte finanzielle Unterstützung durch die Industrie, auch auf dem Umwege über die Parteileitung in München, sei für die NSDAP im Ruhrgebiet „nicht nur nicht feststellbar, sondern auch mit einiger Sicherheit auszuschließen“ (158). Damit übertrifft Böhnke alle bislang unrühmlich bekannt gewordenen Weißwäscher, von Louis P. Lochner über August Heinrichsbauer und Wilhelm Treue bis zu Ernst Nolte und H. A. Turner jr., denn diese hatten wenigstens die durch die Nürnberger Prozesse aktenkundig gewordenen Unterstützungen der Nazipartei durch das Monopolkapital zugegeben.

Sein Weißwäscher-Eifer geht sogar so weit, daß er Berichte von Polizei- und anderen Behörden mit Angaben über finanzielle Zuwendungen der Industrie an die NSDAP als ‚unbewiesene Vermutung‘ abtut (160 f.), obgleich er an anderen Stellen einräumen muß, daß „die Polizeibehörden durch Kriminalbeamte, Spitzel und Agenten *genauestens* (!) über die Entwicklung nicht nur der Ortsgruppen des eigenen Amtsbereiches, sondern auch der Gesamtpartei unterrichtet waren“ (148).

Größeres Vertrauen als den – damals zumeist sozialdemokratisch geleiteten – Behörden bringt Böhnke dem damaligen Nazi-Gauleiter im Ruhrgebiet, Kaufmann und dessen schriftlicher Versicherung entgegen, die NSDAP habe während seiner Amtszeit seitens der Industrie kein Geld erhalten (158). Als stärkstes Indiz wertet er jedoch die ständigen Klagen der Naziführer über Geldmangel (114, 158, 167). Sollte Böhnke bei seinen Studien wirklich noch nicht darauf gestoßen sein, daß er solche Klagen bei *allen*, auch den am reichsten dotierten Parteien der Bourgeoisie, wie DNVP und DVP, findet? Im übrigen ist die Finanzierung keineswegs das einzige Kriterium zur Beurteilung einer Partei, entscheidend ist immer ihre Politik. Bedeutsam sind auch die persönlichen Beziehungen der Parteiführer zu anderen Politikern, „Wirtschaftsführern“ usw. Die vielen Treffen Hitlers und anderer Naziführer mit Ruhrmagnaten erregen jedoch nicht im mindesten das Interesse des Verfassers. Er hat offenbar auch gar keinen Versuch gemacht, in Konzernarchiven den Beziehungen zwischen Ruhrindustrie und Nazipartei genauer nachzugehen, obwohl durch die Forschungen von Dirk Stegmann hinlänglich deutlich geworden ist, wie unverzichtbar die Einsicht wenigstens in das Reusch-Archiv für eine solche Arbeit ist. Gemessen an diesen inhaltlichen und methodischen Gravamina ist der positive Ertrag der Arbeit minimal. Er liegt im Nachweis, solcher ohnehin bekannten Fakten, daß die NSDAP im Ruhrgebiet ihre pseudosozialistische Demagogie besonders stark betrieb, dessen ungeachtet die Ruhrarbeiterschaft aber entschieden die Nazis ablehnte.

Böhnke gelangt bei der Untersuchung der sozialen Zusammensetzung der NSDAP im Ruhrgebiet zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Industriearbeiter an der Parteimitgliedschaft kaum höher als bei 14 Prozent gelegen hat; merkwürdigerweise setzt er den Arbeiteranteil der *Naziführerschaft* mit 15–20 Prozent größer an als für die Mitglieder (199 f.). Nützlich ist auch die exaktere Herausarbeitung der Haltung der von Gregor Strasser geleiteten Arbeitsgemeinschaft Nordwest, dem losen Zusammenschluß der norddeutschen NSDAP-Führer, zum Volksentscheid für die Fürstenenteignung 1926 gegenüber der bisher üblichen pauschalen Behauptung, diese Gruppe sei ‚für‘ den Volksentscheid eingetreten

(216). Ähnliches ließe sich noch für einige andere Punkte sagen. Die Geschichte der NSDAP im Ruhrgebiet freilich muß erst noch geschrieben werden, und sie muß zugleich das fehlerhafte Bild, das Böhnke zeichnete, korrigieren.

Kurt Gossweiler (Berlin/DDR)

Picker, Henry: *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*. 3. vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Seewald Verlag Stuttgart 1977 (548 S., br., 28,- DM).

In seiner Einführung stellt Picker die Tischgespräche als „intimste Unterhaltungen“ Hitlers dar und damit als beste Unterlagen zur Erforschung „jene(r) inneren Antriebe (. . .), die aus der Sphäre des Geistigen stammen und aus einem schlichten Normalbürger einen Weltveränderer wie Hitler formen. . .“ (9). Wenn Picker schließlich bekennt: „Mir (. . .) ging es bei dieser Dokumentensammlung von vornherein nicht um meine Sicht der Probleme, sondern darum, planmäßig ein ausführliches Selbstzeugnis Hitlers über seine Person, seine Ideen und Ziele zu überliefern“ (10), so ist der Leser voller Erwartung eines objektiven und distanzierenden Kommentars.

Statt dessen folgen jede Menge Unsinn und Halbwahrheiten, aus denen der Leser lernen soll, daß der Nationalsozialismus doch der bessere Sozialismus sei, weil er im Gegensatz zur UdSSR nicht imperialistisch sei (64) und in schweren Zeiten die Armut einfach abschaffen würde (188) usw. Picker lehnt den deutschen Faschismus selbstverständlich ab, doch ideologische Ladenhüter der Reaktion und selbst Fragmente faschistischer Propaganda werden von ihm einfach übernommen. Über Hitler „wie er wirklich war“ erfährt der Leser allerhand: Er trank „meist die äußerst erfrischenden deutschen Mineralwasser“ (229), bestimmte in der Berliner Reichskanzlei sogar das Tischdekor selbst (ebd.), und über sein Verhältnis zu Frauen finden sich seitenlange Beschreibungen (90 ff.).

Insgesamt handelt es sich nicht so sehr um einen Quellenband für historisch und sozialwissenschaftlich geschulte Interessenten, sondern um ein Buch auf der Hitler-Welle. Hier könnte es eine ähnlich gefährliche Wirkung haben wie die Hitler-Biografie Fests, indem es zur Verschleierung von Ursachen und Wirkungsweise des Faschismus beiträgt. In wessen politisches Konzept dies paßt, ist unschwer einzusehen.

Harald E. Jost (Ailsfeld)

Stadtarchiv Mannheim (Hrsg.): *Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden*. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940. Bearbeitet von Jörg Schadt. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976 (354 S., Ln., 34,- DM).

Die mit großer Sorgfalt edierten Dokumente – Lageberichte des badischen Geheimen Staatspolizeiamts und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe für die Jahre 1933 bis 1940 – vermitteln aus der Sicht der Verfolgungsbehörden einen Einblick in die antifaschistische Widerstandstätigkeit, die besonders von den Organisationen der Arbeiterbewegung (KPD, SPD, SAP, KJVD, Rote Hilfe) und auch von Teilen der Kirchen getragen wurde; darüber hinaus enthalten sie Hinweise über die politische Stimmung in der Bevölkerung. Die Gestapoberichte weisen eine breite, von zentralen Stellen angeleitete und koordinierte Widerstandsbewegung besonders in den industriellen Zentren und den an den Grenzen zur Schweiz und zu Frankreich gelegenen Städten für die Jahre 1933 bis 1935/36 nach; auf-

grund zahlreicher Verhaftungswellen wird der Arbeiterwiderstand in der Folgezeit geschwächt, jedoch keineswegs vollständig unterbunden. Verhaftungen wegen illegaler Betätigung für die KPD und „kommunistischer Umtriebe“ werden bis Mai 1940 registriert. (Die bedeutende Widerstandsgruppe um Georg Lechleiter, die seit September 1941 den „Vorboten“ herausgab, wird in den Gestapoberichten nicht mehr erwähnt; vgl. hierzu: M. Oppenheimer, *Der Fall Vorbote, Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes*, Frankfurt/M. 1970). Ein einheitliches Vorgehen von sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstandsorganisationen ist in verschiedenen badischen Städten bereits vor dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zu beobachten (146–147, 222, 308–311). Aufschlußreich sind die zahlreichen Angaben des Bandes über die berufliche und soziale Stellung der Verfolger und Verfolgten: Angehörige des höheren Verwaltungsdienstes, akademisch gebildete Juristen, hohe Polizeibeamte, Mitglieder angesehenen bürgerlicher Familien (der erste Leiter des Karlsruher Gestapoamts war Sohn eines Fabrikanten und wurde 1924 Mitglied des Schlageterbundes, 1926 der NSDAP und später der SS; vgl. 34–36) standen Metall- und Bauarbeitern, Zimmerleuten, Schneiderinnen, Bäckern, Schuhmachern und Tagelöhnern gegenüber (vgl. 118–134 und passim). Die Standhaftigkeit der Widerstandskämpfer kommt zuweilen auch noch in den Aufzeichnungen ihrer Feinde zum Vorschein; in dem Gestapobericht vom 17. Februar 1934 heißt es: „Der einer besseren Sache würdige Fanatismus einer durchaus beachtlichen Anzahl auch heute noch überzeugter KPD-Anhänger kennzeichnet folgende Äußerung des festgenommenen Steindruckers Heilig: ‚Unser Stern leuchtet im Dunkeln immer noch heller als eurer bei Tag!‘“ (68). Gert Meyer (Marburg/L.)

Hill, Leonidas E. (Hrsg.): *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950.*

Propyläen Verlag, Berlin/West 1974 (684 S., Ln., 68,- DM).

Ernst v. Weizsäcker (1882–1951), Vater des Physiker-Philosophen Carl Friedrich v. Weizsäcker und des CDU-Politikers Richard v. Weizsäcker war von 1938 bis 1943 Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Ribbentrop, danach von Mai 1943 bis Kriegsende deutscher Botschafter beim Vatikan. Nach dem Kriege wurde er als Kriegsverbrecher in Nürnberg im April 1949 wegen Beteiligung an der Vorbereitung eines Aggressionskrieges und an der Judenverfolgung zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt (wenig später reduziert auf 5 Jahre; Weizsäcker wurde schon 1950 freigelassen). Der Hrsg., der kanadische Historiker Hill, der nach eigener Aussage in seiner Dissertation über Weizsäcker aus dem Jahre 1963 noch eine scharf kritische Haltung ihm gegenüber einnahm, beschreibt in der Einleitung die Wandlung zu einem ganz anders gearteten, wohlwollend-bewunderndem Verständnis Weizsäcker, zu dem er inzwischen gelangt sei. Hill ist expressis verbis bestrebt, Weizsäckers von den Anschuldigungen und Vorwürfen zu entlasten, die insbesondere in Nürnberg auf Grund eines umfangreichen Beweismaterials gegen ihn erhoben wurden. Sein höheres Ziel ist die Verklärung einer breiten Schicht von ehemaligen Nazidividern diplomatischer und militärischer Provenienz. Im Falle Weizsäckers soll der allgemeine Eindruck erweckt werden, die nationalsozialistische Außenpolitik sei der deutschen Diplomatie „alter Schule“ wesensfremd und zuwider gewesen. Mehr noch: Weizsäcker habe, wie andere, allmählich nach Legionen zählende „Helden“ der rechtsbürgerlichen historischen und Memoirliteratur, ständig „Widerstand aus dem Ressort“ geleistet, d. h. eine Art „Dienst nach Vorschrift“ praktiziert. Hierbei handelte es sich – will man dieser Literatur Glauben schenken – unter den Umständen der faschi-

stischen Diktatur um so komplizierte und esoterische Vorgänge, daß sie bis ins letzte kaum je aufzuhellen sein werden. Jedenfalls versucht der Hrsg. angestrengt, in der Einleitung und im 400seitigen Dokumententeil Weizsäcker in die Nähe der bürgerlichen Anti-Hitler-Opposition zu rücken. Hill über seine Auswahlprinzipien: „Man könnte argumentieren, daß der vorliegende Band seiner Papiere von vornherein voreingenommen sei, weil er vor allem Weizsäckers Einwände gegen die nazistische Außenpolitik und seine Empfehlungen alternativer politischer Maßnahmen enthält, anstatt ihn im Zusammenhang mit Unternehmungen zu zeigen, die nach Meinung vieler Leser weniger positiv – im Gegenteil verabscheuungswürdig und sogar kriminell – waren.“ (51)

Was ist den vorgelegten Dokumenten an wissenschaftlicher Erkenntnis zu entnehmen? Erstens: Weizsäcker stimmte grundsätzlich mit der Zielsetzung der imperialistischen deutschen Politik überein. Dies traf insbesondere zu auf seinen allzeit bekundeten Antisowjetismus und Antikommunismus und sein „Europäertum“, d. h. das, wenn auch rational-vorsichtige, Expansionsstreben in Richtung „Neuordnung Europas“ und „Weltgeltung“ des deutschen Imperialismus. Zweitens: Weizäckers Differenzen mit Ribbentrop, Hitler und anderen über Fragen des Krieges, der Kriegsziele und später, in der zweiten Kriegshälfte, der Friedenssondierungen spiegelten – immer wieder gemindert durch die Befriedigung über die politischen und militärischen Erfolge des Regimes – die Bedenken wider, die ein Teil der herrschenden Klasse seit 1933 gegen eine allzu rücksichtslose und risikoreiche Außen- und Kriegspolitik hegte. Drittens: Weizäckers Mitwirkung an den Naziverbrechen und sein Mitwissen darum, seine geradezu schizophrene Loyalität gegenüber dem Regime, dem er bis ans Ende eifrig diente, ließen ihn sogar dem rechtesten Flügel der großbürgerlichen Anti-Hitler-Fronde um Goerdeler, Popitz und v. Hassel verdächtig werden, so daß er schließlich zwischen allen Stühlen der herrschenden Klasse saß. Diese politisch ambivalente Haltung macht ihn, ebenso wie sein Antikommunismus und „Europäertum“ zu einer historischen Figur, die den herrschenden Kräften in der BRD heute weithin genehm ist.

Die Dokumente enthalten teilweise interessante historische Details, für die spätere Kriegszeit beispielsweise wichtiges Material über die Hoffnungen und Versuche politischer Kreise Hitlerdeutschlands, durch Spaltung der Antihitlerkoalition möglichst ungeschoren aus dem Krieg herauszukommen.

Dietrich Eichholtz (Berlin/DDR)

Tutas, Herbert E.: *Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration 1933–1945.*

Carl Hanser Verlag, München/Wien 1975 (354 S., br., 35.– DM).

Bisherige Darstellungen der politischen Aspekte des Exils zwischen 1933 und 1945 fußen im wesentlichen auf Äußerungen der von den Nazis Vertriebenen oder vor ihnen Geflüchteten. Diese Veröffentlichung wertet mehr Akten des Auswärtigen Amtes, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes der SS, des Reichsjustizministeriums sowie der faschistischen Presse aus. Denn sie behandelt ein Gebiet, das bisher wenig und nur unsystematisch in der Exilforschung berücksichtigt wurde: die Reaktion des Naziregimes auf die politische Tätigkeit der Exilierten und seine Versuche, sie mit verschiedenen Mitteln zu unterbinden. Tutas konstatiert einleitend, daß politische Exilierte – gemessen am Terror in Nazi-Deutschland – mit relativ großem Spielraum auf den Sturz des faschistischen Regimes hinwirkten, Verbindungen zu den illegalen Kämpfern hielten, Bündnis-

partner suchten und im antifaschistischen Sinne auf das Ausland Einfluß nahmen. Deswegen verfolgte sie das Regime systematisch außerhalb seines Machtbereichs. Vor allem in seiner Konsolidierungsphase versuchte die Nazipropaganda, die Exiliertenberichte über Verhaftung und Drangsalierung von Antifaschisten als Lügen hinzustellen und die Verfolgten zu verteufeln, wobei sie mit teilweisem Erfolg antikommunistische Gemeinsamkeiten mit dem ausländischen Bürgertum und den Herrschenden ausnutzte. Insgesamt gelang es jedoch nicht, in der breiten Öffentlichkeit die antifaschistische Aufklärung zu diskreditieren oder gar vergessen zu machen. Daneben bemühte sich der außenpolitische Apparat durch Interventionen bei ausländischen Regierungen, den Einfluß der politischen Exilierten zurückzudrängen und zu beseitigen. Parallel mit der wachsenden Macht verstärkte sich der Druck, worauf vor allem kleinere Staaten die politische Tätigkeit der Exilierten zu beschränken suchten. Auslieferungsanträgen wurde hingegen kaum entsprochen. Überwachung durch diplomatische Vertretungen und Gestapo- und SD-Agenten im Ausland, Versprechungen und Repressalien waren weitere Mittel, das Exil und seine Verbindungen zum illegalen Widerstand zu bekämpfen. Ihre Skala reichte bis zur Entführung und Ermordung von Einzelpersonen. Ebenso hemmungslos gingen die Nazimachthaber gegen Angehörige der Exilierten vor, die sie als Geiseln inhaftierten, um ein Stillhalten der Flüchtlinge zu erzwingen. Massencharakter nahmen alsbald die im August 1933 begonnenen Ausbürgerungen an, die die Position der Exilierten schwächen sollten. Doch bewirkte der Terror in den Augen der ausländischen Öffentlichkeit oftmals das Gegenteil.

Speziell untersucht Tutas die Tätigkeit des Flüchtlingskommissars des Völkerbundes, soziale und rechtliche Fragen zugunsten der Exilierten zu regeln. Er scheiterte im wesentlichen an der ablehnenden Haltung der Behörden Hitlersdeutschlands. Ein weiterer Exkurs beschäftigt sich mit der Rolle der Exilierten bei der Abstimmung im Saargebiet. Sie traten für den Status quo ein und suchten auch in der Polizei faschistische Unterminierungsabsichten zu durchkreuzen. Neben einer massiven Einflußnahme gelang es dem Naziregime, durch französisches Entgegenkommen den Flüchtigen als „landesfremden Elementen“ ein Votum zu verwehren. Diffamierung und Terror, starker Druck auf ausländische Regierungen und Bruch des internationalen und Völkerrechts charakterisierten die faschistische Politik gegenüber dem politischen Exil. Sie war, wie Tutas resümiert, „Fortsetzung des Kampfes gegen den innenpolitischen Gegner und innere Widerstände gegen die nationalsozialistische Herrschaft“, weiter „Kampf gegen einen Gegner im Ausland unter vorwiegend außenpolitischen Gesichtspunkten“ und schließlich „Waffe gegen jeden politischen und weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus“ (S. 284).

Dies wäre noch deutlicher geworden, wenn der Autor seine Untersuchung – abgesehen von einzelnen Angaben – über die Zeit nach 1939 fortgeführt hätte. Denn die rigorose Jagd nach deutschen Flüchtlingen in den besetzten Ländern im Zusammengehen mit kollaborierenden Behörden, die Aburteilung verhafteter Exilierter durch Nazigerichte, ihre Deportation in Konzentrationslager und ihre Ermordung, der Druck auf neutrale Staaten auf dem europäischen Kontinent und in Übersee setzten nicht nur die bisherige Politik gegenüber dem Exil fort, sondern offenbarten völlig ihre Ziele. Weit mehr verschiebt sich das Bild dadurch, daß die Aufklärung über den Nazistaat vorwiegend mit sozialdemokratischen Belegen illustriert und ebenso Verfolgung und Terror anhand von sozialdemokratischen Funktionären und deren Familienangehörigen demonstriert ist, obwohl auch im Exil die Kommunisten die antifaschistische Hauptkraft waren

und sich gegen sie in erster Linie der Angriff des Naziregimes richtete. Gleichermaßen unbeachtet bleibt, daß die materielle und politische Solidarität der organisierten Arbeiterklasse in den Gastländern und untereinander es den Exilierten ermöglichte, ihre antifaschistische Tätigkeit fortzusetzen und der Repression zu trotzen, und daß gegenüber der Sowjetunion die faschistischen Diffamierungs-, Verfolgungs- und Erpressungspolitik hinsichtlich des Exilierten scheiterte. Wegen dieses eingeschränkten Blickwinkels erschöpft die Tutas-Studie nicht das Verhältnis zwischen Naziregime und Exil. Sie läßt eingehendere und abgerundete Untersuchungen dieses Problems wünschen. Klaus Drobisch (Berlin/DDR)

Schramm, Hanna, und Barbara Vormeier: Menschen in Gurs – Erinnerungen an ein französisches Internierungslager 1940–1941. Mit einem dokumentarischen Anhang zur französischen Emigrantenpolitik 1933–1944. Verlag Georg Heintz, Worms 1977 (385 S., br., 34,- DM).

Die reaktionäre Einstellung der französischen Polizei gegenüber Emigranten aus Nazideutschland war verschärft durch die Klassenkämpfe, die 1936–39 in der Volksfront gipfelten. Daher verhaftete man die Emigranten als angebliche „fünfte Kolonne“ bei Kriegsausbruch und konzentrierte sie bei Feldzugsbeginn 1940 in Internierungslagern, wo sie als „Beherbergte“ (hébergement) geführt wurden. Der erste Teil des Buches ist ein Erlebnisbericht aus dem Lager Gurs nördlich der Westpyrenäen.

Hanna Schramm, die Verfasserin dieses Teils, bis 1933 Berufsschullehrerin in Berlin, verlor damals als Sozialdemokratin ihre Stellung, arbeitete 1934–37 schwarz als Stenotypistin in Paris, 1937–39 legal als Mittelschullehrerin in Besançon, wurde bei Kriegsausbruch verhaftet und war Juni 1940 – November 1941 in Gurs. Dieses Lager enthielt auf Lehmboden, der bei nassem Wetter ungangbar wurde, 340 undichte Baracken zu 5 x 25 m, in denen bei Vollbelegung je 60 Personen mit ihren Strohsäcken auf der bloßen Erde lagen und hungerten, denn die Lagerverwaltung unterschlug die Hälfte des an sich ausreichenden Verpflegungssatzes. Das Leben wurde durch die Dürftigkeit der sanitären Einrichtungen und militaristische Schikanen erschwert. Das Buch handelt von Namenlosen und Durchschnittsschicksalen, wie sie jedem Leser dieser Blätter drohen. Für die Zeit von Ende 1941 ab hat Schramm 10 Kurzberichte anderer Internierter angefügt.

Was der Verfasserin die Erinnerung erträglich macht und ihren Bericht prägt, ist der hartnäckige Kampf der zu Baracken- und „flöt“-Ältesten gewählten Vertrauensleute und ihrer Mitarbeiter um die irgend mögliche Ordnung und Fürsorge sowie um die geistige Selbstbehauptung, die u. a. in regem künstlerischem Leben Ausdruck fand. Mehrere Reproduktionen graphischer Arbeiten legen davon Zeugnis ab, ebenso die packende, literarisch vollendete Gestaltung von Schramms Bericht. Die Verfasserin lebt als französische Staatsbürgerin in Paris.

Teil II von Barbara Vormeier beginnt mit einer einleitenden Übersicht. Sein Gewicht liegt auf dem Dokumentarteil. Dieser enthält u. a. 4 Erlebnisberichte aus anderen Lagern, darunter besonders bemerkenswert den des Schweizer François Bondy. Im Juni 1940 verhaftete die französische Polizei blindlings jeden Ausländer, der sich bei ihr meldete – so fand sich Bondy eines Tages im Lager Le Vernet. Davon abgesehen enthält der Dokumentarteil einerseits deutsche und französische Statistiken und sonstige amtliche Berichte, andererseits die verwaltungsrechtlichen Vorschriften, nach denen auf deutscher Seite die politische

Verfolgung von Emigranten und Juden, auf französischer Seite die Behandlung der politischen und „rassischen“ Emigranten geregelt wurde. Das ist wertvolles Material für die weitere Forschung, z. B. über die französische Innen- und Außenpolitik. Das Werk wäre auch wertvoll für den Unterricht in Deutschland- und Frankreichkunde auf Sekundarstufe II.

Der Verlag bemüht sich um die Geschichte der deutschen Emigration seit 1933 und des Antisemitismus. U. a. bereitet er die deutsche Ausgabe von Léon Poliakovs vierbändiger Geschichte des Antisemitismus vor, kurz Dinge, die auch auf der Linken verdrängt zu werden drohen – geschäftlich riskant.

Ulrich Künzel (Göttingen)

Weißbecker, Manfred: Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1975 (122 S., br., 5,50 DM).

Die Hitler-Renaissance, die seit etwa 1973 mit einer Vielzahl von Büchern, Zeitschriftenserien und Filmen betrieben wird, ist ein erneutes Indiz für die Gefahr neofaschistischer Entwicklungen. Weißbecker versucht, die Ursachen, Funktionen und methodischen Richtungen dieser Publikationsflut aufzuzeigen (13 ff., 66 ff.), wobei er sich besonders mit J. C. Fests Hitlerbiographie befaßt. Der Autor nimmt die Hitler-Welle zugleich zum Anlaß, um in Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen die Grundaussagen der marxistischen Faschismusanalyse zu erhärten (16). Leider bleibt unklar, welches Verhältnis zwischen Faschismustheorie und Hitler-Renaissance besteht, so daß letztere nur als Aufhänger zur Aktualisierung bekannter marxistischer Positionen erscheinen könnte.

Der erste Teil behandelt die Einschätzung des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (KI). Nach einer Zusammenfassung wesentlicher Elemente der Definition Dimitroffs werden die imperialismustheoretischen Grundlagen dieser Analyse herausgearbeitet. Wie der Autor betont, gab es zwischen der historischen Erscheinung des Faschismus und seiner wissenschaftlichen Untersuchung durch die Kommunisten keine zeitliche Verzögerung (34). Seine Ansicht, die KI habe seit 1922 die faschistischen Tendenzen mit „tiefgründigen Einschätzungen“ verfolgt und die neuen Erscheinungen „rasch und gründlich“ analysiert (22 f.), ist jedoch mit dem wirklichen Diskussionsverlauf, der auch von theoretischen Fehlern und Widersprüchen gekennzeichnet war, unvereinbar. Die Faschismusanalyse der KI kann nicht als ein geradliniger Prozeß der Vervollständigung und Präzisierung bis hin zum VII. Weltkongreß gesehen werden (38). Tatsächlich hat Dimitroff in seiner berühmten Kongreßrede die theoretische Einschätzung des Faschismus nicht nur weitergeführt, sondern auch in entscheidenden Punkten *korrigiert*, z. B. das Verhältnis zur Sozialdemokratie und zur bürgerlichen Republik.

Am Beispiel der Genese des deutschen Faschismus versucht Weißbecker nachzuweisen, wie vielgestaltig und doch immer unverkennbar eng das Verhältnis von Monopolkapitalismus und Faschismus war. So ließen sich die parteipolitischen Wurzeln des deutschen Faschismus bis in die letzten Kriegsjahre zurückverfolgen; bereits die 1917 gegründete Deutsche Vaterlandspartei, die als Sammelbecken reaktionärer Parteien und Verbände fungierte und als Massenbewegung zur „Stärkung des Siegeswillens“ gedacht war, müsse als eine „Vorläuferin der faschistischen Nazipartei“ betrachtet werden (33). Diese bereits von D. Steg-

mann vorgenommene Verknüpfung erscheint jedoch insofern problematisch, als die von konservativen und rechtsliberalen Kräften getragene Vaterlandspartei eher eine bürgerliche Organisation alten Typus und damit das eigentliche Gegenstück zur NSDAP war, die später als neue „revolutionäre“ Kraft die konservativen und liberalen Wählermassen zu sich herüberzog und die traditionellen bürgerlichen Parteien (ausgenommen das Zentrum) zur Bedeutungslosigkeit degradierte. Außerdem sollten die beiden Parteien, trotz der Gemeinsamkeiten in Funktion und Zielsetzung, hinsichtlich ihrer *Genese* klar unterschieden werden: während die Vaterlandspartei von führenden Wirtschaftsgruppen mit initiiert und von Anfang an gefördert wurde, entstand die NSDAP durchaus selbständig und mußte sich die Unterstützung des Großkapitals erst erwerben.

Im zweiten Teil gelingt Weißbecker eine differenzierte Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Totalitarismus-Doktrin, die in ihrem Ansatz sowohl antikommunistische als auch antifaschistische Züge aufwies (47). So waren die Arbeiten sozialdemokratischer Theoretiker wie H. Heller oder die des Nationalökonom W. Röpke ernsthaft gegen Faschismus und Krieg gerichtet. Erst später, im Zeichen des kalten Krieges, hat sich die Totalitarismus-Doktrin ihrer ursprünglich antifaschistischen Elemente entledigt und zu einer eindeutig antikommunistischen Theorie entwickelt. In einem weiteren Kapitel skizziert Weißbecker noch die „Wandlungen“ der bürgerlichen Faschismustheorie seit den 60er Jahren, wobei er zum einen den Neuanfang einer „direkten Faschismus-Theorie“ durch E. Nolte und zum anderen die Ausklammerung des Faschismus aus dem Totalitarismus-Schema z. B. bei M. Broszat unterscheidet (55 ff.). Der letzte Teil betrifft die kritisch-marxistische Strömung, die sich im Kampf gegen neofaschistische Erscheinungen in der BRD entwickelt hat und für die Weißbecker *Das Argument* als ein wichtiges Organ der Diskussion und Selbstverständigung herausstellt (85), wengleich er der progressiven Richtung auch theoretische Schwächen und fehlerhafte Rezeptionsversuche des Marxismus vorhält. – Insgesamt enthält die Schrift eine prägnante politisch-ideologische Einordnung und Funktionsbestimmung bürgerlicher Forschungsansätze, ohne allerdings für die Theoriediskussion grundsätzlich Neues zu bieten. Dabei argumentiert der Autor im übrigen teilweise zu grobschlächtig, wodurch der selbstgewählte Anspruch, die revolutionären Kräfte zur ideologischen Auseinandersetzung zu befähigen (16), nur begrenzt eingelöst werden dürfte. Bernhard Keller (Hamburg)

Soziale Bewegung und Politik

Kursbuch 46: Volksfront für Europa? Wagenbach-Verlag, Berlin/West 1976 (189 S., br., 8,- DM).

Hier sind zusammengetragen: Studien zur Strategie der Kommunistischen Parteien in Geschichte und Gegenwart, zur Europa-Strategie der politischen Großmächte, Interviews zur Situation der Linksunion in Frankreich, Berichte von den jüngsten politischen Entwicklungen in Spanien und Portugal, eine Einschätzung der sozialdemokratischen Regierungspraxis in Skandinavien – und eine DDR-Kritik von Robert Havemann. Besprochen werden sollen jene Aufsätze, die auf die Strategien der Arbeiterbewegung in Westeuropa analytisch Bezug nehmen.

Im einleitenden Beitrag gehen Wieser/Traub der Frage nach, ob „ein Bündnis der Linken, das Teile der Bourgeoisie integriert und in den Institutionen des Parlamentarismus Politik macht, seine sozialistischen Ziele auf Dauer erhalten“ (3)

kann, indem sie die Entstehung der Volksfront-Politik in den 30er Jahren und ihre praktische Erprobung in Frankreich und Spanien untersuchen. Sie sehen zwar die damalige politische Wendung der Komintern als Reaktion auf die faschistische Gefahr, stellen aber vor allem heraus, daß die Volksfront-Politik ein „Export-Artikel Stalins“ (29) gewesen sei, und lassen anklingen, daß es sich dabei um die „Aufgabe kommunistischer Klassenpolitik“ (14) gehandelt habe. In dieser Perspektive wird einerseits der widersprüchliche Prozeß der Herausbildung einer neuen Strategie auf eine individuelle Entscheidung Stalins reduziert, die Volksfront-Erfahrungen in Frankreich und Spanien werden andererseits einseitig als Gegensatz zwischen den revolutionären Volksmassen und den „bremsenden“ Politikern der kommunistischen Parteien interpretiert (30). Die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse, die den Hintergrund für jene Erfahrungen darstellten, werden zwar angeführt, gehen aber nicht in die politische Analyse ein, die bei der abstrakten Gegenübersetzung von „großer Politik“ und „Massenbewegung“ stehenbleibt (ähnlich Schmiederer 155, 163). Konkreter läßt sich Krippendorf in seinem Beitrag zum „Historischen Kompromiß“ auf die „analytische und politische Erfahrungsebene“ (55) der KPI ein. Er führt die historischen Erfahrungen an, die seit dem 2. Weltkrieg zu jener konsequent durchgehaltenen Strategie der Vermeidung einer direkten Konfrontation mit der – nationalen wie internationalen – Bourgeoisie geführt haben, nach dem Chile-Putsch schließlich zum Bündnisangebot an die *Democratia Christiana*. Die Verwirklichung dieses „Historischen Kompromisses“ werde jedoch zu einer Niederlage der italienischen Arbeiterbewegung führen, da „nicht einmal einleitende Schritte zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise“ getan würden (65), der italienische Kapitalismus aber „auf kapitalistische Weise nicht sanierbar“ sei (72); es handle sich bei den einzelnen Forderungen des KPI-Programms zwar um „Forderungen der antikapitalistischen Kräfte“, doch „politisch“ erwarteten die Arbeiter „die Überwindung der italienischen Misere durch einen kreativen Kommunismus“ (65). Das Problem von Reform und Revolution ist so freilich ebensowenig zu lösen wie mit der Hoffnung auf die „Stunde des autonomen Handelns“ der Volksmassen (74). Den beiden französischen Interviewpartnern ist jene grundsätzliche Entgegensetzung von „Organisationen“ und „Massen“ fremd (83, 101). Debray hält zwar an der traditionellen Vorstellung fest, eine revolutionäre Umwälzung sei nur im Gefolge einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Krise möglich (80), sieht freilich für die politische Praxis der französischen Linken nach einem Wahlsieg vor allem die Notwendigkeit, die ökonomische Entwicklung zu stabilisieren, um das politische Bündnis nicht zu gefährden (85 f.). Maire kritisiert das Gemeinsame Regierungsprogramm wegen seines „nicht überwundenen Zentralismus“ (95), der fehlenden Basismobilisierung (98 f.) und der unbedenklichen Fortschreibung der industriellen Entwicklung (93 f.). Sein Beitrag zeichnet sich dadurch aus, daß die verschiedenen politischen Zielvorstellungen der französischen Linken sichtbar werden, selbstverständlich aus einer bestimmten politischen Perspektive, der des „autogestionären Sozialismus“ (101). Da Gegenpositionen in diesem Band nicht zu Wort kommen, bleibt dem kritischen Leser der Anstoß, sich anhand weiteren Materials ein politisches Urteil zu bilden.

Eckhard Volker (Berlin/West)

Frisch, Peter: Extremistenbeschl. Heggen-Verlag, Leverkusen 1977 (330 S., br., 14,- DM).

Das Buch stellt sich zum einen als Argumentationsstütze für Diskussionen mit Gegnern der Berufsverbote, zum anderen als Handlungsanleitung für die amtlichen Teilnehmer an sogenannten Anhörungsverfahren dar. Dabei will Frisch der „Gemeinschaft der Solidarität aller Demokraten“ die Fakten und juristischen Normen in verständlicher Form erläutern, die „nichtextremistische Skeptiker“ der Berufsverbotspraxis bekehren und ein einheitliches Auftreten gegenüber „Extremisten“ gewährleisten soll. Nach der Erläuterung grundsätzlicher Begriffe folgen Hinweise für Diskussionen, Fragen zur Verfassungstreue, ein Argumentationskatalog mit Antworten sowie ein Dokumentationsenteil.

Die Ablösung von den grundgesetzlichen Normen findet bereits zu Beginn des Buches statt, indem Frisch die bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung seit dem SRP-Urteil referiert. Wieder einmal wird die Geschichtsklitterung der legalen „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten vorgetragen (S.23), welche bereits 1952 die Grundlage der Hochjubelung der notständischen Ausnahmebestimmungen der Artikel 9 Abs. 2, 18 und 21 Abs. 2 GG zu einem „Prinzip“ der „streitbaren (wehrhaften) Demokratie“ bildete und seitdem die Auslegung aller Verfassungsnormen nach herrschender Meinung determiniert. Nunmehr reicht die politische Ausnahmebestimmung des Art. 21 Abs. 2 GG, die die Ausschließung einer Partei aus dem politischen Willensbildungsprozeß zuläßt und insoweit negative Rechtsfolgen an legales Handeln knüpft, nicht mehr aus, da es politisch inopportun ist, erst nach einem Spruch der „*Verfassungswidrigkeit*“ (durch das BVerfG) freie Hand für juristische Sanktionen zu haben. Also entledigt man sich des Verfahrens und greift zu dem – inhaltsgleichen – politischen Terminus der „*Verfassungsfeindlichkeit*“. Frisch hat seine „Prinzipien“ für diesen Weg: Zum einen müßte man ansonsten alle verfassungsfeindlichen Organisationen verbieten, wenn man nicht die einzelnen Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernhalten könnte. Damit würde aber das „Opportunitätsprinzip“ der Verbotsantragsstellung zunichte gemacht (S. 36). Zum anderen sei die jetzige Praxis für die „Extremisten“ auch besser: Der Staat greife nicht sofort zum stärksten Mittel des Parteiverbots, da ein Berufsverbot des einzelnen nach dem – angeblich verfassungsrechtlichen – „Grundsatz“ verhältnismäßiger sei (S. 91). Was nun die „Verfassungsfeindlichkeit“ einzelner Organisationen ausmacht, kann man bei Frisch (S. 61 ff.) oder gleich in den bekannten Verfassungsschutzberichten nachlesen; damit ist die Frage für ihn inhaltlich geklärt und es geht dann um die praktische Durchsetzung.

Für Diskussionen kann Frisch Tips geben wie Ruhe und Gelassenheit bewahren gegenüber den unsachlichen Argumenten der „anderen Seite“ (S.30) oder der „Lenin’schen Teekessel-Taktik“ ausweichen (S.44). Den Leitern der „Einstellungsgespräche“ rät er, sich jeglicher politischer Diskussion und rechtlicher Würdigung zu enthalten und nur Tatsachen vorzuhalten (S.50 ff.). Tatsachen sind nach Frisch aber nicht konkrete Handlungen – deren rechtliche Relevanz auch Schwierigkeiten bereiten würde –, vielmehr kommt die Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation als Konkretisierung einer Gesinnung auf den Prüfstand. Hier ein Beispiel aus der Check-Liste: Ein Bewerber wird nach seiner DKP-Mitgliedschaft gefragt. „Verweigert er eine Stellungnahme zu der Frage...“, so kann man aus diesem Verhalten entweder schließen, daß die Mitgliedschaft zu Recht besteht oder aber daß der Bewerber nicht bereit ist, seinem künftigen Dienstherrn Gewißheit zu verschaffen, ob er eine mit den geltenden beamtenrechtlichen Vorschriften übereinstimmende Einstellung vornehmen kann. In je-

dem Fall dürfte dieser Bewerber für den Eintritt in den öffentlichen Dienst nicht geeignet sein“ (S.52). – Nach „wehrhaft-streitbaren“ Anleitungen dieser Art geht Frisch zum Schluß seines Katalogs auf die westeuropäischen Nachbarn ein, die „leider oft kritiklos die extremistischen Behauptungen von angeblichen Berufsverboten in der Bundesrepublik übernehmen“. Seine Antwort: „Es wurde den Deutschen immer vorgeworfen, daß sie aus der Geschichte nichts gelernt haben. Sie haben jetzt, wie zu hoffen ist, zumindest gelernt, daß Feinden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht ausdrücklich eine Plattform für ihre Betätigung geschaffen werden darf“ (S.120).

Insgesamt wird das Gängige zum Aufbrechen der legalen Strukturen der Verfassung zusammengetragen und nach dem Motto „Argumentation leichtgemacht“ juristisch verbrämt. Wolfgang Borchers (Lahn-Gießen)

Späth, Lothar: Politische Mobilmachung. Partnerschaft statt Klassenkampf. Seewald Verlag, Stuttgart 1976 (127 S., br., 12,80 DM).

Fortdauernde Arbeitslosigkeit, Inflation und das Versagen der Konjunkturpolitik signalisieren für den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte der BRD. Die neue Situation fordere ein Umdenken von Politikern und Wählern. Der Gesellschaft werde es unmöglich, aus der Fülle zu wirtschaften; ob das Wirtschaftswachstum in Zukunft eine Befriedigung aller Bedürfnisse zulasse, werde ungewiß. Insoweit ist der Autor nicht auf dem neuesten Stand: die Bedürfnisse der Werktätigen werden schon kräftig eingeschränkt. Der Angriff auf den sozialen Besitzstand steht im Mittelpunkt des Buches, doch genügt für Späth Maßhalten und Kürzertreten nicht: politische und administrative Veränderungen seien notwendig. Eine „dauerhafte Konsolidierung vor allem im Bereich der Wirtschaft setzt ein vertrauensvolles, partnerschaftliches Klima“ voraus (12).

Zentral in Späths Profilierungsschrift ist die Überlegung, „daß die Kosten der sozialen Sicherheit nicht so groß werden dürfen, daß sie an die Substanz der Erträge gehen, von denen die Investitionen bezahlt werden, die schließlich auch die Kosten für die soziale Sicherheit erbringen“ (59). Das Vehikel zur Realisierung dieser Kapitalinteressen ist die „humane Leistungsgesellschaft“ (60 ff.), die undenkbar ist ohne das „bewährte“ Prinzip der Marktwirtschaft (55/56). Aufgabe der „humanen Leistungsgesellschaft“ soll sein, Effizienz und betriebswirtschaftliche Prinzipien in alle Bereiche der Gesellschaft zu tragen. Dazu ist eine „Entstaatlichung breiter Bereiche“ unserer Gesellschaft notwendig (67). Der Staat bringe weitgehend Dienstleistungen, „die gar nicht nach einer staatlichen Organisationsform verlangen“ (74), sondern vom Einzelnen, von Gruppen oder Verbänden geleistet werden könnten (66/67). Damit sind Grundlagen für eine breite soziale Demontage geschaffen, die Späth freilich als Beseitigung von „Auswüchsen“ verharmlost (78). Nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und unter Berücksichtigung von Effektivität (gleich Profitabilität) werden die einzelnen Möglichkeiten des Kostensenkens abgetastet: der Bildungsbereich (32), der Umweltschutz (32/33, 59), die staatlichen Dienstleistungen, bei denen Späth weit über bisherige Ansätze hinausgeht. Müllabfuhr, Abwässerbeseitigung, öffentliches Beschaffungswesen und Umweltschutz könnten privatwirtschaftlich organisiert werden. Bereiche, die dem Staat vorbehalten bleiben – u.a. Bahn und Post –, sollen betriebswirtschaftlich geführt werden. Wegen der Maxime „Kosten sparen“ können dann die Bedürfnisse der Bürger nicht mehr bestimmend sein, sie müssen dem Profit weichen (92–95). Vom Neoliberalismus ausgehend lehnt

Späth den Staat natürlich nicht völlig ab. Ihm ist bewußt, daß die wirtschaftliche Lage der BRD zur Disziplinierung der werktätigen Bevölkerung sehr wohl „den Staat in seiner Funktion als Ordnungsfaktor... künftig weit notwendiger gebrauchen wird als in vergangenen Zeiten“ (74 ff.).

Von besonderem Interesse sind die Überlegungen zur Vermögensbildung, deren wichtigster Ansatz der Investivlohn ist (100). Entsprechend den Angriffen auf die sozialen Errungenschaften ist ihre Zielsetzung eine „Konsumbeschränkung zugunsten der Investitionen“ mit der die Misere der „unterfinanzierten“ Unternehmen beseitigt werden soll (103). Diese Pläne enthüllen gleichzeitig das Grundanliegen der Schrift: Selbstbeschränkung und Unterordnung der arbeitenden Menschen unter die Interessen des Kapitals – traditionelles Anliegen der Unionspolitik in nicht so neuem Gewand. K. R. Mezek (Bochum)

Becher, Brigitte, u. a.: *Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen?* Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975 (32 S., br., 4,- DM).

Der bereits in den „Blättern ...“, Nr. 2, 1975 teilabgedruckte Beitrag ist als Nr. 24 in der Reihe „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen“ vollständig erschienen und bietet auch heute noch, insbesondere in den detaillierten, kritisch-dokumentarischen Abschnitten (etwa zur Planungs- und Gründungsphase der Bundeswehrhochschulen, S. 10–13), wichtige Hilfen für die Auseinandersetzung mit dieser militär-, vor allem aber bildungspolitischen Institution.

So illusorisch die Forderung nach Auflösung der Bundeswehrhochschulen selbst nach den ersten negativen Bilanzen ist (hohe „Versager“-Quote, Selbstmorde, antisemitische und eine Reihe anderer Vorfälle, die nicht im Sinne der Selbstdarstellungspolitik von Bundeswehr und Bundeswehrhochschulen sind), so überzeugend ist andererseits die Argumentation der Autoren gegen die „Auflösung durch Integration“ in die zivilen Hochschulen (S. 3–7): nach der weitgehend vollzogenen Anverwandlung des HRG und der Landeshochschulgesetze an wesentliche Punkte der hochschulrechtlichen „Pionierarbeit“ der Bundeswehrhochschulen (Abschaffung der verfaßten Studentenschaft bzw. Kriminalisierung des allgemeinen politischen Mandats, Verschulung des Studiums, Regelstudienzeit, Ordnungsrecht mit forcierter Statuierung eines „besonderen Gewaltverhältnisses“ auch für zivile Studenten) muß weit eher von einer Integration der zivilen Hochschulen in die Bundeswehrhochschulen gesprochen werden. Diese Entwicklung im Zusammenhang mit dem immer unübersehbarer sich hervorkehrenden „Primat militärischen Denkens“ (W. von Bredow) in allen gesellschaftlichen Bereichen ist in dieser Broschüre für eine bestimmte Phase und an einem konkreten Diskussionsobjekt exemplarisch ausgewiesen; dies allerdings in einer aktualpolitischen Argumentations- und Faktenbefangenheit, daß die theoretische Fundierung der Analysen wie die der Widerstands- und Kampfmöglichkeiten gegen die Bundeswehrhochschulen als neuinstitutionalisierte Mittler gesamtgesellschaftlicher Militarisierungsbestrebungen lediglich kursorisch und unter den einzelnen Verfassern kaum koordiniert ist. Dessen ungeachtet stellt das hier zusammengetragene Material an Daten, Fakten und Statements eine der breitesten Informationsgrundlagen zum Thema überhaupt dar.

Wilfried Meyer (Osnabrück)

Lungwitz, Wolfgang (Hrsg.): UdSSR. Staat – Demokratie – Leitung. Dokumente. Staatsverlag der DDR, Berlin/DDR 1975 (544 S., 18 DM).

Meyer, Gert, (Hrsg.): Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (448 S. br., 14,80 DM).

Der von W. Lungwitz ausführlich eingeleitete Band enthält 62 Dokumente aus der Sowjetunion. Sie sollen dem Leser in erster Linie zeigen, in welcher Richtung die KPdSU den sozialistischen Staat als „Hauptinstrument des kommunistischen Aufbaus“ (6) weiterentwickelt. So liegt das Zentrum der in diesem Band vorgestellten Gesetze und Entschlüsse bei der staatlichen Politik der Partei und der Tätigkeit des Staatsapparates selbst. Der Teil, der den gesellschaftlichen Organisationen (z. B. den Gewerkschaften) gewidmet ist, ist demgegenüber knapp gehalten und der Bereich der Arbeit (im engeren Sinne), etwa die Grundlagen der Arbeitsgesetzgebung in der UdSSR, fehlt ganz. Es werden Dokumente zu *allen* Ebenen der Sowjets der Deputierten der Werktätigen präsentiert. Hervorzuheben ist, daß der Band zumindest in einem Punkt, nämlich bezüglich der sowjetischen Verfassung, versucht, nicht nur eine „Momentaufnahme“ zu geben, sondern die historische Entwicklung mit zu dokumentieren. So findet auch der historisch Interessierte hier die wichtigsten ersten Dekrete der Sowjetmacht in deutscher Übersetzung. Der von Meyer herausgegebene Band enthält einen Teil mit Dokumenten, einen Abschnitt mit Daten und eine Bibliographie deutschsprachiger Titel über die Sowjetunion. Er ist von Gert Meyer ausführlich und sorgfältig eingeleitet. Es geht um eine Darstellung des politischen und gesellschaftlichen Systems der UdSSR insgesamt, soweit das mit Dokumenten überhaupt möglich ist. Meyer versucht, alle rechtlich geregelten politischen und gesellschaftlichen Bereiche dokumentarisch zu repräsentieren. So decken sich die hier übersetzten Dokumente bis auf fünf mit denen im Band von Lungwitz.

Meyer präsentiert zusätzlich: Das Statut der KPdSU, die Satzung der Gewerkschaften der Sowjetunion vollständig (während Lungwitz nur Auszüge aus der Präambel und den allgemeineren ersten Abschnitten der Satzung bringt), die Grundlagen der Arbeitsgesetzgebung der UdSSR von 1970 und zwei zentrale Dokumente aus dem Bereich der Bildung. Die im zweiten Teil des vorliegenden Bandes gegliedert vorgelegten sozial- und wirtschaftsstatistischen Materialien (102 Tabellen) sollen „zu einer konkreteren Vorstellung über die im Dokumententeil angesprochenen politischen Institutionen und gesellschaftlichen Entwicklungen verhelfen“. Besonders verdienstvoll ist, daß nicht nur die auch anderswo nachlesbaren *globalen* Daten über Volkswirtschaft, Sozialstruktur usw. aufgeführt werden, sondern auch speziellere und komplexere Daten, die Rückschlüsse auf die wirkliche Entwicklung der heutigen sowjetischen Gesellschaft und ihrer politischen Verhältnisse zulassen. Z. B. findet man nicht nur genaue Angaben über Arbeits- und Lebensbedingungen der sowjetischen Arbeiter (z. B. über die Veränderung in den Budgets von Arbeiterfamilien), sondern auch einige interessante Ergebnisse aus sowjetischen soziologischen Untersuchungen, z. B. über den Zusammenhang von gesellschaftlicher Aktivität der Arbeiter und ihrem Bildungs- und Qualifikationsgrad. Die Bibliographie deutschsprachiger Titel über die Sowjetunion bietet demjenigen, der des Russischen nicht mächtig ist, die Möglichkeit, sich mit dem Gegenstand in verschiedenen Richtungen eingehender zu beschäftigen.

Da der Dokumententeil bei Lungwitz sehr viel umfangreicher ist, kann der weitergehend Interessierte und der Spezialist auf ihn nicht verzichten; demge-

genüber ist der Band von Meyer *breiter* angelegt, indem er durch Auswahl der Dokumente und durch die Daten im zweiten Teil des Buches einen möglichst umfassenden Eindruck vom heutigen gesellschaftlichen und politischen System der UdSSR zu vermitteln versucht. Die Geschichte des Gegenstandes kann aus Gründen des Umfangs in beiden Bänden nur knapp gestreift werden. Der von Gert Meyer herausgegebene Band erhält durch den sozialstatistischen Teil angesichts des bei uns herrschenden Informationsdefizits besondere Bedeutung; ihm ist zu wünschen, daß er breiteste Verwendung an den Hochschulen und Schulen in der BRD und in Westberlin findet. Wieland Elfferding (Berlin/West)

Jura

Stein, Ekkehart: Qualifizierte Mitbestimmung unter dem Grundgesetz. Zur verfassungsrechtlichen Problematik einer allgemeinen Einführung des Montanmodells. Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt/M. 1976 (113 S., br., DM 12,-).

„Die größte Schwierigkeit eines Gutachtens über die Verfassungsmäßigkeit einer allgemeinen Einführung des Montanmodells liegt darin, daß das Grundgesetz nach Wortlaut und Entstehungsgeschichte keinen Anlaß zu Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit einer derartigen Maßnahme bietet“ (S. 7). Diese Schwierigkeit war gleichwohl nicht groß genug, als daß nicht gegen die Übernahme des Montanmodells bzw. gegen die (von Mal zu Mal weiter) dahinter zurückbleibenden Regierungsentwürfe und das inzwischen ergangene Gesetz z. T. grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedenken erhoben worden wären. Politische Akteure sind ungleich talentiert; dies macht z. T. den Reiz des Spiels mit den Gutachten aus, als dessen Verlierer in diesem Fall (und nicht zum ersten Mal) die SPD erstaunt und verbittert von den Gutachtern der Regierung (!) verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Regierungsentwurf entgegennehmen mußte. Freilich hatte sich der kleinere Koalitionspartner der Auswahl der Gutachter rechtzeitig angenommen, deren Bedenken Anlaß zur Vorlage eines nochmals abgeschwächten Entwurfs waren. Ein im Auftrage des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung erstattetes Gutachten blieb im wesentlichen ungehört. – Der Wert des Steinschen, im Auftrage des DGB erstatteten Gutachtens besteht nun darin, daß es sich von den meisten übrigen im Ergebnis (Verfassungsmäßigkeit der Montanmitbestimmung) und in seiner methodischen Sorgfalt grundlegend unterscheidet. Entsprechend einer methodischen Grundlegung, die Stein in der Festschrift für Menzel (Berlin 1975) entwickelt hat, schließen an eine Darstellung der Regelungen des Montanmodells (Kap. 2, S. 10–17) als Folgeanalyse eine Aufarbeitung der empirischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über die Auswirkungen des Montanmodells (3, 18–39) an sowie Folgerungen für die wahrscheinlichen Auswirkungen einer allgemeinen Einführung des Montanmodells (4, 40–45).

Das Schwergewicht der verfassungsrechtlichen Ausführungen liegt auf der Vereinbarkeit mit der Eigentumsgarantie. Da es sich um ein Gutachten – bereits mit dem Blick auf die Auseinandersetzungen vor dem Verfassungsgericht – handelt, argumentiert Stein hier vielschichtig und in Anknüpfung an die Rechtsprechung des BVerfG, also bewußt unter Verzicht auf die Exposition eines *dagegen* zu setzenden Eigentumsbegriffes. Hier wird ein eigener Standpunkt nicht konsequent herausgearbeitet, im einzelnen aber sehr subtil bei den Argumentationen

zum Schutzbereich des Eigentums, die von Rechtsprechung und vorherrschenden Literaturmeinungen vertreten werden, differenziert; etwa nach dem Eigentum des Unternehmens, das von der internstrukturierenden Mitbestimmungsregelung unberührt bleibt, und dem Eigentum der Anteilseigner, das im Kernbereich jedenfalls nicht berührt wird, da die mitgliedschaftsrechtlichen Aspekte der Aktie nur insoweit geschützt werden, als sie zur Durchsetzung einer angemessenen Kapitalverwertungschance benötigt werden, diese Chancen aber nach allen Erfahrungen mit der Montanmitbestimmung jedenfalls nicht beeinträchtigt werden; während die Anteilseigner in ihrer Rechtsstellung – ganz abgesehen von dem durch Sozialstaatsgebot, Sozialpflichtigkeit des Eigentums etc. bereits gegebenen weiten Dispositionsspielraumes des Gesetzgebers – insbesondere deshalb nicht beeinträchtigt sind, weil die Mitbestimmung ihren Kapitalverwertungsinteressen durch die Erhöhung der Funktionsfähigkeit des Unternehmens entgegenkommt. Die unternehmerische Dispositionsbefugnis der Anteilseigner wird endlich nach Ansicht Steins deshalb nicht berührt, weil in der Kapitalgesellschaft, insbesondere der Publikumsgesellschaft, der Aktionär regelmäßig nicht der Unternehmer ist; dies sind vielmehr die Manager; nicht einmal im Aufsichtsrat sind die Vertreter der Anteilseigner – die im übrigen vom Vorstand vorgeschlagen zu werden pflegen, den sie kontrollieren sollen – i. d. R. selbst Anteilseigner. – Mit dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 I GG) ist das Montanmodell deshalb besonders gut vereinbar, weil es dem Persönlichkeitsrecht der Arbeitnehmer entgegenkommt, das deshalb Vorrang vor dem bislang ausschließlich betrachteten Persönlichkeitsrecht der Anteilseigner besitzt, weil die Arbeitnehmer dem Unternehmer *persönlich* ungleich stärker ausgesetzt sind als die Anteilseigner, die in ihrer Mehrzahl zu dem Unternehmen nur in einer anonymen Beziehung stehen. Eine Kollision mit der Koalitionsfreiheit (Art. 9 III GG) entfällt ebenso, erstens historisch, weil die Koalitionsfreiheit ein Schutzrecht der Arbeitnehmer ist und zweitens, da die sogenannte Gegnerunabhängigkeit Voraussetzung der Inanspruchnahme der Koalitionsfreiheit, nicht aber Verfassungsgebot ist und endlich, weil die Montanmitbestimmung die Funktionsfähigkeit des Tarifvertragssystems empirisch durchaus nicht gefährdet hat. – Die abschließenden Ausführungen zur Vereinbarkeit des Montanmodells mit den wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundsätzen des Grundgesetzes treten zunächst alten (Nipperdey) und neueren (Scholz) Versuchen entgegen, ordo-liberale Vorstellungen und Konzeptionen in Verfassungsrang zu erheben; selbst wenn aber, was nicht zutrifft, das Grundgesetz sich auf die Marktwirtschaft als einzig zulässige Wirtschaftsordnung festgelegt hätte, widerspräche die Montanmitbestimmung dieser Wirtschaftsordnung nicht. – Auch im Rahmen eines bewußten Verzichts auf eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Eigentumsbegriff gehört zu den Schwächen der Arbeit beispielsweise gegen Ende des Gutachtens (S. 100) folgendes aus dem ‚Lehrbuch des Staatsrechts‘ (Tübingen 1976 (3) übernommene obiter dictum: „Andererseits ist eine Sozialisierung der Produktionsmittel nur gegen Entschädigung zulässig. Man darf *also* den „Kapitalisten“ die Produktionsmittel nehmen, muß ihnen aber ihr Kapital lassen“ (meine Hervorhebung). Diese der herrschenden Meinung entsprechende Auffassung ist aber gerade eine jener ‚Auffindungen‘, die zuvor methodisch kritisiert wurden. Das Grundgesetz bestimmt nämlich über die Höhe der Entschädigungen nur, daß sie „unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen“ sei (Art. 14 III GG). Weder wird es den Interessen der Allgemeinheit noch der Funktion der Sozialisierung (Folgeanalyse!) gerecht, *voll* zu entschädi-

gen, d. h. das Kapital unangetastet zu lassen. Der erste Kommentator des Grundgesetzes, der im übrigen als Abgeordneter der CDU an den Beratungen des Parlamentarischen Rates aktiv teilgenommen hatte, ließ unter bestimmten Umständen Nominalentschädigung zu. Jürgen Backhaus (Konstanz)

Mayer, Udo, und Norbert Reich: „Mitbestimmung contra Grundgesetz?“. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1975 (200 S., br., 14,80 DM).

Die „Argumente“, die in den Stellungnahmen zum Regierungsentwurf vor einigen Jahren gegen die Mitbestimmung ins Feld geführt wurden, tauchen in den Gutachten zu den Verfassungsbeschwerden und in der öffentlichen Diskussion noch immer auf. Der Sammelband enthält nicht nur eine umfassende Auseinandersetzung mit diesen Argumenten und die Dokumentation der verschiedenen Entwürfe (DGB- und Regierungsentwurf), sondern darüber hinaus in Ansätzen alternative Forderungen und Vorschläge (Alternativentwurf). – Im Ergebnis begründen die Mitbestimmungsgegner die Ablehnung der paritätischen Mitbestimmung mit deren angeblicher Verfassungswidrigkeit. Bieback schildert, in welcher Weise sie sich unausgewiesen beliebiger Methoden bedienen, um zu diesem Ergebnis zu gelangen (12). Seinerseits hält er es nicht für möglich, durch eine allgemeine Grundrechtstheorie die Problemdiskussion konsensfähig abzuschließen (13). Für einzelne Grundrechtsbereiche, so den Bereich der „Grundrechte der wirtschaftlichen Betätigung“ glaubt er jedoch, eine dem wissenschaftlichen Konsens zugängliche Theorie aufstellen zu können (15). Er kommt unter Verwendung traditioneller Methoden (vor allem der grammatikalischen und genetischen Auslegung) zu der Feststellung, daß das GG die Wirtschaftsordnung nicht fest schreibt.

Von Seiten des Gesellschaftsrechts wird behauptet, die paritätische Mitbestimmung gefährde das Eigentum aus institutioneller Sicht. An der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und den Normen des AktG verdeutlicht Reich, daß diese Auffassung, die insbesondere unter dem Stichwort „funktionsbezogenen Betrachtung“ des Aktieneigentums diskutiert wird, weniger auf verfassungsrechtlicher Theorie als auf einem bestimmten ökonomisch-gesellschaftlichen Vorverständnis basiert (46). Auch die von den Regierungsgutachtern beschworene Überparität, die die pM angeblich bewirke, hält Reichs Überprüfung nicht stand. Die vertraglichen Umgehungsmöglichkeiten der pM lassen hingegen eine faktische Unterparität befürchten. Diese Unterparität ist im Gesetz noch dadurch verstärkt worden, daß dem Aufsichtsratsvorsitzenden bei Stimmgleichheit zwei Stimmen zuwachsen (§ 29 MitbestimmG).

Unter verfassungsgeschichtlichem Aspekt untersucht Meyer die Frage, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen der Schutz des Eigentums Eingang in die deutschen Verfassungen gefunden hat und wie sich die herrschende Auslegung der „Eigentumsartikel“ in der Weimarer Verfassung und im GG aufgrund veränderter gesellschaftlicher Bedingungen gewandelt hat (60). Die ironische Distanz, die der Autor zu seinen (Verfassungs-)geschichte machenden Kollegen einnimmt, macht diese „Betrachtung“ zu einer vergnüglichen Lektüre. Er stellt anschaulich dar, daß sich in der Verfassungsgeschichte der Klassenkampf nicht nur widerspiegelt, sondern daß die Vertreter der herrschenden Meinung auch aktiv werden, wenn es gilt, die „Waffenstillstandslinie“ in der Klassenauseinandersetzung zugunsten der Kapitalinteressen zu verschieben. Dabei waren und sind

„unsere“ Verfassungsrechtler nicht phantasielos. Haben wir ihnen doch einige „Rechtserfindungen“ zu verdanken.

Um eine solche Erfindung bzw. Entdeckung handelt es sich auch, wenn die Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) in zunehmendem Maße als Hauptargument gegen die paritätische Mitbestimmung verwandt wird. Der Geschichte des Streits um die Vereinbarkeit der Mitbestimmung mit dem GG und speziell mit Art. 9 Abs. 3 GG geht Wahsner nach. Die spontane gutachterliche Geschäftigkeit der führenden Arbeits- und Verfassungsrechtler seit dem Ende der 60er Jahre wird auf ein Erstarren der Arbeiterbewegung zurückgeführt. Wahsner untersucht den Zusammenhang zwischen den sozioökonomischen Verhältnissen und dem rechtlichen Überbau. So ergibt seine Analyse der gesellschaftlichen Situation nach 1945, die er umfassend an den Länderverfassungen und weiteren politischen Dokumenten aufzeigt, daß es nicht zu vertreten ist, ausgerechnet das Arbeitnehmergrundrecht der Koalitionsfreiheit für Arbeitgeberinteressen einzuspannen (104). Dem Leser wird deutlich, in welchem Maße die Konstruktionen der herrschenden Meinung, deren Kernthesen Mayer untersucht, auf Geschichtsverdrängung basieren. – Nach Interpretation der Mitbestimmungsgegner soll die pM die angeblich von Art. 9 Abs. 3 GG garantierte Gegnerunabhängigkeit und das Gegengewichtsprinzip verletzen. Mayer weist nach, daß diese beiden Prinzipien keinen Verfassungsrang genießen. Er begründet detailliert, daß das GG kein formelles, sondern ein faktisches Paritätsgebot (127) – mithin auch den Anspruch auf Mitbestimmung – enthält.

Als eine Alternative zum Regierungsentwurf stellt Wolfgang Däubler den gemeinsam mit Herta Däubler-Gmelin verfaßten Mitbestimmungsvorschlag des „Leverkusener Kreises“ der SPD vor. Der Vergleich dieser Alternative mit dem MitbestimmG vom 4. 5. 76 zeigt, daß das Gesetzgebungsverfahren – wie von den Verfassern auch eingeschätzt – von dieser Initiative nicht beeinflusst werden konnte. Die Initiative zielte denn auch mehr darauf, die theoretische Vorarbeit für ein Mitbestimmungsgesetz zu leisten, das insbesondere über die Statuierung enger Kommunikationsbeziehungen zwischen den „Wählern“ und den Arbeitnehmervertretern die Sicherstellung einer unmittelbaren Interessensvertretung vorsieht. – Im Ergebnis machen die Autoren somit deutlich, daß einer gesellschaftsverändernden Praxis durch paritätische Mitbestimmung keine verfassungsrechtlichen Bedenken entgegenstehen, sondern daß die pM vom demokratischen Anspruch des GG sogar gefordert wird. Ihres scheinbar neutralen Charakters beraubt, erkennt der Leser in den führenden Verfassungsjuristen interessengeleitete Verteidiger des status quo. Eva Schulze, Waltraut Koopmann (Bremen)

Däubler, Wolfgang und Hans Hege, Koalitionsfreiheit. Ein Kommentar. Nomos Verlag, Baden-Baden 1976. (142 S., br., 9,50 DM)

Der stark untergliederte Kommentar schließt eine Literaturlücke, indem er die arbeits- und verfassungsrechtlichen Probleme des Koalitionsgrundrechts aus Art. 9 III GG ausführlich und materialreich darstellt und behandelt. Die Hauptschwierigkeit der Arbeit dürfte darin gelegen haben, die für das verbreitete individualistische Grundrechtsverständnis schwer faßbare Ambivalenz zwischen kollektiver (Freiheit der Koalition, Schutz des Kollektivs) und individueller Rechtsposition („positive“ und „negative“ Beitrittsfreiheit des einzelnen) tatsächlich, d. h. unmittelbar politisch, und rechtlich, d. h. mittelbar politisch, verstehbar zu präsentieren. Im wesentlichen ist den Verfassern nicht nur dies gelungen, son-

dem auch eine dezidierte Stellungnahme zugunsten der im Grundgesetz enthaltenen radikaldemokratischen Elemente, soweit sie für einen zunehmenden Selbst- und Mitbestimmungsbereich der abhängig Beschäftigten im Produktionsprozeß herangezogen werden können. – Der auch von modernen Juristen als bürgerliches Grund- und Freiheitsrecht mißverständene Koalitionsschutz (12) wird schon im historischen Teil (11–34) zurecht in seinen politischen Kontext der gesellschaftlichen Produktionswirklichkeit gestellt: entscheidend war (und ist) nicht der Rechtstitel, sondern seine Durchsetzbarkeit im Rahmen der „betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnisse“ (22). Der „Entstehung und Entwicklung der Koalitionen“ in den Geschichtsepochen seit Beginn der kapitalistischen Produktionsweise folgen Abschnitte über Rechtsgrundlagen, Inhalte und Schranken der Koalitionsfreiheit. Die historische Übersicht hätte m. E. die Diskussion im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates über den Entwurf eines Art. 9 IV GG zum Arbeitskampf (Protokoll vom 3./4. 12. 1948, auszugsweise in: Blanke u. a. (Hrsg.), Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte, Bd. 2, Reinbek 1975, S. 200 ff.) einbeziehen sollen, weil diese Auseinandersetzung einen Grundkonsens der Verfassungsväter zur Gewährleistung des gewerkschaftlichen Streikrechts dokumentiert, wie er heute weit überwiegend nicht zur Kenntnis genommen wird.

Richtig ist, „die Forderung nach Mitbestimmung (als) ‚systemimmanent‘“ zu bezeichnen, die „wohlverstandenen Unternehmerinteressen“ entgegenkommt (45), doch hätte im Anschluß noch deutlicher betont werden müssen, daß auch diese Variante der Partnerschaftsideologie zum Vorteil einer aufgeschlossenen Kapitalfraktion nicht etwa als einzige Verfassungskonformität beanspruchen könnte (siehe auch 67 f. und 105). Die zentralen Aussagen richten sich auf Ausprägungen des Demokratiegebotes des GG (bes. 70, 78 f., 121 ff., 131) und den Aspekt der Selbstbestimmung der abhängig Arbeitenden, und zwar als eines individuellen und eines kollektiven Prinzips (passim, bes. 47–51, 123). Ausgangs- und Bezugspunkt ist die Stellung der Gesellschaftsmitglieder in der Produktion; von daher leiten sich für Däubler und Hege konkrete Folgerungen her: aus der ursprünglich abstrakt-individuellen Privatautonomie etwa wird eine spezifische „kollektive Berufsfreiheit“ (Art. 12 Abs. 1 GG), oder Art. 9 Abs. 3 GG enthält ausschließlich ein Arbeitnehmergrundrecht (49 f.). Ferner bedingt das Selbstbestimmungsrecht der Lohnabhängigen die prinzipielle Offenheit von Zielen und Formen der Koalitionsbetätigung (51). Damit treten die Autoren zurecht Auffassungen entgegen, die kollektive Rechtspositionen nur insoweit zulassen, wie diesen Individualrechte korrespondieren, qualitativ dem kollektiven Recht also keine Eigenständigkeit einräumen (49, Fußn. 38).

Bei der Erörterung des Spannungsverhältnisses zwischen kollektiver Selbstbestimmung und innergewerkschaftlicher Demokratie wird die Kernfrage repräsentativer Demokratie Modelle zugunsten einiger plausibler Einzelregelungen (77 ff.) allerdings umgangen; der Verweis auf die anzustrebende „praktische Konkordanz“ der sich streitenden Maximen (77, 127) ist zu unbestimmt, um zu erfahren, ob nach Ansicht der Verfasser im Zweifel eher das Individuum sich von der Mehrheit abkehren oder diese jenem eine Entscheidung aufzwingen können soll. Abgesehen vom sprichwörtlichen Teufel im Detail sind die hier angezeigten Probleme des Ausgleichs von Einzel- und Kollektivinteressen, von staatlichen und autonomen Regelungsmustern so gravierend, daß man sie keinesfalls einer rechtsprechenden oder sonst unkontrollierbaren politischen Entscheidungsinstanz (vgl. 28) für den Einzelfall zur Lösung übertragen kann. Statt dessen sollte grundsätzlich und klar gesagt werden, daß das Individuum in einem gesellschaft-

lichen Arbeits- und Lebenszusammenhang steht und daher seine Interessen nur dann dauerhaft durchsetzen kann und soll, wenn sich darin auch Gesamtinteressen – d. h. Interessen der abhängig Arbeitenden; nicht i. S. des Allgemeinwohlfelchs – verwirklichen oder wenigstens ankündigen (andeutungsweise 60 f. zur ad-hoc-Koalition). Die Autoren erklären aber nachdrücklich, daß sie den Gewerkschaften „kein Vertretungsmonopol für Arbeitnehmerinteressen“ zubilligen (124) und kommen zu dem Schluß, daß „jede Form institutioneller Mitbestimmung . . . durch bewegliche Formen wie die ad-hoc-Koalitionsbildung . . . ergänzt werden (muß)“ (133). Ergibt sich aus dieser Forderung und aus entsprechend grundsätzlich gemeinten Hinweisen auf die Gefahren der Oligarchisierung von Gewerkschaftsapparaten (114) und die Notwendigkeit alternativer Kollektivvertragsinitiativen (121) auch eine Kritik am (beispielsweise in Gewerkschaften wie dem FDGB) praktizierten demokratischen Zentralismus? Die Verfasser machen das nur insofern deutlich, als sie – vom aktuellen Stand der verrechtlichten Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik ausgehend – prinzipielle Lösungen für das besagte Spannungsverhältnis anstuern; sie liefern diese Lösungen aber nicht.

Abschließend sollen einige praktisch wichtige Ergebnisse hervorgehoben werden: Art. 9 III 2 GG verbietet jede Diskriminierung im Zusammenhang mit dem Gebrauch der Koalitionsfreiheit; hieraus leiten Däubler und Hege zurecht auch eine verfahrensmäßige Rollenverteilung ab: Der betroffene Arbeitnehmer hat „Indizien für ein diskriminierendes Verhalten des Arbeitgebers (zu) liefern“, während dieser nachweisen muß, daß für die Benachteiligung „nicht das Engagement des Arbeitnehmers in einer Koalition, sondern andere Gründe maßgebend waren“ (83). Von erheblicher Reichweite ist die zutreffende Annahme, daß Art. 9 III GG nicht nur die Tarifautonomie schützt und zur Voraussetzung für die freie Koalitionsbetätigung macht, sondern entsprechend auch die weiter zu fassende Kollektivvertragsfreiheit, von der im Unterschied zum gewerkschaftlichen Tarifvertragsmonopol *jede* Koalition Gebrauch zu machen befugt ist (108 f.). Konsequenz wird dann auch der Umfang der Streikgarantie an den Rahmen der Kollektivvertragsfreiheit gebunden (111), was im Gegensatz zur sog. herrschenden Rechtsprechung und Meinung steht, die den Streik in die Grenzen der Tarifvertragsfreiheit verweist. Ferner ist es richtig, der Aussperrung einen verfassungsrechtlichen Schutz zu versagen (115) und zu bestreiten – leider nur zu pauschal –, daß Koalitionsaktivitäten an ein wie auch immer definiertes Allgemeinwohl gebunden seien (125, 138). Der Kommentar schließt mit einem Überblick über die Grobstruktur von DGB und BDA (139 f.) sowie Zahlen zur „Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften“ (141 f.). – Die Arbeit eignet sich gut für eine gründliche, nicht allzu langwierige Information über die zentralen Implikate und Streitfragen des Art. 9 III GG und vermittelt den radikaldemokratisch orientierten, den Gewerkschaften eine Gegenmachtposition zuweisenden Standort der Kommentatoren.

Joachim Heilmann (Hannover)

Zumpe, Michael: *Rechtliche Grenzen der kommunalen Wohnraumvermittlung*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1976 (98 S., br., 14,- DM).

Die Anfang der siebziger Jahre einsetzenden Bestrebungen, Wohnungsvermittlung, manchmal auch andere Gegenstände privatwirtschaftlicher Betätigung wie Filmtheater, in kommunaler Regie zu betreiben, haben ein Problem wieder akut werden lassen, das bereits in der Weimarer Republik heftig diskutiert und

mit dem Schlagwort „kalte Sozialisierung“ belegt worden war: die Frage, ob die öffentliche Hand legitimiert ist, durch eigene Einrichtungen mit vergleichbaren Unternehmen der privaten Wirtschaft zu konkurrieren. Die von Zumpe vorgelegte Untersuchung verfolgt das Ziel, am konkreten Beispiel der kommunalen Wohnraumvermittlungsstellen aufzuzeigen, welche Grenzen einer solchen Politik durch das geltende Recht gesetzt sind (5). Nachdem 1971 einige Gemeinden damit begonnen hatten, eigene Wohnungsvermittlungsstellen einzurichten, war 1973 und 1974 die Zahl dieser Stellen sprunghaft angestiegen, so daß Mitte 1974 etwa 140 solcher Einrichtungen in der Bundesrepublik in Betrieb waren (13).

Der Verfasser untersucht die rechtlichen Grenzen der kommunalen Wohnraumvermittlung anhand der Bestimmungen der baden-württembergischen Gemeindeordnung (19 ff.) und des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (84 ff.). Er kommt zu dem Ergebnis, daß kommunale Wohnraumvermittlungsstellen, die Wohnungen aller Art an alle Wohnungssuchenden vermitteln und hierin mit privaten Wohnungsvermittlern konkurrieren, nach den Bestimmungen des Gemeindefirtschaftsrechts nur als wirtschaftliche Unternehmen angesehen werden können und damit den für diese geltenden Beschränkungen unterliegen. Die hierfür relevante Zulässigkeitsvoraussetzung — die Errichtung des Unternehmens muß durch einen „öffentlichen Zweck“ gerechtfertigt sein — räumt nach Ansicht des Verfassers den Gemeinden jedoch einen relativ weiten kommunalpolitischen Ermessensspielraum ein. Dessen Grenzen werden bei der Errichtung kommunaler Wohnraumvermittlungsstellen nicht überschritten, da diese die Möglichkeit eröffnen, die Höhe der überwiegend als ungerechtfertigt empfundenen Honorare der privaten Vermittler zu beeinflussen oder Wohnungssuchende von anderen erheblichen Nachteilen des privaten Vermittlungswesens unabhängig zu machen. Dadurch könne die kommunale Wohnraumvermittlung auch (oder gerade) als Konkurrenzeinrichtung zur Privatwirtschaft gemeindefrechtlich legitime Bedürfnisse erfüllen. Als wirtschaftliche Unternehmen seien die kommunalen Wohnraumvermittlungsstellen aber auch unter diesen Zielsetzungen verpflichtet, rentabel zu arbeiten oder wenigstens Rentabilität anzustreben. Die unentgeltliche Vermittlung oder die Erhebung von geringen, ohne Rentabilitätsüberlegungen festgelegten Entgelten sei unzulässig. Darauf beruhende sozialpolitische Zielsetzungen der Gemeinden könnten ohne vorherige Änderung der Gemeindeordnungen nicht verwirklicht werden. Thomas Schall (Freiburg)

Ökonomie

Kornai, János: A n t i - Ä q u i l i b r i u m. Über die Theorien der Wirtschaftssysteme und die damit verbundenen Forschungsaufgaben. Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York 1975 (XVI, 382 S., Ln., 68,- DM).

Das vorliegende Buch ist eine Übersetzung der 1971 erschienenen ungarischen Originalausgabe. Anlaß dazu war die „Verärgerung“ des Verfassers, der maßgeblich an der Vorbereitung der Reform der Wirtschaftslenkung von 1968 in Ungarn mitwirkte, über die „Funktionsunfähigkeit“ und „Unbeholfenheit“ der Wirtschaftstheorie bei den Reformdiskussionen (VI). Der Vorwurf der „geringen Praxisnähe“ gilt dabei nicht nur der neoklassischen Gleichgewichtstheorie, sondern auch der marxistischen Wirtschaftstheorie (340 f.). Wenn Kornai sich dennoch nur mit der erstgenannten Richtung auseinandersetzt, um daraus die Notwendigkeit „einer Synthese der wirtschaftlichen Systemtheorie“ (359) zu begrün-

den, so aus folgendem Grund: „Die Wirtschaftswissenschaft hat bis heute nur eine einzige abgeschlossene Theorie hervorgebracht, die die Funktionsweise der Wirtschaft aus systemtheoretischer Sicht, und zwar mit Hilfe eines formalisierten Modells beschreibt. Dieses reine Gedankengebäude ist die auf Walras zurückgehende allgemeine Gleichgewichtstheorie . . . ihr gilt mein besonderes Interesse“ (3). Kornai lehnt die Gleichgewichtstheorie – er bezieht sich vor allem auf Arrow und Debreu – nicht deshalb ab, „weil sie eine ‚bourgeoise‘ Theorie ist; in Wirklichkeit ist sie es nicht, sondern politisch indifferent. Man muß sie deshalb ablehnen, weil sie funktionsunfähig ist und weil sie wegen der Schwäche ihrer Grundvoraussetzungen und ihrer Begriffe und Fragestellungen nicht als realwissenschaftliche Theorie angewandt werden kann“ (343). Er ruft seine Fachkollegen auf, die vorliegenden Theorieströmungen, die über den axiomatischen Rahmen der allgemeinen Gleichgewichtsschule (aG-Schule) hinausgehen, zu einer Synthese zusammenzuführen. Er nennt u. a. economics of imperfect competition (J. Robinson, Chamberlin), die Spieltheorie (Neumann, Morgenstern), den informationstheoretischen Ansatz von Hurwicz, den Ansatz von Koopmans und Montias auf dem Gebiet der formalen Beschreibung der in den wirtschaftlichen Systemen entstandenen Hierarchien, die Arbeiten über die Informationsaspekte der wirtschaftlichen Planungsprozesse besonders von sowjetischen Wissenschaftlern wie Majminas und Greniewski und eine Reihe von Strömungen, die sich auf die Grenzgebiete zwischen Ökonomie und Psychologie, Biologie usw. beziehen. Unter dem Motto, „Die Zeit ist reif zu einer Synthese der wirtschaftlichen Systemtheorie“ nennt Kornai die wichtigsten Forschungsaufgaben auf dem Wege zur Überwindung des unvermittelten Nebeneinanders der nicht zur aG-Schule gehörenden Theorievarianten: „Die axiomatische Fundierung der Wirtschaftssystemtheorie mit einer allgemeineren Geltung als die der aG-Schule und deshalb mit realeren Axiomen“ (358). Diese Aufgabe erfordere jedoch zugleich die Beobachtung und Modellierung der Informationsstrukturen, der Mehrebenenplanung und anderen Wesenszüge der modernen Wirtschaftssysteme; die Beschreibung der innerhalb der Institutionen sich abspielenden Konflikte, Kompromisse und Entscheidungsprozesse usw., d. h. von Aspekten, die von der aG-Schule nicht erfaßt werden.

Kornais Beitrag zur Synthese der Wirtschaftssystemtheorie besteht aus dem Entwurf einer „neuen Sprache“, die sich „zur Darstellung, zum Vergleich und zur Analyse“ der Wirtschaft sowohl der sozialistischen als auch kapitalistischen Länder besser eignen soll, als die der aG-Schule (31). Diese lehnt sich eng an das allgemeine Begriffssystem der Kybernetik, der mathematischen Systemtheorie und der Automatentheorie an (47). Der Hauptteil des Werkes beinhaltet 20 Abschnitte, in denen Begriffe und Definitionszusammenhänge der „neuen Sprache“ nacheinander eingeführt, erläutert und mit den entsprechenden Begriffen und Theoremen der aG-Schule verglichen werden. Da diese Erläuterungen zugleich eine detaillierte Beschreibung der wesentlichen Züge von sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftssystemen beinhalten, wird dem Leser mit jedem neuen Abschnitt die Realitätsferne der aG-Schule und der analytische Vorzug der eingeführten Sprache deutlicher. So definiert Kornai das Wirtschaftssystem als einen Spezialfall der in der mathematischen Systemtheorie behandelten Systeme: Es „setzt sich aus in der Zeit operierenden Organisationen bzw. aus den diese Organisationen bildenden Einheiten zusammen. Die Organisationen bzw. Einheiten sind durch Produkt- und Informationsströme miteinander verbunden. Die Funktionsweise des Wirtschaftssystems ist durch Antwortfunktionssysteme definiert“ (46). Dann folgen Ausführungen über die Organisationen und Einhei-

ten, Informationsstrukturen, Hierarchien, Konflikte und Kompromisse in Institutionen, Entscheidungsprozesse, Aspirationsniveau, Intensität und Spannung in Organisationen, über die vegetativen und höheren Funktionen des Systems, Adaptation und Selektion. Abschließend „testet“ Kornai die „neue Sprache“ anhand der Beschreibung und Erklärung des Untersystems Markt. Die von Kornai vorgeschlagene Sprache enthält keine neuen Begriffe, sondern führt die in verschiedenen Strömungen der Wirtschaftswissenschaft entwickelten Begriffe und Definitionszusammenhänge zu einer neuen Synthese. Darüber hinaus ist Kornai stets bemüht, die neue Sprache zu formalisieren und mathematischen Operationen zugänglich zu machen, und entwickelt auch einige sehr fruchtbare Ansätze. Dennoch bezeichnet er sein Werk mit Recht als ein „Halbfabrikat“ (357): Die Ausarbeitung der „neuen Sprache“ müsse eine Gemeinschaftsarbeit von Ökonomen sein, zu der er mit dem vorliegenden Werk nur den ersten Anstoß geben will. Er überläßt es „dem selbständigen Denken und der Phantasie des Lesers ... auszuprobieren, ob er mit der empfohlenen Sprache die ihm bekannte Funktion wirtschaftlicher Systeme bequemer, vollständiger und genauer zu beschreiben vermag als mit dem traditionellen Begriffsapparat“ (213). Das Werk überzeugt den wirtschaftstheoretisch vorgebildeten Leser – an ihn ist es gerichtet – nicht nur von den Vorzügen der „neuen Sprache“, sondern konfrontiert ihn gleichsam durch sie mit einer Reihe von neuartigen Fragestellungen.

Sefik Alp Bahadır (Berlin/West)

Janssen, Bernd: *Umweltverschmutzung – Krise der Marktwirtschaft?* Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M.-Köln 1976 (104 S. br., 10,- DM).

Janssen versucht in seinem Unterrichtsmodell, das für den Politik- und Ökonomieunterricht der Klassen 9–13 sowie für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit gedacht ist, die natur- und sozialwissenschaftliche Analyse der Umweltprobleme zu verbinden, wobei er sich in seiner politischen Argumentation weitgehend dem Umweltprogramm des DGB (1974) anschließt. Das Buch enthält neben einer brauchbaren Materialsammlung eine lernzielorientierte Analyse der Verschmutzung des Bodens, des Wassers und der Luft. Die Beschränkung auf diese drei Bereiche ist fragwürdig, weisen doch z. B. sozialmedizinische Untersuchungen auf den überragenden Einfluß der Arbeits- und Wohnumwelt auf die Gesundheit der Bevölkerungsmehrheit hin; beide Bereiche der Umweltgestaltung offenbaren am deutlichsten den Klassencharakter der Umweltprobleme. – Nach Janssen ist weder das Wirtschaftswachstum im allgemeinen noch die Boshheit einzelner Umweltverschmutzer für die aktuellen Umweltprobleme verantwortlich, sondern die „kapitalistischen Rahmenbedingungen des westdeutschen Wirtschaftswachstums“ (29). Er veranschaulicht die Unzulänglichkeit und Widersprüchlichkeit des derzeit in der BRD betriebenen kompensatorischen Umweltschutzes (nachträgliche Beseitigung der Umweltschäden durch Staat und Kommunen) und hebt den Vergeudungscharakter des ökoindustriellen Komplexes hervor (40). Anhand des DGB-Umweltprogramms ureißt er eine präventive Umweltpolitik, die in einer Verbindung der Umweltplanung mit demokratischer Investitionslenkung bestehen muß und deren Kernfrage der Zusammenhang von Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit ist. Die Skizzierung dieses präventiven Umweltschutzes bleibt aber unzureichend, da Janssen mit dem schillernden Konzept einer „Bruttosozialnützlichkeit“ des früheren EG-Kommis-

sars Mansholt arbeitet. Immerhin fordert er die Beschränkung der Produktion von Kriegs- und Luxusgütern, die Entwicklung neuer umweltschonender Produktionsverfahren und Produkte und die Verlängerung der Lebensdauer von Investitions- und Verbrauchsgütern. Über die Durchsetzbarkeit dieser Forderungen im Kapitalismus macht sich Janssen keine Illusionen, obwohl er von der Vorstellung eines neutralen Staates ausgeht (44) und die der Einführung umweltschonender Produktionsverfahren entgegenstehenden Hindernisse verkürzt darstellt z. B.: „Die Entwicklung umweltschonender Produktionsverfahren und Produkte auf der Grundlage einer Kreislaufwirtschaft führt in der Regel zu einer Verteuerung der Produkte ...“ (46), was sowohl dem Urteil der Fachleute als auch praktischen Erfahrungen widerspricht.

Im methodischen Teil des Buches (93 ff.) reflektiert Janssen insofern die Grenzen der seinem Unterrichtsmodell zugrundeliegenden „Fall-Methode“ (nach Negt und Schmiederer) bei der Vermittlung von Einsichten in komplexe sozialökonomische Probleme anhand von Einzelbeispielen, als er fordert, aus dem Materialenteil den Einstiegstext so zu wählen, daß er nicht nur einen Einzelaspekt der Umweltprobleme thematisiert (98). Es müßte jedoch nach Möglichkeiten gesucht werden, humanökologische Probleme unmittelbar in ihrer vielfältigen Vernetzung (und nicht an isolierten Fällen) didaktisch darzustellen. Die Erfahrungen mit der Einführung der Kybernetik in den Biologieunterricht könnten hierbei wegweisend sein. Ehe solche Möglichkeiten zur Veränderung der Didaktik ausdiskutiert sind, erscheint die im vorliegenden Unterrichtsmodell gewählte Methode gerechtfertigt. Inhaltlich bedeutet das Buch von Janssen trotz der genannten Unzulänglichkeiten gegenüber der vorliegenden Literatur zur Behandlung der Umweltprobleme im Unterricht, deren Zweck sich meist darin erschöpft, durch Faktenaufbereitung Betroffenheit über den Ernst der Umweltschäden auszulösen, die also nichts zur Begründung eines rationalen politischen Engagements beitragen, zweifelsohne einen beträchtlichen Fortschritt. Es füllt eine Lücke und dürfte sich wegen seiner klaren Gliederung und Darstellungsweise sowohl im Schulunterricht als auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als nützlich erweisen.

Edgar Gärtner (Frankfurt/M.)

Moldenhauer, Bernd, und Hans-Helmut Wüstenhagen: *Atomindustrie und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung.* Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1975 (48 S., br., 4,- DM)

Vorgelegt werden in dem Heft Aufsätze aus den „Blättern für deutsche und internationale Politik“, die Elemente einer politisch-ökonomischen Analyse der Atomindustrie und eine kurze Beschreibung der Entwicklung der Bürgerinitiativen Umweltschutz liefern. Moldenhauer betont in seinem Aufsatz die Notwendigkeit der Verbindung von stofflicher und politisch-ökonomischer Analyse (8). Nach wenigen wichtigen Bemerkungen zur stofflichen Seite (Umweltbelastung, Radioaktivität) beschränkt er sich aber auf die politisch-ökonomische Analyse. Ausgehend von der historischen Entwicklung der Atomindustrie als Teil der Rüstungsindustrie (16 f.), zeigt Moldenhauer auf, daß „für die beteiligten Konzerne ... erstmals in großem Umfang staatliche Forschungsfonds als Finanzierungsquelle erschlossen“ (11) werden. Neben dem hohen Konzentrationsgrad der Ausgangsbranchen Elektro- und Chemieindustrie (12) ist die staatliche Finanzierung von Grundlagenforschung und die aus dem militärischen Ursprung übernommene wissenschaftliche Infrastruktur (17) Bedingung für die Konkurrenzfähigkeit der Atomindustrie. Durch staatliche Dauerintervention (vgl. die Atom-

programme) konnte sich die Atomindustrie „einen risikofreien Markt eröffnen und Versuche unternehmen, Atomstrom konkurrenzfähig zu machen“ (18). Die Dringlichkeit der Entwicklung der Atomenergie wurde anfänglich lediglich durch die Aussicht auf unbeschränkte Energiereserven legitimiert; Fragen z. B. einer Energielücke und ökologische Probleme spielten noch keine Rolle. Als Auslöser für die Entwicklung der Atomindustrie der BRD ist vielmehr das „Motiv zu sehen, Anschluß an den Weltmarkt zu halten“ (19) und auswärtige Märkte zu nutzen bzw. zu öffnen. Die Initiative dazu ging von der Industrie aus, die programmatische Arbeit lag bei der Atomkommission, wurde aber auch von der Industrie bestimmt, z. B. durch eine parallele BDI-Kommission (23). Hier vermißt man jedoch konkrete Belege. Die Bedeutung staatlicher Dauerintervention für die BRD-Atomindustrie zeigt sich darin, daß sowohl sektorale Planung wie auch monopolistische Produktion (28 ff.) aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Daneben tritt mit den Energieerzeugungsunternehmen die öffentliche Hand selbst als Nachfrager der von ihr finanzierten Atomkraftwerke auf und garantiert der Industrie damit den Absatz (26), wodurch das Risiko der Nichterfüllung von Verträgen vom Staat übernommen wird. Insgesamt bestätigt sich durch die politisch-ökonomische Analyse für Moldenhauer die These, daß wegen quantitativem und qualitativem Anteil des Staates bei der atomwirtschaftlichen Entwicklung in diesem Bereich von einer „staatsmonopolistischen Aktivität“ gesprochen werden kann (28). Wenn Moldenhauers Analyse ergibt, daß die Atomindustrie den „point of no return“ längst erreicht hat (36), wird hier ein objektivistischer ökonomischer Mechanismus behauptet, der die geforderte Verbindung von stofflicher, politisch-ökonomischer Analyse und Überlegungen zum energiepolitischen Rahmen (35) überflüssig macht. Denn wenn es aus ökonomischen Gründen kein Zurück mehr gibt und damit die Arbeit der Bürgerinitiativen als „geradezu frühbürgerlich“ (35) abqualifiziert wird, dann ist die materielle Bedrohung des Lebens unter kapitalistischen Bedingungen nur noch hinzunehmen (9). Moldenhauers Untersuchung ist ärgerlich, weil höchst fungibel für Atomenergie-Befürworter und -Gegner. Er äußert lediglich wissenschaftliches Interesse und analysiert „objektiv“: „Daraus Konsequenzen abzuleiten für die Anti-Kernkraft-Initiativen halte ich nicht mehr für meine Aufgabe“ (36). Die Arbeit macht selber deutlich, wie wichtig die Verbindung der verschiedenen Problemereiche ist. Aber es gilt nicht nur objektivistisch zu analysieren, sondern auch politisch Stellung zu nehmen.

Wüstenhagen zeigt in einem sehr kurzen Aufsatz die Entwicklung der Bürgerinitiativen Umweltschutz zum Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf. Wesentlich an dieser Entwicklung ist die zunehmende Politisierung der Betroffenen und das Hinterfragen von formalem Recht und formaler Demokratie (38 f). In der Auseinandersetzung mit Staat und Industrie qualifizieren sich die Mitglieder der Bürgerinitiativen und emanzipieren sich von „Experten“ (40). Ziel des BBU ist es, als Lobby zu fungieren und den Aspekt des Umweltschutzes bei der Gesetzgebung geltend zu machen, wofür auch Erfolge angeführt werden (41). Wüstenhagen erwähnt nicht, daß es vor allem im norddeutschen Raum ca. 300 Anti-Atomenergie-Bürgerinitiativen gibt, die sich nicht dem BBU angeschlossen haben und die sich nicht primär auf den Einfluß auf Parlamentarier verlassen wollen.

Wesentlich für die Arbeit der Bürgerinitiativen ist, daß sie sich über den stofflichen Aspekt hinaus mit den möglichen politischen Folgen des Atomstaates befassen (42) und sich insgesamt gegen Lebensbedrohung, Stellvertreterpolitik und

politische Bevormundung wenden. Politische Folgen und Möglichkeiten der Arbeit der Bürgerinitiativen werden von Wüstenhagen nicht ausführlich behandelt.

Jürgen Tatz (Wolfsburg)

Nohlen, Dieter, und Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 2: Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika. 2 Teilbände. Hoffmann und Campe Verlag Hamburg 1976 (356 S. und 396 S., br., 68,- DM).

Das Handbuch versteht sich als Informationskompodium, anhand dessen eine durch Systematik erzielte schnelle Einsicht in die historischen wie aktuellen Probleme von Unterentwicklung und Entwicklung in den einzelnen Staaten Afrikas ermöglicht werden soll; die Kategorie der Abhängigkeit ist dabei nach dem Urteil der Herausgeber der analytische Leitfaden, an dem sich alle 43 Autoren orientiert haben. Angesichts der Mannigfaltigkeit der Interpretationsmöglichkeiten gerade dieses keineswegs eindeutigen, sondern von „links“ bis „rechts“ operationalisierbaren Begriffs verwundert es nicht, daß auch die Datenauswahl wie -erklärung sozialer, politischer und ökonomischer Vorgänge gleichermaßen variiert; während z. B. Elsenhans Algerien unter dem Aspekt autozentrierter Entwicklung untersucht und die zeitweilige Verschärfung der strukturellen Heterogenität als notwendigen Widerspruch des algerischen Entwicklungsweges aufzeigt (95), wird im Sudan-Artikel am Schluß mit oberflächlichen modernisierungstheoretischen Kategorien (Sequenz von Krisen der Legitimität, Distribution etc., nach Almond, Pye) argumentiert (512). Abgesehen von solchen, in einem derartig „pluralistischen“ Projekt wohl unvermeidlichen Einschränkungen sind die beiden Halbbände für Entwicklungstheoretiker wie -praktiker als Informationsquelle von großem Wert. – Zwei Tatsachen sind allerdings als gravierende Defizite anzumerken: einmal fehlt die Republik Südafrika, die die Herausgeber nicht zur Dritten Welt rechnen; dies muß angesichts einer Fülle nicht nur phänomenologischer Ähnlichkeiten mit fortgeschrittenen Peripherienationen, sondern auch theoretisch bedeutsamer struktureller Merkmale angezweifelt werden. Zum anderen ist es außerordentlich fragwürdig, eine kritische Analyse Namibias von Autoren aus Südafrika zu erwarten, was dann auch nicht gelungen ist.

Reinhard Körner (Berlin/West)

Schmidt, Alfred (Hrsg.): Strategien gegen Unterentwicklung. Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1976 (267 S., br., 34,- DM).

Die Beiträge des vorliegenden Bandes geben die wichtigsten Arbeitspapiere einer von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung 1975 veranstalteten Tagung wieder. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung um Probleme der Unterentwicklung bislang von einer wenig fruchtbaren Frontstellung des auf der Basis rein ökonomischer Rationalmodelle argumentierenden wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmas und des politökonomischen Paradigmas, das die politisch-sozialen Verhältnisse mit in die Analyse einbezieht, bestimmt wird. Da eine theoretische Einigung von Vertretern beider Paradigmen vorerst nicht erwartet werden kann, ist die Intention des Herausgebers, eine „Verlagerung des Paradigmenstreites auf strategische Implikationen“ (9) zu erreichen. Der Vorteil dieser Themenverlagerung soll darin bestehen, „daß sich über die unterschiedlichen theoretischen

Schweisen hinweg ein gemeinsames Verständnis der anstehenden praktischen Probleme herausbilden kann“ und damit die Aussicht eröffnet wird, „daß Wissenschaftler, die sich auf verschiedene Paradigmen berufen, bei der Lösung praktischer Probleme zusammenarbeiten“ (9). Eine durchaus löbliche Absicht, nur sucht man dieses gemeinsame Problemverständnis in den Beiträgen der Kombattanten vergeblich. Ein Grund dafür ist, daß der Herausgeber die paradigmatischen Grenzen zu eng gesetzt hat, denn wie der Beitrag von Preiswerk aufzeigt, sind in den vergangenen Jahren aus der Kritik an der herrschenden Entwicklungskonzeption mindestens zwei weitere ernst zu nehmende Denkrichtungen entstanden: Zum einen die Konzeption der „kulturellen Vielfalt“ (25), für die es kein allgemeingültiges Entwicklungsmodell gibt, sondern nur eine den kulturellen Besonderheiten angepaßte bzw. diese bewußt fördernde Entwicklungsplanung. Zum anderen die ökologische Konzeption, die die Umweltzerstörung für so fortgeschritten hält, daß jede Entwicklungsplanung – nicht nur in der Dritten Welt – in erster Linie auf die Wiederherstellung und Sicherung des ökologischen Gleichgewichts ausgerichtet sein muß. – Diesem Beitrag folgt Senghaas' Analyse der neueren Mechanismen, „vermittels derer heute eine Integration der Peripherien in das von den Metropolen beherrschte Weltwirtschaftssystem faktisch erfolgt“ (44). Derartige Mechanismen sind die Anlagerungs-Industrialisierung, die Internationalisierung des Binnenmarktes und die Penetration des Agrar- und des Rohstoffsektors. Als Vertreter der Dependenztheorie beschränkt sich Senghaas darauf, die durch diese Mechanismen neu entstandenen oder sich verschärfenden Strukturdefekte peripherer Ökonomien darzustellen, wie überhaupt das politökonomische Paradigma in allen Beiträgen auf den Aspekt der abhängigen Reproduktion beschränkt bleibt und die Problemkreise des ungleichen Tauschs, des metropolitanen Profitretransfers und der hohen Verschuldung der Entwicklungsländer nicht thematisiert werden. So verwundert es nicht, daß auch bei Senghaas wenig Verständnis für die Forderungen der offiziellen Vertreter der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung herrscht (64 ff.). Seine eigenen Ausführungen zu einer Entwicklungsperspektive bleiben dagegen sehr abstrakt („Aufbau eines Produktionsapparates für die Produktion von relativ einfachen, wenig differenzierten Konsumgütern für die Befriedigung von Grundbedürfnissen der Massen“, 60), um nicht zu sagen utopisch anmutend. – Die explizite Gegenposition zur Strategie der autozentrierten Entwicklung vertreten Hiemenz/Schatz. Die von ihnen postulierte Strategie der weltwirtschaftlichen Integration der Entwicklungsländer fußt auf dem Ricardianischen Theorem der komparativen Kostenvorteile: „Mit dem Theorem der komparativen Kosten kann man begründen, warum die internationale Arbeitsteilung volkswirtschaftlich lohnend ist und welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit man diese Gewinne auch wahrnehmen kann“ (77). Unterentwicklung ist in dieser verkürzten Sichtweise nur durch reale Konterkarierung des Freihandelspostulats, vor allem in Form der Strategie der Importsubstitution, erklärbar. Mehr allerdings als eine laue Empfehlung für eine Politik der Exportdiversifizierung findet sich auch bei Hiemenz/Schatz nicht. Die in den Metropolen vornehmlich für arbeitsintensive Waren bestehenden Handelshemmnisse untersucht Wohlmuth. Diese sind für ihn kein aufhebbares Politikum, sondern integraler Bestandteil des Monopolkapitalismus zur „Aufrechterhaltung der ungleichen Entwicklung, der ungleichen Arbeitsteilung, der ungleichen Austauschrelationen“ (105). In seiner Bestandsaufnahme der verschiedenen herkömmlichen Reintegrationsmodellen kommt Wohlmuth ansonsten zu ähnlichen Ergebnissen wie Senghaas. – Ein weiterer Themenkomplex ist den inneren Strukturproblemen der unterentwickelten Länder gewidmet,

in deren Beschreibung beide Paradigmen weitgehend übereinstimmen, in deren Therapie sich jedoch die paradigmatischen Unterschiede deutlich manifestieren. So listet Menck vornehmlich technisch-ökonomische Lösungsansätze auf (145 ff.), die den Dualismus zwischen Industrie- und Landwirtschaftssektor beheben könnten. Feder versucht, die mißliche Lage des politökonomischen Paradigmas, isolierte Strategien zur Aufhebung der strukturellen Heterogenität entwickeln zu sollen, obwohl diese letztlich auf die Integration in den Weltmarkt zurückgeführt wird, zu umschiffen, indem er die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft im entwickelten und im peripheren Kapitalismus und in den sozialistischen Ländern, die er offensichtlich als Modell betrachtet, herauszuarbeiten versucht. – Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Entwicklung einer den Entwicklungsländern adäquaten Technologie – aus entwicklungstheoretischer Sicht (Steppacher) und aus den praktischen Erfahrungen Tansanias heraus (Buntzel). – Ein letzter Abschnitt behandelt die Frage nach politischen Handlungsspielräumen und Bündniskonstellationen. Da für das wirtschaftswissenschaftliche Paradigma der Staat eine „gesellschaftlich neutrale Instanz zur Durchsetzung ökonomischer Rationalität“ ist (16), bleiben die Vertreter des politökonomischen Paradigmas unter sich, auch wenn sie von verschiedenen Ebenen – den konkreten Funktionen des peripheren Staates (Hein/Simonis) und den politischen Interessen der Staatsklasse (Elsenhans) – argumentieren. Beide treffen sich aber in einer relativ pessimistischen Einschätzung der gegenwärtigen Durchsetzungsmöglichkeiten fortschrittlicher Entwicklungsstrategien und zeigen damit das eigentliche Problem der Entwicklungsforschung auf. Fazit: Der Band ist wenig phantasie-reich, was die Entwicklung von neuen Strategien gegen Unterentwicklung anbelangt, kann jedoch als Einstieg in die Entwicklungsdiskussion benützt werden.

Peter Richter (Berlin/West)



3. WELT MAGAZIN

3 '78

AIB-Aktuell: Stellvertreterkrieg Vietnam – Kampuchea?

B. Davidson: Südafrika – Im Morgenrot des Aufschwungs

Interview mit Indres Naidoo: Der Untergrundkampf des ANC – Vorsters Traum

Atomkomplott Bonn – Pretoria

Aktionsprogramm der Sozialistischen Internationale zu Südafrika

Frankreichs Säbelrasseln in der Sahara
Frente Polisario: Die Maske ist gefallen
Marokko – Statthalter des Neokolonialismus

K. Kiauri: Volkswiderstand im Iran gewinnt an Breite

Studie der Universität Uppsala: Bonns Verstrickung in den Apartheidexport

Gespräch mit A. Maidana, J. Rojas und A. Acorta: Wir werden Paraguay frei sehen

Paraguay – Daten

9. Jg. 1978

1/2 '78

P. Lock/H. Wulf: Sicherheit und Entwicklung

H. Ganslmayr: Zur Verfassungsdiskussion in Nigeria

A. Babiker: Sudan zwischen Krise und Bankrott

C. Donner-Reichle: Frauen in der Subsistenzwirtschaft: Kenia

H. J. Donner: Sri Lanka nach dem Machtwechsel

W. al Madah/D. Ziegert: Saudi-Arabien – Planwirtschaft mit kapitalistischer Münze

H. G. Schmidt: Nicaragua am Jahresende 1977

3.WM-Interview mit Ernesto Cardenal

Magazin – Film – Verschiedenes – Leserbrief

3 '78

Cotonou – Konferenz 9. – 16. 1. 1978

A. Babiker: Sudan zwischen Krise und Bankrott (II)

L. Heinrich: Saudiarabien im Zeichen der Aggression

N. Corsten/W. Wagner: Neuere Entwicklungen in Cypern

Singapur – Kehrseite der Medaille

T. Pizarro: Chile: Festigung der Diktatur

Magazin – Film – Rezension – Leserbrief

4. Jg. 1978

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, W. Bröner, J. v. Freyberg, W. Gehrecke, M. Jansen, G. Kwiatowski, H. Lederer, S. Lehndorff, F. Rudolf, P. Tanzmeier, F. Werkmeister, E. Wulff. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15,- DM. – AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

Redaktion: D. Habicht-Benthin, D. Haude, A. Hüter, N. Paech, B. Sommer, U. Stewen, D. Ziegert (Bildredaktion D. u. K. Kierzkowski. – Einzelheft 4 DM, Jahresabo 48 DM, vergünstigt 32 DM – pdw, Boschstraße 20, 5300 Bonn.

Blätter für deutsche und internationale Politik

2 '78

Kommentare und Berichte

M. Charlier: Zum Stand der Beziehungen zwischen BRD und DDR

E. Gärtner: Frankreich vor den Wahlen

Hauptaufsätze

K. D. Bredthauer: Zurück in die fünfziger Jahre? Zur internationalen Lage und zur Situation in der Bundesrepublik Anfang 1978

W. Geisler: Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA im atomaren und konventionellen Bereich

J. Petzold: War Hitler ein Revolutionär? Zum Thema Modernismus und Antimodernismus in der Faschismus-Diskussion

B. Güther: Intelligenz ohne Arbeit. Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems

Medienkritik

G. Giesenfeld: Britta und Gretchen

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Lage der BRD im Jahre 1977 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

23. Jg. 1978

3 '78

Kommentare und Berichte

G. Matthiesen: Überfällig: Bonns Nein zur Neutronenbombe

M. Danesch: Die Aufrüstung des Iran

J. Eisbach: Stimmung statt Mitbestimmung

Hauptaufsätze

L. Knorr: Friedliche oder feindliche Koexistenz? Zur veränderten Globalstrategie der USA

G. Leithäuser: Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik

A. Migolajew: Perspektiven der militärischen Entspannung

H. H. Holz: Hat der Terrorismus eine theoretische Basis?

C. Seeger: Urteile und Urteilsgründe. Zur Funktion des Verbots spontaner Streiks

K. v. Soden/G. Zipfel: Zur Entwicklung der Frauenbewegung an den Hochschulen

L. Hieber: Vermittlung wissenschaftlichen Wissens in Bürgerinitiativen

Bücher

J. Menschik: Nach-Lese. Romane über die Studentenbewegung

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die Talfahrt des Dollars und das Verhältnis Bundesrepublik-USA (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

23. Jg. 1978

KULTUR MAGAZIN

Demokratische
Kunst und
Kulturpolitik

7

L. Rüschi: Der Basler und seine Fasnacht

V. Brugger: Lozärner Fasnacht

R. Kruker: Tschäggätuloifn – zum Wandel des Lötschentaler Maskenbrauchtums

B. Giger: Das Heroin der Kinematographie

Schauspielhaus Zürich

P. Erni: Der ehrwürdige Pfauen und die Demokratie

W. Mittenzwei: Das Zürcher Schauspielhaus 1933–1945 (Textauszüge)

Materialien zur kulturellen Repression in der BRD

Bücher- und Platten-Tips

2. Jg. 1978

Redaktion: Th. Adank, L. Balmer, U. Bircher, P. Eichenberger, I. Hammer, K. Keller, F. van der Kooij, G. Magnaguagno, F. Rueb, L. Rüschi, B. Wyss. – Erscheint alle zwei Monate – Einzelheft 4,50 sfr / 5,50 DM, Jahresabo sfr 22.– / Ausland sfr 30.–, Kulturmagazin, Postfach 3188, CH-3000 Bern 7.

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

16

Eine neue Partei?

M. Horacek: Überlegungen zur Frage einer Interessenvertretung der Alternativbewegung

W. Sternstein: Brauchen wir eine „grüne“ Partei?

L. Mez/U. Wolter: Experimente mit „grünen“ Listen in Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Terrorismus II

P. v. Oertzen: Der Rechtsstaat und die Linke

B. Rabchl: Über Gewalt und Terrorismus II

K. Meschkat: Antwort auf den Artikel von Blanke u. a. in *kritik* 15

E. Krippendorff: Über die Terrorismusdebatte in Italien

A. Münster: Cubanisches Tagebuch

Opposition im Ostblock

Manifesto-Konferenz in Venedig Nov. 77

Beiträge von R. Rossanda, L. Althusser, F. Claudin, B. Trentin, L. Magri u. a.

6. Jg. 1978

Herausgeber: Ulf Wolter. Redaktionsbeirat: Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtel, Helmut Fleischer, Robert Jungk, Ekkehart Krippendorff, Klaus Meschkat, Lutz Mez, Arno Münster, Oskar Negt, Theo Pirker, Bernd Rabehl, Jochen Steffen. – 4 Nummern im Jahr. – Einzelheft 7.– DM, im Abo 6.– DM. – Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

NEUES FORUM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

2/78

Kapital und Arbeit in der Gegenwart

G. Hautsch: Massenarbeitslosigkeit

L. Peter: Neue Technik und kapitalistische Anwendung

G. Blum: Aktive Lohnpolitik statt „Rückverteilung“

J. Huffschmid: Ist die Krise chronisch?

J. Goldberg: Zu den Wirtschaftsgutachten

W. Petschick: Gewerkschaftliche Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

H. Jung: Die Privatisierungsoffensive als Form des Klassenkampfes von oben

M. Konze: Frauenarbeitslosigkeit in der BRD

M. H. Bobke: Das Recht auf Arbeit muß in der Verfassung verankert werden!

H. Luft: Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR

J. Kuczynski: Probleme der Weltwirtschaft

H. Geil: Berufsverbot, Wissenschaft und politischer Prozeß

G. Weiß: Neue Momente bei den maoistischen Gruppen

K.-H. Braun: Die Kritische Psychologie und der Aufmarsch ihrer „linken Gegner“

16. Jg. 1978

289/290

S. Lanner u. a.: Barrikaden im Parlament. Debatte über das Neue Forum

G. Nening: Gegenangriff. Plädoyer für ein bißchen Demokratie

P. Turrini: Spitze des Eisbergs. Über Terrorismus

C. Frey: Berlinguer über den Wolken

G. Nening: Italiens Regierung ist gar keine

J. Dvorak: Hitlers Samen

Neue Literatur. Gedichte, Erzählungen und Beiträge von P. P. Zahl, H. Pataki, W. Kofler u. a.

J. Dvorak: Räte raten rot. Das jugoslawische Experiment mit der Selbstverwaltung

F. Geyrhofer: Links vom Tisch. SPD-Parteitag in Hamburg November 1977

M. Siegert: Anschluß von innen. Schuschniggs Verdienst um die deutsche Sprache

25. Jg. 1978

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause. – Alle zwei Monate. – Einzelheft 4.– DM, Jahresabo 18.– DM, Studenten 20 % Ermäßigung. – Vgl. Marxistische Blätter, Heddenheimer Landstr. 67 a, 6000 Frankfurt/M. 50.

Herausgeber: Günther Nening. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. 12 Hefte im Jahr. Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48.– DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36.– DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

14

I. Andersch: Erneuerung der schweizerischen Demokratie?

N. Scherr: Zur Entwicklung des „Partito Socialista Autonomo“

D. Vischer: Zum neuen Parteiprogramm der POCH

E. Gräub: Beiträge zur Stalinismusdiskussion

T. Heilmann: Unterschiedliche Meinungen und Meinungsverschiedenheiten

Kongreßbericht: „Methodische Voraussetzungen einer Strategie der Arbeiterbewegung in der BRD“ (Westberlin)

Februar 1978

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der POCH. – Erscheint fünfmal im Jahr (6 Nummern). – Einzelheft 2,50 Fr., Abo 13.– Fr. – Redaktion „positionen“, Postfach 1927, CH-4001 Basel

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik ★

30

A. Shaikh: Eine Einführung in die Geschichte der Krisentheorien

F. Beckenbach/M. Krätke: Zur Kritik der Überakkumulationstheorie

A. Kleinknecht: Zur Kontroverse um das Überakkumulationstheorem. Eine Kritik an Makato Itoh

K. Busch: Die Europäische Gemeinschaft in der Krise. Die Ursachen des Scheiterns der Wirtschafts- und Währungsunion

Diskussion:

Redaktion: Über die Schwierigkeiten, mit dem Problem des Terrorismus fertig zu werden

O. Kallscheuer: Mescaleros und andere. Schwierigkeiten einer „politischen Kultur“ von Sozialisten

G. Wegner: Organisierung der kollektiven proletarischen Erfahrung (zur Negt-Kritik in Prokla 29)

8. Jg. 1978

Herausgegeben von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V.“ – Erscheint viermal im Jahr. – Einzelheft 9.– DM, im Abo 7.– DM. – Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98

psychologie heute

SOPH SOZIALISTISCHE POLITIK

2 '78

H. Dirlwanger, E. Geisler, V. Magnago-Lampugnani: Vom Haus zum Gehäuse
M. Eichenauer/H.-H. v. Winning: Wohnzimmer der Öffentlichkeit
D. Bieselt-Hubral: Das Krankenhaus macht Kinder krank
N. Elias: Soziologie als Sittengeschichte
H. Enke: Soziophysiologie
B. F. Skinner: Diessets von Freiheit und Menschenwürde
Sonderteil: Therapie hinter Gittern

3 '78

Gespräch mit Ashley Montagu: Erwachsen sein – Verrat an der eigenen Jugend
H. Lothrop: Muß das Leben im Kreißsaal beginnen?
S. Hornthal/M. Amelang: Sozialpsychologie: Wer nicht höflich ist, muß zahlen
I. Fihl-Eibesfeldt: Der Widerspruch zwischen Erbe und Umwelt ist künstlich
H. D. Dann u. a.: Non Scholae . . .
G. Hermes u. a.: Kranker Körper, kranke Seele
Sonderteil: Die Psychologie der Folter

S. Jg. 1978

43

Frankreich: Links-Union?

W. Goldschmidt: Bruch in der Linksunion
R. Katzenstein: Union der Parteien und Union der Massen
N. Steinborn: Zum gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken
H. Peter: Monopol und Planmäßigkeit
B. Gransow, V. Gransow: Ursprünge der Politischen Ökonomie des Sozialismus
H.-J. Rheinberger: Dialektik der Natur-Grundgesetze der Dialektik
A. Mazzone: Der Kapitalfetischismus. Über Grundfragen einer materialist. Ideologietheorie (II)

Diskussion & Kritik

V. M. Bader: Juristische Staatsideologie, Opportunismus und revolutionärer Marxismus-Leninismus
H.-J. Weissbach: Strukturtheorien des Arbeitsmarktes und strukturelle Arbeitslosigkeit
Th. Malsch: Industrielarbeit und Arbeiterbewußtsein
Kongreßbericht
H. J. Sandkühler: Gramsci-Kongreß

Literaturberichte

10. Jg. 1978

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, B. Nitzsche, A. Roethe. – Monatlich. – Einzelheft 5.– DM. Jahresabo 45.– DM. – Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Redaktion: H.-W. Franz, P. Franzen, B. Heidtmann, R. Katzenstein, H. Stern, H.-J. Weissbach. – Jährlich 4 Hefte. Einzelheft 9,80 DM, Abo (4 Hefte) 36.– DM. – Verlag das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

Projektgruppe Automation und Qualifikation

AS 7 Band I: Automation in der BRD

2. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1976

Soeben erschienen:

AS 19 Band II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung

Aufbauend auf den Analysen der Kritischen Psychologie wird die These verfochten, daß die Kategorien zur empirischen Erfassung von Arbeitstätigkeiten historisch entwickelt werden müssen. Den Schwerpunkt bildet der Versuch, einen Überblick über die Entwicklung der Tätigkeiten von der Urgesellschaft bis zur großen Industrie zu geben. Die Übersetzung gesellschaftswissenschaftlicher und ökonomiekritischer Kategorien in Fragen, die faktische Vorgänge zu erfassen erlauben, schließt mit der Präsentation eines Leitfragebogens, mit dem die Projektgruppe in den Betrieben gearbeitet hat.

In Kürze erscheint:

AS 31 Band III: Theorien über Automationsarbeit

Kategorien

Automationsarbeit in der Industriesoziologie: „Qualifikation“, „Kooperation“, „Autonomie“

Automationsarbeit in den Arbeitswissenschaften: Analytische Arbeitsbewertung, „Belastung“, „Beanspruchung“, Kognitive Prozesse

Positionen

Kern/Schumann, Baethge, Mickler, Fricke und Theorien über Arbeitsgestaltung

Tabellarische Übersicht

Untersuchungen zur Automationsarbeit bis 1977

Einzelpreis AS 7: 18,50 DM, für Studenten 15,- DM

Einzelpreis AS 19 und 31: 15,50 DM, im Abo 13,- DM

Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

das neue buch rowohlt

die Reihe mit dem
leuchtroten Rahmen
Herausgegeben von
Jürgen Manthey

Leonard Michaels **neue** Trotzkis Garten

Prosa dnb 98/DM 7,-

„Trotzkis Garten“ ist Leonard Michaels zweites Buch, und in Amerika wurde es von der Kritik als literarisches Ereignis gefeiert. „Michaels hat von Kafka, Babel, Borges, Flannery O'Connor gelernt; er hat das intellektuelle Temperament eines Saul Bellow, allerdings in einer jüngeren kulturkritischeren und politischeren Spielart.“
New York Times Book Review

Gwyn A. Williams Goya

dnb 92/DM 12,-

Sartre. Ein Film

Von Alexandre Astruc und
Michael Contat dnb 101/DM 12,-

Jochen Lobe Augenaudienz

Gedichte dnb 99/DM 8,-

Wilhelm Genazino

Die Vernichtung der Sorgen

Roman dnb 104/DM 8,-

Paul Nizan

Aden/Die Wachhunde

Zwei Pamphlete dnb 103/DM 10,-

Niklas Stiller

Der Tod und das Flugzeug

Prosa/Essays dnb 97/ca. DM 10,-

Literaturmagazin 9

Der neue Irrationalismus
dnb 100/DM 12,-

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

2. verbesserte Auflage 1977

AS 6 Theorie des Monopols. Staat und Monopole (I)

Jörg Huffschmid

Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie

Robert Katzenstein

Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus

Elmar Altvater

Wertgesetz und Monopolmacht

Thomas Hagelstange

Probleme der Klassenanalyse. Anmerkungen zur Studie des IMSF

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

- AS 1/1 Argument-Reprint 1-17
- AS 1/2 Argument-Reprint 18-21
- AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
- AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin / Der Bürger in Geschichte und Literatur
- AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens / Soziale Medizin (V)
- AS 5 Hanns Eisler
- AS 6 Zur Theorie des Monopols / Staat und Monopole (I)
- AS 7 Projekt Automation und Qualifikation, Band I: Automation in der BRD
- AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
- AS 9 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 1
- AS 10 Massen / Medien / Politik
- AS 11 Brechts Tui-Kritik
- AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen / Soziale Medizin (VII)
- AS 13 Kritik der Frankreichforschung. Handbuch
- AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen
- AS 15 Kritische Psychologie (II)
- AS 16 Probleme der materialistischen Staatstheorie / Staat und Monopole (II)
- AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2
- AS 18 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 2: Landeskunde als Kulturwissenschaft
- AS 19 Projekt Automation und Qualifikation, Band II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung
- AS 20 Argument-Register 56-100 (erscheint Frühjahr 1978)
- AS 24 Angewandte Musik 20er Jahre

Programm 1978

- AS 21 Schule und Erziehung (VI): Reformpädagogik und Berufspädagogik
- AS 22 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Bd. 3: USA im Jahre 201
- AS 23 Massen / Kultur / Politik
- AS 25/26 Habermas - Darstellung und Kritik seiner Theorie von Burkhard Tuschling. Doppelband
- AS 27 Jahrbuch für Kritische Medizin, Band 3
- AS 28 Forum Kritische Psychologie (III)
- AS 29 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 4: Die roten 30er Jahre
- AS 30 Soziale Medizin (VIII): Geschichtsschreibung der Kritischen Medizin, Arbeitsmedizin, Gesundheitspolitik
- AS 31 Projektgruppe Automation und Qualifikation, Band III: Theorien über Automationsarbeit
- AS 32 Gesellschaftsformationen in der Geschichte

Einzelpreis AS 2-12: 18,50, Studenten 15,- DM
Einzelpreis für alle anderen AS: 15,50 DM, im Abo 13,- DM
Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

edition suhrkamp

Die Hexen der Neuzeit

Studien zur Sozialgeschichte eines kulturellen Deutungsmusters. Herausgegeben von Claudia Honcger
es 743. DM 12,-

Agnes Heller Das Alltagsleben

Versuch einer Erklärung der individuellen Reproduktion. Herausgegeben von Hans Joas
es 805. DM 10,-

Michael Müller Die Verdrängung des Ornaments

Zum Verhältnis von Architektur und Lebenspraxis
es 829. DM 10,-

Ernst Kris Die ästhetische Illusion

Phänomene der Kunst in der Sicht der Psychoanalyse
es 867. DM 9,-

Umwälzung einer Gesellschaft

Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution (1911-1949). Herausgegeben von Richard Lorenz
es 870. DM 14,-

Frances F. Piven, Richard A. Cloward Regulierung der Armut

Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt
es 872. DM 12,-

Thomas Leithäuser, Birgit Volmerg, Gunther Salje, Ute Volmerg, Bernhard Wutka Entwurf zu einer Empirie des Alltagsbewußtseins

es 878. DM 9,-

Georges Politzer Kritik der Grundlagen der Psychologie

Nachwort von Alfred Lorenzer
es 893. DM 7,-

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

Analytischer Wegweiser durch ein widersprüchliches Kampfgebiet und eine kaum überschaubare Literaturflut

I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit“

II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung“ der industriellen Arbeitsorganisation

III. „Humanisierung der Arbeit“ als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen

IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften

V. Sammelrezension zur „Humanisierung der Arbeit“

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65



ARGUMENT- STUDIENHEFTE SH

Mit dieser neuen Reihe im Taschenbuchformat wollen wir die Weiterentwicklung eines Diskussionszusammenhangs fördern. Grundlegende Beiträge aus vergriffenen Argument-Heften und Argument-Sonderbänden, an denen sich bereits ganze „Generationen“ von Studenten und Schülern geschult haben, sollen in dieser Form für Arbeitskreise, Seminare und Schulungsgruppen greifbar gehalten werden.

Argument-Studienhefte (SH) Frühjahr 1978:

SH 1 E. Altvater, W. F. Haug, S. Herkommer, K. Holzkamp, L. Kofler, H. Wagner
Wozu „Kapital“-Studium?

48 Seiten 3,50 DM

SH 2 Friedrich Tomberg
Was heißt bürgerliche Wissenschaft?

Was heißt bürgerliche Wissenschaft? (aus: Argument 66/1971). Das Kriterium der Praxis im Streit zwischen Glaube und Wissenschaft (aus: Basis und Überbau, 1969).

30 Seiten 2,50 DM

SH 3 Margherita von Brentano
Philosophie, Theoriestreit, und Wissenschaftspuralismus

Bemerkungen zum Topos „Ende der Philosophie“ (1975). Die unbescheidene Philosophie. Der Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften (aus: Argument 43/1967). Wissenschaftspuralismus. Zur Funktion, Genese und Kritik eines Kampfbegriffs (aus: Argument 66/1971).

47 Seiten 3,50 DM

SH 4 W. F. Haug
Kampagnen-Analysen (I)

Der sexuell-politische Skandal als Instrument anti-demokratischer Kampagnen (aus: Schülerladen Rote Freiheit, 1971). Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus (aus: Argument 71/1972).

89 Seiten 5,- DM

SH 5 Wolfgang Abendroth
Faschismus und Antikommunismus

Soziale Funktion und soziale Voraussetzungen des Faschismus (aus: Argument 58/1970). Zur Rolle des Antikommunismus heute (aus: Argument 87/1974).

19 Seiten 2,50 DM

SH 6 T.W. Mason, E. Czichon, D. Eichholtz, K. Gossweiler
Faschismus-Diskussion

Tim Mason: Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus. (aus: Argument 41/1966). Eberhard Czichon: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht. (aus: Argument 47/1968). Tim Mason: Primat der Industrie? Eine Erwiderung (aus: Argument 47/1968). Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945 (aus: Argument 47/1968).

75 Seiten 4,50 DM

SH 7 Heinz Jung
Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse

Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse“ und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse (aus: Argument 61/1970).

34 Seiten 3,50 DM

SH 8 W. F. Haug, Klaus Völker, Wilhelm Zobl
Der Streit um Hanns Eislers „Faustus“

Wilhelm Zobl: Die Auseinandersetzung um Eislers revolutionäre Umfunktionierung des Dr. Faustus. Klaus Völker: Der positive und der negative Faust. W. F. Haug: Hans Faust und Hans Wurst in Eislers Version der Faust-Sage (alles aus: AS 5/1975).

42 Seiten 3,50 DM

SH 9 Thomas Metscher
Zur Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus

Dialektik und Formalismus. Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus am Beispiel Peter Szondis (aus: Argument 49/1968).

27 Seiten 2,50 DM

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65



ARGUMENT- STUDIENHEFTE SH

SH 10 Hans Peter Dreitzel, Peter Furth, Frigga Haug

Diskussion über die Rollentheorie

Peter Furth: Nachträgliche Warnung vor dem Rollenbegriff (aus Argument 66/1971). Hans Peter Dreitzel: Soziale Rolle und politische Emanzipation. Sechs Thesen gegen Peter Furths melancholische Kritik am Rollenbegriff (aus: Argument 71/1972). Frigga Haug: Eine Rollentheorie im revolutionären Kostüm. Erwiderung auf H. P. Dreitzel (aus: Argument 71/1972)
56 Seiten 4,- DM

SH 11 Erich Wulff

Der Arzt und das Geld

Der Einfluß von Bezahlungssystemen auf die Arzt-Patient-Beziehung (aus: Argument 69/1971).
16 Seiten 2,50 DM

SH 12 Volkmar Sigusch

Medizinische Experimente am Menschen

(aus: AS 17/1977)
31 Seiten 2,50 DM

Im Herbst 1978 werden ausgeliefert:

SH 13 Peter Fürstenau

Zur Psychoanalyse der Schule als Institution

20 Seiten 2,50 DM

SH 14 Heinz-Joachim Heydorn und Gernot Konneffke

Zur Funktion des Bildungswesens in der spätkapitalistischen Gesellschaft

70 Seiten 4,50 DM

SH 15 Frigga Haug

Für eine sozialistische Frauenbewegung

ca. 48 Seiten 3,50 DM

SH 16 Friedrich Tomberg

Basis und Überbau im historischen Materialismus

80 Seiten 4,50 DM

SH 17 Thomas Metscher

Ästhetik als Abbildtheorie

58 Seiten 4,- DM

SH 18 Michael Nerlich

Romanistik und Antikommunismus

mit einer Stellungnahme des Deutschen Romanisten-Verbandes
46 Seiten 3,50 DM

SH 19 Bernd Jürgen Warneken und Klaus Dieter Lenzen

Diskussion zur Theorie literarischer Produktion

47 Seiten 3,50 DM

SH 20 W. F. Haug

Die Einübung bürgerlicher Verkehrsformen bei Eulenspiegel

24 Seiten 2,50 DM

SH 21 Axel Hauff

Die einverständigen Katastrophen des Karl Valentin

66 Seiten 4,50 DM

Mindestbestellung: zwei Hefte der Frühjahrsproduktion (SH 1-12). *Versandkosten:* 1,50 DM. Bei Bestellungen für mehr als 20,- DM berechnen wir keine Versandkosten. *Bestellung:* Bitte den errechneten Betrag auf das Postscheckkonto des Argument-Verlags, Postscheckkonto Berlin-West 5745-108 überweisen mit dem Vermerk: „Bestellung SH“ und unter Angabe der gewünschten Nummern. *Bitte nicht vergessen:* Name und Adresse in Druckbuchstaben! *Auslieferung:* zu Beginn des Sommersemesters 1978

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

VII

<i>Mumfort, Lewis</i> : Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht (<i>J. Tatz</i>)	268
<i>Stölting, Erhard</i> : Wissenschaft als Produktivkraft (<i>G. Ahrweiler</i>)	269
<i>Hübner, Klaus, u. a. (Hrsg.)</i> : Die politische Herausforderung der Wissenschaft (<i>C. P. Freitag</i>)	272

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Steinmüller, Ulrich</i> : Kriterien effektiver Kommunikation (<i>H. Malouschek</i>)	274
<i>Steinmüller, Ulrich</i> : Kommunikationstheorie. Eine Einführung für Literatur- und Sprachwissenschaftler (<i>H. Malouschek</i>)	274
<i>Steinig, Wolfgang</i> : Soziolekt und soziale Rolle (<i>W. Kühnert</i>)	275
<i>Bayer, Klaus</i> : Sprechen und Situation. Aspekte einer Theorie der sprachlichen Kommunikation (<i>H. W. Giese</i>)	277
<i>Maas, Lieselotte</i> : Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945. Bd. 1 (<i>B. Frei</i>)	278
<i>Pforte, Dieter</i> : Fontana Martina (<i>H. Hensel</i>)	279
<i>Hay, Gerhard (Hrsg.)</i> : Zur literarischen Situation 1945–1949. (<i>R. Kawa</i>)	280
<i>Hohendahl, Peter Uwe, und Patricia Herminhouse (Hrsg.)</i> : Literatur und Literaturtheorie in der DDR (<i>U. Hahn</i>)	280
<i>Reinhold, Ursula</i> : Herausforderung Literatur. Entwicklungsprobleme der demokratischen und sozialistischen Literatur in der BRD (1965–1974) (<i>U. Naumann</i>)	281
<i>Knilli, Friedrich, Knut Hickethier und Wolf-Dieter Lützen (Hrsg.)</i> : Literatur in den Massenmedien – Demontage von Dichtung? (<i>C. Deutschmann/S. Zielinski</i>)	282

Soziologie

<i>Barley, Delbert</i> : Grundzüge und Probleme der Soziologie (<i>J. Prott</i>)	284
<i>Bisky, Lothar</i> : Zur Kritik der bürgerlichen Massenkommunikationsforschung (<i>A. Soppe</i>)	285
<i>Bisky, Lothar</i> : Massenmedien und ideologische Erziehung der Jugend (<i>A. Soppe</i>)	285
<i>Fischer, Heinz-Dietrich, Klaus Detlef R. Breuer und Hans-Wolfgang Wolter</i> : Die Presseräte der Welt (<i>M. Dohmen</i>)	286
<i>Höhne, Hansjoachim</i> : Report über Nachrichtenagenturen (<i>M. Dohmen</i>)	287
<i>Schüller, Herbert I.</i> : Die Bewußtseinsmanager. Medienindustrie der USA, Struktur und Einfluß (<i>M. Hahn</i>)	288
<i>Foltin, Hans F., und Gerd Würzberg</i> : Arbeitswelt im Fernsehen (<i>V. Herrmann</i>)	289

Psychologie

<i>Wittling, Werner</i> : Einführung in die Psychologie der Wahrnehmung (<i>K. Neidhöfer</i>)	290
---	-----

<i>Jonas, Benjamin</i> : Anpassungsschwierige Kinder. Erfolge und Probleme der Heimerziehung (<i>M. Berger</i>)	291
<i>Frese, Michael</i> : Psychische Störungen bei Arbeitern (<i>A. Bammé</i>)	292
<i>Parker, Beulah</i> : Chronik einer gestörten Familie (<i>B. Seuster</i>)	293

Medizin

<i>Klee, Ernst</i> : Psychiatrie-Report (<i>H. Abholz</i>)	293
<i>Eser, Albin</i> (Hrsg.): Suizid und Euthanasie als human- und sozialwissenschaftliches Problem (<i>N. Schmacke</i>)	294
<i>Sauer, Hans, und Helmut Holzhey</i> : Euthanasie (<i>N. Schmacke</i>)	294
<i>Améry, Jean</i> : Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod (<i>F. Jungwirth</i>)	296

Geschichte

<i>Funke, Manfred</i> : Hitler, Deutschland und die Mächte (<i>R. Kühnl</i>)	297
<i>Böhnke, Wilfried</i> : Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933 (<i>K. Gossweller</i>)	298
<i>Picker, Henry</i> : Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier (<i>H. E. Jost</i>)	300
<i>Stadarchiv Mannheim</i> (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden (<i>G. Meyer</i>)	300
<i>Hill, Leonidas E.</i> (Hrsg.): Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950 (<i>D. Eichholtz</i>)	301
<i>Tutas, Herbert E.</i> : Nationalsozialismus und Exil (<i>K. Drobisch</i>)	302
<i>Schramm, Hanna, und Barbara Vormeier</i> : Menschen in Gurs. Erinnerungen an ein französisches Internierungslager 1933–1944 (<i>U. Küntzel</i>)	304
<i>Weißbecker, Manfred</i> : Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer (<i>B. Keller</i>)	305

Soziale Bewegung und Politik

<i>Kursbuch 46</i> : Volksfront für Europa (<i>E. Volker</i>)	306
<i>Frisch, Peter</i> : Extremistenbeschuß (<i>W. Borchers</i>)	308
<i>Späth, Lothar</i> : Politische Mobilmachung (<i>K. R. Mezek</i>)	309
<i>Becher, Brigitte, u. a.</i> : Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen? (<i>W. Meyer</i>)	310
<i>Lungwitz, Wolfgang</i> : UdSSR. Staat – Demokratie – Leitung (<i>W. Elfferding</i>)	311
<i>Meyer, Gert</i> (Hrsg.): Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband (<i>W. Elfferding</i>)	311
<i>Bahro, Rudolf</i> : Die Alternative (<i>K. E. Lohmann</i>)	230
<i>dass.:</i> (<i>R. Hosfeld, M. Jäger, T. Scheffler</i>)	241

IX

Jura

<i>Stein, Ekkehard: Qualifizierte Mitbestimmung unter dem Grundgesetz (J. Backhaus)</i>	312
<i>Mayer, Udo, und Norbert Reich: „Mitbestimmung contra Grundgesetz?“ (E. Schulze, W. Koopmann)</i>	314
<i>Däubler, Wolfgang, und Hans Hege: Koalitionsfreiheit. Ein Kommentar (J. Heilmann)</i>	315
<i>Zumpe, Michael: Rechtliche Grenzen der kommunalen Wohnraumvermittlung (T. Schall)</i>	317

Ökonomie

<i>Kornay, János: Anti-Äquilibrium. Über die Theorien der Wirtschaftssysteme und die damit verbundenen Forschungsaufgaben (S. A. Bahadir)</i> . . .	318
<i>Janssen, Bernd: Umweltverschmutzung – Krise der Marktwirtschaft? (E. Gärtner)</i>	320
<i>Moldenhauer, Bernd, und Hans-Helmut Wüstenhagen: Atomindustrie und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung (J. Tatz)</i>	321
<i>Nohlen, Dieter, und Franz Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 2: Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika (R. Körner)</i>	323
<i>Schmidt, Alfred (Hrsg.): Strategien gegen Unterentwicklung (P. Richter)</i> . .	323

Wir bitten, **in Argument 107** folgenden Satzfehler zu berichtigen:
Im Aufsatz von **Meyer, Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UDSSR (II)**, S. 54, vorletzter Absatz, 8. Zeile:
lies „Produktion“ statt „XY78ktion“.

Aufsatz-Autoren dieses Heftes

Abendroth, Wolfgang, vgl. *Argument* 107.

Fülberth, Georg, Prof. Dr., geb. 1939, Professor für Politikwissenschaft in Marburg. Wichtigste Veröffentlichungen: *Proletarische Partei und bürgerliche Literatur* (1972); *Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933* (zusammen mit Jürgen Harrer; 1974). Mitglied des BdWi, der DKP und der GEW.

Glombowski, Jörg, Dr.rer.pol., geb. 1943, Studium der Wirtschaftswissenschaft, Diplom 1967, Promotion 1974, Assistenzprofessor an der FU Berlin/West. Wichtigste Veröffentlichungen: *Ansätze zu einer Theorie der geplanten Obsoleszenz* (Diss., 1976); *Gleichgewichtige erweiterte Reproduktion und fixes Kapital* (Mehrwert 10, 1976). Arbeitsgebiete: Wachstums-, Akkumulations-, Reproduktions-, Verteilungs- und Krisentheorie.

Haug, Wolfgang Fritz, Dr. phil.habil., geb. 1936; z. Zt. Privatdozent für Philosophie ohne feste Anstellung, nachdem die Berufung auf einen Lehrstuhl für Wissenschaftstheorie, von der Freien Universität Berlin 1973 vorgeschlagen, durch die sozialdemokratische Regierung zunächst vier Jahre verzögert und dann abgelehnt worden ist; zuletzt Gastdozent an den Universitäten Roskilde und Zürich. Wichtigste Veröffentlichungen: *Kritik des Absurdismus* (* 1976); *Der hilflose Antifaschismus* (* 1977); *Kritik der Warenästhetik* (* 1977); *Bestimmte Negation* (1973); *Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“* (* 1976). In Vorbereitung: *Sein und Bewußtsein*; *Der Kongreß der Ausdrucksberater* (Roman). Organisationszugehörigkeiten: GEW, BdWi, Deutscher Werkbund.

Hosfeld, Rolf, M.A. (phil.), geb. 1948, Studium der Germanistik, Politischen Wissenschaft und Philosophie; Doktorand. Arbeitsgebiete: Vormärz-Literatur. Mitglied des Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA).

Jäger, Michael, geb. 1946, Studium der Politischen Wissenschaft und Germanistik, Staatsexamen 1973. Wissenschaftlicher Assistent am Psychologischen Institut der FU Berlin. Wichtigste Veröffentlichungen: *Wissenschaftstheoretische Kennzeichnung der funktional-historischen Vorgehensweise als Überwindung der Beschränktheit der traditionellen psychologischen Wissenschaftspraxis* (in: *Kongreßbericht Kritische Psychologie*, 1977); *Eine Psychologie der Persönlichkeit und ihre Rechtfertigung durch die Analytische Wissenschaftstheorie. Auseinandersetzung mit T. Herrmann* (in: *Kritische Psychologie*, AS 15, 1977). Arbeitsgebiet: Wissenschaftstheorie. Mitglied des Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA).

Lohmann, Karl-Ernst, Diplom-Volkswirt, geb. 1946, Studium der Wirtschaftswissenschaft; z. Zt. arbeitslos. Arbeitsgebiete: Sozialistische Planung, Strukturpolitik, mathematische Wirtschaftstheorie. Mitglied der Gewerkschaft HBV und des Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA).

Meyer, Gert, vgl. *Argument* 107

Sacristán, Manuel, geb. 1925, Prof. für Methodologie der Sozialwissenschaften an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Barcelona. Wichtigste Veröffentlichungen: *„Introduction a la lógica y al análisis formal“* (Barcelona, Ed. Ariel); *„Las ideas gnoseológicas de Heidegger“*, sowie viele Aufsätze. Hat die wichtigsten marxistischen Theoretiker ins Spanische übersetzt, vor allem aber das „Kapital“ von Marx (erschienen ist bisher das I. Buch in zwei Teilbänden bei Grijalbo, 1976). Herausgeber der spanischen Ausgabe der Marx-Engels-Werke (OME) und der Lukács-Gesamtausgabe. War mehrere Jahre lang Mitglied des ZK der PSUC („Sozialistische Einheitspartei Kataloniens“, Katalonische Schwesterpartei der Kommunistischen Partei Spaniens); gegenwärtig Mitglied des ZK der spanischen KP.

Scheffler, Thomas, Diplom-Politologe, geb. 1950, Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin; promoviert zum Thema „Staatsapparat, Modernisierung und sozialer Konflikt in Ägypten“. Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Vorderer Orient, Asiatische Produktionsweise, Staat im peripheren Kapitalismus. Mitglied des Arbeitskreises Westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA).